

FEMINA POLITICA

ZEITSCHRIFT FÜR FEMINISTISCHE POLITIKWISSENSCHAFT

01 | 2014 23. Jg.

Frauenbewegungen in nationalen und transnationalen Räumen

DANIEL GRAF FRAUENBEWEGUNGEN REVISITED KREILE UNGLEICHE SCHWESTERN – FRAUEN-
AKTIVISMUS UND FRAUENBEWEGUNGEN IM POST-MUBARAK ÄGYPTEN AMLINGER BEWEGUNG UNTER
DEN GENOSSINNEN TROGISCH FRAUENBEWEGUNG UND TRANSNATIONALE PROJEKTWIRTSCHAFT IN
DER TÜRKEI ROŠUL-GAJIĆ GLEICHSTELLUNGSPOLITISCHER WANDEL DURCH FRAUENORGANISATIONEN
KANNENGIESSER FEMINISMEN IN TRANSLOKALEN FRAUENNETZWERKEN JOHN IDLE NO MORE –
INDIGENE AKTIVISTINNEN UND FEMINISMEN



Verlag Barbara Budrich

Frauenbewegungen in nationalen und transnationalen Räumen

INHALT

EDITORIAL	7
SCHWERPUNKT: Frauenbewegungen in nationalen und transnationalen Räumen	9
ANTJE DANIEL, PATRICIA GRAF Frauenbewegungen revisited: Herausforderungen in nationalen und transnationalen Räumen. Einleitung	9
RENATE KREILE Ungleiche Schwestern – Frauen-Aktivismus und Frauenbewegungen im Post-Mubarak Ägypten	21
FABIENNE AMLINGER Bewegung unter den Genossinnen: Zur Annäherung zwischen Sozialdemokratinnen und Feministinnen	37
CORINNA ELEONORE TROGISCH Frauenbewegung und transnationale „Projektwirtschaft“ in der Türkei	49
JAGODA ROŠUL-GAJIĆ Gleichstellungspolitische Wandel durch Engagement und Handeln der Frauenorganisationen. Kroatien auf dem Weg zur Gleichstellung	62
SIGRID KANNENGIESSER Feminismen in translokalen Frauennetzwerken	77
SONJA JOHN Idle No More – Indigene Aktivistinnen und Feminismen	89
FORUM	103
ELKE WIECHMANN Landesgleichstellungsgesetze auf Innovationskurs?	103

LEONIE MARIA TANCZER „Über diese Feminismus-Sache hinaus“ Eine Diskursanalyse des Post-Gender-Begriffs in der Piratenpartei Österreich (PPÖ)	116
TAGESPOLITIK	125
CORNELIA FRAUNE Die Energiewende aus der Geschlechterperspektive	125
ELISABETH FINK Bangladeschs Textilindustrie nach der Katastrophe von Savar Business as usual oder nachhaltige Veränderungen?.....	129
JEANNETTE BÖHME Frauen in Afghanistan ringen um ihre Rechte	133
SILKE OLDENBURG Das Ende der M23-Rebellion im Ostkongo aus geschlechterpolitischer Perspektive	138
NEUES AUS LEHRE UND FORSCHUNG	145
BRIGITTE BARGETZ. MAGDALENA FREUDENSCHUSS Feministische Netzwerke: Spezialisierung, Profilierung, Abgrenzung?	145
EVELINE YV NAY Queer-feministisch informierte affektive Widerstandspraxen jenseits von Institutionen	147
ANTKE ENGEL. JULE JAKOB GOVRIN Ein Knotenpunkt akademischer, aktivistischer und kultureller Praxen	148
LEVKE HARDERS Ist Mentoring feministisch?	149
CHRISTINE M. KLAPEER Prekäre Freiheiten? Freie(re) (Nicht-)Prekarität?	150
SABINE HARK Doing Discipline?	152

HEIKE RAAB	
Be- und Entgrenzungen feministischer Netzwerke im akademischen Kontext	153
ANDREA MAIHOFER	
Zwischen Bundesförderung und wissenschaftlicher Anerkennung	154
BIRGIT SAUER	
Eine Multitude der Exzellenz?	155
NIKITA DHAWAN	
Feministische Postkoloniale Theorie im deutschsprachigen Wissenschaftsdiskurs .	156
SYLVIA PRITSCH	
Zur Ambivalenz des Netzwerkens in Institutionen	157
ANNA HAUCKE	
(Queer-)feministische studentische Netzwerkarbeit	159
GABRIELE ABELS	
Feministische Vernetzung in der DVPW	160
SPRECHERINNENRAT AK POLITIK UND GESCHLECHT	
Feministische Netzwerkbildung – eine (selbst-)kritische Bestandsaufnahme	161
LEA SGIER	
Networking under the Radar	162
REZENSIONEN	165
CHRISTINE LÖW	
Eva Sänger, Malaika Rödel (Hg.): Biopolitik und Geschlecht: Zur Regulierung des Lebendigen	165
SABINE PROKOP	
Magdalena Freudenschuss: Prekär ist wer? Der Prekarisierungsdiskurs als Arena sozialer Kämpfe	167
WOLFGANG KECK	
Sigrid Leitner: Varianten von Familialismus. Eine historisch vergleichende Analyse der Kinderbetreuungs- und Altenpflegepolitiken in kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten	169

GESINE FUCHS

Beate Hoecker: Frauen und das institutionelle Europa: Politische Partizipation
und Repräsentation im Geschlechtervergleich 171

HELLA HERTZFELDT

Gisela Notz: „Freiwilligendienste“ für alle. Von der ehrenamtlichen Tätigkeit
zur Prekarisierung der „freiwilligen“ Arbeit 173

CLAUDIA BRUNNER

Marianne Schmidbaur, Helma Lutz, Ulla Wischermann (Hg.): Klassikerinnen
feministischer Theorie 175

ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS 179

Call for Papers. Heft 1/2015 der Femina Politica 179

Neuerscheinungen 183

AUTORINNEN DIESES HEFTES 187

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit einigen Monaten regiert nun eine große Koalition in Deutschland und es scheint nicht so, als ob an diese große geschlechterpolitische Erwartungen geknüpft werden sollten. Der wochenlang ausgearbeitete Koalitionsvertrag enthält zwar einige Vereinbarungen, wie die Einführung einer Frauenquote in börsennotierten Unternehmen, die Besserstellung in der Rente von Müttern mit Kindern, die vor 1992 geboren wurden, oder auch das Rückkehrrecht auf einen Vollzeitjob (falls zuvor vorhanden), aber der richtige Durchbruch war weder zu erwarten noch jetzt zu erhoffen. Es gibt noch keinen „Aktionsplan Gleichstellung“ oder eine wie auch immer titulierte Strategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Und bestehende Probleme, die zuletzt der Gleichstellungsbericht aus dem Jahre 2011 aufgeführt hat, z.B. die Entgeltungleichheit, die mangelnde soziale Absicherung von Frauen durch diskontinuierliche Erwerbsbiografien und prekäre Jobs oder auch die immer virulente Gewalt gegen Frauen, werden im Koalitionsvertrag bestenfalls genannt, bleiben aber in den damit verbundenen politischen Zielvorstellungen äußerst vage. Die Einführung eines Mindestlohnes ist dabei wahrscheinlich noch die Maßnahme, die den stärksten Einfluss auf die ökonomische Situation von Frauen haben wird, da diese überproportional häufig Niedriglohnbezieherinnen sind. Es gäbe also durchaus auch in Deutschland Gründe für eine Revitalisierung des feministischen Projektes in Form einer sozialen Bewegung – ob sich jedoch Frauen zusammenschließen und ihre Bedürfnisse und Interessen artikulieren, ist mehr als fraglich.

Wie sehr die sozio-ökonomischen und kulturellen Kontexte die Entstehung und die Politik von Frauenbewegungen beeinflussen, machen die Beiträge des folgenden Schwerpunktes deutlich. Im Zentrum stehen dabei Frauenbewegungen außerhalb Deutschlands, wie z.B. in Ägypten, der Türkei oder auch in Kanada. Viele der Beiträge analysieren das Wechselspiel zwischen transnationalen Organisationen sowie lokalen bzw. nationalen Bewegungen. Deutlich machen die Beiträge ebenfalls, dass die Geschichte der Frauenbewegungen gerade im internationalen Kontext noch immer ihre SchreiberInnen sucht. Vielfach müssen die gemachten Erfahrungen – Erfolge und Misserfolge – von den Akteurinnen erst einmal gesammelt werden, um anschließend einer tieferen Analyse zugänglich zu werden. Insofern eröffnet der Heftschwerpunkt insbesondere durch die vielen Interviews, die von den Autorinnen mit Aktivistinnen geführt worden sind, eine Innensicht in Bewegungsstrukturen und in die Auseinandersetzung über feministische Inhalte und Politikstrategien.

Das Forum widmet sich zum einen den anstehenden Novellierungen der 16 Landesgleichstellungsgesetze in Deutschland und diskutiert die Bedeutung der Gleichstellungsbeauftragten sowie verbindlicher Strategien für gleichstellungspolitische

Reformen; zum anderen findet sich hier eine Auseinandersetzung mit dem Post-Gender-Begriff der Piratenpartei Österreich (PPÖ) und seinen antifeministischen Implikationen.

Die Tagespolitik konzentriert sich – neben einem Beitrag zum Gender Bias der bundesdeutschen Energiepolitik – vor allem auf weltweit wahrgenommene regionale Krisen und Probleme: Die nach wie vor erschütternde Situation in Bangladeschs Textilindustrie nach der Katastrophe von Savar (2013), der andauernde Kampf um Frauenrechte in Afghanistan und die unzureichende Umsetzung des Gesetzes zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (EVAW Law), aber auch die in ihren Wirkungen ambivalenten Maßnahmen humanitärer Akteure gegen sexualisierte Gewalt im Ostkongo führen die Komplexität gegenwärtiger Konflikte deutlich vor Augen. Neues aus Lehre und Forschung versammelt dieses Mal 14 Kurzbeiträge zu feministischer Vernetzung und Wissensproduktion im deutschsprachigen Raum und zeigt damit die Bandbreite der Selbstverständnisse und Aktivitäten, aber auch die Ambivalenzen und Grenzen von Netzwerken und Kollektiven vor dem Hintergrund aktueller wissenschaftlicher Transformationen in Hochschulen und Forschungsförderung auf.

Abschließend finden sich interessante Rezensionen sowie die Rubrik Ankündigungen und Infos, die wie immer einen Einblick in aktuelle Neuerscheinungen gibt sowie unseren neuen Call for Papers zu „Perspektiven queer-feministischer politischer Theorie“ enthält.

Last but not least: Aus der Schweiz – über deren Volksabstimmungsergebnisse wir uns zuletzt wundern konnten – kommen einmal gute Nachrichten. Im Kanton Basel-Stadt wurde am 9. Februar 2013 mit 57% Zustimmung eine Geschlechterquote für Verwaltungsräte kantonaler öffentlicher Unternehmen angenommen – es ist unseres Wissens das erste Mal, dass eine Geschlechterquote an der Urne Bestand hat. Künftig müssen in den Aufsichtsgremien mindestens ein Drittel Männer und ein Drittel Frauen sitzen. Der Frauenanteil beträgt in den entsprechenden Verwaltungsräten im Kanton Basel-Stadt momentan 17%.

Wir wünschen Euch/Ihnen eine anregende Lektüre!

Eure/Ihre Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

2/2014 Zwischen digitaler Utopie und Kontrolle. Wie feministisch ist „das Netz“?

1/2015 Perspektiven queer-feministischer politischer Theorie

SCHWERPUNKT

Frauenbewegungen revisited: Herausforderungen in nationalen und transnationalen Räumen

Einleitung

ANTJE DANIEL. PATRICIA GRAF

Proteste gegen die frauenfeindliche Politik Berlusconi in Italien, Beteiligung an den Protesten gegen autoritäre Regime in Nordafrika, Demonstrationen in Indien gegen geschlechtsbasierte Gewalt oder die provokativen Oben-ohne-Proteste in der Ukraine gegen Sexismus: Frauenbewegungen engagieren sich weltweit. Sie finden sich auf allen Kontinenten, variieren jedoch in ihren Zielen, Strategien oder Praktiken und agieren in unterschiedlichen politischen Handlungsräumen. Gemeinsam ist Frauenbewegungen, dass sie Probleme thematisieren, die durch die Gesellschaft aufgeworfen werden und zugleich einen Beitrag zur Lösung dieser leisten. Die Stehtigkeit, mit der sich Frauenbewegungen für gesellschaftlichen Wandel einsetzen, verweist auf ein Dilemma (Ferree/Mueller 2010, 576): Einerseits reicht das Engagement von Frauenbewegungen weit in die Geschichte zurück; in Europa bildeten sich (vgl. Dahlerup 2004) ebenso wie in Lateinamerika (vgl. Jaquette 1994) die ersten Frauenbewegungen im 19. Jahrhundert. Durch ihr langjähriges Wirken sind Frauenbewegungen vielerorts zu gesellschaftlich akzeptierten und von den Regierungen anerkannten Kontrahentinnen geworden. Andererseits zeigt der Umstand, dass sich Frauenbewegungen nun seit mehr als 100 Jahren für die Rechte von Frauen einsetzen, dass sich die Lebensrealitäten von Frauen nur langsam verändern, denn Geschlechterparität wurde längst nicht in allen Lebensbereichen erreicht und auch geschlechtsbasierte Gewalt kennzeichnet die Lebensrealitäten von vielen Frauen. Restringierende gesellschaftliche und politische Handlungsräume erschweren die Durchsetzung der Bewegungsinteressen.

Das vorliegende Schwerpunktheft gibt einen Überblick über die politische Bedeutung von Frauenbewegungen und zeigt, wie sie gesellschaftlichen Wandel beeinflussen. Dabei werden aktuelle Debatten in den Medien wie die Berichterstattung über die Frauen des Arabischen Frühlings (vgl. Filter/Reich/Fuchs 2013) ebenso berücksichtigt wie jüngere wissenschaftliche Debatten zur Transnationalisierung der Frauenbewegungen (vgl. Berkovitch 1999; Finnemore/Sikkink 1998; Wichterich 2000b,

2007). Frauenbewegungen agieren jedoch auch jenseits dieser medialen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit wie die Beiträge des Schwerpunktheftes mit Blick auf indigene Aktivistinnen aus Kanada, die Frauenbewegungen in Kroatien, der Schweiz oder Südafrika darlegen. Diese zeigen das weltweite Handeln von Aktivistinnen, und ebenso das kontinuierliche Engagement auch jener Frauenbewegungen, die im Schatten der breit rezipierten Debatten stehen.

Frauenbewegungen gelten laut Ferree und Mueller (2010, 576) als die Aktivisten unter den sozialen Bewegungen. Zugleich beteiligen sich Frauen an anderen sozialen Bewegungen – wie Demokratisierungs- oder nationalen Bewegungen – und stellen hier einen großen Teil der Protestierenden. In der Debatte über Frauenbewegungen ist umstritten, welches ihre primären Kennzeichen sind: Zum einen werden jene kollektiven Akteure als Frauenbewegungen bezeichnet, welche überwiegend aus Frauen bestehen und Anhängerinnen als Mütter, Töchter oder Schwestern ansprechen. Das Bindeglied zwischen den Aktivistinnen basiert auf der Geschlechtszugehörigkeit (ebd., 577). Zum anderen werden gemeinsame Ziele und Visionen als konstituierendes Element der Frauenbewegungen betont. Molyneux (1998, 232-236) unterscheidet zwischen Frauenbewegungen mit praktischen und strategischen Interessen: Erstere möchten die Lebensrealitäten von Frauen verbessern; letztere haben gesellschaftlichen Wandel und damit verbunden eine Veränderung von Geschlechterrollen und -relationen zum Ziel. In Anknüpfung an diese Unterscheidungen werden *feminist movements* (feministische Bewegungen) mit einem eindeutigen Bezug zur Kategorie Geschlecht in Verbindung gebracht; sie interpretieren darüber hinaus bestehende Geschlechterdisparitäten als Resultat patriarchaler Verhältnisse. *Feminine movements* (feminine Bewegungen) dagegen möchten Probleme von Frauen lösen, ohne notwendigerweise bestehende Geschlechterbilder und -relationen zu thematisieren (vgl. Hassim 2004, 5). Diese Unterschiede von Frauenbewegungen sind jedoch idealtypisch, denn Frauen beteiligen sich aus unterschiedlichen Motiven an sozialen Bewegungen, so dass häufig feminine und feministische Selbstdefinitionen, praktische und strategische Interessen unter den AktivistInnen zu identifizieren sind, die sich zudem weiter ausdifferenzieren lassen. Diese Diversität an Interessen wird beispielsweise in dem Beitrag zu Ägypten deutlich. Die vorliegenden Beiträge zeigen zudem, dass durch generationale Erneuerung, wie in der Schweizer Frauenbewegung, und durch Kooperationen mit transnationalen Geldgebern, wie bei der türkischen Frauenbewegung, überlappende Selbstdefinitionen und Bezüge entstehen, welche die AktivistInnen herausfordern und zur Neu-Orientierung ihrer Interessen einladen. Die große Vielfalt an Frauenbewegungen zeigt sich auch in ihren Organisationsformen: Teilweise haben sich fluide Frauenbewegungen institutionalisiert und professionalisiert. Andere schaffen im Widerstand gegen die Professionalisierung der Bewegungskerne basisdemokratische Strukturen (vgl. Staggenborg 2010; Conway 2007). Die Beiträge des Schwerpunktheftes spiegeln diese Bandbreite wider: So findet sich teilweise eine enge Verbindung zwischen professionalisierten Frauen-Nichtregierungsorganisationen (Frauen-NRO) und Frauenbewegungen, in denen

Frauen-NRO als Bewegungsorganisationen agieren, wie am Beispiel des translokalen Frauennetzwerkes APC Women deutlich wird. Wiederum andere Aktivistinnen zielen darauf ab, hegemoniale Strukturen in der Bewegung zu durchbrechen, wie bei der basisdemokratischen von Frauen getragenen indigenen Bewegung Idle No More in Kanada. Mit dem vorliegenden Schwerpunktheft zu Frauenbewegungen wollen wir sowohl die Vielfalt an Frauenbewegungen hinsichtlich ihrer Interessen, Selbstdefinitionen und Struktur veranschaulichen als auch die Diversität ihrer Einbettung in nationale und transnationale Handlungsräume darstellen.

Frauenbewegungen in ihren politischen und gesellschaftlichen Kontexten

Frauenbewegungen spielten eine entscheidende Rolle in den 1980er Jahren bei den Transitionen von autoritären zu demokratischen Regimen in Afrika, Lateinamerika und Osteuropa (vgl. Jaquette/Wolchik 1998; Waylen 2000). Auch in jüngerer Zeit bringen Frauen gesellschaftlichen und politischen Wandel voran, etwa im Arabischen Frühling (vgl. Filter/Reich/Fuchs 2013). Frauenbewegungen agieren in ihrem Engagement für eine geschlechtergerechte Gesellschaft in politischen und gesellschaftlichen Handlungsräumen, die selbst nicht geschlechtsneutral sind (Ferree/Mueller 2010, 587).

Die Bewegungsforschung beschäftigt sich mit eben diesen Handlungsräumen von sozialen Bewegungen und darüber hinaus mit der Entstehung und der Organisation von Protest. Das interdisziplinäre Feld der Bewegungsforschung hat sich vor allem im US-amerikanischen und europäischen Raum entwickelt und beschäftigt sich aus komplementär überlappender Perspektive mit dem Phänomen von sozialen Bewegungen (Hellmann 1998). Dabei analysieren Ansätze zu Political Opportunity Structures (vgl. Kitschelt 1999), zur Resource Mobilization (MacCarthy/Zald 2001), zur Collective Identity (vgl. Taylor/Whittier 1992) und zum Framing (vgl. Snow u.a. 1986) jeweils Teilaspekte sozialer Bewegungen.¹ Im Fokus der Analyse liegen die Relevanz von Ressourcen für die Protestorganisation, die Deutungsprozesse und Inszenierung von Protestthemen, die Herstellung kollektiver Identität und Vernetzung sowie der gesellschaftliche und politische Kontext von sozialen Bewegungen. Der unterschiedliche Fokus der Ansätze barg stets die Gefahr, das komplexe Phänomen sozialer Bewegungen einseitig zu betrachten, so dass die jüngere Bewegungsforschung die Ansätze kombiniert (vgl. Snow/Soule/Kriesi 2000). Grenzen erlebt die theorie- bzw. konzeptgeleitete Analyse auch bei der Übertragung der US-amerikanischen und europäischen Bewegungsforschung auf empirische Beispiele des globalen Südens. Vielfach wurde die Bewegungsforschung als *westlich* abgelehnt und ihre analytische Bedeutung für soziale Bewegungen des globalen Südens angezweifelt (vgl. Foweraker 1995, 9-36). Gerade die Forschung zu Frauenbewegungen zeigte, dass *westliche* Klassifizierungen, etwa zu „Neuen sozialen Bewegungen“ (NSB)², die zunehmend auf Bewegungen jenseits Europas und der USA, wie beispielsweise die chilenische und argentinische Frauenbewegung, übertragen wurden, nicht das

Phänomen der Frauenbewegungen im globalen Süden fassen. Vielmehr weisen diese Frauenbewegungen andere Charakteristika auf, wie z.B. die Orientierung auf materialistische Werte, und damit auf jene Aspekte, die den *alten* und nicht den *neuen* sozialen Bewegungen zugeordnet wurden. Darüber hinaus zeigt die chilenische Frauenbewegung, dass NSB weitaus beweglicher sind, als es die enge Zuschreibung der Definition zulässt, wie in ihren Beziehungen zu Parteien und Gewerkschaften deutlich wird (Hellman 1995). Als Reaktion auf diese Kritik dominieren in der Beschäftigung mit Frauenbewegungen des globalen Südens dichte Fallstudien, die ein alternatives Bild auf das Phänomen werfen und dabei die kontextspezifischen Besonderheiten hervorheben (Daniel 2011; Tripp u.a. 2009). An diesem Punkt setzt auch das hier vorliegende Schwerpunktheft zu Frauenbewegungen an: In den Beiträgen werden Frauenbewegungen in ihren nationalen Kontexten empirisch dargestellt; zugleich wird auf die Bedeutung der jeweiligen politischen Kontexte Bezug genommen. Dadurch wird es möglich – jenseits der etablierten Bewegungsforschung – innovative Blicke auf Frauenbewegungen zu werfen. Zugleich gehen die vorliegenden Fallstudien weit über die disziplinäre Verankerung der Bewegungsforschung in der Soziologie oder Politikwissenschaften hinaus, indem Frauenbewegungen beispielsweise aus medienwissenschaftlicher oder historischer Perspektive sowie durch den systematischen Blickwinkel von Regionalstudien beleuchtet werden.

Renate Kreile verdeutlicht in ihrem Artikel zu Protesten von ägyptischen Frauen in der Post-Mubarak Zeit, dass etablierte Bewegungsforschung und Regionalwissenschaften nicht per se als dualistisch zu betrachten sind. Die Autorin plädiert für eine *Normalisierung* der Forschungsregion und verdeutlicht, wie Ansätze der Bewegungsforschung jenseits der bestehenden Kritik als Forschungsperspektive hilfreich sein können. Zugleich bietet Kreile einen interessanten Einblick in die Interessen der Aktivistinnen. Während zahlreiche Analysen Frauenbewegungen als kollektiven Akteur darstellen, verweist die Autorin auf unterschiedliche, zum Teil widerstrebende Positionen unter den Bewegungsaktivistinnen. Vereinfachende Dichotomisierungen zwischen religiösen und säkularen Aktivistinnen greifen hierbei zu kurz. Auch die ideologischen und politischen Positionierungen zum Post-Mubarak Regime prägen die Interessenvielfalt. Trennend und polarisierend wirkt zuletzt die Transnationalisierung, welche durch vermehrte finanzielle Unterstützung von Entwicklungshilfegebern den Wettbewerb zwischen den Aktivistinnen forciert. Geschlechtsidentitäre Bindungen können dabei die bestehenden interessens- und wettbewerbsbasierten Gräben zwischen den Aktivistinnen nicht überbrücken.

Aus historischer Perspektive betrachtet *Fabienne Amlinger* die Schweizer Frauenbewegungen und wählt einen innovativen Zugang, indem sie Bourdieus Konzeption des politischen Feldes mit der Analyse von Generationenkonflikten verbindet. Amlinger veranschaulicht am Beispiel der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS), dass die Einführung des Frauenwahlrechts 1971 zu einer Öffnung der Handlungsspielräume für Aktivistinnen der Frauenbewegung geführt hat. Zunehmend engagierten sich Aktivistinnen der Neuen Frauenbewegungen in den

Frauengruppen der SPS, was gleichwohl nicht zu einem *feminist turn* in der Partei geführt hat. Grund dafür sind Generationenkonflikte, welche es Aktivistinnen der Frauenbewegung erschwerten, ihre Themen einzubringen. Somit entscheiden nicht allein formale Strukturen, ob Aktivistinnen der Frauenbewegungen Zugang zu politischen Entscheidungen haben, sondern auch die Art und Weise, wie Diskurse im politischen System zwischen den verschiedenen Generationen ausgetragen werden. Mit der Analyse knüpft die Autorin an den Political Opportunity Structures-Ansatz der Bewegungsforschung an, geht jedoch über diesen hinaus: Indem Amlinger nicht auf klassische Modelle zur Interaktion zwischen Partei und Bewegung, wie z.B. das Schöpfquell- oder das Avantgarde-Modell (vgl. Kriesi 1986) zurückgreift³, kann sie aus interaktionistischer Perspektive erklären, dass das Verhältnis zwischen Parteien und Frauenbewegungen nicht statisch ist, sondern zwischen Parteigenossinnen und Aktivistinnen der Frauenbewegung immer wieder neu ausgehandelt wird. Gleichzeitig zeigt die Autorin, dass die Auseinandersetzung zwischen Parteigenossinnen und Aktivistinnen nicht folgenlos blieb, da die unterschiedlichen feministischen Positionen einander veränderten.

Mit teilweise widerstreitenden Positionen von Aktivistinnen beschäftigt sich auch *Corinna Trogischs* Beitrag zur Frauenbewegung in der Türkei. Die Autorin zeichnet unterschiedliche Positionen der Aktivistinnen der Frauenbewegung nach, die vorwiegend durch den Zugang und die Einstellung zu finanziellen Ressourcen bestimmt werden. Damit betrachtet Trogisch das Binnengefüge der Frauenbewegung und nimmt analytisch die Perspektive des Resource Mobilization-Ansatzes ein, indem sie die Relevanz von Ressourcen für die Bewegungen im Kontext von Dominanz- und Machtverhältnissen thematisiert. Die Interaktion zwischen den transnationalen Finanziers – hier der internationalen Gebergemeinschaft – und den Aktivistinnen wird dabei unter dem Terminus der Projektwirtschaft betrachtet. Anhand der extern finanzierten Bewegungszeitschrift *Pazartesi* zeigt die Autorin, wie Aktivistinnen mit der Dominanz der Geber konfrontiert werden und wie sich dies im alltäglichen Handeln der Frauenbewegungen ausdrückt. Mit dem Blick auf den Einfluss internationaler Geber leitet der Beitrag von Trogisch zu den Beiträgen von Kannengießer, Rošul-Gajić und John über, in denen die Herausforderungen der Transnationalisierung beleuchtet werden.

Transnationalisierung von Frauenbewegungen

Transnationale Räume sind, auch durch die zunehmende mediale Vernetzung, selbstverständliche Folie des Handelns von AktivistInnen geworden.⁴ Mit der Transnationalisierung greift die Bewegungsforschung einen Begriff auf, der aus dem Bereich der Internationalen Organisationen und der Migrationsforschung stammt und das Entstehen komplexer Gemeinschaften, Identitäten und Institutionen jenseits des Nationalstaates umfasst, ohne globales Ausmaß zu beanspruchen (Pries 2008). Seit den 1970er Jahren hat, mit der Entstehung internationaler Frauennetzwerke und

-bewegungen, die Transnationalisierung von Aktivistinnen eine neue Dimension erhalten (vgl. Berkovitch 1999, 122; Lenz/Mae/Klose 2000, 13). Komplementär haben die internationale Frauenrechtsnorm, die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW), sowie transnationale Räume mit der Einleitung der Frauendekade der Vereinten Nationen 1975 und den damit verbundenen Weltfrauenkonferenzen an Bedeutung gewonnen. Die Weltfrauenkonferenzen wurden schließlich zu einem Symbol dafür, dass „das Private (...) nicht nur auf lokaler und nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene politisch“ ist (Ruppert 2008, 918). Analytisch wurde mit der Transnationalisierung zugleich die Entstehung einer globalen Schwesternschaft diskutiert (Berkovitch 1999, 123f.; Wichterich 2000b, 258). Aufgrund dieser paradigmatischen Veränderungen wurde auch die Transnationalisierung der Frauenbewegungen häufig als linear im Sinne einer Ablösung von nationalen Bewegungen gedeutet. Entgegen diesem Linearitätspostulat verweisen andere Analysen auf die Bedeutung des Lokalen und analysieren die Wechselwirkung zwischen der nationalen und der transnationalen Ebene, so etwa die Debatte um internationale Normen: Diese untersucht den Beitrag der Frauenbewegung bei der Normgebung sowie die Ratifizierung und Umsetzung der globalen Frauenrechtsnorm CEDAW im lokalen Kontext (Zwingel 2012). Analytisch existieren auch hier Anknüpfungspunkte an die soziale Bewegungsforschung, indem beispielsweise globale Normen als Referenzrahmen (mit Bezug zum Framing-Ansatz) für lokale Frauenbewegungen gefasst werden. Globale Normen werden hier von lokalen Frauenbewegungen angenommen und oft umgedeutet (Finnemore/Sikkink 1998). Weitere Analysen untersuchen die Wechselwirkung zwischen transnationalen und nationalen politischen Handlungsräumen (in Anlehnung an den Political Opportunity Structures-Ansatz) und damit verbunden die restringierenden oder fördernden Einflüsse auf die lokalen Frauenbewegungen (Sikkink 2005).

Die analytischen Perspektiven verdeutlichen, dass sich Transnationalität nicht unabhängig von der lokalen Perspektive vollzieht, so dass die Dichotomisierung von Transnationalität und Lokalität nicht aufrechterhalten werden kann. Hier kann auf die Definition von Basu (2013, 7) zurückgegriffen werden, die regionale und sich im nationalen Rahmen definierende feministische Theorien und Bewegungen als lokal definiert und mit den Begriffen global oder transnational Bewegungen beschreibt, die sich selbst in einem Rahmen jenseits des Nationalstaates verorten oder in einem solchen entstanden sind. Bei der Wechselwirkung zwischen der transnationalen und lokalen Ebene setzen die Artikel von *Jagoda Rošul-Gajić* und *Sigrid Kannengießer* an.

Die Analyse von *Rošul-Gajić* nimmt den Zerfall Kroatiens Anfang der 1990er Jahre als Ausgangspunkt. Sie betrachtet, wie es der Frauenbewegung zu dieser Zeit trotz einer stark patriarchalen Gesellschaft gelang, einen frauenpolitischen Wandel einzuleiten. In Anlehnung an Finnemore und Sikkink (1998) zeichnet *Rošul-Gajić* nach, wie lokale Frauenbewegungen internationale Frauenrechtsnormen nutzten, um Wandel herbeizuführen. Die Autorin veranschaulicht, dass transnationale Normen

nicht nur einfach angepasst werden. Rošul-Gajić, selbst Aktivistin, geht dabei von einer Doppelstrategie der Frauenbewegung aus: Entgegen üblicher Betrachtungen der Durchsetzung internationaler Normen als Top-Down-Prozess betrachtet sie auch den Bottom-Up-Prozess der Einflussnahme der kroatischen Frauenbewegung auf die internationale Normsetzung und die internationalen politischen Eliten.

Dass internationale Frauenrechtsnormen im lokalen Kontext nicht nur eine unterschiedliche Bedeutung entfalten, sondern selbst höchst umstritten sind, zeigen die Weltfrauenkonferenzen. Spätestens seit der Weltfrauenkonferenz in Mexiko 1975 wurde der universale Vertretungsanspruch europäischer und US-amerikanischer Frauen von Seiten der sogenannten *Dritte-Welt-Frauen* in Frage gestellt (vgl. Wichterich 2000b). Zwar wurden globale soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit als verbindende Achsen der transnationalen Frauenbewegungen etabliert (Wichterich 2007, 233), die Auseinandersetzung zwischen „Universalismuskritik und Universalismusreferenz“ (Ruppert 2008, 921) führte jedoch zu Spannungen zwischen den Akteurinnen. Denn auch Interaktionen auf globaler Ebene waren von Dominanz, Herrschaft und Widersprüchen geprägt (Basu 2013). An dem Verhältnis zwischen vermeintlich global zirkulierenden Normen und Vorstellungen von Geschlechterverhältnissen und lokalen Positionen setzt der Beitrag von *Kannengießner* an. Die Autorin thematisiert, wie unterschiedliche feministische Positionen im Rahmen des transnationalen Frauennetzwerkes APC Women verhandelt werden. In ihrer Analyse legt Kannengießner den Fokus auf die Interaktion zwischen den auf transnationaler Ebene angesiedelten Projektkoordinatorinnen und dem afrikanischen Teilnetzwerk. In dieser Interaktion zeigt sich das bereits formulierte Dilemma des Auseinanderklaffens transnationaler Normen und lokaler Wirklichkeit. Zwar formuliert das von der Autorin beschriebene Frauennetzwerk auf translokaler Ebene die Absicht, zur Geschlechtergleichheit beizutragen und verpflichtet sich damit einem feministischen Ziel; auf lokaler Ebene sind diese Ziele jedoch umkämpft und werden umgedeutet. Wie Kannengießners Ausführungen zeigen, stellen die APC-Frauen dieser Herausforderung die Strategie der Translokalität entgegen.

Eine Verwobenheit zwischen der transnationalen und der lokalen Ebene zeigt sich auch im lokalen Widerstand gegen transnationale ökonomische Prozesse. Seit der Weltfrauenkonferenz in Peking hatten sich transnationale Frauenbewegungen vermehrt einer Erweiterung des Menschenrechtsansatzes auf die Ebene des Wirtschaftlichen zugewandt. Die erfolgreiche Verankerung von Geschlechtergerechtigkeit in den Institutionen der Vereinten Nationen (UN) konnte im Bereich der Wirtschafts- und Handelspolitik aber nicht wiederholt werden (Wichterich 2007). Dies liegt erstens darin begründet, dass transnationale wirtschaftspolitische Institutionen sich nicht zuständig für den Bereich der Menschenrechte fühlen, so etwa die Welthandelsorganisation (WTO), die die Forderungen der Frauenbewegung zurück an die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) verwies. Zweitens wurde mit der CEDAW-Konvention zwar ein Instrument geschaffen, das nicht nur die politische, sondern auch die ökonomische und gesellschaftliche Gleichberechtigung von Frauen for-

dert. Jedoch bleibt die Umsetzung bei den 187 Staaten, welche die Konvention ratifizierten, mitunter mangelhaft. Dies wird unter anderem am Beispiel Brasiliens deutlich (Daniel/Graf 2012). Drittens haben viele Länder des globalen Südens mit der Einrichtung von Sonderexportzonen die Verantwortung über große Teile der wirtschaftlichen und sozialen Rechte an internationale Konzerne abgegeben. Wie in vielen Fallstudien gezeigt wurde, sind in diesen Sonderexportzonen vor allem Frauen beschäftigt, etwa auf den Philippinen, wo britische Kommunalbehörden ihre neue Steuerdatenbank erstellen ließen (Europäische Kommission 1995; Wichterich 2000a) oder in Bangladesch, wo Näherinnen ohne die elementarste Absicherung ihrer Arbeitsrechte tätig sind (Matern 2013). Die Reichweite globaler Geschlechtergerechtigkeit wird somit auch von globalen Konzernen bestimmt. Anders als im Bereich der politischen Rechte können Frauenbewegungen im Bereich des Ökonomischen nicht auf eine Politik der Anerkennung setzen, sondern müssen Strategien des Widerstands entwickeln. Widerstand gegen eine vermeintlich hegemoniale kapitalistische Herrschaft wird beispielsweise für die transnationale Frauenbewegung World March of Women (WMW) zur Strategie (Conway 2007). Globale Unternehmen und neo-liberale Politiken werden so zum Ausgangspunkt für die Proteste der transnationalen Frauenbewegung.

Aus der Perspektive sich tradierender hegemonialer, kapitalistischer Verhältnisse analysiert *Sonja John* die Zielsetzungen und Argumentationslinien der Bewegung Idle No More. Idle No More ist eine hauptsächlich von Frauen getragenen Bewegung, die sich zwischen den Kategorien Geschlecht und indigener Zugehörigkeit orientiert. Die Bewegung formierte sich als Reaktion auf ein Gesetzespaket der kanadischen Bundesregierung, dessen Umsetzung indigene Vertrags- und Landrechte wie auch Umweltschutzbestimmungen außer Kraft setzte. Durch die Aufhebung dieser Bestimmungen wird es für transnationale Unternehmen einfacher, sich Zugang zu bisher nicht erschlossenen Energiequellen und Rohstoffen zu verschaffen. Idle no More setzt den Unternehmen basisdemokratische und intersektionale Bündnisarbeit entgegen und kritisiert das Gesetzespaket als sich tradierendes koloniales Verhalten im Dienste kapitalistischer Interessen. Die Analyse Johns zeigt einerseits den lokalen Widerstand gegen die kanadische Regierung als auch gegen transnational agierende Konzerne auf. Andererseits wird der spezifische Bezug zur transnationalen Ebene deutlich: Denn Idle No More erweitert durchaus seine Handlungsräume, indem die Bewegung durch eine Politik der Anerkennung für den Schutz indigener Rechte vor den UN warb. Dabei greift Idle No More globalisierungskritische Argumentationslinien auf und bezieht diese auf den lokalen Raum. Wie die Autorin zeigt, schafft es die Bewegung, nicht nur national und international eine Öffentlichkeit für den Schutz der Umwelt und die Vertragsrechte indigener Nationen zu generieren, sondern auch die zugrunde liegenden kolonialen und sexistischen Strukturen zu thematisieren. Zugleich wird deutlich, dass die Bewegung die Strategie des Widerstandes mit der Politik der Anerkennung auf der transnationalen Ebene verknüpft.

Fazit

Die Beschäftigung mit Frauenbewegungen zeigt, wie wichtig es ist, sich mit der Diversität ihrer Organisationsformen, Strukturen und Handlungsräume auseinanderzusetzen. Die nun folgenden Beiträge zeigen hier neue Dimensionen auf, die fruchtbare Forschungsgebiete bieten. Deutlich wird mit dem Schwerpunktheft, dass Frauenbewegungen vielfältige Interessen integrieren, und das Binnengefüge vermehrt von professionalisierten und institutionalisierten Bewegungskernen, wie von Frauen-Nichtregierungsorganisationen oder -netzwerken geprägt wird. Durch diese Überlappungen zwischen Organisation, Netzwerk und Bewegung stellen sich neue Herausforderungen für die Definition von Frauenbewegungen und für die Abgrenzung des Forschungsfeldes. Zugleich sollte diesen Veränderungen vermehrt Rechnung getragen werden, beispielsweise durch eine Analyse des Binnengefüges von Frauenbewegungen. Es scheint uns daher besonders vielversprechend, an die jüngere Bewegungsforschung anzuknüpfen, welche sich durch die Integration netzwerkanalytischer (Diani 2010) und organisationssoziologischer Überlegungen (Mc Adam/Scott 2005) mit dem Inneren von sozialen Bewegungen beschäftigt. Dies eröffnet den Blickwinkel für Interessens- und Akteurskonstellationen sowie Machtbeziehungen im Binnengefüge von Frauenbewegungen.

Wie die Beiträge des Schwerpunktheftes des Weiteren veranschaulichen, entwickeln sich Frauenbewegungen in Interaktion mit ihrem gesellschaftlichen und politischen Kontext. Hier besteht besonders für die feministische politikwissenschaftliche Politikwissenschaft ein Desiderat, denn restringierende Faktoren, die sich aus dem politischen Kontext ergeben und das Handeln von Frauen einschränken, bestehen oft jenseits formaler Institutionen. Gerade Frauen sind von Staatsversagen betroffen, denn dieses zwingt sie zurück in familiäre Strukturen, die häufig patriarchal geprägt sind und verhindert ihre kollektive Mobilisierung. Restringierende Faktoren ergeben sich auch dort, wo sie nicht vermutet werden, etwa durch internationale oder regionale Institutionen oder durch die internationale Gebergemeinschaft. Hier gilt es für die feministische Forschung, transnationale Institutionen, die als Hort der Demokratie gelten, auf den Prüfstand zu stellen und die Abhängigkeitsverhältnisse aufzudecken, mit denen sie Frauenbewegungen konfrontieren und die diese aufgrund von finanzieller Notwendigkeit eingehen.

Wie die Beiträge des Schwerpunktheftes nicht zuletzt zeigen, ist die Interaktion zwischen transnationaler und nationaler Ebene ambivalent. Zum einen ist Transnationalität selbstverständliche Folie, Ebene und Bezugspunkt für Frauenbewegungen. Zum anderen ist Transnationalität stets ein Reibungspunkt; transnationale Normen werden von Akteurinnen nicht einfach nur angenommen, sondern oft umgedeutet oder gar abgelehnt. Obwohl das analytische Instrumentarium zur Transnationalisierung von sozialen Bewegungen innovativ und zahlreich ist, scheint insbesondere an dieser Stelle eine interdisziplinäre Debatte ertragreich zu sein, die über die Bewegungsforschung hinausgehend auf akteurszentrierte Konzepte verweist, welche

lokale Deutungen und Praktiken im Umgang mit transnationalen Normen, Gütern oder Räumen in den Vordergrund stellen (vgl. Neubert/Daniel 2012). Damit können bestehende räumliche Antagonismen zwischen Transnationalität und Lokalität überwunden werden (Basu 2013). Diese Perspektive scheint uns für die weitere Analyse von Frauenbewegungen fruchtbar zu sein. Spannend wäre es, auch im Kontext der Professionalisierung und Institutionalisierung der Frauenbewegung zu untersuchen, wie durch die intervenierenden Geberstrukturen transnationale Normen von Frauenbewegungen angeeignet und verhandelt werden.

In Bezug auf das theoretische Instrumentarium zeigen die vorliegenden Beiträge schließlich, dass mittlerweile eine Vielfalt von dichten empirischen Fallstudien existiert, die weit über die konzeptionellen Schwerpunkte der europäischen und US-amerikanischen Bewegungsforschung hinausgehen. Diese konzeptionellen Perspektiven auf Frauenbewegungen sind reich an innovativen und interdisziplinären Zugängen. Dies birgt die Herausforderung in sich, die entstandene Lücke zwischen der Bewegungsforschung und den Beschreibungen nationaler Kontexte zu schließen. Eine Rückbindung der empirischen Fallstudien an die Bewegungsforschung einerseits sowie Überlegungen zur Theoriefähigkeit von Fallstudien andererseits scheint aus unserer Perspektive eine Möglichkeit zu sein, bisher getrennt verlaufende Debatten miteinander zu verknüpfen.

Anmerkungen

- 1 Der Political Opportunity Structures-Ansatz untersucht die politischen Bedingungen wie die Offenheit bzw. Geschlossenheit des politischen Systems, die für die Aktionsräume sozialer Bewegungen entscheidend sind. Der Resource Mobilization-Ansatz beachtet die notwendigen Ressourcen wie finanzielle Mittel oder Personal. Der Collective Identity-Ansatz erklärt soziale Bewegungen über die Herausbildung einer gemeinsamen Identität. Der Framing-Ansatz wendet sich der Definition eines gesellschaftlichen Problems zu, denn mit ihr können Einfluss auf die öffentliche Meinung gewonnen, AnhängerInnen mobilisiert und Protest legitimiert werden.
- 2 Mit dem Begriff der „Neuen Sozialen Bewegungen“ wurden vor allem europäische und amerikanische soziale Bewegungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Als Merkmale für NSB gelten das Handeln jenseits einer Parteienbindung, die Organisierung einer spezifischen sozialen Basis und das Eintreten für partikulare Ziele, die Ablehnung von historischen Missionen (wie Revolution, Sozialismus etc.) sowie die Priorität postmaterialistischer Werte (Hellmann 1998). Die Vereinnahmung der Frauenbewegung als NSB wurde auch von Vertreterinnen der europäischen feministischen Forschung kritisiert, die argumentierten, dass der Begriff an den Praktiken des Widerstands und den Lebenswirklichkeiten der Aktivistinnen vorbeigeht (vgl. Dackweiler 2004).
- 3 Das Schöpfquell-Modell fasst eine Bewegung als funktionales Komplement einer Partei, aus dem die Partei Ideen und Ideologien schöpft. Das Avantgarde-Modell sieht die Partei der Bewegung übergeordnet.
- 4 Jedoch darf die bestehende Debatte über Transnationalisierung nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich Frauenbewegungen bereits im 19. Jahrhundert transnational vernetzten (vgl. Ferree/Mueller

2010). Mit dem International Congress of Women im Jahre 1888 und der auf ihm basierenden Stimmrechtsbewegung von Frauen sowie mit dem Internationalen Tag der Frau ab 1911 wurde die transnationale Vernetzung der Frauenbewegung sichtbar (Berkovitch 1999, 104ff.).

Literatur

Basu, Amrita, 2013: Globalization of the Local/Localization of the Global: Mapping Transnational Women's Movements. In: Mccann, Carol/Seung-kyung, Kim (Hg.): *Feminist Theory Reader*. Hoboken, 68-76.

Berkovitch, Nitza, 1999: The Emergence and Transformation of the International Women's Movement. Constructing World Culture. In: Boli, John/Thomas, Georg (Hg.): *Constructing World Culture*. Stanford, 100-127.

Conway, Janet, 2007: Transnational Feminism and the World Social Forum. Encounters and Transformations in Anti-Globalization Spaces. In: *Journal of International Women's Studies*. 8 (3), 49-70.

Dackweiler, Regina, 2004: Die Frauenbewegung als neue soziale Bewegung? Kritische Bemerkungen aus geschlechterreflektierter Sicht. In: Hardmeier, Sibylle (Hg.): *Staat, Politik und Geschlecht. Genderforschung in der Politikwissenschaft*. Zürich, 89-102.

Dahlerup, Drude, 2004: Continuity and Waves in Feminist Movement. A Challenge to Social Movement Theory. In: Christensen Rømer, Hilda/Halsaa, Beatrice/Saarinen, Aino (Hg.): *Crossing Borders. Re-mapping Women's Movement at the Turn to the 21st Century*. Oldense, 59-81.

Daniel, Antje, 2011: Frauenorganisationen in der Post-Konflikt-Situation in Kenia im Spannungsfeld zwischen neuen und tradierten Handlungsräumen. In: Engels, Bettina/Grayer, Corinna (Hg.): *Geschlechterverhältnisse, Frieden und Konflikt. Feministische Denkanstöße für die Friedens- und Konfliktforschung*. Baden-Baden, 113-133.

Daniel, Antje/**Graf**, Patricia, 2012: Genderpolitik – Geschlechterverhältnisse in Brasilien zwischen Wandel und Tradierung. In: La Fontaine, Dana de/Stehnken, Thomas (Hg.): *Das politische System Brasiliens*. Wiesbaden, 381-403.

Diani, Mario, 2010: Networks and Participation. In: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hg.): *The Blackwell Companion to Social Movements*. Oxford, 339-359.

Europäische Kommission, 1995: *Soziales Europa. Vertiefende Untersuchung zum Weißbuch – Telearbeit – Der informelle Sektor*. Brüssel.

Ferree, Myra Marx/**Mueller**, Carol, 2010: Feminism and the Women's Movement: A Global Perspective. In: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hg.): *The Blackwell Companion to Social Movements*. Oxford, 576-607.

Filter, Dagmar/**Reich**, Jana/**Fuchs**, Eva, 2013: Arabischer Frühling? Alte und neue Geschlechterpolitiken in einer Region im Umbruch. Pfaffenweiler.

Finnemore, Martha/**Sikkink**, Kathryn, 1998: International Norm Dynamics and Political Change. In: *International Organization*. 52 (4), 887-917.

Foweraker, Joe, 1995: *Theorizing Social Movements*. London.

Hassim, Shireen, 2004: *Voices, Hierarchies and Spaces: Reconfiguring the Women's Movement in Democratic South Africa. Globalisation, Marginalisation & New Social Movements in Post-Apartheid South Africa*. University of Kwa Zulu-Natal, Durban.

Hellman, Judith Adler, 1995: The Riddle of New Social Movements. In: Halebsky, Sandor/Harris, Richard L. (Hg.): *Capital, Power and Inequality in Latin America*. Boulder, 165-184.

- Hellmann, Kai-Uwe**, 1998: Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick. In: Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud (Hg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Opladen, 9-33.
- Jaquette, Jane S.**, 1994: Introduction. Transition to Participation – Women's movement and Democratic Politics. In: Jaquette, Jane (Hg.): The Women's Movement in Latin America. Participation and Democracy. Boulder, 1-13.
- Jaquette, Jane S./Wolchik, Sharon L.** (Hg.), 1998: Women and Democracy: Latin America and Central and Eastern Europe. Baltimore, London.
- Kitschelt, Herbert**, 1999: Politische Gelegenheitsstrukturen in Theorien sozialer Bewegungen heute. In: Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.): Neue soziale Bewegungen. Opladen, 144-167.
- Kriesi, Hanspeter**, 1986: Perspektiven neuer Politik: Parteien und neue soziale Bewegungen. In: *Annuaire Suisse de Science Politique*. 26, 333-350.
- Lenz, Ilse/Mae, Michiko/Klose, Karin**, 2000: Frauenbewegungen weltweit. Einleitung. In: Lenz, Ilse/Mae, Michiko/Klose, Karin (Hg.): Frauenbewegungen weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen. Opladen, 7-21.
- McAdam, David/Scott, Richard**, 2005: Organizations and Movements. In: McAdam, David/Scott, Richard/Zald, Mayer N. (Hg.): *Social Movements and Organization Theory* Cambridge, 4-41.
- MacCarthy, John D./Zald, Mayer N.**, 2001: The Enduring Vitality of the Resource Mobilization Theory of Social Movements. In: Turner, Jonathan H. (Hg.): *Handbook of Sociological Theory*. New York, 533-567.
- Matern, Tobias**, 2013: Beruhigungsspiel aus Papier. *Süddeutsche Zeitung*, 8.7.2013. Internet: <http://www.sueddeutsche.de/politik/fabrikesturz-in-bangladesch-beruhigungsspiel-aus-papier-1.1716701> (21.2.2014).
- Molyneux, Maxine**, 1998: Analyzing Women's Movements. In: *Development and Change* 29, 219-245.
- Neubert, Dieter/Daniel, Antje**, 2012: Translating Globalization, World Society and Modernity in Everyday Life. Theoretical Reflections and Empirical Perspectives. In: *Sociologus*. 62 (1), 1-23.
- Pries, Ludger**, 2008: Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Sozialräume jenseits von Nationalgesellschaften. Frankfurt/M.
- Ruppert, Uta**, 2008: FrauenMenschenrechte: Konzepte und Strategien im Kontext transnationaler Frauenbewegungspolitik. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*. Wiesbaden, 916-923.
- Sikkink, Kathryn**, 2005: Patterns of Dynamic Multilevel Governance and the Insider-Outsider Coalition. In: Della Porta, Donatella/Tarrow, Sidney (Hg.): *Transnational Protest and Social Activism*. Lanham, 151-175.
- Snow, David A./Rochford, Burke E./Worden, Steven K./Benford, Robert D.**, 1986: Frame Alignment Process, Micromobilization and Movement Participation. In: *American Sociological Review*. 51 (4), 464-481.
- Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter**, (Hg.) 2010: *The Blackwell Companion to Social Movements*. Oxford.
- Staggenborg, Suzanne**, 2010: The Consequences of Professionalization and Formalization in the Pro-Choice Movement. In: McAdam, Doug/Snow, David A. (Hg.): *Reading on Social Movements. Origins, Dynamics and Outcomes*. New York, Oxford, 599-623.
- Taylor, Verta/Whittier, Nancy**, 1992: Collective Identity in Social Movement Communities. In: Morris, Aldon/Mueller, Carol (Hg.): *Frontiers in Social Movement Theory*. London, 104-129.
- Tripp, Aili Mari/Casimiro, Isabel/Kwesiga, Joz/Mungwa, Alice**, 2009: *African Women's Movements. Changing Political Landscapes*. New York.

Waylen, Georgina, 2000: Gender and Democratic Politics. A Comparative Analysis of Consolidation in Argentina and Chile. In: Journal of Latin American Studies. 32 (3), 265-297.

Wichterich, Christa, 2000a: Gender matters. Zur Vergeschlechtlichung von Arbeit auf globalisierten Märkten. Berlin, 13-36. Internet: http://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/Feminist_Attac/Themen/wichterich_gender_matters.pdf (24.2.2014).

Wichterich, Christa, 2000b: Strategische Verschwisterung, multiple Feminismen und die Globalisierung von Frauenbewegungen. In: Lenz, Ilse/Mae, Michiko/Klose, Karin (Hg.): Frauenbewegungen weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen. Opladen, 257-280.

Wichterich, Christa, 2007: Transnationale Vernetzungen für Geschlechtergerechtigkeit. In: Feministische Studien. 25 (2), 233-242.

Zwengel, Susanne, 2012: How do Norms Travel? Theorizing International Women's Rights in Transnational Perspective. In: International Studies Quarterly. 56 (1), 115-129.

Ungleiche Schwestern – Frauen-Aktivismus und Frauenbewegungen im Post-Mubarak Ägypten

RENATE KREILE

Einleitung

Die Beteiligung von Frauen an den ägyptischen Aufstandsbewegungen sowie die genderpolitische Dynamik der fortdauernden Transformationsprozesse haben medial und wissenschaftlich viel Aufmerksamkeit gefunden (vgl. Al-Ali 2012; Dennerlein/Farag 2013; Hatem 2013; Kreile 2012; Pratt 2011; Sholkamy 2012; Singerman 2013). In der westlichen Öffentlichkeit verbreitete kulturalistische Fehlperzeptionen, in denen arabische Frauen pauschal als unterdrückt, passiv und unmündig konstruiert werden, wurden augenfällig empirisch widerlegt. Phantasien, muslimische Frauen im Sinne einer *civilizing mission* von *außen* befreien zu wollen, sahen sich einmal mehr in die Requisitenkammer paternalistischer Bevormundung und neokolonialer Ambitionen verbannt. Vorstellungen, wonach *der Islam* per se für die Benachteiligung der Frauen in der Region verantwortlich sei, verschwanden vermehrt in der Mottenkiste des *Orientalismus* (vgl. Kreile 2009, 253ff.).

Gleichzeitig bestehen gewisse Wahrnehmungsverengungen fort, die die strukturellen Asymmetrien und sozialen Ungleichheiten der Weltgesellschaft widerspiegeln.¹ So kritisieren Abu-Lughod und El-Mahdi, wie die westlichen Medien von der Rolle von Frauen in dieser Revolution besessen zu sein scheinen (vgl. Abu-Lughod/El-Mahdi 2011, 683). In der Vorstellung, Frauen seien als vermeintlich homogene Gruppe mit einheitlichen genderspezifischen Interessen aktiv geworden, komme – so die AutorInnen – ein sehr begrenztes Verständnis von Frauenrechten im Sinne eines weißen, liberalen Feminismus zum Ausdruck, welches die Beteiligung der Unterschichten an

den Aufstandsbewegungen ausblende und die Belange armer Frauen marginalisiere (vgl. ebd.; Krause 2012, 10).² Die westlichen Medien würden vorrangig diejenigen AkteurInnen wahrnehmen, „deren Forderungen, Habitus und Sprache von einer westlichen Öffentlichkeit als sympathisch und vertraut anerkannt“ (Schielke 2013, 127) würden. Dabei handele es sich zumeist um Angehörige der anglophonen privilegierten Schichten (vgl. ebd.).

Auch politikwissenschaftliche Diskurse zu den Transformationsprozessen und relevanten AkteurInnen der Region weisen nicht selten einen eingeschränkten Blickwinkel auf. Die Fokussierung auf formelle Aktionsformen und die Vernachlässigung informeller Aktivitäten vermögen die politischen Realitäten oftmals nicht angemessen zu erfassen (vgl. Mohns 2011). Die Einbeziehung ethnographischer Studien, die eine Fülle an aufschlussreichem Material bieten (vgl. Duboc 2013; Hafez 2011; Ismail 2007; Mahmood 2005; Singerman 1995), und die Beachtung von social *non-movements*³ (Bayat 2010, 14ff.), die die Überlebenskämpfe und Strategien des Alltagslebens der Benachteiligten umfassen, helfen den Blick auf den Aktivismus von Frauen zu weiten.

WissenschaftlerInnen, die an den Aufstandsbewegungen beteiligt waren, betonen, dass genderspezifische Forderungen keine ausgeprägte Bedeutung gehabt hätten: „Gender spielte keine Rolle bei der Entscheidung zu revoltieren oder zu protestieren“ (Sholkamy 2012, 153). Vielmehr sei die Aufstandsbewegung vom Januar 2011 als Ergebnis einer Dekade von Arbeiterkämpfen und Kämpfen für bürgerliche Freiheitsrechte zu betrachten, die von Frauen aktiv mitgetragen wurden (vgl. ebd.). Frauen wie Männer hätten politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit eingefordert, nicht aber Frauenrechte (vgl. Pratt 2011). Gleichzeitig sind die Erfahrungen und Handlungen von Frauen und Männern in Transformationsprozessen und Aufstandsbewegungen ebenso genderspezifisch geprägt wie durch soziale, generationelle oder lokale Zugehörigkeiten und erfordern somit intersektionelle Analysen.⁴

Im Folgenden sollen unterschiedliche Strömungen der ägyptischen Frauenbewegung im Hinblick auf Interessenlagen, Strategien und Ausstrahlungskraft sowie auf ihre Transnationalität untersucht werden. Dabei soll insbesondere das Engagement der islamistischen AktivistInnen beleuchtet und das Phänomen erhellt werden, warum Zehntausende von Frauen für Brot, Freiheit und Würde auf die Straßen gegangen sind, aber nur eine kleine Minderheit explizit strategische Gender-Interessen (Molyneux 1985) verfolgt. In ihrer einflussreichen Studie über die „Politik der Frömmigkeit“ (2005) fragt Mahmood:

Weshalb unterstützt eine große Anzahl von Frauen in der muslimischen Welt aktiv eine Bewegung, die für ihre ‚eigenen Interessen und Agenden‘ nachteilig zu sein scheint und dies in einem historischen Moment, an dem diesen Frauen weiter gehende emanzipatorische Möglichkeiten zur Verfügung zu stehen scheinen (ebd., 2).

Einige skizzenhafte theorieorientierte Überlegungen, die Erkenntnisse der Social Movement Theory aufgreifen, sollen zunächst dazu beitragen, die Dynamik der Aufstandsbewegung in ihrem spezifischen soziopolitischen Umfeld zu erhellen.

Politik von unten – einige theorieorientierte Überlegungen

In Abgrenzung von ahistorischen und kulturalistischen Sichtweisen plädieren zahlreiche RegionalexpertInnen für eine sozialwissenschaftliche *Normalisierung* der Region (vgl. Beinin/Vairel 2011, 2; Korany/El-Mahdi 2012, 7ff.). Dies bedeutet die Anwendbarkeit soziostruktureller Kategorien auf die dortigen Transformationsdynamiken und die Wahrnehmung von Islam und Kultur als historisch und sozial vermittelten und wandelbaren, uneinheitlichen und plastischen Bestimmungsfaktoren. „Nicht die Religion ist der Schlüssel zum Verständnis der Gesellschaft, sondern die Gesellschaft ist der Schlüssel zum Verständnis der Religion“ (Barakat zit.n. Metzger 2002, 1).

Die Frage ist demnach nicht, was steht in den religiösen Quellen zu diesem oder jenem Sachverhalt, sondern welche sozialen und politischen Faktoren und Interessen führen dazu, dass verschiedene Akteure die Texte in der einen oder anderen Weise interpretieren (vgl. Bayat 2010, 242). Dementsprechend ist die verbreitete Auffassung, dass *der Islam* positiv oder negativ bewertet für die Stellung der Frauen in den arabischen Gesellschaften verantwortlich sei, als essentialistisches Missverständnis zu kritisieren (vgl. Kreile 2009). Im Hinblick auf die Analyse der jüngsten Protestbewegungen und die Aktivitäten von Frauen vermögen Konzepte aus dem Repertoire der Social Movement Theory wichtige Orientierungspunkte zu liefern (vgl. Moghadam 2013, 19ff.; Tilly/Tarrow 2007). Grundlegend ist zunächst ein kontextbezogenes Verständnis eines rationalen Handelns der AkteurInnen, das gesellschaftliche und politische Besonderheiten einschließt (Beinin/Vairel 2011, 20).

Nützlich im Hinblick auf das Verständnis der Aufstandsbewegung sind zudem konzeptionelle Überlegungen zur Mobilisierung, zu Politischen Gelegenheitsstrukturen und dem *framing*, der Schaffung kollektiver Deutungsmuster (vgl. Korany/El-Mahdi 2012, 10). Soziale Bewegungen in der arabischen Welt agieren weithin in einem repressiven politischen Kontext, der Möglichkeiten offener Mobilisierung stark einschränkt. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, das Konzept der Politischen Gelegenheitsstrukturen⁵ zu modifizieren und eine „wahrgenommene kollektive Bedrohung“ (Beinin/Vairel 2011, 9) als Triebkraft für soziale Proteste einzubeziehen. Unter den autoritären Bedingungen der Region lassen sich Menschen nicht primär mobilisieren, um Gelegenheiten vorteilhaft zu nutzen. Stattdessen gehen sie als Reaktion auf Bedrohungen auf die Straße. Dabei werden Proteste nicht allein durch Repression befeuert. Beinin und Vairel bemerken:

Actors may also perceive public policies and their consequences as a threat to their values, interests, and understandings of the public good. People mobilize not only because they

can but also and probably even more readily when they are compelled to do so: when they feel their sense of justice or morals, their basic rights, or the possibility of offering decent living conditions to their children are being attacked (Beinin/Vairel 2011, 22).

Unter den Bedingungen des Autoritarismus sind informelle Netzwerke⁶, die bspw. Familien, Nachbarschaften, religiöse Gemeinschaften umfassen, für die Mobilisierung von Protest wichtig, da sie staatlicher Kontrolle relativ weitgehend entzogen sind (vgl. Beinin/Vairel 2011, 9). Wie Singerman (1995) in ihrer Analyse informeller Netzwerke in Kairo überzeugend nachgewiesen hat, stellen Familie und Nachbarschaft für die meisten Menschen die einzigen verlässlichen und funktionierenden Institutionen dar. Für Mitglieder solcher Netzwerke steht nicht primär die individuelle Autonomie als Selbstkonzept im Vordergrund, sondern die Beziehungen und Verpflichtungen im Rahmen dieser Netzwerke. Darin kommt keineswegs eine essentialistisch gedachte kulturelle Besonderheit oder ein traditionelles Relikt zum Ausdruck. Vielmehr sind die informellen Netzwerke angesichts der chronischen Unsicherheitsstrukturen, die durch autoritäre Regime und fehlende wohlfahrtsstaatliche Absicherung induziert sind, für unzählige Menschen überlebensnotwendig. Gleichzeitig schränken sie durch ihre Mechanismen von Macht und Abhängigkeit, Schutz und Kontrolle individuelle Handlungsspielräume oftmals ein (vgl. Beinin/Vairel 2011, 20; Harders 2009).

Frauen sind für das Funktionieren der Netzwerke nach innen und außen und für die Mobilisierung von ideellen, finanziellen und personellen Ressourcen zentral (vgl. Krause 2012; Singerman 1995). Gleichzeitig sind sie materiell und emotional auf den Rückhalt innerhalb der lokalen und religiösen Netzwerke angewiesen. Sie sind horizontal und vertikal eingebunden in ein komplexes Gewebe von Verpflichtungen und Praktiken fortdauernder wechselseitiger Solidarität und Hilfeleistungen, Patronagebeziehungen und Loyalitätsverpflichtungen. Um das soziale und ökonomische Netz der Gemeinschaft beanspruchen zu können, sind Anpassung an die einschlägigen patriarchalen Normen und angemessenes Verhalten wie das Einhalten von Kleiderordnung und Geschlechtertrennung unabdingbar (vgl. Ismail 2007; Singerman 1995). Neben der strukturellen Ausgangssituation, die soziale Proteste hervorbringt, und den mobilisierenden Netzwerken, spielen *collective action frames* eine Rolle für Mobilisierungsprozesse. Darunter sind kollektiv und interaktiv produzierte Interpretationsleistungen zu verstehen, die eine spezifische Wahrnehmung der Problemlagen und ihrer Ursachen beinhalten und Lösungsvorschläge oder zumindest mögliche Strategien zur Problembearbeitung benennen und legitimieren (vgl. Herkenrath 2011, 47). Um erfolgversprechend mobilisieren zu können, „muss es Bewegungen gelingen, frames zu finden, die zwar eine neue Sicht auf soziale Probleme ermöglichen, gleichzeitig aber auch kulturelle Resonanz haben und an die bestehenden Deutungsmuster anschließen“ (Herkenrath 2011, 48).

Einige bedrängende Probleme, die zahllose Menschen im Januar 2011 zu Massenprotesten gegen das Mubarak-Regime auf die Straßen brachten, werden im Folgenden

ansatzweise skizziert. Dabei wird nicht zuletzt die überlegene Überzeugungskraft islamisch legitimierter Deutungsmuster im Hinblick auf Krisendiagnose und Krisenantwort schlaglichtartig erhellt.

Krisenakkumulation und sozialer Unmut als soziostrukturelle Voraussetzung für Proteste

Seit den 1990er Jahren trieb die Mubarak-Regierung, in Abstimmung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die neoliberale Restrukturierung Ägyptens voran, die Sadat in den 1970er Jahren begonnen hatte (vgl. Denis 2009, 58ff.). Im Zuge umfangreicher Privatisierungsmaßnahmen gingen die staatlichen Eliten Allianzen mit privaten, nationalen und globalen Unternehmen ein und begannen mit der Enteignung des öffentlichen Raums im Interesse einer globalisierten neoliberalen „Luxus-Klasse“ (Singerman/Amar 2009, 11).

Unter dem Druck der Strukturanpassungsmaßnahmen wurde wohlfahrtsstaatliches Engagement minimiert. Die Kluft zwischen arm und reich stieg dramatisch. Nach Angaben der Weltbank von 2007 waren beinahe 44% der ÄgypterInnen extrem arm, arm oder beinahe arm (Beinin 2011, 186f.). Die sozialen Welten der Elite und der breiten Bevölkerungsschichten treten einander weithin in Begriffen des Kosmopolitischen und des Lokalen gegenüber (Koning 2009, 162f.) und artikulieren sich nicht zuletzt in sich je unterschiedlich transformierenden Gender-Normen. Klassenspezifische Konstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit gehen einher mit Mikropolitiken eines umkämpften öffentlichen Raums.⁷ Normen, wie sie in der Elite vorherrschen, geraten verstärkt in Widerspruch zu denjenigen anderer Bevölkerungsschichten (ebd., 132f., 153). Insbesondere die Präsenz von Frauen im öffentlichen Raum stellt ein zentrales Merkmal der sich entfaltenden Kultur der neuen, oberen Mittelschicht dar und wird umgekehrt zum Fokus von Klassenkonflikten.

Die GewinnerInnen des ökonomischen Wandels – hochqualifizierte, professionalisierte junge Frauen mit kosmopolitischem kulturellem Kapital und Habitus, die im internationalen Segment der ägyptischen Ökonomie oder internationalen Organisationen tätig sind – unterstreichen mit ihrer Sichtbarkeit im öffentlichen Raum und an klassenadäquaten gender-gemischten Orten den Anspruch auf Modernität und globalen Status. Gleichzeitig müssen sie es vermeiden, als *verwestlicht* und *sittenlos* zu gelten. Viele Frauen sichern deshalb durch die islamische Bedeckung ihre Sichtbarkeit gleichsam moralisch ab. Unabhängig von ihrer Haltung zur Verhüllung ist ihnen daran gelegen, ihre Respektabilität und Reputation als sexuell *reine* und außerhalb der Ehe unverfügbare Frauen unter Beweis zu stellen. Dies ist nicht zuletzt für ihre Chancen auf dem kompetitiven Heiratsmarkt höchst bedeutsam (vgl. Koning 2009, 134ff.; Patel 2012).

Zu den VerliererInnen der neoliberalen Transformationsdynamik gehören junge Frauen und Männer aus der unteren modernen Mittelschicht, die in den ungenügend ausgestatteten öffentlichen Bildungsinstitutionen groß geworden sind und sich mit

dem Abschied vom nasseristischen Sozialvertrag⁸ um ihre Hoffnungen auf sozialen Aufstieg durch Bildung betrogen sehen. Da gleichwohl zahlreiche junge Frauen über qualifizierte Bildungsabschlüsse verfügen, die sie nicht selten in teuren privaten Bildungseinrichtungen erworben haben, verschärft sich die Konkurrenzangst auch unter den gebildeten Männern und macht sie anfällig für konservative und islamistische Geschlechterdiskurse, die die Frau vorrangig auf ihre häusliche Rolle festlegen. „Zurück in die Küche!“ riefen zahlreiche Männer nicht von ungefähr denjenigen Frauen zu, die in Kairo am Internationalen Frauentag 2011 für gleiche Rechte demonstrierten (vgl. Sholkamy 2012, 168). Angesichts der katastrophalen Lage auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt fehlen vielen jungen Menschen die finanziellen Mittel, um zu heiraten. Damit bleibt ihnen auch die einzige sozialmoralisch akzeptierte Möglichkeit verwehrt, ihre sexuellen Bedürfnisse zu befriedigen und eine eigene Familie zu gründen (vgl. Singerman 2013).

Zahlreiche Männer aus den armen Schichten sehen sich durch ihre marginalisierte ökonomische Position, ihre Ohnmacht gegenüber den Sicherheitskräften und anderen staatlichen Organen sowie durch die oftmals existenziell notwendige außerhäusliche Arbeit ihrer Frauen in ihrem Verständnis von Männlichkeit verletzt (vgl. Ismail 2007, 16f.). Dem althergebrachten patriarchalen Geschlechtervertrag, der die Unterordnung der Frauen unter die Autorität der Männer vorsieht, die im Gegenzug Versorgung und materielle Sicherheit zu gewährleisten haben, wird durch die Berufstätigkeit von Frauen zunehmend die materielle Grundlage entzogen. Duboc zeigt am Beispiel der Privatisierung der staatlichen Textilindustrie in Mahalla, wie im Zuge der neoliberalen Umstrukturierung Arbeits- und Genderbeziehungen transformiert wurden. Das neue Management stellte mit der Begründung „die Männer sind alt und krank“ (Duboc 2013, 36) bevorzugt junge Frauen ein, die als gehorsamer, disziplinierter und kostengünstiger angesehen wurden. Die Arbeiter sahen sich in ihrer Lebensleistung entwertet und in ihrer Männlichkeit gedemütigt (vgl. ebd., 36f., 43). Die Rückgewinnung männlicher Würde war eines von vielen Anliegen, die bei den Massenprotesten auf dem Tahrir Square zur Sprache gebracht wurden (Pratt 2013).

Der Islam ist die Lösung

Als Antwort auf die Krisendynamik erwiesen sich die Deutungsmuster, die cultural frames (Moghadam 2013, 124), und die Mobilisierungsstrukturen der islamistischen Bewegungen als besonders wirkungskräftig. Sie versprachen eine gerechte islamische Ordnung und propagierten das umfassende wie deutungsoffene Krisenrezept, nach dem der Islam die Lösung sei. Mit ihren Wohlfahrtsorganisationen füllten sie das staatliche Vakuum, das im Zuge der neoliberalen Wende entstanden ist (vgl. Clarke 2004).

Klassenübergreifend konnten sie eine breite Massenbasis gewinnen, auch unter Frauen. Naguib bemerkt zur Attraktivität des Konzepts:

„Islam“ wird zur Lösung für alle Probleme: für die Ungerechtigkeit und Ausbeutung, die die Arbeiter und die Armen erleiden, für die nationale Erniedrigung und persönliche Entfremdung, die die gebildete Mittelschicht erlebt, für die Rechtlosigkeit und Unordnung, die die Reichen fürchten und sogar für die Herabsetzung und Belästigung, die junge Frauen bei der Arbeit oder auf der Straße erleiden (Naguib 2009, 119).

Die islamistischen Organisationen bieten nicht nur soziale Dienstleistungen und vermitteln moralische Handlungskonzepte, sondern versprechen darüber hinaus, die durch den sozialen Wandel gefährdete patriarchale Autorität und männliche Würde von Vätern, Ehemännern, Brüdern auf einer neuen Ebene zu re-formulieren und zu re-formieren. Die Kontrolle über die Frauen wird nun durch alle Männer der umma, der Über-Familie der Gläubigen, garantiert. Ismail weist auf ein entsprechendes Empowerment der Männer durch die Moralisierung des öffentlichen Raums hin: „Die Macht des Gläubigen als waliy amr (Vormund) wird nicht nur in der Familie durch die Kontrolle über die weiblichen Mitglieder ausgeübt; sie wird ausgedehnt auf die Kontrolle der Frauen in der Gesellschaft“ (Ismail 2003, 79).

Frauen-Aktivismus: alltagspraktische und strategische Genderinteressen

Frauen in Ägypten stehen in alltäglichen, sozialen und politischen Kämpfen seit langem an vorderster Front, unverschleiert, im hijab oder bisweilen auch mit Gesichtsschleier. So spielten Arbeiterinnen beispielsweise 2006 und 2007 eine führende Rolle bei Streiks in der Textilindustrie (vgl. Duboc 2013). Auch in den Armenvierteln Kairo oder den Dörfern Oberägyptens nehmen Frauen selbstbewusst ihre Rechte wahr und praktizieren einen „organischen Feminismus des Alltags“⁶⁹ (vgl. Abu-Lughod 2013, 143ff.).

Im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung eröffneten sich für etliche professionalisierte Frauen formelle Beschäftigungsmöglichkeiten, etwa in den internationalen Sektoren, und damit Potentiale für mehr Autonomie. Die meisten Frauen, die einer außerhäuslichen Arbeit nachgehen, tun dies allerdings in ihrem Kampf um das alltägliche Überleben (vgl. Harders 2009).

Die unterschiedlichen sozialen Zugehörigkeiten prägen weithin unterschiedliche Strategien und ideologische Orientierungen von AktivistInnen. Simplifizierende Dichotomisierungen von religiös versus säkular können die Realität nicht angemessen erfassen. Sowohl unter säkular, wie auch unter religiös orientierten Frauen findet sich ein Spektrum an Auffassungen, das die Komplexität der ägyptischen Gesellschaft widerspiegelt. Beispielsweise wird von koptischen Aktivistinnen oftmals ein säkularer Bezugsrahmen als einzige Möglichkeit gesehen, bürgerliche Gleichheit als Frauen und als Angehörige der christlichen Minderheit einzufordern (Al-Ali 2006, 82ff.).

Diejenigen FrauenrechtlerInnen, die mit säkularen Konzepten und feministischen Gleichstellungsforderungen an die Öffentlichkeit treten, stellen eine kleine Minderheit dar und stammen zumeist aus den privilegierten Klassen. Sie beziehen sich

auf transnationale Menschenrechtsdiskurse und engagieren sich für die Rechte der Frauen als Individuen. Zumeist verfügen sie über die materiellen Ressourcen, diese auch wahrnehmen zu können. Angesichts der soziokulturellen Hegemonie der Islamisten finden sie wenig gesellschaftliche Resonanz. Ihr Engagement wird weithin als *nicht authentisch*, „dem Westen nach dem Munde redend“ oder gar als „kultureller Verrat“ diskreditiert (vgl. Al-Ali 1997, 186).

Diejenigen AktivistInnen, die sich unter Berufung auf den Islam legitimieren, vertreten ihrerseits nicht einheitliche Konzepte. Während die einen nachzuweisen versuchen, dass das Prinzip der Gleichheit von Mann und Frau im Einklang mit dem Islam stehe, beharren andere auf der wesensmäßigen Komplementarität der Geschlechter. Viele Islamistinnen betrachten zudem internationale Frauenrechtskonventionen als Ausdruck einer kulturellen Dominanz des Westens.

Eine wichtige Bedeutung für den Aktivismus islamischer Frauen gewann die Frauen-Moscheebewegung, die in den 1990er Jahren unter dem Einfluss einer finanzstarken islamischen Medienindustrie entstand und privilegierte wie unterprivilegierte Frauen einbinden konnte. Der charismatische TV-Prediger Amr Khaled begeisterte zahllose Frauen aus den oberen Mittelschichten und den Eliten des privaten Sektors. Er predigte die Kultivierung eines muslimischen Selbst, bot spirituelle Lebenshilfe und wies, im Einklang mit der neoliberalen Dynamik, Wege, die Welten von Erfolg, Konsum und Religion zu verbinden (Bayat 2002, 23). Die Aktivistinnen, die sich in Moscheen zu religiösen Bildungs- und Diskussionsversammlungen nur für Frauen zusammenfanden, bemühten sich um Praxen der Selbst-Vervollkommnung mit der erklärten Absicht, Gott näher zu kommen und engagierten sich in Entwicklungs- und Wohltätigkeitsprojekten für die städtischen und ländlichen Armen. Bisweilen stellten sie männliche Privilegien infrage, indem etwa Frauen als Predigerinnen fungierten (Mahmood 2005; Hafez 2011, 84f.). Wenngleich sie ihre Unterordnung in der Ehe in der Regel als *göttlich geboten* akzeptieren, widersetzen sich manche Frauen *aus Liebe zu Gott* resolut, bspw. wenn ihre Männer die Vollverschleierung als Zeichen von Rückständigkeit ablehnen (vgl. Mahmood 2005, 176ff.).

Gewisse Analogien zur amerikanischen Frauenbewegung der 1970er und 1980er Jahre, wie Tilly und Tarrow sie beschreiben, sind unübersehbar:

Bewusstseinsbildung war ein kreatives Werkzeug für die Entwicklung einer neuen Präsentation von Frauen. Derartige Graswurzelaktivitäten förderten ‚Schwesterlichkeit‘, Frauen, die zuvor betont zurückhaltend waren, lernten für sich selbst einzutreten, und neue Deutungsmuster entstanden (Tilly/Tarrow 2007, 123).

Gleichzeitig mag der Masseneinfluss der islamischen Bewegungen zumindest indirekt die Handlungsspielräume derjenigen Frauen einschränken, die sich nicht an die als islamisch propagierten Werte halten. Da die Frömmigkeitsbewegung in einem gesellschaftlichen Kontext agiert, in den Machtbeziehungen eingeschrieben sind, können „autoritative Urteile hinsichtlich Non-Konformität zum Ausschluss aus der

Gemeinschaft führen oder in extremen Fällen dazu verwendet werden, Gewalt zu rechtfertigen“ (Ismail 2007, 4).

Dem entsprechend fühlen sich nicht wenige Frauen mit alternativen Lebensentwürfen bedroht, wie nicht zuletzt die Anti-Mursi-Proteste im Sommer 2013 deutlich gemacht haben (vgl. Hatem 2013, 11; Montasir 2013).

In stärker organisierter Form engagieren sich die Muslimschwestern, die Frauenorganisation der Muslimbruderschaft, für alltagspraktische Genderfragen. Durch ihren Einsatz in Wohltätigkeitsorganisationen und Bildungseinrichtungen hatten sie maßgeblichen Anteil an deren politischem Erfolg.

„Die meisten Schwestern sind beruflich qualifiziert, sehr aktiv, sehr dynamisch, sehr stark, aber sie haben kein feministisches Bewusstsein“, meint Oumayma Abu Bakr, eine ägyptische Expertin für Islam und Gender (zit. nach Khalaf 2012). Sie betrachten den Kampf gegen Armut und für Frauenbildung als Priorität. Die Hauptaufgabe der Frau sehen sie darin, eine gute Ehefrau und Mutter zu sein, und sie akzeptieren die Vorrangstellung des Mannes in der Familie. Liberale westliche feministische Konzepte werten sie als übermäßig individualistisch und zerstörerisch für die Familie (vgl. ebd.).

Nicht selten machen sich islamistische AktivistInnen daran, patriarchale Strukturen und deren religiöse Legitimation in Frage zu stellen und sich für frauenfreundlichere Lesarten der islamischen Quellentexte zu engagieren. Gleichzeitig lehnen sie es ab, westliche Maßstäbe zu übernehmen und entwickeln bisweilen elaborierte Diskurse, um diese kritisch zu dekonstruieren und Frauenrechte in einer islamischen Moderne einzufordern. Heba Ra’uf etwa, Professorin für Politikwissenschaft und langjähriges Mitglied der Muslimbruderschaft, kritisiert die im westlichen und islamischen Denken vorherrschende Dichotomie von öffentlich-politisch und privat. Anknüpfend an den Slogan „Das Private ist politisch!“ betont sie die zentrale Rolle der Familie als Mikrokosmos, deren ethische Prinzipien wie Solidarität und konsensuelle Entscheidungsfindung (shura) die Grundlage für Gesellschaft und Politik sein sollten (McLarney 2010). Der Vorrang des Mannes in der Familie wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber: „Man kann in einer Familie im Islam nicht ein totalitäres patriarchales System haben. Die Familie sollte durch Shura geführt werden. (...) Wir haben ein Familienoberhaupt, aber er ist wie der Kalif und sollte frei gewählt werden“ (Ra’uf Ezzat 1994, 27).

Die Ausstrahlungskraft der islamisch orientierten AktivistInnen liegt darin, dass sie innerhalb ihres ausdifferenzierten religiösen Deutungsrahmens ein Spektrum von Adressatinnen ansprechen. Zudem sind sie bestrebt, Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der familiären, religiösen und lokalen Gemeinschaften auszuweiten. Insbesondere arme Frauen verfügen nicht über das soziale und kulturelle Kapital, um eigenständig in der neoliberalen Risikogesellschaft (Beck 1986) erfolgreich zu bestehen. Sie verfolgen ihre alltagspraktischen Genderinteressen, indem sie ihr moralisches Kapital innerhalb der Gemeinschaften maximieren, die Anpassung und Unterordnung einfordern mögen, aber Schutz und Anerkennung versprechen.

Transnationale Verflechtungen

Die uneinheitlichen Strategien der ägyptischen Frauenbewegungen sind nicht nur durch interne soziale Zugehörigkeiten und politische Interessen geprägt. Sie sind zugleich verwoben mit ideologisch unterschiedlich legitimierten transnationalen Genderdiskursen und -politiken und eingebunden in Interaktionen mit einer Vielfalt von staatlichen und nichtstaatlichen AkteurInnen. Die Auswirkungen sind komplex, gegenläufig und widersprüchlich.

Die ökonomische Öffnung sowie der neoliberale Abbau wohlfahrtsstaatlicher Schutzmechanismen, die mit Sadats Open Door-Politik (infatih) in den 1970er Jahren begonnen und seit den 1990er Jahren forciert vorangetrieben wurden, bewirkten nicht nur den Aufstieg der Islamisten, die mit ihren sozialen Dienstleistungen die Krisenfolgen abmildern halfen. Sie öffneten auch das Feld für internationale Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) (wie die Ford Stiftung oder den Population Council) und es wurden eine Vielzahl von Frauen-NGO gegründet. Ägyptische Frauen nahmen an internationalen Frauen-Konferenzen teil (z.B. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking 1995) und knüpften Kontakte zur transnationalen Frauenbewegung. Innerhalb und zwischen den ägyptischen Frauen-NGO kam es zu heftigen Auseinandersetzungen: Ausländische Finanzmittel waren einerseits heiß begehrt, andererseits wurde kritisiert, dass die einheimischen Organisationen nun ihre Projekte an der Agenda der Geber-Organisationen ausrichteten (Abu-Lughod 2013, 149f.).

Abu Lughod (2013) zeigt, wie im Zuge des neoliberalen Wandels Frauenrechte durch „socially responsible corporate sponsorship“ kommerzialisiert werden, gleichzeitig aber auch neue Ressourcen mobilisiert werden können. So gewann beispielsweise das Egyptian Center for Women’s Rights (ECWR) für seine Kampagne gegen sexuelle Belästigung die Unterstützung führender Kommunikationstechnologieunternehmen (vgl. ebd., 156).

Neben feministischen global governance Diskursen und NGOs westlicher Provenienz treten seit längerem transnationale islamische Netzwerke und Allianzen in Erscheinung, die von der nigerianischen Frauenrechtsgruppe BAOBAB bis zu den Sisters in Islam Malaysias reichen und in denen islamische Frauen im Austausch Zugehörigkeit, Inspiration und Selbstbewusstsein erfahren und bisweilen auch transnational mobilisieren (vgl. Sharify-Funk 2008). Eine Teilnehmerin eines transnationalen Workshops muslimischer Frauen beschreibt ihre Erfahrung:

Mit dem Transnationalen verhält es sich so: alle hässlichen Entlein aus der ganzen Welt kommen zusammen und verstehen, dass sie nicht so hässlich sind wie alle gesagt haben, sondern dass sie stattdessen schöne Schwäne sind (zit.n. Sharify-Funk 2008, 92).

Gleichzeitig sind transnational vernetzte islamische Institutionen in Ägypten aktiv, die soziale Hilfe leisten, aber oftmals höchst konservative Erwartungen an das Verhalten von Frauen richten. Der Zugang zu ihren Hilfsangeboten wird im neoliberalen

Kontext für viele Arme zur Existenzfrage. Die religiös motivierten Hilfsorganisationen können weithin auf reiche Spender, etwa aus Saudi Arabien und den Golfstaaten, zählen (vgl. Clarke 2004, 61, 147). Zu Hauptnutznießern zählen die Salafisten mit ihrer ultrakonservativen und zutiefst patriarchalen Islam-Interpretation. Allein die führende salafistische Hilfsorganisation Ansar al-Sunnah al-Mohammadiya soll 2011 fast 50 Millionen Dollar von religiösen Stiftungen in Qatar und Kuwait erhalten haben (vgl. Revkin 2011).

Nicht selten gehen Hilfeleistungen und religiös-politische Missionierung Hand in Hand – Tadros spricht in diesem Zusammenhang von „food for faith-Transaktionen“ (Tadros 2010, 18ff.). Beispiele aus Kairo zeigen, dass hilfebedürftige Frauen bisweilen die von Hilfsorganisationen erwarteten Verhaltens- oder Kleiderregeln vorrangig taktisch nutzen, indem sie etwa die erwünschten Verhüllungsregeln nur instrumentell und situativ befolgen (vgl. Tadros 2010, 19ff.).

Von Mursi zu Sisi – die Frauenbewegungen zwischen islamistischem Autoritarismus und dem Autoritarismus des Militärs

Die Aufstandsbewegung vom Januar 2011 hatte weite Teile der ägyptischen Gesellschaft in dem Ziel geeint, die 30-jährige Herrschaft Mubaraks zu beenden und „Brot“, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Würde zu erringen. Demgegenüber signalisieren die Ereignisse vom Sommer 2013 eine schwer zu überbrückende Kluft zwischen zwei großen politischen Lagern. Muhammad Mursi, Ägyptens erster demokratisch gewählter Präsident aus den Reihen der Muslimbrüder, wurde so unpopulär, dass Hunderttausende auf die Straße gingen und seinen Rücktritt forderten (vgl. Hatem 2013, 11).¹⁰ Unterstützt von dieser breiten Massenbewegung und demonstrativ flankiert vom Nobelpreis-Träger ElBaradei, dem Sheikh der Al-Azar-Universität, der höchsten Autorität des sunnitischen Islam in Ägypten, dem religiösen Oberhaupt der Kopten, dem Vorsitzenden der salafistischen Nur-Partei sowie einer Vertreterin des National Council for Women (NCW) erklärte der Chef der Streitkräfte und Verteidigungsminister, General al-Sisi¹¹, Mursi für abgesetzt. Eine Übergangsregierung wurde installiert sowie ein Gremium für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Die Muslimbruderschaft wurde erneut verboten, ihre Proteste gewaltsam niedergeschlagen, das Führungspersonal und Tausende Mitglieder inhaftiert, ihre Fernsehsender geschlossen (Hatem 2013, 11). Im Dezember 2013 wurde sie zur Terrororganisation erklärt. Rasch gingen die neuen Machthaber auch gegen säkulare Kritiker, etwa aus der revolutionären Bewegung 6. April, vor.¹² Die neue Verfassung, die im Januar 2014 in einem Referendum angenommen wurde, stärkt wichtige Stützen des Mubarak-Regimes, wie Militär, Polizei und Justiz. Der Journalist Markus Bickel beschreibt die Situation folgendermaßen:

Sowohl Armee wie Polizei und Justiz können sich großer Unabhängigkeit von den gewählten Institutionen des Landes sicher sein. Die Restauration des tiefen Staats aus Geheim-

diensten, Repressionsapparat und Militär, der im Februar 2011 mit dem Sturz Mubaraks einen Rückschlag hinnehmen musste, schreitet einen weiteren Schritt voran (FAZ, 16.1.14).

Gleichzeitig werden in der neuen Verfassung Frauenrechte¹³ und Minderheitenrechte formal gestärkt (vgl. Zeit Online, 14.1.2014). Die beiden Lager, die sich unversöhnlich gegenüber stehen, dämonisieren jeweils die Anderen und machen sie als angebliche Verräter für die fortdauernde Misere verantwortlich. Dem islamistischen *framing* der Muslimbruderschaft begegnen die neuen Machthaber mit einem nationalistisch getönten autoritären Sicherheitsdiskurs und einem ausgeprägten Personenkult um General Sisi, der aller Voraussicht nach zum neuen Präsidenten Ägyptens gewählt werden wird (vgl. Gehlen 2014).

In beiden Lagern engagiert sich auch eine große Anzahl von Frauen. Dass die Frauenbewegung wie die ägyptische Gesellschaft insgesamt politisch tief gespalten ist, mögen folgende Vorgänge schlaglichtartig verdeutlichen: Zahlreiche Muslimschwestern protestieren fortdauernd gegen die Absetzung ihres demokratisch gewählten Präsidenten und die Versuche, die Muslimbruderschaft zu kriminalisieren und zu zerschlagen (vgl. Hatem 2013, 11 ff.). Viele von ihnen wurden inhaftiert, etliche verloren durch das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte ihr Leben (vgl. Shams El-Din, 2.9.2013). Auf der anderen Seite unterstützt das ECWR das Vorgehen des Militärs mit der Begründung, die Muslimbruderschaft habe an der Macht die Rechte von Frauen und Minderheiten, wie der Kopten, verletzt. Die AktivistInnen des ECWR, großenteils privilegierte Frauen, organisierten eine Kampagne *to knock on doors*, um international für die durch den neuen *starken Mann*, General Al-Sisi, installierte Post-Mursi-Regierung zu werben (vgl. ECWR, 2.10.2013).

AktivistInnen, die den Autoritarismus und die Menschenrechtsverletzungen beider politischen Lager kritisieren, wie etwa Nazra for Feminist Studies, scheinen weitgehend auf verlorenem Posten zu stehen (vgl. Nazra for Feminist Studies 2013).

Schlussbetrachtung

Angesichts der bedrängenden sozialen und politischen Unsicherheiten und massiver Repression dürfte für breite Schichten, wie für zahlreiche AktivistInnen, die Bedeutung der Gemeinschaften und informellen Netzwerke als Zufluchtsbastionen und Rückzugsgebiete ungebrochen bleiben. In den dortigen Lebenswelten und Überlebenskämpfen manifestiert sich die politische Partizipation zahlreicher Frauen informell in einem kreativen und lebendigen „Feminismus des Alltagslebens“ (Bayat 2010, 96). Etliche FrauenrechtlerInnen halten an ihrem Ziel fest, eine inklusive Demokratie und Frauenrechte zu verknüpfen. Sie fordern ein Ende des Patriarchats und das Ende einer Politik, die Andersdenkende dämonisiert und unterdrückt, sei es im islamistischen Gewand, sei es in Uniform (vgl. Attalah 2013). Dass ihr Einfluss angesichts der politischen Polarisierung der ägyptischen Gesellschaft derzeit gering ist, ist ihnen bewusst. Zumindest für die Journalistin und Frauenrechtlerin Lina At-

talah ist diese Randständigkeit kein Grund zur Verzweiflung, denn: „It is the retreat to the margins, which has always been home to the unorthodox, unconventional, and to the ‘revolutionary’” (Attalah 2013, o.S.).

Anmerkungen

- 1 Konkret heißt das: „Große Teile der Weltbevölkerung finden sich aus allen Funktionssystemen so gut wie ausgeschlossen: keine Arbeit, kein Geld, kein Ausweis, keine Berechtigungen, keine Ausbildung, oft nicht die geringste Schulbildung, keine ausreichende medizinische Versorgung und mit all dem wieder: keinen Zugang zur Arbeit, keinen Zugang zur Wirtschaft, keine Aussicht, gegen die Polizei oder vor Gericht Recht zu bekommen“ (Luhmann zit.n. Kreckel 2006, 26).
- 2 Ähnlich übt Nancy Fraser Kritik an der „einseitigen Konzentration auf die ‚Geschlechtsidentität‘ zu Lasten elementarer Überlebensfragen. (...) Die identitätspolitische Wende des Feminismus passte nur zu gut zum Aufstieg eines Neoliberalismus, dem es vor allem darum ging, den Gedanken der sozialen Gleichberechtigung aus dem öffentlichen Gedächtnis zu tilgen. Das heißt, wir haben die Kritik des kulturellen Sexismus ausgerechnet in dem Augenblick verabsolutiert, in dem die Verhältnisse eine energische Besinnung auf die Kritik der Politischen Ökonomie erfordern hätten“ (Fraser 2013, 30f.).
- 3 Der Begriff nonmovements bezieht sich auf kollektive Aktivitäten nicht-kollektiver Akteure, die ohne Ideologie und dauerhafte Führung, unorganisiert und fragmentiert, ähnliche Strategien verfolgen, um ihre Alltagssituation zu verbessern. Dazu gehören bspw. die illegale Aneignung von Land, illegaler Wohnungsbau, Anzapfen von Stromleitungen für den Eigenbedarf etc. Mit ihrem unkoordinierten, alltäglichen Widerstand transformieren die armen Massen die großen Städte und bekräftigen ihr „Recht auf Stadt“ (Bayat 2010, 15).
- 4 „Intersectionality is the multi-layered and intersecting reality of plural social identities (...) existing as both discrete and amalgamated categories of any individual life, or the recognition that identity categories are both dynamic and relational“ (Moruzzi 2013, 5).
- 5 Das Konzept der Politischen Gelegenheitsstrukturen (POS) verweist auf den politischen Kontext, der Proteste ermöglicht. Jenseits der klassischen Konzeptualisierung, die als historisch unterkomplex und objektivistisch kritisiert wurde (vgl. Beinin/Vairel 2012, 5), wird in modifizierten Versionen das Handeln der Protestierenden als bestimmende Variable einbezogen. In den Worten von Korany und El-Mahdi: „The POS model emphasizes the organic interaction between agency and structure“ (Korany/El-Mahdi 2012, 12).
- 6 In der Bewegungsforschung hat sich wesentlich der Ressourcenmobilisierungsansatz mit Organisationsstrukturen und Vernetzungen in Bewegungen befasst (vgl. Herkenrath 2011, 39ff.).
- 7 Die Geschlechtertrennung im öffentlichen Raum ist in der sozial konservativen ägyptischen Gesellschaft tief verwurzelt. Während in der Arbeitswelt die Trennung funktional bedingt oftmals nicht aufrechterhalten wird oder durch den Schleier als mobile Form der Geschlechtertrennung nur symbolisch durchgesetzt wird, ist die soziale Vermischung der Geschlechter im Freizeitbereich weitgehend auf die privilegierten Schichten und auf klar definierte privilegierte Aufenthaltsorte (teure Restaurants, exklusive Kinos) beschränkt (vgl. Koning 2009, 152).
- 8 Der nasseristische Sozialvertrag gewährte wohlfahrtsstaatliche Leistungen und forderte dafür politische Loyalität ein (vgl. Harders 2009, 301). Beispielsweise gab es eine staatliche Arbeitsplatzgarantie für AbsolventInnen der höheren Bildungsinstitutionen (vgl. Kreile 2003, 36).

- 9 Beispielsweise kann eine Frau sich gegen Schläge ihres Mannes zur Wehr setzen, indem sie auf dem Dach ihrer Behausung laut weint, sein privates Verhalten somit öffentlich macht und diskreditiert (vgl. Singerman 2006, 14).
- 10 Die Faktoren, die zur Delegitimierung Mursis führten, sind komplex (vgl. ausführlich International Crisis Group 2013; Kouddous 2013). Einen wichtigen Aspekt führt Kouddous an: „The Morsi administration and the Brotherhood governed in a unilateral fashion, employing a winner-take-all majoritarian view of their electoral gains that alienated parties from across the political spectrum“ (Kouddous 2013, o.S.).
- 11 2012 hatte al-Sisi weithin Empörung hervorgerufen, als er die ‚Jungfräulichkeitstests‘ öffentlich verteidigte, die Armee-Angehörige an jungen Frauen vorgenommen hatten, die auf dem Tahrir-Platz demonstrierten. Diese Tests dienten laut Sisi dazu „die Soldaten vor Vergewaltigungsanklagen von Frauen zu schützen“ (New York Times, 2.8.2013).
- 12 So wurde eine der Ikonen des arabischen Frühlings, Ahmed Maher, wegen Verstoßes gegen das neue umstrittene Protest-Gesetz zu drei Jahren Haft verurteilt (vgl. DIE ZEIT, 12.1.2014).
- 13 Tadros schreibt: “However, if we were to read the constitution through a gender sensitive lens, women are conceivably some of its most notable winners“ (Tadros, 17.1.2014, o.S.). So verpflichtet sich der Staat, internationale Konventionen einzuhalten, Frauen ohne Diskriminierung in Politik, Justiz und Verwaltung arbeiten zu lassen und sie vor Gewalt zu schützen (vgl. ebd.).

Literatur

- Abu-Lughod**, Lila, 2013: *Do Muslim Women Need Saving?* Cambridge, MA, London.
- Abu-Lughod**, Lila/**El-Mahdi**, Rabab, 2011: Beyond the “Woman Question” in the Egyptian Revolution. In: *Feminist Studies*. 37 (3), 683-691.
- Al-Ali**, Nadje, 2006: Secular Women’s Activism in Contemporary Egypt. In: *WLUML Dossier*. 28, 81-87.
- Al-Ali**, Nadje, 2012: Gendering the Arab Spring. In: *Middle East Journal of Culture and Communication*. 5 (1), 26-31.
- Al-Ali**, Nadje, 1997: Feminism and Contemporary Debates in Egypt. In: Chatty, Dawn/Rabo, Anika (Hg.): *Organizing Women*. Oxford, New York, 173-194.
- Attalah**, Lina, 2013: Back to the Margins. In: *Jadaliyya*, 28.6.2013. Internet: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/12480/back-to-the-margins> (17.1.2014).
- Bayat**, Asef, 2002: Piety, Privilege and Egyptian Youth. *ISIM Newsletter*. 10 (23).
- Bayat**, Asef, 2010: *Life as Politics. How Ordinary People Change the Middle East*. Stanford.
- Beck**, Ulrich, 1986: *Risikogesellschaft*. Frankfurt/M.
- Beinin**, Joel, 2011: A Worker’s Social Movement on the Margin of the Global Neoliberal Order, Egypt 2004-2009. In: Beinin, Joel/Vairel, Frédéric (Hg.): *Social Movements, Mobilization, and Contestation in the Middle East and North Africa*. Stanford, 181-201.
- Beinin**, Joel/**Vairel**, Frédéric, 2011: The Middle East and North Africa. Beyond Classical Social Movement Theory. In: Beinin, Joel/Vairel, Frédéric (Hg.): *Social Movements, Mobilization, and Contestation in the Middle East and North Africa*. Stanford, 1-23.
- Bickel**, Markus, 2014: Verfassung angenommen. Gespaltenes Ägypten. In: *FAZ*, 16.1.2014. Internet: <http://www.faz.net/aktuell/politik/verfassung-angenommen-gespaltenes-aegypten-12754246.html> (20.2.2014).
- Clarke**, Janine A., 2004: *Islam, Charity, and Activism*. Bloomington, Indianapolis.

- Denis, Eric**, 2009: Cairo as Neo-Liberal Capital? From Walled City to Gated Communities. In: Singerman, Diane/Amar, Paul (Hg.): Cairo Cosmopolitan. Cairo, New York, 47-71.
- Dennerlein, Bettina/Farag, Sarah**, 2013: Geschlechterpolitik in der arabischen Welt: Frauenrechte und politischer Wandel in Ägypten und Marokko. In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hg.): Der Arabische Frühling. Wiesbaden, 139-161.
- Duboc, Marie**, 2013: Where are the Men? Here are the Men and the Women! In: Journal of Middle East Women's Studies. 9 (3), 28-53.
- ECWR**, 2013: Women's Campaign Knocks on Doors to Support the Egyptian Revolution. Internet: <http://ecwronline.org/blog/2013/10/02/womens-campaign-knocks-on-doors-to-support-the-egyptian-revolution/> (22.12.2013).
- Fraser, Nancy**, 2013: Neoliberalismus und Feminismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 58 (12), 29-31.
- Gehlen, Martin**, 2014: Abstimmung in Ägypten. Ein Nein zur Verfassung ist tabu. In: Zeit Online. Internet: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-01/aegypten-referendum-verfassung> (20.2.2014).
- Hafez, Sherine**, 2011: An Islam of Her Own. Reconsidering Religion and Secularism in Women's Islamic Movements. New York, London.
- Harders, Cilja**, 2009: Politik von unten – Transformation jenseits politischer Eliten. In: Beck, Martin/Harders, Cilja/Jünemann, Annette/Stetter, Stephan (Hg.): Der Nahe Osten im Umbruch. Wiesbaden, 299-323.
- Hatem, Mervat F.**, 2013: Gender and Counterrevolution in Egypt. In: Middle East Report. Fall, 10-17.
- Herkenrath, Mark**, 2011: Die Globalisierung der sozialen Bewegungen: Transnationale Zivilgesellschaften und die Suche nach einer gerechten Weltordnung. Wiesbaden.
- International Crisis Group (ICG)**, 2013: Marching in Circles: Egypt's Dangerous Second Transition. In: Middle East/North Africa Briefing. 35 (7), 1-20.
- Ismail, Salwa**, 2003: Rethinking Islamist Politics. Culture, the State, and Islamism. London, New York.
- Ismail, Salwa**, 2007: Islamism, Re-Islamization and the Fashioning of Muslim Selves: Refiguring the Public Sphere. In: Muslim World Journal of Human Rights. 4 (1), 1-21.
- Khalaf, Roula**, 2012: The Muslim Sisterhood. Financial Times, 2.11.2012. Internet: <http://www.ft.com/intl/cms/s/2/167164a6-1e34-11e2-8e1d-00144feabd0.html#slide0> (12.1.2014).
- Koning, Anouk de**, 2009: Global Dreams. Class, Gender, and Public Space in Cosmopolitan Cairo. Cairo, New York.
- Korany, Bahgat/El-Mahdi, Rabab**, 2012: The Protesting Middle East. In: Korany, Bahgat/El-Mahdi, Rabab (Hg.): Arab Spring in Egypt. Cairo, New York, 7-15.
- Kouddous, Sharif Abdel**, 2013: What Led to Morsi's Fall and What Comes Next? In: Midan Masr, 24.10.2013.
- Krause, Wanda**, 2012: Civil Society and Women Activists in the Middle East. Islamic and Secular Organizations in Egypt. London, New York.
- Kreckel, Reinhard**, 2006: Soziologie der sozialen Ungleichheit im globalen Kontext. Der Hallesche Graureiher. 4, 3-39.
- Kreile, Renate**, 2003: Identitätspolitik, Geschlechterordnung und Perspektiven der Demokratisierung im Vorderen Orient. In: Rumpf, Mechthild/Gerhard, Ute/Jansen, Mechthild M. (Hg.): Facetten islamischer Welten. Geschlechterordnungen, Frauen- und Menschenrechte in der Diskussion. Bielefeld, 32-52.
- Kreile, Renate**, 2009: Transformation und Gender im Nahen Osten. In: Beck, Martin/Harders, Cilja/Jünemann, Annette/Stetter, Stephan (Hg.): Der Nahe Osten im Umbruch. Wiesbaden, 253-276.

- Kreile**, Renate, 2012: Von der Rebellion zum Rollback? Frauen im Arabischen Frühling und danach – das Beispiel Ägypten. In: Friedensgutachten 2012. Berlin, 263-276.
- Mahmood**, Saba, 2005: Politics of Piety. The Islamic Revival and the Feminist Subject. Princeton, Oxford.
- McLarney**, Ellen, 2010: The Private is Political: Women and Family in Intellectual Islam. In: Feminist Theory. 11 (2), 129-148.
- Metzger**, Albrecht, 2002: Islam und Politik. Bonn.
- Moghadam**, Valentine M., 2013: Globalization and Social Movements. Islamism, Feminism, and the Global Justice Movement. Lanham.
- Mohs**, Erik, 2011: Islamismus, Politik der Frömmigkeit oder Post-Islamismus? – Politikwissenschaftliche Narrative über islamische Politik. In: Neue Politische Literatur. 56 (2), 259-284.
- Molyneux**, Maxine, 1985: Mobilization without Emancipation? Women's Interests, the State, and Revolution in Nicaragua. In: Feminist Studies. 11 (2), 227-254.
- Montasir**, Jenny, 2013: Egypt's Women Pushback against Threats to Human Rights One Year after Morsi. Internet: <http://womennewsnetwork.net/2013/06/29/egypts-women-pushback/> (15.1.2014).
- Moruzzi**, Norma Claire, 2013: Gender and Revolutions: Critique Interrupted. In: Middle East Report. 43 (268), 2-9.
- Naguib**, Sameh, 2009: Islamism(s) Old and New. In: El-Mahdi, Rabab/Marfleet, Philip (Hg.): Egypt. The Moment of Change. London, New York.
- Nazra for Feminist Studies**, 2013: No Acknowledgement or Justice for Mass Protester Killings. Internet: <http://nazra.org/en/2013/12/egypt-no-acknowledgment-or-justice-mass-protester-killings> (22.12.2013).
- Patel**, David S., 2012: Concealing to Reveal: the Changing Informational Role of Islamic Dress. In: Rationality and Society. 24 (3), 295-323.
- Pratt**, Nicola, 2011: Women and the Egyptian Revolution. Internet: http://www2.warwick.ac.uk/fac/soc/pais/people/pratt/research/arabspring/women_and_the_egyptian_revolution.pdf (27.12.2013).
- Pratt**, Nicola, 2013: Egyptian Women: Between Revolution, Counter-Revolution, Orientalism, and "Authenticity". In: Jдалиyya, 6.5.2013. Internet: <http://www.jadaliyya.com/pages/contributors/27359> (20.2.2014).
- Ra'uf Ezzat**, Heba, 1994: An Islamic Women's Liberation Movement? In: Middle East Report. 191, 26-27.
- Revkin**, Mara, 2011: Anatomy of Egypt's Salafi Surge. In: Atlantic Council, 14.12.2011. Internet: <http://www.atlanticcouncil.org/blogs/egyptsource/anatomy-of-egypts-salafi-surge> (18.3.2014).
- Schielke**, Samuli, 2013: Jugend, Klassengesellschaft und Generationen in Ägypten nach dem 25. Januar. In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hg.): Der Arabische Frühling. Wiesbaden, 127-138.
- Shams El-Din**, Mai, 2013: Taking Sides. Violence against Brotherhood has Shifted Alliances. In: Mada Masr, 2.9.2013. Internet: <http://madamasr.com/content/taking-sides> (20.2.14).
- Sharify-Funk**, Meena, 2008: Encountering the Transnational. Women, Islam and the Politics of Interpretation. Aldershot, Burlington.
- Sholkamy**, Hania, 2012: Women Are Also Part of This Revolution. In: Korany, Bahgat/El-Mahdi, Rabab (Hg.): Arab Spring in Egypt. Cairo, New York, 153-174.
- Singerman**, Diane, 1995: Avenues of Participation. Family, Politics, and Networks in Urban Quarters of Cairo. Princeton.
- Singerman**, Diane, 2006: Restoring the Family to Civil Society: Lessons from Egypt. In: Journal of Middle East Women's Studies. 2 (1), 1-32.

Singerman, Diane, 2013: Youth, Gender, and Dignity in the Egyptian Uprising. In: *Journal of Middle Eastern Women's Studies*. 9 (3), 1-27.

Singerman, Diane/**Amar**, Paul, 2009: Contesting Myths, Critiquing Cosmopolitanism, and Creating the New Cairo School of Urban Studies. In: Singerman, Diane/Amar, Paul (Hg.): *Cairo Cosmopolitan*. Cairo, New York, 3-43.

Tadros, Mariz, 2010: Faith-Based Organizations and Service Delivery. Some Gender Conundrums, UNRISD, Gender and Development Programme. Paper No. 11, February.

Tadros, Mariz, 2014: Egypt's Constitutional Referendum: the Untold Story. Internet: <http://www.opendemocracy.net/5050/mariz-tadros/egypts-constitutional-referendum-untold-story> (17.1.2014).

Tilly, Charles/**Tarrow**, Sydney, 2007: *Contentious Politics*. Boulder.

Zeit Online, 14.1.2014. Internet: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-01/aegypten-verfassung-volksabstimmung-referendum> (20.2.2014).

Bewegung unter den Genossinnen: Zur Annäherung zwischen Sozialdemokratinnen und Feministinnen

FABIENNE AMLINGER

Als sich Ende der 1960er Jahre Feministinnen in der Schweiz zur Neuen Frauenbewegung¹ formierten, besaßen Schweizerinnen noch kein Stimm- und Wahlrecht. Als einer der letzten europäischen Staaten gewährte die stets das Selbstbild von der Wiege der Demokratie zelebrierende Schweiz – so die Ironie der Geschichte – dieses ihren Bürgerinnen erst 1971. Dadurch eröffnete sich den außerparlamentarisch aktiven Feministinnen mit großer Verspätung die Möglichkeit, mit politischen Rechten ausgestattet an der institutionalisierten Politik zu partizipieren. Angesichts dieser grundlegenden Erweiterung des politischen Handlungsfeldes drängt sich die Frage auf, ob Feministinnen als Teil der im Zuge der 1968er-Proteste entstandenen Neuen Sozialen Bewegungen, die sich just von der institutionalisierten Politik und den traditionellen Parteien abgrenzten, nun nicht doch Zugang zu diesem Feld suchten. Von den großen Parteien übte einzig die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) eine gewisse Anziehungskraft auf Aktivistinnen der Neuen Frauenbewegung aus. Sie war es, die am frühesten – schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts – die Forderung nach dem Frauenstimmrecht verlauten ließ und am nachdrücklichsten die Anliegen von Frauen verteidigte. Daher fokussiert der folgende Beitrag den Eintritt von Vertreterinnen der Neuen Frauenbewegung in die SPS, genau genommen in deren Frauenorganisation²: Wie verlief die Aufnahme von Bewegungsaktivistinnen in die Partei, die mit ihren hierarchischen Strukturen den Organisationsformen der Neuen Frauenbewegung diametral entgegenstand, deren Genossen sich immer mal wieder als rote Patriarchen (vgl. Frei 1988) entpuppten und in der die Frauenfrage stets als

Nebenwiderspruch behandelt wurde? Vermochten es die Feministinnen, inhaltliche, programmatische und strukturelle Akzente zu setzen? Wurden sie lediglich von der Partei vereinnahmt oder drehten sie dieser gar nach einiger Zeit enttäuscht den Rücken?

Während die sozialwissenschaftliche Forschung zu sozialen Bewegungen ihre Schwerpunkte zumeist auf Organisationsformen, Handlungs- und Mobilisierungsstrategien, kollektive Identitäten sowie auf die Wirkung von sozialen Bewegungen setzt (vgl. z.B. McAdam/Snow 2010; Raschke 1991; Rucht 2007; Snow/Soule/Kriesi 2004), eröffnen sich der Geschichtswissenschaft in diesem Kontext andere Zugänge und Fragestellungen. So konzentrieren sich die eingangs erwähnten Fragen stärker auf Aushandlungsprozesse zwischen den politischen AkteurInnen. Der Artikel strebt eine soziologisch fundierte historische Analyse an und nimmt zu diesem Zweck Pierre Bourdieus Überlegungen zum politischen Feld (Bourdieu 2001) sowie Karl Mannheims Konzeptualisierung der Generationen auf (Mannheim 1964). Solche Zugänge erlauben es der Geschichtswissenschaft, auf einer mikrohistorischen Ebene den Fokus auf die Anknüpfungspunkte und Abgrenzungsmechanismen sowie auf die Aushandlungsprozesse zwischen institutionalisierten politischen Parteien und der Frauenbewegung als Sozialer Bewegung zu richten. Im Unterschied zu beispielsweise dem Ansatz der Political Opportunity Structures³, der auf einer Makro- und teilweise Meso-Ebene angesiedelt ist, wird hier ergebnisoffener vorgegangen, weniger mit kausalen Bezügen gearbeitet und die Mikroebene beleuchtet.

Bourdieu geht in seinem Essay zum „politischen Feld“ (Bourdieu 2001) der Frage nach, wie es gelingt, dass neu ins Feld der Politik eintretende AkteurInnen von den dort bereits Etablierten als ebenbürtig anerkannt und ernst genommen werden. Gemäß Bourdieu ist dies nur möglich, wenn die politischen Neulinge die im Feld vorherrschenden Praxisformen des richtigen Umgangs inkorporieren sowie die dortigen Spielregeln beherrschen. Neue AkteurInnen haben daher beim Eintritt in das politische Feld eine Konversion durchzumachen, in deren Folge sie die vorherrschenden Regeln übernehmen oder aber – so die Alternative Bourdieus – das Feld durch einen Paradigmenwechsel grundsätzlich verändern. Als AkteurInnen definiert Bourdieu indes nur jene, die das Feld auch tatsächlich zu beeinflussen vermögen (ebd., 48ff.). Zugespitzt gilt es in diesem Beitrag also danach zu fragen, ob die neu der SPS beigetretenen Feministinnen überhaupt als politische Akteurinnen im bourdieuschen Sinne zu bezeichnen sind.

Als Grundlage zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen dienen Quellen aus dem Archiv der SPS, die historisch-hermeneutisch⁴, also durch ursächliches Erklären und deutendes Verstehen, analysiert werden. Eine gut überschaubare Menge an Protokollen, Berichten und Dokumentationen zu gemeinsamen Treffen von Feministinnen und Genossinnen, Artikel in parteieigenen und -nahen Presseorganen sowie die Tätigkeitsberichte der SP-Frauen Schweiz – der Dachorganisation sozialdemokratischer Frauengruppen – liefern Aufschluss über die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Lagern.

Nach einer kurzen Einleitung zur Situation der traditionellen und Neuen Frauenbewegung sowie zu deren Verhältnis zu den Regierungsparteien, unmittelbar nach der Einführung des Frauenstimmrechts, fokussiert der Artikel die Annäherungen zwischen den außerparlamentarisch aktiven Feministinnen und den in Frauengruppen organisierten Sozialdemokratinnen. Deren Aufeinandertreffen führte teilweise zu heftigen Auseinandersetzungen, was anhand von zwei Debatten veranschaulicht und anschließend unter Rückgriff auf das Generationenkonzept des Soziologen Karl Mannheim (Mannheim 1964) analysiert wird. Die Konklusion zeichnet schließlich vor dem Hintergrund der bourdieuschen Reflexionen zum politischen Feld nach, von welcher fundamentaler Bedeutung – so die These des Beitrags – die Öffnung der SPS gegenüber Feministinnen und umgekehrt die Annäherung der Aktivistinnen an die SPS für die Partei selber war. Zugleich wird die Reichweite der bourdieuschen Überlegungen reflektiert und nach deren Relevanz für die Bewegungsforschung gefragt.

Ein neuer politischer Handlungsraum dank des Frauenstimm- und -wahlrechts?

Aus der späten Implementierung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen resultierte in der Schweiz ein bemerkenswertes Spezifikum: Nicht nur die traditionelle Frauenbewegung kämpfte für dieses fundamentale demokratische Recht. Auch die Vertreterinnen der Neuen Frauenbewegung mussten sich, anders als in vielen anderen Ländern, noch dafür einsetzen.⁵ Während die ältere Generation der Stimmrechtskämpferinnen mit dem Frauenstimmrecht 1971 eine gut hundertjährige Forderung erfüllt sah und im Anschluss daran in klassische Politikbereiche ein- sowie Parteien beirat, begegneten die jüngeren Feministinnen den neuen politischen Handlungsräumen mit großer Skepsis oder gar Ablehnung. So gab es im ersten Jahrzehnt, in dem Frauen mit der politischen Mündigkeit ausgestattet waren, zwischen den nun in der Parteipolitik aktiven Stimmrechtlerinnen der traditionellen und den Feministinnen der Neuen Frauenbewegung kaum gemeinsame Berührungspunkte. Ganz im Gegenteil zeichneten sich die beiden Lager durch starke Abgrenzungsbewegungen aus (vgl. Schulz/Schmitter/Kiani 2014).

Bereits vor oder spätestens nach der Implementierung der politischen Gleichberechtigung richteten die regierenden Parteien eigene, parteiinterne Frauenorganisationen ein, die sich aus regionalen und kantonalen Frauengruppen konstituierten und durch eine Dachorganisation auf eidgenössischer Ebene zusammengeschlossen waren. Aufgabe dieser Gruppen war es, Frauen als Parteimitglieder zu gewinnen, sie politisch zu schulen und sogenannte Frauenanliegen zu behandeln. Mit Unterstützung seitens ihrer Parteien konnten diese Frauenorganisationen allerdings kaum rechnen. Vielmehr sahen sich insbesondere bürgerliche Vertreterinnen veranlasst, mögliche Befürchtungen eines weiblichen Alleingangs bei ihren Parteikollegen, die der politischen Beteiligung von Frauen jahrzehntelang argwöhnisch gegenüberstanden,

durch ständige Treuebekundungen gar nicht erst aufkommen zu lassen (Amlinger 2012, 64). Während sich also Anfang der 1970er Jahre die Frauenorganisationen um Anerkennung und Mitsprache innerhalb ihrer Parteien bemühten, rebellierten außerhalb des klassischen Politikfeldes junge Feministinnen gegen die aus ihrer Perspektive verknöcherten, patriarchalen Gesellschaftsstrukturen, forderten das Recht auf Selbstbestimmung und proklamierten das Private als politisch (vgl. Joris/Witzig 2001, 473ff.).

Annäherungen zwischen Genossinnen und feministischen Aktivistinnen

In den ersten Jahren nach der Einführung des Frauenstimmrechts kam es kaum zu Tuchfühlungen zwischen den Sozialdemokratinnen und den außerparlamentarischen Feministinnen. Zu vital und eigenständig war die Frauenbewegung damals, als dass sie ihre politischen Ziele in die SPS hätte einbringen wollen, deren Strukturen sie als hierarchisch und patriarchal erachtete und folglich grundsätzlich ablehnte (OFRA 1997, 222). Dabei wären der SPS AktivistInnen der linkspolitischen Bewegungen nur zu willkommen gewesen, bemühte sich die Partei doch seit einiger Zeit um deren Inklusion und verstärkte diesen Prozess während der 1980er Jahre zusätzlich (vgl. Degen 2013). Hintergrund dieser Anstrengungen war die Stagnation der traditionellen Arbeiterbewegung, die zu Nachwuchsproblemen und Wahlverlusten der SPS führte. Gleich wie die SPS war auch deren Frauenorganisation auf neue Mitglieder angewiesen, denn ihre Strukturen hatten in den zehn Jahren seit der Einführung des Frauenstimmrechts zwar an neuen Genossinnen gewonnen, doch ließ deren Einfluss in den Führungsorganen der Partei, auf die Programmgestaltung und auf das politische Agenda Setting weiterhin zu wünschen übrig. Davon zeugte das in den 1970er Jahren gezogene Fazit von Marie Boehlen, der langjährigen Präsidentin der SP-Frauen Schweiz: „Wir Frauen sprachen sozusagen in die Leere“ (Lüscher 2009, 91). Um die eigenen Strukturen zu stärken, warben diese deshalb um jüngere und dezidiert feministische Neumitglieder (Arbeitsgruppe Strukturreform 1980). Zaghafte Erfolge waren den Inklusionsbemühungen der Sozialdemokratinnen gegen Ende der 1970er Jahre beschieden, als der Elan der Neuen Frauenbewegung merklich abflaute und einige der Aktivistinnen neue Möglichkeiten des politischen Engagements erwogen (vgl. Schulz/Schmitter/Kiani 2014). Ein erster organisierter Dialog zwischen rund 150 Mitgliedern sozialdemokratischer Frauengruppen und Aktivistinnen der Neuen Frauenbewegung kam 1979 in Bern zustande. Ziel des Treffens war es, sich über Postulate und Anliegen auszutauschen sowie über Kollaborationen nachzudenken. Dabei standen sich unterschiedliche Positionen gegenüber. Während einige außerparlamentarische Feministinnen ihr Misstrauen gegenüber dem erst gerade erwachten Interesse der SPS am Feminismus ausdrückten, fanden andere inhaltliche Anknüpfungspunkte, lehnten jedoch die hierarchische Parteistruktur oder ganz grundsätzlich die parlamentarische Arbeit im Feld der institutionalisierten Politik ab. Etliche Sozialdemokratinnen wiederum plädierten für eine punktuelle Zusam-

menarbeit mit der Frauenbewegung, beispielsweise „im Kampf gegen die Rollenerwartungen, die in die Frauen gesetzt werden“ (Sozialdemokratische Partei der Schweiz 1979, 5). Das Zusammentreffen der verschiedenen Lager umriss deutlich die Grenzen der Annäherung zwischen den unterschiedlichen Positionen. Vor allem ältere Genossinnen fühlten sich von den Feministinnen brüskiert. So bekannte die damalige Präsidentin der SP-Frauen Schweiz, Rita Gassmann, „Mühe“ zu haben

mit jenen Feministinnengruppen, (...) die nur die Sexualität, ihre Parolen gegen die Mutterschaft, als Frauenproblem darstellen. Und ich habe auch Mühe mit ihrer – vielleicht berechtigten – Aggressivität, mit der sie ihre Anliegen vertreten (Gassmann 1979, 14).

Insbesondere das mit „Aggressivität“ umschriebene, selbstbewusste und aufmüpfige Auftreten der jungen Aktivistinnen hielt einige Sozialdemokratinnen von der Identifikation mit dem Feminismus ab. Dennoch, der Austausch von Bern vermochte gegenseitige Vorurteile abzubauen. Exemplarisch dafür, aber auch für die nur partielle Annäherung zwischen den beiden Lagern, stehen die Gedanken einer Sozialdemokratin:

Für mich war eine Feministin eine unzufriedene ‚männermordende‘ Frau, die am liebsten die ganze Gesellschaftsstruktur umgekremgelt und auf’s Podium gestiegen wäre. Bis Bern! Da merkte ich im Gruppengespräch plötzlich, dass wir SP-Frauen seit jeher Feministinnen waren. Allerdings die meisten gemäßigte! (Bretscher 1979, 21).

Differenzen und Abgrenzungsmomente waren also zweifellos noch vorhanden, doch erschienen diese nicht mehr unüberwindbar. Das Treffen schloss mit dem Vorsatz, in Zukunft eine Doppelstrategie zu verfolgen: Innerhalb der Partei sollte unter Einbezug der männlichen Genossen an frauenspezifischen Forderungen gearbeitet und zugleich die Unterstützung und Inspiration der Neuen Frauenbewegung genutzt werden. In der Tat traten Anfang der 1980er Jahre Aktivistinnen aus der Neuen Frauenbewegung der sozialdemokratischen Frauenorganisation bei.

Bewegung unter den Sozialdemokratinnen

Die Feministinnen brachten frischen Schwung, rissen neue politische Debatten an, womit sie eine gewisse Repolitisierung der sozialdemokratischen Frauenstrukturen einleiteten und bald war in den bisweilen etwas eingerosteten lokalen Frauengruppen von „Stricken, Häkeln und Basteln (...) kaum mehr die Rede“ (Büchi 2009, 91). Jedoch führte die Annäherung auch zu vielfältigen Auseinandersetzungen zwischen den alteingesessenen Sozialdemokratinnen und den neu eingetretenen Feministinnen. Zwei Debatten – die Infragestellung einer eigenen Frauenorganisation innerhalb der SPS sowie das Feminismuskapitel im Parteiprogramm – verdeutlichen die unterschiedlichen Politikverständnisse:

Zeitgleich zum Parteieintritt der Feministinnen überarbeiteten die SP-Frauen Schweiz ihr Reglement und überdachten ihre Rolle innerhalb der Partei. In diese Diskussionen mischten sich jüngere Feministinnen ein. Während die Sozialdemokratinnen einzig über Strukturveränderungen ihrer Frauenorganisation nachdachten, hinterfragten Feministinnen hingegen ganz grundsätzlich deren Sinn. Separate Frauenstrukturen, so die Kritikerinnen, liefen Gefahr, von der Partei als alleinzuständig für Gleichstellungsanliegen betrachtet zu werden. Solange also Frauengruppen existierten, kümmere sich die restliche Partei nicht um Frauen- und Gleichstellungspolitik. Eine in der Genfer SP gegründete, gemischtgeschlechtliche „Groupe féministe“ forderte deswegen die Auflösung der parteieigenen Frauenorganisation. Sinnvoller wäre es, die vermeintlichen Frauenthemen in die Gesamtpartei zu integrieren (Feministische Bewegung 1982). Insbesondere ältere Sozialdemokratinnen befürchteten von einer solchen Auflösung jedoch, dass Frauenthemen in der Partei vernachlässigt oder gänzlich verschwinden würden. Entsprechend hielten sie an der Frauenorganisation fest und schlugen im Gegensatz vor, diese zu stärken. Letztlich konnte ein Kompromiss gefunden werden: Während einer Übergangszeit von drei Jahren wurden gemäß Vorschlag der Feministinnen eine feministische Vollversammlung sowie eine gemischtgeschlechtliche Kommission für feministische Politik eingesetzt. Diese neugeschaffenen Instanzen hatten sich mit dem Feminismusbegriff zu beschäftigen sowie der Frage nachzugehen, wie Feminismus verstärkt Eingang in die Partei finden kann (SP-Frauen Schweiz 1980/81). Gleichzeitig wurde an den bestehenden Organisationsformen der SP-Frauen Schweiz festgehalten und deren Strukturen noch ausgebaut. Beispielsweise gehörten alle eidgenössischen Parlamentarierinnen den zentralen Entscheidungsgremien der Frauenorganisation an oder es wurde zwecks effizienteren Arbeitens eine Geschäftsstelle geschaffen (SP-Frauen Schweiz 1981). Wie dieser Konflikt um die Gestaltung der innerparteilichen Frauenorganisation zeigt, prallten unterschiedliche Verständnisse aufeinander. Die Feministinnen setzten den hierarchisch aufgebauten Parteistrukturen, von denen sich die sozialdemokratische Frauenorganisation nicht unterschied, egalitäre Vorstellungen – in Form einer feministischen und basisdemokratischen Vollversammlung – entgegen, die sie aus ihrer Politisierung in den Neuen Sozialen Bewegungen kannten. Vor allem aber beabsichtigten sie, mit der Abschaffung der parteiinternen Frauenorganisation die Gesamtpartei in die Pflicht zu nehmen: Die Frauen- und Gleichstellungspolitik sollte nicht ausschließlich an die Genossinnen delegiert werden, sondern ein Querschnittsthema in der Partei sein. Eine fundamentale Umstrukturierung oder gar die Auflösung der sozialdemokratischen Frauenorganisation erreichten die Feministinnen allerdings nicht. Die Mehrheit der sich in der Überzahl befindenden Sozialdemokratinnen gewährte den feministischen Organisationsvisionen nur bescheidene Zugeständnisse. Trotzdem, die Sozialdemokratinnen öffneten sich gegenüber den neuen Ideen und adaptierten alternative, den Bewegungsstrukturen der Neuen Frauenbewegung angelehnte Organisationsformen, so etwa die genannte feministische Vollversammlung.

Fast gleichzeitig zur Strukturdebatte entflammte eine Kontroverse zwischen den feministischen Neumitgliedern und den Sozialdemokratinnen, als im von ParteivertreterInnen erarbeiteten Entwurf zum neuen Parteiprogramm von 1982 erstmals ein expliziter Bezug zum Feminismus auftauchte. Darin wurden Machtverhältnisse nicht mehr einzig zwischen gesellschaftlichen Klassen identifiziert, sondern auch zwischen den Geschlechtern. Was als Ausdruck eines gestärkten feministischen Bewusstseins der Partei interpretiert werden könnte, las sich folgendermaßen:

Genauso wie der demokratische Sozialismus die Vorherrschaft der Besitzenden über die Besitzlosen abschaffen will, genauso verlangt der Feminismus die Abschaffung der Herrschaft, die seit alters her der Mann über die Frau innehat. Durch diese Erweiterung des Kampfes um mehr Gerechtigkeit auf alle Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens, verleiht der Feminismus dem demokratischen Sozialismus eine zusätzliche Qualität (Sozialdemokratische Partei der Schweiz 1981).

Ganz am sozialistischen Duktus angelehnt, verglich dieses Programmkapitel das Geschlechterverhältnis mit Machtstrukturen zwischen sozialen Klassen. Allerdings billigte es dem Feminismus und dessen Engagement für mehr Gerechtigkeit lediglich eine „zusätzliche Qualität“ zu. Noch deutlich klang in diesem Feminismuskapitel der marxistische Nebenwiderspruch an, wonach die Überwindung des Kapitalismus zugleich das Patriarchat verschwinden lasse. Kaum wurde dieser Passus des SP-Reglements formuliert, formierte sich Widerstand. Wie zuvor bei der Debatte um die Strukturen der sozialdemokratischen Frauenorganisation teilten sich die Meinungen zwischen jüngeren Feministinnen und seit Längerem in Frauenstrukturen aktiven Sozialdemokratinnen. Am vorgesehenen Feminismuskapitel reklamierten die Feministinnen nebst dem „Zusatzcharakter“, dass dieses nicht mit der Parteibasis diskutiert wurde, was die „schönen Worte wie ‚Abschaffung der Herrschaft‘ zum vornherein Lügen straft“ (Ecoffey 1982, 5). Außerdem sei der Begriff Feminismus nicht klar definiert und fungiere folglich einzig als Alibi im Parteiprogramm (Sozialdemokratische Partei Bern-Bethlehem 1982). Für die Vertreterinnen dieses Standpunktes war der Absatz lediglich ein Lippenbekenntnis der Partei, und sie verlangten, diesen nicht ins Programm aufzunehmen. Für die Befürworterinnen des Feminismuskapitels aber kam dessen Verzicht einer Absage an den Gleichberechtigungsanspruch der Partei gleich. Obwohl Sozialdemokratinnen seit Jahrzehnten für Gleichstellungsanliegen gekämpft hätten, fehle nun – so die Kritik der Genossinnen – ausgerechnet im SP-Programm eine Referenz auf den Feminismus (Streck 1982, 5).

Was diese Auseinandersetzung offenbarte, waren die grundsätzlich verschiedenen Strategien der Genossinnen und Bewegungsaktivistinnen, wie der Feminismus in der SPS Fuß fassen sollte. Absicht der Aktivistinnen der Neuen Frauenbewegung war es, alle Gremien und Stufen der Partei mit feministischem Gedankengut zu durchdringen. Solange dies nicht verwirklicht war, deuteten sie Bezeugungen ihrer Partei zum Feminismus, so etwa ein Programmkapitel zur feministischen Positionierung,

als bloßes Lippenbekenntnis. Mit dem Ziel, den Feminismus innerhalb der SPS fest zu verankern, stimmten die älteren Sozialdemokratinnen grundsätzlich überein. Doch vertrauten sie stärker den feministischen Absichtserklärungen der Partei und wollten diese auch festgehalten wissen, so beispielsweise im Parteiprogramm. Schließlich wurde am Parteitag von 1982 die umstrittene Feminismus-Passage aufgrund der angebrachten Kritik verworfen (Haller 1982, 8f.). Während die jüngeren Feministinnen bei der ersten Auseinandersetzung um die Strukturen der sozialdemokratischen Frauenorganisation den Genossinnen nur kleine Eingeständnisse abverlangen konnten, überzeugten sie diese wenig später, als ein Feminismus-Kapitel im neuen SP-Parteiprogramm dem Geschlechterwiderspruch im Vergleich zum Klassenwiderspruch einmal mehr nur sekundäre Bedeutung zu attestieren gedachte. Von den Feministinnen auf diese problematische Gewichtung hingewiesen, erkannten nun auch die Genossinnen, dass die SPS frauen- und gleichstellungspolitischen Themen genauso viel Bedeutung zukommen lassen muss wie ihren restlichen Anliegen. Das Resultat der Debatten rund um das Programmkapitel war ein entscheidender Anfang des sich zunehmend dezidiert feministisch zeigenden Selbstverständnisses der sozialdemokratischen Frauenorganisation und markierte zugleich den Beginn einer wachsenden oppositionellen Haltung der SP-Frauen Schweiz innerhalb ihrer Partei.

Eine Generationenfrage

Die beiden Debatten um die sozialdemokratische Frauenorganisation und um das im Parteiprogramm festgehaltene Feminismusverständnis verdeutlichten die Differenzen zwischen den langjährigen Sozialdemokratinnen und den Aktivistinnen der Neuen Frauenbewegung – Differenzen, die einen Generationenkonflikt widerspiegeln. In seinem klassischen Generationenkonzept spricht der Soziologe Karl Mannheim dann von einer Generationeneinheit, wenn weitgehend verwandte Gehalte das Bewusstsein der einzelnen Individuen erfüllen und gemeinsame, subjektive Orientierungs- und Handlungsmuster innerhalb desselben Generationenzusammenhangs existieren. Letzterer bezeichnet eine weniger konkrete Verbundenheit als die Generationeneinheit, indem dieser lediglich darauf verweist, dass Individuen an denselben historischen Konstellationen und Ereignissen partizipieren, wodurch objektive und subjektive Verbindungen zwischen den daran Teilhabenden geschaffen werden (Mannheim 1964, 534f. und 544). Die Wirksamkeit dieser Generationeneinheit zeigt sich an den Differenzen zwischen den Sozialdemokratinnen und den Aktivistinnen. Politisch vor 1968 sozialisiert und damit einer anderen Generationeneinheit als die Bewegungsaktivistinnen angehörend, kämpften die älteren Sozialdemokratinnen zwar für die politischen Rechte von Frauen. Gewichtiger blieb aber immer der gemeinsame Kampf mit den Parteigenossen gegen die Ausbeutung der Arbeiterschaft. Just aufgrund der nachrangigen Geschlechterfrage formierten sich Feministinnen im Umfeld der 1968er-Bewegung zu eigenen Gruppen und verweigerten die Mitarbeit – in den allermeisten Fällen eher Zuarbeit – in gemischtgeschlechtlichen Politstruk-

turen. Ihr politisches Selbstverständnis sowie die gemeinsamen Orientierungs- und Handlungsmuster lassen sich somit auf die Studierendenbewegung von 1968 und auf die dort von Frauen erfahrenen geschlechtsspezifischen Diskriminierungen zurückführen. Als Teil dieser Sozialen Bewegung waren die Feministinnen von deren Protest- und Organisationsformen geprägt und gestalteten diese mit, stellten dabei aber inhaltlich die Geschlechterfrage ins Zentrum. Beim Eintritt in die SPS Anfang der 1980er Jahre trafen die Bewegungsaktivistinnen auf Frauengruppen, die nicht selten die Überalterung ihrer Mitglieder beklagten. Die vielerorts zwischen 60 und 80 Jahre alten Genossinnen entstammten einer gänzlich anderen Generation politischer Aktivistinnen, „die sich nicht mehr mit politischen/feministischen Problemen herumschlagen wollen“ (Ecoffey 1983). Mit den von Feministinnen aufgebraachten Themen und mit deren vom Bewegungscharakter gekennzeichneten Organisationsideen, etwa der beschriebenen Vollversammlung, wussten die alteingesessenen Sozialdemokratinnen wenig anzufangen, entsprach all das doch weder ihrer Erfahrungswelt noch ihren Grundideen, wie politische Partizipation zu gestalten ist. Umso bemerkenswerter erscheint daher die grundsätzliche Annäherungsbereitschaft der beiden Lager trotz teilweise heftiger Auseinandersetzungen. Wie eingangs erwähnt, waren Feministinnen und Genossinnen durchaus aufeinander angewiesen. So erhofften sich die Sozialdemokratinnen von der Neuen Frauenbewegung einen Zuwachs an Mitgliedern und politischer Stärke. Für die Bewegungsaktivistinnen wiederum war die SPS die einzige Regierungspartei, in der ihnen aufgrund der ideologischen Ausrichtung ein politisches Engagement möglich schien. Dennoch ist die Annäherung nicht einzig vor dem Hintergrund opportunistischer Überlegungen zu erklären. Sie ist auch Ausdruck einer innerparteilichen Kultur, in der die Gemeinsamkeiten mit Parteineulingen gestärkt und Unterschiede ausgehandelt wurden. Tatsächlich regte sich nach der Inklusion der Bewegungsaktivistinnen in der SPS einiges in Sachen Gleichstellung. Als erste Regierungspartei führte diese 1986 eine Geschlechterquote von einem Drittel auf Wahllisten und in Parteigremien ein. Gleichzeitig verabschiedete die SPS ein Programm zur Realisierung der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern und 1992 erhöhte der Parteitag die Geschlechterquote auf 40 Prozent (Sozialdemokratische Frauen der Schweiz 1994). Immer wieder wehrten sich Genossinnen gegen die Vergabe von Alibifunktionen an Frauen oder gegen eine lediglich in schönen Worten existente Gleichstellungspolitik der SPS. Mitunter mussten Niederlagen hingenommen werden, vereinzelt verließen Feministinnen enttäuscht die Partei. Doch insgesamt wurden das feministische Verständnis der sozialdemokratischen Frauenorganisation genauso wie der Einfluss und die Stellung der Genossinnen gestärkt.

Konklusion

Was haben die Feministinnen frauen- und gleichstellungspolitisch innerhalb der sozialdemokratischen Partei effektiv erreichen können? Lösten sie einen *feminist turn*

unter den Genossinnen aus und veränderten sie die Regeln und Normen des politischen Feldes zumindest im Rahmen ihrer Partei, wie es Bourdieu als Kriterium für den Erfolg neuer politischer AkteurInnen anführt? Die anfänglichen Versuche der Feministinnen, die SPS strukturell durch die Abschaffung der Frauenorganisation, programmatisch durch die Erhebung des Geschlechterwiderspruchs als Hauptelement und inhaltlich durch die Thematisierung unterschiedlichster geschlechtsspezifischer Diskriminierungsmechanismen grundsätzlich zu verändern, misslangen – zumindest teilweise. Zu starr und unerschütterlich waren die Strukturen, Normen und Regeln der Partei. Es wäre indes falsch zu behaupten, dass die feministischen Stimmen innerhalb der SPS gänzlich scheiterten und diese unter Rückgriff auf Bourdieus Konzeption von politischen AkteurInnen folglich nicht als solche zu erachten sind. Allem voran für das feministische Selbstverständnis der sozialdemokratischen Frauengruppen waren die beigetretenen Feministinnen sehr wohl von zentraler Bedeutung.

Diese Gleichzeitigkeit von Scheitern und Erfolg der feministischen Bewegung innerhalb der SPS zeigt die Grenzen des hier angewandten Konzepts von Bourdieu. Das bourdieusche Verständnis, wonach neu ins Feld der Politik eintretende AkteurInnen nur dann als solche zu bezeichnen sind, wenn sie entweder die im Feld vorherrschenden Normen und Regeln inkorporieren oder aber das Feld selber durch einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel verändern, ist zu unflexibel. Als Alternative zu seinem Oppositionspaar Adaption versus Paradigmenwechsel wäre etwa eine langsame und stetige Transformation der Regeln und Normen denkbar. Zwar sind Bourdieus Überlegungen erhellend und gewinnbringend, leiten sie doch den Untersuchungsfokus auf die Spielregeln des politischen Feldes. Damit wird der Blick geschärft sowohl auf die Herausforderungen, die diesen Normen und Regeln durch Neulinge erwachsen können, wie auch auf die Anpassungsleistungen oder eben auf die Opposition durch die neuen politischen AkteurInnen. Für künftige und weitergehende Untersuchungen müsste das Konzept von Bourdieu allerdings ausdifferenziert werden. Gerade beim Aufeinandertreffen von Sozialen Bewegungen und institutionalisierter Politik könnte sich eine Verbindung mit Fragen und Konzepten der Sozialen Bewegungsforschung fruchtbar erweisen.

Genau dieses Aufeinandertreffen der Neuen Frauenbewegung mit der SPS als Teil des institutionalisierten Feldes der Politik zeigt, wie – hier mit Fokus auf die Partei – längerfristiger Wandel von Regeln und Normen eingeleitet wurde. Unter dem Einfluss der jüngeren Feministinnen entwickelte die sozialdemokratische Frauenorganisation im Laufe der 1980er Jahre nämlich zunehmend ein parteiinternes Oppositionsverständnis. Denn der feministische Impuls, der von Vertreterinnen der Neuen Frauenbewegung zu den Sozialdemokratinnen getragen wurde, traf dort auf die jahrelangen Ungleichheitserfahrungen der Genossinnen innerhalb ihrer eigenen Partei. Unterstützt vom kämpferischen Habitus der Feministinnen kehrten diese von der Strategie des Geduldig-Seins ab und begehrten nun verstärkt gegenüber der SPS auf. Ein solch selbstbewusstes und forderndes Auftreten war den Sozialdemokratinnen

nur möglich – und das ist ein bedeutender Unterschied zu den bürgerlichen Parteifrauen – weil sie sich auf die Neue Frauenbewegung beriefen und mit Rückgriff auf feministische Theorien den Geschlechterwiderspruch nicht länger als Nebenwiderspruch erachteten. Zugleich nahm aber auch die SPS den feministischen Impetus auf und wusste geschickt, sich als frauenpolitische Instanz zu inszenieren. Durch die Inklusion von Teilen der Neuen Frauenbewegung profitierten also sowohl die Partei wie auch die Sozialdemokratinnen: Denn die Feministinnen bewegten nicht nur die Genossinnen, sondern auch die sozialdemokratische Frauen- und Gleichstellungspolitik.

Anmerkungen

- 1 Feminismus und Frauenbewegung sind sehr vielschichtige Phänomene, die Individuen, Gruppen, Ideen und Handlungen integrieren, denen gemein ist, gegen die Privilegien von Männern und für die Emanzipation von Frauen einzutreten. Die Neue Frauenbewegung fasst im schweizerischen Kontext jene Gruppierungen zusammen, die im Zuge von „1968“ entstanden und sich von den etablierten Frauenverbänden sowie oftmals von den politischen Parteien abgrenzten. Dennoch, so Schulz, Schmitter und Kiani (2014), war es der Neuen Frauenbewegung schon früh bewusst, dass sie aufgrund des direkt-demokratischen Systems der Schweiz (Initiative, Petition, Referendum) mitunter auf die Unterstützung politischer Parteien angewiesen sein würde.
- 2 Wenn in diesem Artikel von der Frauenorganisation der SPS die Rede ist, wird damit deren übergeordneter Zusammenschluss von parteieigenen, regionalen und kantonalen Frauengruppen zu einer Dachorganisation auf eidgenössischer Parteiebene gemeint.
- 3 Der Ansatz beschäftigt sich mit den politischen Kontextbedingungen von sozialen Bewegungen (vgl. McAdam/Snow 2010).
- 4 Hermeneutische Forschung geht davon aus, dass sich die Sinnbestimmtheit vergangenen menschlichen Handelns und das Selbstverständnis der AkteurInnen durch die Rekonstruktion des Kontextes aus den Quellen verstehen und erklären lassen. Folglich sind den Quellen auch die für die historischen Erkenntnisse maßgebenden Deutungsmuster zu entnehmen (vgl. Rösen/Jaeger 1997, 18). Im Unterschied zu anderen hermeneutischen Methoden befasst sich die historische Hermeneutik mit Texten, die von Vergangenen Zeugnis ablegen. Daher müssen diese Texte in ihren historischen Kontext eingebettet und auf Informationen hin gelesen werden, die über das Geschriebene hinausgehen (vgl. Goertz 1995).
- 5 Die politische Gleichberechtigung war indes nicht das vordergründige Anliegen der Neuen Frauenbewegung. Wie im übrigen westeuropäischen und US-amerikanischen Kontext thematisierten auch die Feministinnen in der Schweiz primär die alltägliche Unterdrückung der Frauen. Während die traditionelle Frauenbewegung sich vorwiegend für die Gleichstellung der Geschlechter in der Politik sowie für die Bildung von Frauen und Mädchen einsetzte, ging die Neue Frauenbewegung weiter und prangerte die vielfältigen Formen von Frauendiskriminierung in der Gesellschaft an. Zentrale Bedeutung erwuchs dabei dem Geschlechterverhältnis sowie den bislang als Privatsache abgeschobenen Fragen wie Sexualität, Schwangerschaftsabbruch oder häusliche Gewalt (vgl. Broda/Joris/Müller 1998, 214f.).

Quellen

Arbeitsgruppe „Strukturreform“ der SP-Frauen Schweiz, 1980: Schlussbericht. O.O., Sozialarchiv Zürich, Ar.1.117.6.

Bretscher, Luise, 1979: Feminismus in der SP. In: Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.): Feminismus in der SP...: Dokumentation einer Arbeitstagung der SP-Frauen Schweiz in Bern. Bern, 21.

Ecoffey, Eva, 6.6.1983: Notiz von Eva Ecoffey zur Nachfolge von Heidi Schwarz in der ZFK. O.O., Sozialarchiv Zürich, Ar.1.117.5.

Ecoffey, Eva, 1982: Frauenpolitik und Feminismus am Parteitag von Lugano. Profil/Rote Revue. 12, 5f.

Feministische Bewegung, 1.9.1982: Kurzinformation zur „feministischen Bewegung“ in der SPS. O.O., Sozialarchiv Zürich, Ar.1.117.5.

Gassmann, Rita, 1979: Zur Mitarbeit in den gegebenen Strukturen braucht es mehr Mut.... In: Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.): Feminismus in der SP...: Dokumentation einer Arbeitstagung der SP-Frauen Schweiz in Bern. Bern, 14-17.

Haller, Gret, 1982: Lugano hat eine Chance eröffnet! In: Profil/Rote Revue. 12, 8-9.

Sozialdemokratische Frauen der Schweiz, 1994: Frauen in Bewegung. Bern, Sozialarchiv, Ar. 1.117.9.

Sozialdemokratische Partei Bern-Bethlehem, 13.9.1982: Eingabe der Sozialdemokratischen Partei Bern-Bethlehem zum Programmentwurf 1982. Bern, Sozialarchiv, Ar. 1.117.5.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz, 1981: Auszug aus dem SPS-Reglement. O.O., Sozialarchiv Zürich, Ar. 1.117.5.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.), 1979: Feminismus in der SP...: Dokumentation einer Arbeitstagung der SP-Frauen Schweiz in Bern. Bern.

SP-Frauen Schweiz, 1981: Reglement der Sozialdemokratischen Frauen Schweiz. O.O., Sozialarchiv Zürich, Ar.1.117.5.

SP-Frauen Schweiz, 1980/81: Die SP-Frauen in den Jahren 1980/81 – Tätigkeitsbericht. O.O., Sozialarchiv Zürich, Ar.1.117.5.

Streck, Marlies, 1982: Der Auszug der Frauen aus dem SP-Programm. In: Tagesanzeiger, 13.12.1982, 5.

Literatur

Amlinger, Fabienne, 2012: „Pechschwarzes Patriarchat im Berner Bundeshaus“. Der Brunner-Skandal als Schweizer Politstück in zwei Akten. In: Ariadne – Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte. Heft 62, 58-65.

Bourdieu, Pierre, 2001: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz.

Broda, May B./**Joris**, Elisabeth/**Müller**, Regina, 1998: Die alte und die neue Frauenbewegung. In: König, Mario (Hg.): Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren. Zürich, 201-226.

Büchi, Eva, 2009: Vorkämpferinnen. 101 Jahre SP-Frauengruppe Arbon. Arbon.

Degen, Bernhard, 2013: Sozialdemokratische Partei (SP). In: Historisches Lexikon der Schweiz, HLS. Internet: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17393.php> (9.8.2013).

Frei, Annette, 1987: Rote Patriarchen. Arbeiterbewegung und Frauenemanzipation in der Schweiz um 1900. Zürich.

- Goertz**, Hans-Jürgen, 1995: Historische Hermeneutik – Verstehen. In: Goertz, Hans-Jürgen (Hg.): Umgang mit Geschichte. Eine Einführung in die Geschichtstheorie. Reinbek, 105-117.
- Joris**, Elisabeth/**Witzig**, Heidi, 2001: Frauengeschichte(n). Dokumente aus zwei Jahrhunderten zur Situation der Frauen in der Schweiz. Zürich.
- Lüscher**, Liselotte, 2009: Eine Frau macht Politik. Marie Boehlen, 1911-1999. Zürich.
- Mannheim**, Karl, 1964: Das Problem der Generationen. In: Wolff, Kurt H. (Hg.): Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Berlin, Neuwied, 509-565.
- McAdam**, Doug/**Snow**, David A. (Hg.), 2010: Readings on Social Movements: Origins, Dynamics and Outcomes. New York.
- OFRA Basel** (Hg.), 1997: Frauen machen Geschichte. 20 Jahre OFRA Basel – ein Rückblick in die Zukunft. Bern.
- Raschke**, Joachim, 1991: Zum Begriff der sozialen Bewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, 31-39.
- Rucht**, Dieter, 2007: Engagement in sozialen Bewegungen. Voraussetzungen, Formen, Wirkungen. In: Kolb, Felix/Bewegungsstiftung (Hg.): Damit sich was bewegt. Wie soziale Bewegungen und Protest Gesellschaft verändern. Hamburg, 13-44.
- Rüsen**, Jörn/**Jaeger**, Friedrich, 1997: Historische Methode. In: van Dülmen, Richard (Hg.): Fischer Lexikon Geschichte. Frankfurt/M., 13-32.
- Schulz**, Kristina/**Schmitter**, Leena/**Kiani**, Sarah, 2014: Frauen in Bewegung: Die Schweiz nach 1968. Analysen, Dokumente, Archive, Bibliographie. Baden (i.E.).
- Snow**, David A./**Soule**, Sarah A./**Kriesi**, Hanspeter (Hg.), 2004: The Blackwell Companion to Social Movements. Malden.

Frauenbewegung und transnationale „Projektwirtschaft“ in der Türkei

CORINNA ELEONORE TROGISCH

Einleitung¹

Im Jahr 2013 zeigte der Gezi-Widerstand eindrucksvoll, wie verschiedenste, sonst voneinander entfremdete Segmente der Gesellschaft der Türkei gemeinsam auf die Straße gehen und die politische Atmosphäre nachhaltig verändern können. Gezi verdeutlichte auch die Relevanz transnationaler Dynamiken. Gerade die Länder der Europäischen Union (EU) bilden einen relevanten Bezugsrahmen für Bewegungen innerhalb der Türkei: Nicht anerkannte Gruppen wie etwa die AlevitInnen (Özyürek 2009; Massicard 2013) stützen sich auf deren politische Rahmenbedingungen; manche exilierte Oppositionelle führen dort ihre Aktivität weiter², die politischen Systeme der EU werden der Türkei beispielhaft gegenübergestellt.

Dies ist jedoch nur ein Ausschnitt von Transnationalisierung, die in umfassendem Sinn für einen Funktionswandel der Staaten im Zeichen von Globalisierung und neoliberaler Politik steht. Staatsgrenzen über- und unterschreitende Handlungsfelder nehmen an Bedeutung zu, die Rolle der Staaten als Umverteilungsinstanz fällt zusehends weg. Insofern stellt sich das Transnationale v.a. als Aktualisierung globaler Ungleichheitsverhältnisse dar (Spivak 2009).

Der Prozess der EU-Annäherung wurde in der Türkei durch eine wirtschaftspolitische Strukturangleichung, sprich den Wechsel von importsubstituierender Entwicklung zu Marktöffnung, weitreichender Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und Privatisierung öffentlicher Güter, eingeleitet. Dies ermöglichte den gesellschaftlich folgenschwersten Militärputsch im Jahr 1980 durch Niederschlagung der Opposition (Gehring 2013, 14), an der auch Frauen großen Anteil hatten. Es folgte eine tief greifende Neukonfiguration politischer Ausdrucksformen, darunter das Aufkommen Neuer Sozialer Bewegungen und des heutigen Zivilgesellschaftssektors (Al-Rebholz 2013a). Wenn nun die Forderung nach politischen Freiheiten im Kontext von Gezi als Zeichen der Europäisierung breiter Schichten gedeutet wird, wie im Türkei-Fortschrittsbericht der EU-Kommission vom Oktober 2013 (Yınancı 2013), so abstrahiert dies mithin von der Gesamtheit der Bedingungen und Wirkungen des Annäherungsprozesses und reproduziert ein verbreitetes, diffuses Bild der EU als jedwede Freiheitsbestrebung in der Türkei stärkende Kraft.

Die türkischen Ausdrücke *projecilik* und *sivil toplumculuk*, in deren Bedeutungsspektrum ein abwertendes *Projektwirtschaft* bzw. *Zivilgesellschafterei* liegt, spielen auf die oben angesprochene Realität an; ebenso schwingt darin ein Vorwurf an die GeldempfängerInnen mit, von einem Abkommen mit imperialistischen Kräften zu profitieren. Die Frauenbewegung, innerhalb wie außerhalb der Türkei stark als pro-EU-Akteurin wahrgenommen, steht ganz besonders in der Schusslinie dieser Argumentation, die ihr letztlich den lokalen, gesellschaftlichen Charakter abspricht. Förderung durch überwiegend ausländische und überwiegend EU-nahe Geberorganisationen ist indes weit verbreitet. Von der Frauenorganisation zur Unterstützung weiblicher Kandidatinnen KA-DER bis zum kämpferisch-linken alevitischen Pir Sultan Abdal-Kulturverein nehmen Gruppen kontinuierlich oder sporadisch Projektgelder an (Diken 2006, 261). So entsteht unter großem Ressourcendruck eine *abhängige Transnationalisierung* bedeutender Teile des nach 1980 entstandenen zivilgesellschaftlichen und oppositionellen Feldes in der Türkei. Schnell wechselnde Tagespolitik und steter Kampf um den Erhalt von Handlungsgrundlagen lassen auf der Agenda der Akteurinnen die Frage zurücktreten, welche Wechselwirkungen zwischen dieser abhängigen Transnationalisierung und eigenen Diskursen und Handlungsformen bestehen. Dieser Frage gehe ich hier mit Fokus auf die feministische Bewegung nach. Als Material dienen Literaturanalysen und Interviewausschnitte aus meiner Forschung zur sozialistisch-feministischen Kollektividentität in der Türkei, die zwischen 2007 und 2010 erhoben wurden. Deren Transformation über den Zeitraum von 1985 bis 2010 untersuchte ich u.a. mittels der Erhebung von neun

qualitativen Interviews mit Aktivistinnen aus den vier größten Städten der Türkei³, die deren diskursive Einbindung über verschiedene Phasen hinweg behandelten. Im Folgenden analysiere ich nach einer Kontextualisierung unter den Aspekten Heterogenität der Frauenbewegung und gesellschaftliche Bedingungen nach 1980 das Beispiel der geförderten populärfeministischen Zeitschrift Pazartesi sowie Auszüge aus zwei der genannten Interviews.

Frauenbewegung und abhängige Transnationalisierung

Die Türkei ist im Gefüge internationaler Arbeitsteilung nicht Teil der führenden kapitalistischen Staaten. In ihrer gesellschaftlichen Struktur ist sie durch eine schmale Mittelklasse sowie eine Spannung zwischen politisch-ökonomischem Zentrum (Istanbul/Westtürkei) und weniger entwickelten Regionen bestimmt. Hinsichtlich sozialer Bewegungen und ihrer politischen Gelegenheitsstrukturen (Tarrow 1994) verweisen neuere Diskussionen zu dieser peripheren Staatlichkeit⁴ v.a. auf zwei Charakteristika: Erstens ist Organisation von starker Heterogenität geprägt; zweitens erhalten nur die artikulationsfähigsten Teile der Bevölkerung Zugang zum politischen System, etwa in Form von einer Gesundheitsversorgung (Becker 2008, 12; weiterf. Babacan/Gehring 2013). Die notwendige konzeptionelle Unterscheidung einer breiten Frauenbewegung, in der nationalistische und religiöse Bezugsrahmen vorherrschen, und Feministinnen, die darin eine – wenn auch impulsgebende – Minderheit bilden, ergibt sich aus diesen Bedingungen (Molyneux 2001).

Eingedenk dieser begrifflich-konzeptionellen Grundlagen lässt sich der Wandel vom Inter- zum Transnationalen wie folgt fassen: Der Widerstand gegen die Einführung von Strukturanpassungsmaßnahmen in den 1970er Jahren wurde maßgeblich von politisch linken Demokratischen Massenorganisationen (türk. *Demokratik Kitle Örgütü*, DKÖ) getragen, deren frauenpolitisch Bedeutendste der Fortschrittliche Frauenverein (türk. *İlerici Kadınlar Derneği*, İKD), eine Vorfelddorganisation der illegalisierten TKP (Türkische Kommunistische Partei), war. Unter seinem Dach entfaltete sich eine den Gründungszweck weit überschreitende, zigtausend Frauen einschließende Dynamik (Akal 2003). Der İKD stritt v.a. für soziale Rechte und bezog sich internationalistisch auf andere kommunistische Frauenorganisationen. Die von 1980 bis 1983 amtierende Militärregierung verbot als erstes derartige Organisationen, um Vergleichbares künftig zu unterbinden.

Während Internationalismus einen seit der Dekolonisierung verbreiteten Ansatz politischer Solidarität bezeichnet, und im Rückgriff auf eine vor 1989 global verbindlichere Klassenanalyse diskutiert wurde, steht Transnationalismus als Zustand für Marktöffnung, einen Boom privater Medien, die Transformation Istanbul zur *Global City*, die Ausbreitung des Menschenrechtsdiskurses und die NGOisierung sozialer Bewegungen. Eine für diese Phase typische Organisationsform ist die Zivilgesellschaftliche Einrichtung (türk. *Sivil Toplum Kuruluşu*, STK). Diese tritt nicht primär als Teil der Opposition auf, sondern legitimiert sich über Expertise

zu bestimmten Themen. Dieser Organisationstypus eignet sich, um Projektgelder ausländischer Geberorganisationen anzunehmen. STKs bewegen sich in einem Diskursgefüge, in dem, wie Al-Rebholz (2013b, 43) hervorhebt, die Begriffe Arbeit und Ausbeutung weithin als „naiv und veraltet“ diffamiert werden und eine Tendenz besteht, Klasse weniger als gesellschaftsanalytische Kategorie, sondern vorrangig deskriptiv (z.B. als Attribut von Individuen) zu thematisieren (Diken 2006, 176, 240). In diesem Kontext gilt auch Pluralismus oftmals eher als Wert an sich, ohne diesen an umfassenden gesellschaftspolitischen Zielsetzungen zu messen.⁵ Die heute gültige politische Sprache unterscheidet sich damit bedeutend vom Diskurs der DKÖ. So sehr diese durch ihren Autoritarismus und ihre Homogenisierungstendenzen diskreditiert sind: In der Literatur zu Transnationalismus wird seit längerem die Frage erhoben, ob Frauenorganisationen wie der İKD aufgrund ihrer Breitenwirkung effektiver darin waren, Graswurzel-Interessen zu vertreten, als mit Projektgeldern ausgestattete STKs (Arat-Koç 2007).

Die heutigen Segmente der Frauenbewegung unterscheidet Ausrichtung, Mobilisierungskraft und transnationale Praxis. Die unabhängige feministische Bewegung entstand kurz nach dem Militärputsch 1980 als kleines Netzwerk Hochgebildeter und übernahm „Ideen und Organisationskulturen (...) aus den westlichen Ländern“ (Al-Rebholz 2013a, 325). Sie konnte sich zahlenmäßig nie bedeutend vergrößern, wohl aber die politische Tagesordnung mitprägen. Ihre transnationalen Praxen bauten auf eine von der Linken übernommene einseitige Orientierung am Westen auf und waren gleichzeitig durch deren Feindseligkeit getrieben, wie ein frühes Beispiel illustriert: 1982 wurde die französische Feministin Gisele Halimi eingeladen, um über Feminismus zu sprechen, da die lokalen Aktivistinnen diesen konfrontativen Schritt scheuten (Sirman 1989).

Ab den späten 1980er Jahren, in Millionenstärke mobilisiert durch die Wohlfahrtspartei (türk. *Refah Partisi*, RP), dem islamistischen Vorläufer der heutigen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (türk. *Adalet ve Kalkınma Partisi*, AKP), trat ein religiös legitimes Frauenbewegungssegment auf den Plan, das sich den muslimischen Opfern des Jugoslawienkrieges und verwandten Gruppen in arabischen Ländern zuwandte. Heute stellt dieses frauenpolitische Spektrum das regierungsnah dar; die nationalistisch-laizistische, am Staatsgründer Mustafa Kemal orientierte Richtung muss bittere Privilegienverluste bewältigen. Sie hegen eine Ambivalenz gegenüber den Staaten der EU sowie den USA. Diese gelten einerseits hinsichtlich ihrer Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand zwar als Modell. Andererseits wird die nationale Souveränität der Türkei aufgrund divergierender geostrategischer Interessen und Einflussnahme in innerstaatliche Konflikte als bedroht gesehen. Die Mobilisierungskraft dieses Frauenbewegungsspektrums zeigte sich zuletzt 2007 in Massenprotesten gegen die Wahl Abdullah Güls (AKP) als Staatspräsident – die medial sogar als Frauenrevolution apostrophiert wurden. Aus dem etablierten Lagerkonflikt zugunsten frauenpolitischer Bündnisse ausbrechen können die Beteiligten jedoch kaum.

Auch die kurdische Bewegung wurde durch millionenstarke Mobilisierung von Frauen in den 1990er Jahren zu einem mächtigen geschlechterpolitischen Akteur auf türkischem Staatsgebiet. Das Verhältnis türkisch-feministischer und kurdischer Frauen wurde jedoch oft als politische Herabsetzung letzterer erlebt. Kurdische Feministinnen monierten, dass nur Publikationen des *weißen Feminismus* aus den USA und Europas übersetzt worden seien. Dagegen setzten sie eine gezielte Rezeption z.B. der Schriften von *bell hooks* (Al-Rebholz 2013a, 261). Mit dem Ausbau ziviler kurdischer Initiativen ab den 2000er Jahren entstand ein Feld der Kommunalpolitik, in dem kurdische Frauen sich beträchtliche Ressourcen und politische Autorität erschlossen (Bozgan 2011; Akdeniz-Taxer 2011). Feministische und kurdische Frauenbewegungen intensivierten ihren Austausch, und unter dem Druck des inländischen Krieges entwickelte die kurdische Gesamtbewegung gleichzeitig eigene, nicht auf westliche Länder beschränkte Muster der Transnationalität, unter anderem nimmt sie am Prozess der Weltsozialforen teil. Das Charakteristikum der Abhängigkeit trifft hier weniger, da stärker die eigene soziale Macht die Handlungsgrundlage bildet. Von einem EU-Beitritt erhofft sich die kurdische Bewegung überwiegend weitergehende Rechte. Institutionalisierung und Professionalisierung der Frauenbewegung überschneiden sich mit der beschriebenen abhängigen Transnationalisierung. Serpil Sancar (2011) sieht die Türkei in einer Reihe mit Ländern wie Chile, in denen Frauenbewegungen nach Militärinterventionen und -diktaturen vor dem Hintergrund des Niedergangs starker, durch die Linke vertretener Gleichheitsforderungen aufstiegen. Die Folge, so Sancar, sei eine politische Schwäche durch überstarke Bindung an den Diskurs universeller Frauenrechte, deren Garant einzig Institutionen wie die EU und die Vereinten Nationen (UN) sind. Unter diesem Blickwinkel, aber auch als Ergebnis politisch weiterführender Diskurse um Differenz, die die Verschiebung der politischen Parameter nach 1980 zeitigte, lässt sich das folgende Beispiel betrachten: Während der EU-Beitritt als Ziel der politischen Klasse die Konjunktur bestimmte, wurde 2001 im Zivilrecht die Definition des Ehemannes als Familienoberhaupt abgeschafft und formale Gleichheit zwischen Frau und Mann hergestellt. Die zudem erreichte verfassungsrechtliche Konzeption der Ehe als Gemeinschaft, zu der beide Teile beitragen, erkannte die unentlohnt von Frauen verrichtete Sorgearbeit an. Allerdings ging dieser Gesetzesänderung ein Konflikt voran: Frauenorganisationen hatten angenommen, dass für die Verabschiedung dieses Änderungsentwurfs die Stimmen der Regierungskoalition ausreichen würden. Es bildete sich jedoch eine parteiübergreifende männliche Front, die mit dem Argument auftrat, Geschlechtergleichheit würde Chaos in der Familie stiften und so die Grundlage der türkischen Nation gefährden. Dagegen formierte sich in kürzester Zeit die mit 126 Organisationen breiteste frauenpolitische Koalition seit den 1980er Jahren, und die Änderungen wurden erstritten. Auch im Strafrecht wurde 2004 ein prinzipieller Wandel erreicht: Vormals als gegen die Ehre gerichtet konzipierte Vergehen gegen die körperliche Integrität von Frauen galten nun als gegen das Individuum gerichtet. Nur so konnte Vergewaltigung in der Ehe strafbar werden (Yılmaz 2005).

Die Kampagne belegte das Vermögen feministischer, gemäßigt religiöser und keimalistischer Frauen zur Zusammenarbeit. Die zur Verständigung über beide Kampagnen eingerichteten *mailinglists* wurden zu bleibenden Foren (ebd.). *Die Stärken von Professionalität und Mobilität mittels ausländischer Gelder hatten sich gezeigt. Die Orientierung auf UN-Normen und EU-Anbindung schien bestätigt zu sein.*

Dieser größte frauenpolitische Erfolg der 2000er Jahre ließ allerdings die Feminisierung der Armut und den fortschreitenden Ausschluss von Frauen aus unabhängigkeitssichernder Erwerbsarbeit (Spivak 2009), die auch in der Türkei die Ära des Transnationalismus charakterisiert, weitgehend unberührt.⁶ Die derzeitige politische Entwicklung lässt ihn überdies als fragil erscheinen (Kandiyoti 2011).

Pazartesi: die erste Projektwirtschaft

Ein Beispiel für Projektzusammenarbeit aus den 1990er Jahren kann Wechselwirkungen von Organisierung und abhängiger Transnationalisierung weiter verdeutlichen: Im Folgenden wird die erste Phase (1995-2002) der Bewegungszeitschrift *Pazartesi* (dt. Montag), die von sozialistischen und Radikalfeministinnen der ersten Generation gegründet wurde, in Auszügen beleuchtet.

Zwei in Deutschland aktive Feministinnen aus der Türkei vermittelten eine Förderung durch die Grünen-nahe, formal unabhängige *FrauenAnstiftung*. In Versammlungen mit bis zu hundertfünfzig Beteiligten in Istanbul, Adana, Mersin, Izmir, Ankara und Antalya wurde das Projekt geplant, an das sich aufgrund der Zersplitterung der feministischen Szene Anfang der 1990er auch Reorganisierungshoffnungen banden. So favorisierten manche ein Selbstverständigungsmedium, andere eine Verbindung zu *Hausfrauen*. Die Idee einer Zeitschrift, die feministische Inhalte popularisieren sollte, setzte sich durch. Die FrauenAnstiftung vermittelte als solidarischer Partner anregende Kontakte mit Feministinnen in Osteuropa (Düzkan 2005, 154, 156). Ein Herausgeberinnenkreis von insgesamt 18 Frauen schloss eine Redaktion von fünf Professionellen ein. Weitere Beteiligung wurde in Form konzentrischer Kreise organisiert, wobei andere Feministinnen die erste, die Leserinnen die zweite Kritikinstanz bildeten (Koçali 2002, 80). Mithin richteten sich starke Bemühungen darauf, dass feministische Netzwerke die Deutungsmacht in Händen behielten. In der Erstausgabe vom 8. März 1995 formulierten die Herausgeberinnen gleichwohl suggestiv: „Wir haben keinen Chef und keine (...) Leitung“. Über die Zeitschrift solle „Wut, (...) Freude, (...) Aufruhr, (...) Trauer und (...) Begeisterung“ geteilt werden. Das private Leben einer jeden könne sich ändern, „wenn wir Frauen uns gemeinsam bewegen“ (zit.n. ebd., 76f.). Hier und in weiteren Ausgaben lässt sich ein Widerspruch zwischen dem formulierten Wunsch, organisatorisch nicht im Zentrum zu stehen, und der Zurschaustellung der eigenen kleinen Gemeinschaft ablesen – auch, wenn Ortsangaben so gemacht werden, dass es Insiderwissen brauchte, um sie gänzlich zu verstehen (vgl. Pazartesi 10/1996, Editorial). Die Leserinnentreffen, die Transparenz und Mitbestimmung sichern sollten, konnten nach einiger Zeit mangels

Beteiligung ihre Funktion nicht mehr erfüllen. Der erklärten Hierarchiefreiheit zum Trotz entwickelte sich die Redaktion durch engen Austausch untereinander zur dominanten *In-group* (ebd., 79f., 82).

Pazartesi wurde zum Karrieremotor für einige Karikaturistinnen und Belletristik-Autorinnen (ebd., 157) und wirkte in die Mainstream-Medien hinein: Gewalt gegen Frauen erfuhr durch sie mehr Aufmerksamkeit; ihre Kritik an Populärkultur wurde stilprägend. Sie war pluralistisch, verfolgte aber Wahlprozesse mit prokurdischen Positionen und berichtete über frauenpolitische Bündnisse in linken Parteien und Gewerkschaftsverbänden, was sie als oppositionelles Medium kenntlich machte.

Am 28. Februar 1997 setzte das Militär die damalige Koalitionsregierung unter dem RP-Vorsitzenden Necmettin Erbakan ab. Diese Zuspitzung des Lagerkonfliktes zwischen kemalistischer und religiöser Seite ließ die *Pazartesi*-Redaktion von einer allen Frauen gegenüber integrativen Haltung weiter abrücken: Ab März 1997 begann sie, Aufrufe als Gruppe zu unterschreiben oder selbst zu verfassen.

In der 59. Ausgabe verabschiedete sich eine Gruppe v.a. sozialistisch-feministischer Herausgeberinnen, begründet mit persönlicher Verletzung. Die FrauenAnstiftung fusionierte zeitgleich mit anderen Stiftungen zu einem Grünen-nahen Feministischen Institut. Als es Ende 2000 in der Türkei zu Gefängnisaufläufen gegen die Einführung der Isolationshaft kam, solidarisierte sich *Pazartesi*: Das Titelbild der 70. Ausgabe zeigte eine durch Polizeiattacken schwer verbrannte Inhaftierte; es folgte ein Artikel über Ulrike Meinhofs letzte Tage in westdeutscher Isolationshaft. Dies konfliktierte mit Interessenlagen der deutschen Grünen. Als das Ende der Zusammenarbeit absehbar wurde, transferierten die Entscheidungsträgerinnen nochmals eine größere Summe an die *Pazartesi*-Gruppe, die damit ein kleines Gebäude im Zentrum Istanbuls kaufte. Diese Ressource betreffend, kam es im Folgenden zu Konflikten, da die *Pazartesi*-Gruppe sie in der Sicht mancher nicht angemessen mit anderen teilte.⁷

In feministischen Rückblicken wird diese Projektwirtschaft teils widersprüchlich diskutiert: Eine Beteiligte stellte fest, es sei wichtig, woher das Geld komme, und schrieb gleich darauf polemisch, da die *Imperialisten* für die Abwesenheit eines Sozialstaats in Ländern wie der Türkei die Verantwortung tragen, könne ein Geldtransfer als Schuldzahlung gelten (Düzkan 2005, 156f.).

Ferner hatte sich gezeigt, dass das Privileg der Förderung in das intransparente Hierarchiegefüge der feministischen Bewegung hineinwirkte: Beständig wurde an Hierarchiefreiheit als feministisches Prinzip, das in der Bewegung hohe moralische Autorität hat, appelliert, Teilnahmemöglichkeiten folgten jedoch elitären Regeln (Trogisch 2014). Spannungen, wie etwa der Rückzug der sozialistischen Feministinnen aus dem Projekt, blieben als kummervolle Ereignisse im Raum stehen; auch die Frage der Gebäudenutzung gedieh auf der Tagesordnung nicht weit. Als Bindeglied von Generationen und zum Erhalt feministischer Gegenöffentlichkeit war *Pazartesi* unzweifelhaft bedeutend, doch Bündnisse, die ins Tagesgeschehen hätten eingreifen können, wurden nicht geschlossen. Die Redaktion wurde unter dem

Druck der makropolitischen Entwicklung unintendiert zur politischen Gruppe, ohne dass eine breiter angelegte Verständigung dies begleitet hätte.

Diese Dimensionen sind der Zusammenschau individueller Rückblicke zu entnehmen, während eine verbindlichere kollektive Deutung des Geschehenen fehlt. Im Ergebnis bleibt weitgehend unthematisiert, ob und inwiefern das Zusammenwirken von Organisation im Projektformat und Bewegungsdogmen die Distanz zwischen feministischen Netzwerken und breiten Schichten von Frauen entgegen aller Absicht eher aufrechterhielt als sie zu überwinden. Die überlieferten Diskussionen suggerieren dies gleichwohl. Einzig die Beschränkung der inhaltlichen Freiheit durch den Geldgeber⁸ wurde eine bleibende, vielzitierte Lektion.

Projektwirtschaft und Organisation

2007 und 2008 führte ich jeweils ein Interview mit İpek und Bahar⁹, beide in den 1970er Jahren geboren und der formal unabhängigen feministischen Bewegung angehörig. Für die Zwecke dieses Beitrags werden ihre Aussagen zur Projektzusammenarbeit einander gegenübergestellt.

Um 2001 kamen İpek und andere Frauen in Adana nach Enttäuschungen in der Linken mit der Istanbul Gruppe der soeben gegründeten Frauenakademie *Amargi*¹⁰ in Kontakt. Diese wollte feministische Sichtweisen in Kultur und Politik verankern und hatte die gleichnamige Zeitschrift herauszugeben begonnen. Die Frauen in Adana verstanden sich als Sozialistinnen, und in der Istanbul Gruppe gab es „sozialistische Feministinnen“, so İpek.

Wir haben ein Manifest diskutiert, (...) über Gewalt, Krieg, die EU (...). Wir haben intensiv über Versäumnisse des Feminismus gesprochen. (...) Aktionen mit Arbeiterinnen, (...) das fehlte ein bisschen bei denen in Istanbul. Aber wir (...) hatten organisiert gearbeitet. Wir konnten vor gesellschaftlichen Entwicklungen nicht die Augen verschließen.

Dieses Verständnis vom Organisiertsein war İpek zufolge der Bruchpunkt: Die *Amargi*-Frauen aus Adana wussten über Aktivitäten der Istanbul Gruppe oft nicht Bescheid; protestierten sie dagegen, so wurde ein Recht der lokalen Gruppe auf Eigeninitiative ins Spiel gebracht. Dies habe sich dann als Reproduktion der Übermacht des Zentrums ausgedrückt: „Alles wurde in Istanbul geregelt; hier machst du irgendwas, aber du kannst es nicht zu etwas Gemeinsamem machen.“

Einem Vorschlag zur Beteiligung an 1. Mai-Demonstrationen wurde entgegengehalten, dies sei unpassend, da sich *Amargi* bisher nicht mit Arbeiterinnen solidarisiert habe. İpek sah dies ohnehin als Fehler, „und nicht teilzunehmen wäre ein weiterer Fehler gewesen.“ Es blieb jedoch dabei. Kurze Zeit später habe die Istanbul Gruppe dann, für İpek noch sehr viel problematischer, begonnen, EU-Gelder anzunehmen:

Die EU ist eine Struktur des Kapitals, (...) und zugleich eine bewaffnete Macht. Meiner Meinung nach wollen sie von der Türkei aus den Nahen Osten erreichen (...). Ich bin aber zugleich Friedensaktivistin. (...) Die hinter der EU stehenden Kapitalgruppen haben mit den Arbeitenden, den Unterdrückten, den Frauen nichts zu tun, es geht nur um ihre eigenen Interessen.

Mit den „Unterdrückten“ spielt İpek v.a. auf die kurdische Bevölkerung an: Ihre Selbstsicht als Friedensaktivistin geht auf ihre Politisierung in den 1990er Jahren als Hochzeit dieses Konflikts zurück.

In der Folgezeit habe sich auch in der *Amargi*-Gruppe in Adana das Meinungsbild verschoben, eher als faktische Entwicklung denn durch einen Diskussionsprozess. Weitere Frauen aus İpeks Umfeld, die in EU-oppositionellen- wie auch Frauengruppen aktiv waren, behaupteten, wenn es um Frauen gehe, könnten EU-Gelder angenommen werden. „Aber wie nimmst du denn Geld an, wenn du dagegen bist?“, fragt İpek und schließt an: „*Pazartesi* haben sie nur wegen dieser einen Ausgabe die Gelder gestrichen. Die Leute beißen nicht die Hand, die sie füttert.“

Als ein Istanbuler *Amargi*-Mitglied mit der Vorsitzenden des größten Unternehmerverbandes für ein Zeitungsfoto posierte und ihre Kritik an diesem unabgesprochenen Schritt keinerlei Unterstützung fand, resignierte İpek und trat aus der Organisation aus: „Die organisationsinterne Demokratie war hinüber, (...) keine wurde gefragt.“ Bahar, eine seit langem in Istanbuler Frauenorganisationen aktive kurdische Feministin, bringt andere Aspekte zur Geltung:

Nach 1990 haben sich die Frauenorganisationen ja ganz stark institutionalisiert, nicht – dann braucht es Geld. Schön, woher nehmen wir das? Der Staat gibt uns keins. Unsere Väter geben uns keins, unsere Männer nicht, und wir haben keins. (...) Was tun? Wir schreiben Projektanträge (...), genau wie die Frauen in Indien, in Pakistan, in Lateinamerika.

Es habe jedoch „riesige“ Diskussionen gegeben – insbesondere durch „die, die sich als sozialistische Feministinnen verstehen“: „...ihr macht diese Projektwirtschaft, ihr tut der Frauenbewegung Gott weiß was an‘...“, beschreibt Bahar die Diskussionen. Sie selbst ist zum Zeitpunkt des Interviews nach „einem Haufen Arbeit“ in Frauenprojekten erschöpft, hat keine Krankenversicherung und sieht die Notwendigkeit, sich ökonomisch besser abzusichern.

Für Bahar bedingt die Annahme von Geldern aus den Ländern des kapitalistischen Zentrums die eigene Handlungsfähigkeit als Frauenbewegung. Sozialistische Feministinnen erachtet sie als abstrakt tadelnd und auch auf dem eigenen Terrain versagend, da ihre eigene Arbeit als Frau („Was wird aus mir? Was (...) esse ich?“) keinerlei Berücksichtigung in deren Diskurs finde. Es gebe eine Menge Frauen wie sie selbst, so Bahar. Auch aus der Erkenntnis verschiedener Fähigkeiten seien Konsequenzen zu ziehen:

Ohne diese Geschichte zu regeln, kann sich die Frauenbewegung in der Türkei nicht weiterentwickeln. Denn wenn (...) in manchen Bereichen nicht Frauen arbeiten, die gut Bescheid wissen, dann wird es ganz schwierig. Denn (...) es kann nicht jede Frau ein Budget schreiben und mit Geldgebern sprechen.

Wie hier angesprochen, qualifizieren nur bestimmte Fähigkeiten, wie gute Fremdsprachenkenntnisse, zu dieser Form transnationaler Vernetzung. Die Projekteszene ist ein Arbeitsmarkt für Feministinnen, die, positioniert als Expertinnen, versuchen, hier ihre politischen Ziele voranzutreiben. Als Bewegung mehr Arbeitsteilung zuzulassen, würde dieser Subjekt- und Handlungsform mehr Entfaltungsraum verschaffen. Eine Elitenbildung, die auch feministisches Handeln lange begleitet, würde so noch unverrückbarer. Hierarchien innerhalb der feministischen Bewegung sowie Ausschlüsse entlang von Kriterien wie formale Bildung und Sprache werden so jedoch eher verschärft als relativiert.

Beide Aktivistinnen stimmen darin überein, dass die Frauenbewegung in der Türkei gegenüber den EU-Ländern eine abhängige Partnerin ist. Beide haben sich an den Kampagnen für Gesetzesänderungen nach Kräften beteiligt. Viele Erfahrungen ihrer Generation verbinden sie; was sie jedoch trennt, ist ihr Verständnis der politischen Kontrahenten und von Pluralität: Während İpek von einer Reproduktion des Zentrum-Peripherie-Gefälles und dem Abbau interner Demokratie durch *projecilik* spricht, fordert Bahar diesbezüglich eine Reifung der Bewegung. Die Praxis von Frauenorganisationen, die zwar mit großer Lobby und Ausstattung, jedoch ohne Verbindung zu politischen Foren der Frauenbewegung arme Frauen unterstützen, benennt Bahar nur als nicht ausreichend. İpek, die darauf besteht, auch auf die wirtschaftspolitischen Dimensionen der EU-Annäherung feministische Antworten zu finden, sieht solche Ansätze als prinzipiellen Widerspruch zu ihrer eigenen Arbeit. Frauenarbeit als Kategorie verhandeln beide in gänzlich unterschiedlichen Kontexten: Bahar hat den Binnenraum der Frauenbewegung vor Augen, İpek die Entwicklung der globalen Arbeitsmärkte.

Aktivistinnen wie İpek wünschen sich eine Alternative jenseits der DKÖ, die verbindlicher ist als das Gegenmodell, die STK. Sie beteiligt sich an den im Jahr 2008 städteübergreifend gegründeten sozialistisch-feministischen Kollektiven (SFK), die Frauenarbeit umfassend zur Sprache bringen und sich damit der neoliberalen Agenda entgegenstellen. Aus den Lehren der Projektwirtschaft zogen die SFK die Konsequenz, keinerlei Gelder anzunehmen (vgl. *Sosyalist Feminist Kolektif* 2012). Sie erlebten einen Mitgliederboom und repräsentieren nach fünf Jahren ihres Bestehens die auf Einzelgruppenebene bisher größte feministische Organisation der Türkei. Vom Ausland aus aufrechterhaltene Mitgliedschaften, Austausch mit kritischen Akademikerinnen und politischen Gruppen vornehmlich im angelsächsischen Raum machen diese Organisierung zu einer zunehmend transnationalen. Die SFK-Zeitschrift *Feminist Politika* gewinnt mit Themen wie Arbeitskämpfen, Gewalt gegen Frauen, Minderheiten und Gegenkultur stetig an Bedeutung für die

gesamte feministische Szene. Jenseits offener Anti-EU-Propaganda kritisieren SFK-Autorinnen Entwicklungen in EU-Ländern und wenden sich gegen den oben genannten deskriptiven, individualisierten Klassenbegriff. Doch auch die Entwicklung der SFK zeigt die enge Verwobenheit jeglicher feministischer Politik in der Türkei mit *projecilik*: İpek und viele andere Mitglieder wurden bedeutend durch *Pazartesi* und andere geförderte Projekte politisiert, und ein Gutteil der nachrückenden Mitgliedschaft rekrutiert sich aus dem soziokulturellen Milieu, für das die Vielfalt internationaler und nationaler NGOs ein Arbeitsmarkt ist. So ist mit den SFK eine stark ins Hintertreffen geratene politische Position reaktiviert worden, die übergreifende Problematik bleibt jedoch präsent.

Ausblick

In der Projektpraxis kommen jenseits offener Bevormundung durch Geldgeber weitreichende Verschiebungen der politischen Handlungsbedingungen zum Tragen, die auf das Datum 1980 zurückverweisen. Umso mehr Bedeutung sollten feministische Überlegungen zu abhängiger Transnationalisierung der Einbindung unterschiedlichster Akteure in diskursive Formationen, also Hegemoniebildung, zumessen. Für alle Bewegungen gilt, dass die Agenden von Gebern und Geförderten sich oft überschneiden, etwa anhand der Themen Minderheitenschutz, Frieden und multikulturelles Zusammenleben. Diese versprechen Projektgelder und sind ebenso hohe, von den historischen Oppositionsbewegungen in der Türkei oft missachtete Güter, die erst in Prozessen der Neukonstitution politischer Opposition mühsam verankert wurden.

Wie gezeigt, gehen Dynamiken der feministischen Bewegung, die tiefen Gräben zwischen einzelnen Segmenten der Frauenbewegung sowie Vorgaben neoliberaler Politik eine diskursive Verschränkung ein, innerhalb derer u.a. auch die Gesamtentwicklung des EU-Annäherungsprozesses in den Blick kommt. Das kann auch Feministinnen kaum Mut machen und so setzen sich viele feministische Gruppen detailliert mit dem Normenwerk der Kopenhagener Kriterien auseinander (Diken 2006, 21), während die wirtschaftspolitische Programmatik als Thema zurückbleibt und zur Akquise von Geldern auch so dienlich wäre wie der von İpek erwähnte Biss in die Hand. Dessen ungeachtet bewegt die Politik der „Imperialisten“ auch Feministinnen, ob sozialistisch oder nicht.

Die Frauenbewegung nutzte erfolgreich die Pro-EU-Konjunktur für die Gesetzesänderungen von 2001 und 2004. Mittlerweile stehen jedoch gerade Feministinnen durch den Abbau eben der frauenbezogenen Einrichtungen des politischen Systems, die zur Zeit der Reformen noch unterstützend gewirkt hatten, vor einer fortschreitenden Marginalisierung: Der Umwidmung des Frauen- zu einem Familien- und Sozialministerium folgte kürzlich die Infragestellung der parlamentarischen Kommission für Chancengleichheit (Gülbahar 2013). Die Situation auf dem Projektgeldermarkt ist derweil durch die umfassende Macht der AKP gekennzeichnet, der allein auf-

grund der Zentralisierung der Vergabe von EU-Geldern auf zwei Staatsministerien immense Gelder zufließen. Und ein weiterer Blick in den erwähnten Fortschrittsbericht der EU-Kommission zeigt, dass in der Abwägung zwischen „Ordnung“ und gradliniger Parteinahme für die aufflammende Opposition ersteres überwog (Gehring 2013). Das kann auch Feministinnen kaum Mut machen und stützt überdies die These, dass die EU als supranationale Institution allenfalls situativ und konjunkturell, nicht aber substantiell eine unterstützende Rolle gegenüber Demokratisierungsbewegungen in der Türkei einnimmt.

In den Dekaden der Transnationalisierung ist der errungenen legislativen Normverschiebung keine Stärkung der Artikulationsfähigkeit von Frauen durch Unabhängigkeit sichernde Erwerbsmöglichkeiten zur Seite getreten. Feministische Politik, die klassenübergreifende Solidaritätsbeziehungen knüpft, wird durch das Gesamt der politischen Anordnungen seit 1980, deren Produkt auch die derzeitige historische Blockbildung unter Führung der AKP ist, sehr erschwert. Die These Sancars (2011), dass eine Anbindung von Frauenbewegungen an den Diskurs universeller Frauenrechte nicht genügt, um auf nationaler Ebene Gleichheitsforderungen durchzusetzen, verdient vor diesem Hintergrund genauere Beachtung.

Anmerkungen

- 1 Die Autorin dankt Axel Gehring und Anil Al-Rebholz für Kritik und anregende Kommentare.
- 2 Dies gilt z.B. für die in der Türkei juristisch verfolgte Soziologin und Feministin Pınar Selek.
- 3 Zwischen 2007 und 2010 habe ich in Adana, Ankara, Istanbul und Izmir Interviews mit Aktivistinnen geführt. Die Interviews mit Sevda Adana, İpek Adana (September 2007), Leyla Ankara, Meryem Ankara (August 2009), Bahar Istanbul (Februar 2008), Nur Izmir, Suna Izmir (Februar 2009), Evin Istanbul (Mai 2010) und Fidan Adana (August 2010) werden im Folgenden in die Analyse einbezogen.
- 4 Periphere Staatlichkeit bezieht sich als Begriff auf einen, in kritischer Anknüpfung an die Dependenciateorien v.a. von Immanuel Wallerstein vertretenen Zweig der Entwicklungstheorien, der als Weltsystem-Ansatz bekannt geworden ist (Wallerstein 1974). Grundlegende These ist, dass der Wohlstand u.a. der europäischen Länder, der USA und Kanadas auf einem Transfer von Wirtschaftsleistung aus den weniger entwickelten, oft vormalig kolonisierten Ländern zurückgeht und es eine sich stets reproduzierende Spannung zwischen den ersteren – als Zentrum bezeichneten – und letzteren – als Peripherie bezeichneten Staaten – gibt, in der die Peripherie stets als Verlierer dasteht. In neueren Diskussionen wurde das zugrunde gelegte Spannungsverhältnis vor dem Hintergrund des Aufstiegs mancher Peripherie- oder Semiperipheriestaaten teils in Frage gestellt. Für die Diskussion im vorliegenden Text ist erheblich, dass die Macht des Zentrums auch starke innenpolitische Konsequenzen hat, indem z.B. regional ungleiche Entwicklungen, durch Einbindung der nationalen Eliten in globale Interessennetze, noch verschärft werden.
- 5 Für diese Zusammenfassung wäre eine Vielzahl empirischer Belege zu erbringen, was hier aufgrund der Kürze nicht geleistet werden kann. Einzubeziehen ist auch, dass sich die hier kritisierte Verfasstheit gleichzeitig aus der Einsicht in die Versäumnisse der historischen Opposition speist.
- 6 Das gilt überwiegend auch für die Gewerkschaften.
- 7 Angabe aus dem Interview mit Bahar (Trogisch 2014). Zu Bahar s. Fußnote 26.

- 8 Aus Platzgründen bleibt hier unerwähnt, wie die Redaktion sich hiergegen zur Wehr setzte.
- 9 Beides sind Anonymisierungen.
- 10 In sumerischer Bedeutung Freiheit oder Rückkehr zur Mutter (Al-Rebholz 2013a, 231).

Literatur

- Akal**, Emel, 2003: Kızıl Feministler. Bir sözlü Tarih Çalışması. TÜSTAV, İstanbul.
- Akdeniz-Taxer**, Annika, 2011: Öffentlichkeit, Partizipation, Empowerment. Frauen in der Lokalpolitik ländlich geprägter Gegenden der Türkei. Wiesbaden.
- Al-Rebholz**, Anıl, 2013a: Das Ringen um Zivilgesellschaft in der Türkei. Intellektuelle Diskurse, oppositionelle Gruppen und Soziale Bewegungen seit 1980. Bielefeld.
- Al-Rebholz**, Anıl, 2013b: Die Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Türkei. Zum Wandel kultureller und diskursiver Praktiken. In: Rill, Bernd (Hg.): Türkische Innenpolitik. Abschied vom Kemalismus? Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung. 86, 39-49.
- Arat-Koç**, Sedef, 2007: (Some) Turkish Transnationalism(s) in an Age of Capitalist Globalization and Empire: "White Turk" Discourse, The New Geopolitics and the Implications for Feminist Transnationalism. In: Journal of Middle East Women's Studies. 3 (1), 35-57.
- Babacan**, Errol/**Gehring**, Axel, 2013: Hegemonie in Zeit und Raum, Zur Dekonstruktion des Zentrum/Peripherie-Gegensatzes in der Hegemonietheorie am Beispiel Türkei. In: Peripherie. 33 (130/131), 197-219.
- Becker**, Joachim, 2008: Der kapitalistische Staat in der Peripherie: polit-ökonomische Perspektiven. In: Journal für Entwicklungspolitik: Periphere Staatlichkeit, Kritische Staatstheorie des globalen Südens. 24 (2), 10-32.
- Bozgan**, Dilan, 2011: Kürt Kadın Hareketi Üzerine Bir Değerlendirme. In: Sancar, Serpil (Hg.): Birkaç Arpa Boyu... 21. Yüzyıla Gिरerken Türkiye'de Feminist Çalışmalar. İstanbul, 757-799.
- Diken**, Şeymus, 2006: Türkiye'de Sivil Hayat ve Demokrasi. Sivil Toplum Sorunlarını Tartışıyor. İstanbul.
- Düzkan**, Ayşe, 2005: Pazartesi Dergisi Deneyimi. In: Çakır, Devrim (Hg.): Özgürlüğü Ararken. Kadın Hareketinde Mücadele Deneyimleri. İstanbul, 153-172.
- Gehring**, Axel, 2013: Primat der Ordnung? Die Europäische Union und die türkische Juni-Revolution. In: Infobrief Türkei. 6, 13-18.
- Gülbahar**, Hülya, 2013: Kadının adı, devletten de siliniyor mu? Blog der Internetzeitung T24. Internet: <http://t24.com.tr/yazi/kadinin-adi-devletten-de-siliniyor-mu/7966> (28.12.2013).
- Kandiyoti**, Deniz, 2011: A Tangled Web: the Politics of Gender in Turkey. Open Democracy 5. Januar. Internet: <http://www.opendemocracy.net/5050/deniz-kandiyoti/tangled-web-politics-of-gender-in-turkey> (16.1.2014).
- Koçali**, Filiz, 2002: Kadınlara Mahsus Gazete Pazartesi. In: Bora, Aksu/Günel, Asena (Hg.): 90'larda Türkiye'de Feminizm. İstanbul, 73-85.
- Massicard**, Elise, 2013: The Alevis in Turkey and Europe. Identity and Managing Territoriality. New York.
- Molyneux**, Maxine, 2001: Analyzing Women's Movements. In: Molyneux, Maxine (Hg.): Women's Movements in International Perspective: Latin America and Beyond. Basingstoke, 140-162.
- Özyürek**, Esra, 2009: "The Light of the Alevi Fire Was Lit in Germany and then Spread to Turkey": A Transnational Debate on the Boundaries of Islam. In: Turkish Studies. 10 (3), 233-253.
- Sancar**, Serpil, 2011: Türkiye Kadın Hareketinin Politiği: Tarihsel Bağlam, Politik Gündem ve Özgürlükler. In: Sancar, Serpil (Hg.): Birkaç Arpa Boyu... 21. Yüzyıla Gिरerken Türkiye'de Feminist Çalışmalar. İstanbul, 61-117.

Sirman, Nükhet, 1989: Feminism in Turkey: A Short History. In: New Perspectives on Turkey. 3 (1), 1-34.

Sosyalist Feminist Kolektif, 2012: As We Set Off. Internet: <http://sosyalistfeministkolektif.org/english/198-as-we-set-off> (18.3.2014).

Spivak, Gayatri Chakravorty, 2009: Alte und neue Diasporas: Frauen in einer transnationalen Welt. In: Femina Politica. 18 (2), 19-31.

Tarrow, Sydney, 1994: Power in Movement: Social Movements and Contentious Politics. Cambridge.

Trogisch, Corinna E., 2014: Wie sie auszogen, die Wut zu lernen. ‚Sozialistischer Feminismus‘ in der Türkei. Unveröff. Dissertationsmanuskript. Leibniz Universität Hannover.

Wallerstein, Immanuel, 1974: Das moderne Weltssystem. Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert. Frankfurt/M., Wien.

Yılmaz, İlkey, 2005: 1990 Sonrası Türkiye’de Demokratikleşmeye Kadın Hareketinin Etkisi: TCK Kadın Platformu Süreci. Unveröff. Masterarbeit. Istanbul-Universität.

Yınanç, Barçın, 2013: Gezi Protesters Brought Turkey Closer to the EU. In: Hürriyet Daily News, 15. Oktober 2013. Internet: <http://www.hurriyetaidailynews.com/gezi-protesters-brought-turkey-closer-to-the-eu.aspx?pageID=449&nID=56227&NewsCatID=412> (14.1.2014).

Gleichstellungspolitischer Wandel durch Engagement und Handeln der Frauenorganisationen. Kroatien auf dem Weg zur Gleichstellung

JAGODA ROŠUL-GAJIĆ

Einleitung

Anfang der 1990er Jahre zerfiel der Staat Jugoslawien, dem Kroatien als eine seiner Republiken angehörte. Krieg, Gewalt und Nationalismus brachten eine Marginalisierung von Frauen und ihrer Interessen mit sich. Zum einen wurden Frauen aus den politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, zum anderen fanden die gleichstellungspolitischen Themen keine Beachtung im öffentlichen Raum und seitens der politischen EntscheidungsträgerInnen.

Trotz dieser ungünstigen Lage wurden im Bereich der Gleichstellung zwischen 2001 und 2005 eine Reihe von Frauenrechtsnormen verabschiedet und zugleich ein frauenpolitischer Wandel eingeleitet (Jenichen 2012, 86). Die Zahl der Parlamentarierinnen stieg im Jahr 2000 von 7,1% auf 21,9%. Darüber hinaus hat Kroatien in den letzten zehn Jahren eine Vielzahl von institutionellen Mechanismen entwickelt, die die Gleichstellung von Mann und Frau fördern und umsetzen sollen (Kesić 2007, 13). Dieser Erfolg ist vor allem auf die Arbeit der kroatischen Frauenorganisationen

(Frauen-NGOs) zurückzuführen. Die Frauen-NGOs traten als ein starkes Netzwerk für politische und rechtliche Veränderungen auf (Špehar 2007, 92; Dubljević 2003; Interview, Bojana Genov 2013; Interview, Sanja Cesar 2013).¹

Mit dem Begriff kroatische Frauen-NGOs sind die Frauenorganisationen gemeint, die sich ab 1992 formierten und sich für die Gleichstellung der Geschlechter in Kroatien einsetzten. Diese Frauen-NGOs wurden Mitte der 1990er Jahre die tragende Kraft der kroatischen Frauenbewegung (Interview, Vesna Kesić 2014). Ob NGOs auch soziale Bewegungen sind, und wie man diese zu definieren oder unterscheiden hat, darüber gibt es in der wissenschaftlichen Debatte keinen Konsens (Roth 2001). In diesem Beitrag wird zwischen Frauen-NGOs und der Frauenbewegung nicht immer deutlich differenziert. Wenn man die Aktivitäten kroatischer Frauen-NGOs beobachtet, können verschiedene Phasen festgestellt werden, in denen man auch über die Aktivitäten der Frauenbewegung sprechen kann (Interview, Vesna Kesić 2014). Eine Frauenbewegung kann nur dann sichtbar werden oder entstehen, wenn es darunter eine tragende Anzahl der agierenden AkteurInnen gibt, in diesem Fall Frauen-NGOs und/oder auch einzelne AkteurInnen, die die Bewegung bilden und sie sichtbar machen. Dieses wird im Abschnitt „Die Agenda-Setting-Etappe“ dargestellt.

In dem vorliegenden Beitrag möchte ich der Frage nachgehen, wie die kroatischen Frauen-NGOs zum gleichstellungspolitischen Wandel in Kroatien beigetragen haben. Der Fokus wird dabei auf der Rolle internationaler frauenspezifischer Normen wie der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (Frauenrechtskonvention)², der Pekinger Aktionsplattform und dem Gender Mainstreaming für den Wandel auf nationaler Ebene liegen. Um dies zu beantworten, rekonstruiere ich den Prozess der Umsetzung von gleichstellungsspezifischen Normen und die Rolle der kroatischen Frauen-NGOs in der Zeit von 1992 bis 2007. In diesem Zusammenhang ist es vor allem notwendig, die in den analysierten Prozessen relevanten Akteure und die von ihnen eingesetzten Mittel zur Zielerreichung zu identifizieren. Deshalb werde ich in Anlehnung an die konstruktivistische Normenforschung³ die Interaktion und Kooperation zwischen Frauen-NGOs und internationalen und nationalen AkteurInnen rekonstruieren. Hierfür wurden qualitative ExpertInneninterviews geführt, Pressemeldungen und relevante Dokumente⁴ analysiert. In den ExpertInneninterviews wurden Frauen aus kroatischen Frauen-NGOs, relevante staatliche AkteurInnen sowie VertreterInnen der internationalen Organisationen, die im Bereich Gleichstellungsförderung arbeiten, befragt.

Im ersten Teil werde ich mich mit der konstruktivistischen Normenforschung befassen und das Konzept der Doppelstrategie der Normadvokaten für die Umsetzung der internationalen Frauenmenschennormen vorstellen. Im zweiten Teil analysiere ich die Umsetzung der gleichstellungsspezifischen Normen und die Strategien der kroatischen Frauen-NGOs als Normadvokaten. Im dritten Teil werde ich die Ergebnisse zusammenfassen und ihre Bedeutung für die Umsetzung der internationalen Frauenmenschennormen darstellen.

Internationale Normen – ein dynamischer und fortlaufender Prozess

Der vorliegende Beitrag lehnt sich an die sozialkonstruktivistische Definition von Normen von Finnemore und Sikkink (1998) an: „There is a general agreement of the definition of a norm as a standard of appropriate behaviour for actors with a given identity“ (ebd., 891). Gemeint sind damit die völkerrechtlich bindenden Instrumente, wie internationale Übereinkommen, Konventionen und Verträge, die von der Staatengemeinschaft als kollektiv anerkannte Standards für angemessenes Verhalten gelten (Wiener 2009, 191; Wölte 2008, 36). Allerdings werden Normen in dieser Analyse nicht nur als etwas festes, sondern auch in Anlehnung an Krook und True (2010) als „work-in-progress“ betrachtet, da jede Norm einen Prozess beinhaltet, aus dem andere Normen, sei es auf der internationalen oder auf der nationalen Ebene, entstehen. Dies ist vor allem der Fall bei der Normimplementierung. Dabei handelt es sich um einen Prozess, in dem nicht nur neue Normen konstruiert werden, sondern indem diese auch Einfluss auf das Verhalten der Akteure haben. Beispielsweise ist die Frauenrechtskonvention ein festes Instrument, d.h. eine festgeschriebene Norm. Auf die Frauenkonvention berufen sich Frauenrechtlerinnen, um die allgemeine Norm der „Gleichstellung von Mann und Frau“ in verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Bereichen umzusetzen. Daraus entstehen immer wieder neue Normen für spezielle Bereiche der Frauenmensenrechte. Internationale frauenspezifische Normen werden in Form von Übereinkommen, Konventionen und Verträgen von Staaten unterschrieben und ratifiziert. Frauen-NGOs orientieren sich in ihrem Handeln an diesen Normen und drängen zugleich darauf, die internationale Norm in nationales Recht umzusetzen.

Die Etablierung von internationalen Normen erklären Finnemore und Sikkink (1998) mit dem Modell des Norm Life Cycle. Voraussetzung für die Entstehung einer internationalen Norm sind die Normunternehmer⁵ oder Normadvokaten, die eine kritische Masse von anderen AkteurInnen davon überzeugen, eine neue Norm anzunehmen sowie Aktionsplattformen, die die Aktivitäten der Normadvokaten ermöglichen. Normadvokaten zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine feste Auffassung davon haben, was angemessenes oder wünschenswertes Verhalten ist. Das Handeln ist oft altruistisch oder idealistisch motiviert: „(...) entrepreneurs promote norms or ideas because they believe in the ideals and values embodied in the norms (...)“ (Finnemore/Sikkink 1998, 898). In diesem Beitrag betrachte ich die kroatischen Frauen-NGOs als Normadvokaten. Ich übertrage dabei das Modell der Entstehung von internationalen Normen und die Rolle von Normadvokaten in diesem Prozess auf die Mikroebene des Fallbeispiels Kroatien. Der Erklärungsansatz ist hilfreich für die Analyse der Entstehung von lokalen Normen und zeigt zugleich, wie sich lokale Frauen-NGOs durch internationale Normen prägen lassen. Die lokalen Normadvokaten haben zusätzlich die Möglichkeit, bereits vorhandene internationale Normen für sich zu nutzen, um auf der lokalen Ebene neue Normen zu generieren und damit die internationalen Normen umzusetzen. Internationale Organisationen und westliche Staaten versuchen mit öf-

fentlichem und moralischem Druck, die repressiven Regierungen zu einer Änderung ihres Handelns und Verhaltens zu bewegen (Keck/Sikkink 1998, 12; Risse/Ropp/Sikkink 1999, 18). Diesen Prozess bezeichnen Keck und Sikkink (1998) als „Bumerang-Effekt“. Am Beispiel der Menschenrechtsnormen erweitern Risse, Ropp und Sikkink (1999) den „Bumerang-Effekt“ und stellen das „Spiralmodell“ vor. In ihrem Spiralmodell zeigen sie fünf verschiedene Phasen auf, die normverletzende Staaten durchlaufen, bevor sie sich an die internationalen Normen halten. Der Prozess einer dauerhaften Normimplementierung kann auch als Sozialisationsprozess⁶ bezeichnet werden (vgl. Risse/Jetschke/Schmitz 2002, 19). Im Gegensatz zu diesen Analysen der Normumsetzungsforschung des innenpolitischen Menschenrechtswandels, nämlich dem „Bumerang-Effekt“ von Keck und Sikkink (1999) und dem „Spiralmodell“ nach Risse/Ropp und Sikkink (1999), gehe ich von einer Doppelstrategie der Normadvokaten aus. In diesem Beitrag wird angenommen, dass der Sozialisationsprozess zur Implementierung von Normen nicht nur von oben nach unten verläuft. Das liegt daran, dass nicht nur die handelnden nationalen Akteure sozialisiert werden müssen, sondern auch die internationale politische Elite. Einerseits sensibilisieren Frauen-NGOs die internationale Gemeinschaft für die Missachtung von Frauenmensenrechten oder für die Nichteinhaltung von internationalen Normen. Andererseits üben sie harsche Kritik an lokalen Entscheidungsträgern.

Um das Interesse von Staaten zu beeinflussen, nutzen die NGOs vor allem „Agenda-Setting-Methoden“. Sie nehmen somit Einfluss auf die Agenda der internationalen Organisationen und der internationalen Gemeinschaft mit dem Ziel, den Prozess der Normentstehung zu beeinflussen, insbesondere beim Thema Frauenrechte.

Ein Beispiel dafür ist die sogenannte *International Bill of Rights for Women* der Frauenrechtskonvention. Sie wurde von der Versammlung der Vereinten Nationen verabschiedet und trat 1981 in Kraft. „Allerdings galt dieses Abkommen, und damit auch die Frauenrechte, in der Praxis der Vereinten Nationen lange Zeit nicht als Teil der universalen Menschenrechte“ (Wölte 2008, 65f.). Um diese frauenspezifische internationale Norm zu befestigen, initiierten 1991 Frauenorganisationen eine internationale Kampagne *Frauenrechte sind Menschenrechte*. Diese internationale Kampagne fand im Vorfeld der Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 statt. In diesem Zusammenhang nutzten die Frauenrechtsaktivistinnen sowohl die internationale Lage, wie z.B. die Missachtung der Menschenrechte an Frauen im Balkankonflikt, der damals herrschte, und wiesen gleichzeitig auf die Schwächen der internationalen Instrumente zum Schutz der Frauenmensenrechte hin. Frauenorganisationen forderten eine Reihe von Maßnahmen. Im Artikel 18 der Wiener Erklärung wurden die „Menschenrechte der Frau und der minderjährigen Mädchen“ als „unveräußerlicher, integraler und untrennbarer Bestandteil der allgemeinen Menschenrechte“ definiert, die auch „integraler Bestandteil der Menschenrechtsaktivitäten der Vereinten Nationen bilden“ (Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. 1993).

Jetzt galt es, diese niedergeschriebenen Frauenmensenrechte in den jeweiligen Ländern umzusetzen. Wie das Beispiel der Frauenkonvention zeigt, sind Normen

dynamische und laufende Prozesse, sie entwickeln sich weiter, nachdem sie entstanden sind. Es ist ein Prozess, der neue Normen konstruiert und unterschiedliche Akteure formt und sozialisiert.

Gleichstellungspolitischer Wandel in Kroatien

Die Entwicklung der Gleichstellungspolitik ab der Unabhängigkeit Kroatiens 1991 unterteile ich in zwei Etappen. Besondere Aufmerksamkeit erhalten dabei die Frauen-NGOs als größte und stärkste Gruppe der Normadvokaten. Die erste Etappe ist der Zeitraum von 1991 bis 1999, die als „Agenda-Setting-Etappe“ bezeichnet wird. Die zweite Etappe ist die Zeit von 2000 bis 2007 und kann als „Agenda-Implementierungs-Etappe“ definiert werden. In beiden Etappen spielen die internationalen Normen, wie Frauenrechtskonvention, Pekinger Aktionsplattform sowie das Prinzip des Gender Mainstreaming eine besondere Rolle. Dennoch reichen diese internationalen Normen an sich nicht aus, um einen demokratischen und geschlechtergerechten Staat und eine ebensolche Gesellschaft zu schaffen.

Die Agenda-Setting-Etappe

Kroatien ratifizierte die Frauenrechtskonvention 1992. Dies trug nach außen hin sicherlich zum Bild eines demokratischen Staats bei. Ein genauerer Blick zeigt aber, dass die Ratifizierung zunächst nur Fassade war. Das Land wurde damals von der nationalistischen und konservativen Partei Hrvatska demokratska zajednica (HDZ, Kroatische Demokratische Gemeinschaft) regiert, die sowohl das Thema Gleichstellung der Geschlechter als auch die Forderungen aus der internationalen Frauenrechtskonvention marginalisierte. Die politische Führung forcierte im neu gegründeten Staat Kroatien eine ethnische und nationale Exklusivität mit der Rolle der Frau als Mutter und Ehefrau. In erster Linie sollte die Frau ihre reproduktive Rolle, Kinder zu gebären, wahrnehmen. Diese Rolle der Frau wurde durch eine öffentliche Kampagne unterstützt (vgl. Kesic 2002, 65). Auf der einen Seite bemühte sich die damalige konservative Regierung gemeinsam mit der katholischen Kirche „(...) die gesellschaftliche Rolle der Frau gemäß den sogenannten neuen gesellschaftlichen Werten zu rekonzeptualisieren (...)“ (Ivoš-Nikšić 2000, 234). Das war das Bild einer „guten“ kroatischen Frau als Mutter, Ehefrau und Ernährerin. Auf der anderen Seite wurde das Bild einer „schlechten“ Frau geschaffen: einer Frau, die die nationalistische Politik ablehnte, sich für die demokratischen und feministischen Werte einsetzte und gegen geschlechtsbasierte Gewalt kämpfte. Einer Frau, die sich in das politische und gesellschaftliche Leben einmischen wollte. Gegenüber diesen Frauen wurde Sexismus und Diskriminierung geduldet, sogar gewünscht. Demzufolge wurden Frauen, die sich für eine geschlechtergerechte Gesellschaft einsetzten, im öffentlichen Raum beleidigt, diskriminiert und ihre politischen Forderungen überhört. Auch Politikerinnen wurden nicht verschont. In einer Parlamentsdiskussion 1997 beleidigte Vice

Vukojević, der ehemalige Abgeordnete im kroatischen Parlament und Mitglied der damals regierenden Partei HDZ, seine liberale Parlamentskollegin Đurđa Adlešić mit dem Satz „Rede weniger, gebäre mehr!“ („Više radaj, manje pričaj!“) (vgl. Krstulović 2010). Ebenso waren einige Medien, die die damalige Regierung stark kontrollierte, besonders feindlich gegenüber nicht-nationalistischen Frauen-NGOs und Aktivistinnen eingestellt. Einer der berühmtesten Medienskandale Anfang der 1990er Jahre ist der Fall *Vještice iz Ria* (Hexen aus Rio). Kroatische Medien stellten Feministinnen und Autorinnen⁷ als Feinde des Landes dar. Sie wurden beschuldigt, beim internationalen P.E.N.⁸-Kongress 1992 in Rio de Janeiro die Versammlung im folgenden Jahr in Kroatien durch ihr Abstimmungsverhalten vereitelt und darüber hinaus eine Propaganda gegen den kroatischen Staat betrieben zu haben. Es wurde den Feministinnen sogar vorgeworfen, die Vergewaltigungen der muslimischen und kroatischen Frauen während des Krieges in Bosnien-Herzegowina ignoriert oder sogar vertuscht zu haben (Centar za žene ROSA 2013b).

Die kroatischen feministischen Frauen-NGOs hatten viel zu tun in den 1990er Jahren. Die Gewalt an Frauen war weit verbreitet und wurde als eine private Angelegenheit betrachtet und damit oft akzeptiert (Interview, Bojana Genov 2013). Darüber hinaus war der politische Wille nicht da, um einen gleichstellungspolitischen Wandel zu bewirken. Die Zahl der Parlamentarierinnen im kroatischen Parlament war während der 1990er Jahre sehr niedrig. 1992 saßen nur 5,1% Frauen als Abgeordnete im Parlament (Croatian Bureau of Statistics 2012, 55). Frauenorganisationen hatten nur wenige Verbündete in den Kreisen der EntscheidungsträgerInnen. Des Weiteren gab es für die anti-nationalistischen Frauen-NGOs keine institutionelle Förderung aus dem staatlichen Budget. Dadurch wurde die Arbeit der Frauenorganisationen maßgeblich erschwert, da sie von ausländischen Projektmitteln abhängig waren.

Krieg, Gewalt an Frauen, eine diskriminierende Gesetzgebung gegen Frauen, das Ignorieren von internationalen Frauenmensenrechtsnormen, die Abwesenheit von nationalen Gleichstellungsmechanismen und die niedrige politische Partizipation von Frauen waren gute Gründe für Aktivistinnen, aktiv zu werden und diese Themen sowohl auf die nationale als auch auf die internationale Agenda zu setzen.

Da es bereits eine autonome Frauenbewegung in Jugoslawien⁹ gab, haben gerade Frauen aus den ersten jugoslawischen Initiativen mit dem Kriegsausbruch 1990 kroatische feministische NGOs gegründet und wurden Teil der grenzüberschreitenden Antikriegskampagne.¹⁰ Ab 1992 formierten sich zahlreiche Frauenorganisationen und Initiativen in vielen Städten Kroatiens.¹¹ In den ersten Jahren leisteten sie vor allem die therapeutische und humanitäre Versorgung für traumatisierte Flüchtlingsfrauen aus den Kriegsgebieten Kroatiens, Bosniens und Herzegowinas, versuchten aber auch, politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen (Grašak 2007, 120). Als Normadvokaten im Sinne von Finnemore und Sikkink (1998) setzten sich die Frauenorganisationen die Schaffung eines geschlechtergerechten Staats zum Ziel. Dafür bezogen sie sich in erster Linie auf die internationalen Normen und vernetzten sich immer stärker auf der nationalen als auch auf der internationalen Ebene. Sie

kooperierten mit internationalen Verbündeten¹² und nahmen an internationalen Menschenrechtskonferenzen teil, um über die Frauenmenschensrechtssituation im Lande zu berichten (vgl. Bunch/Reilly 1994, 38-40). Zum einem agierten die Frauenorganisationen, wie im „Bumerang-Effekt“ von Keck und Sikkink (1998), als Normadvokaten auf der nationalen Ebene, um die EntscheidungsträgerInnen dazu zu bewegen, analog zu internationalen Normen nationale frauenspezifische Normen zu setzen. Frauen-NGOs erbateten gleichzeitig Hilfe bei internationalen Verbündeten, um den Druck von „oben“ zu erhöhen. Zum anderen berichteten die Frauen-NGOs auf der internationalen Ebene sowohl über die Nichteinhaltung von internationalen Regeln und Normen als auch über die geschlechterspezifische Gewalt, um damit die internationalen Organisationen und westlichen Staaten für die aktuelle Problematik zu sensibilisieren (Interview, Rada Borić 2013; Interview, Bojana Genov 2013). Beim Global Tribunal, einer parallelen Konferenz der NGOs zur Weltmenschensrechtskonferenz in Wien 1993, forderte das Zentrum für Frauenkriegsopfer aus Zagreb von der internationalen Gemeinschaft, Kriege zu stoppen, die Konzentrationslager zu schließen, Kriegsverbrecher zu verurteilen, die Vergewaltigung im Krieg als Kriegsverbrechen anzuerkennen und für Frauen, die auf Grund ihres Geschlechtes verfolgt wurden, Asyl zu gewährleisten (Bunch/Reilly 1994, 38-40). Als Normadvokaten arbeiteten die kroatischen Frauen-NGOs mit einer Doppelstrategie: Sie sensibilisierten und sozialisierten damit einerseits die internationale Gemeinschaft über die Nichteinhaltung von internationalen Normen. Andererseits nutzten sie diese internationalen, für die Gleichstellung sensibilisierten Verbündeten, um den Druck auf die nationalen Entscheidungsträger zu erhöhen. Auf nationaler Ebene verlangten die kroatischen Frauenorganisationen eine Institutionalisierung der Gleichstellungspolitik.

Die Gleichstellungspolitik in Kroatien nahm ihren Ausgangspunkt nach der vierten UN-Konferenz in Peking 1995. Um den Forderungen aus der Pekinger Erklärung sowie der Pekinger Aktionsplattform offiziell nachzukommen, setzte die kroatische Regierung im Jahr 1996 die *Kommission für Gleichstellungsfragen* (Povjerenstvo za pitanja jednakosti) ein. Die Kritik der Frauenorganisationen richtete sich zum einen gegen den Namen. Gleichstellung von und für was? Die Aussage, dass die Gleichstellung der Geschlechter gefördert werden soll, vermied die Regierung mit der Auswahl der Begriffe. Die Frauen-NGOs bestanden auf einem einleuchtenden Namen, wie z.B. *die Kommission für Gleichstellung der Geschlechter*. Zum anderen wurde das Gremium von einer Frau geleitet, die sich davor nie für die Gleichstellung von Mann und Frau eingesetzt oder interessiert hatte. So blieb die Kommission für Gleichstellungsfragen eine leere Hülse, die nur die minimalen Anforderungen der internationalen Gemeinschaft und der Pekinger Aktionsplattform bediente (Kesić 2007, 17). Die kroatischen Frauen-NGOs suchten sich Kooperationspartnerschaften mit einzelnen Ministerien, die unterstützend arbeiteten, um die Forderung der UN-Konvention zu erfüllen. Mit Hilfe von Europaratsexperten und Frauen-NGOs erarbeitete die Kommission für Gleichstellungsfragen die erste nationale Gleichstel-

lungsstrategie. Zum ersten Mal wurden die Frauenorganisationen¹³ in die Arbeit der Kommission für Gleichstellungsfragen miteinbezogen. Schließlich verabschiedete die kroatische Regierung nach den Richtlinien der Pekinger Aktionsplattform 1997 die erste nationale Gleichstellungsstrategie 1997-2000 (Interview, Sanja Cesar 2013; Dedić 2007). Obwohl die Kommission für Gleichstellungsfragen eine Reihe von Themen¹⁴ in die Nationale Politik aufnahm, waren die Frauenorganisationen mit der Arbeit der Kommission nicht zufrieden, da weder die Kommission noch die verabschiedete nationale Gleichstellungsstrategie 1997-2000 von der Regierung ernst genommen wurden. Darüber hinaus bestand immer noch keine Zusammenarbeit zwischen der Regierung Kroatiens und den Frauen-NGOs (Dubljević 2003, 32f.). Tatsächlich blieb das Thema Gleichstellung der Geschlechter in Kroatien nur ein Lippenbekenntnis der Regierung.

Insofern blieben die Frauen-NGOs sowohl im eigenen Land als auch im Ausland kritisch gegenüber der Gleichstellungspolitik der kroatischen Regierung. Im Vorfeld der Parlamentswahlen 1995 bildete sich *Ženska ad hoc Koalicija*, ein Netzwerk von feministischen Frauenorganisationen, und legitimierte eigene Forderungen mit den Abschlussdokumenten der Wiener Menschenrechtskonferenz (Dubljević 2003; Dedić 2007). Diese Plattform kann im Sinne von Finnemore und Sikkink (1998) als Aktionsplattform bezeichnet werden. Sie ermöglichte einerseits die Aktivitäten der Normadvokaten. Andererseits nutzten Frauenorganisationen diese Plattform, sowohl um Forderungen an die EntscheidungsträgerInnen zu stellen, als auch um die internationalen Akteure für das Problem zu sensibilisieren und von diesen Unterstützung zu erhalten. *Ženska ad hoc koalicija* forderte die Einrichtung eines Ministeriums für Gleichstellung von Mann und Frau, die Einführung einer Geschlechtermindestquote von 40% im Parlament (Sabor), in der Regierung und in Regierungsbehörden, die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, die Verabschiedung von Regierungsprogrammen zur Förderung des Lebensstandards von Frauen und eine autonome Entscheidungsfindung im Bereich der reproduktiven Rechte der Frau (Dedić 2007, 11). Die „ad hoc“ Aktion der *Ženska ad hoc koalicija* im Vorfeld der Wahlen war so erfolgreich, dass die Frauenorganisationen 1996 als Fortsetzung ihrer Arbeit in Poreč das Frauennetzwerk Kroatien (*Ženska mreža Hrvatske*), einen Zusammenschluss von ca. 40 feministischen Frauenorganisationen, gründeten. Durch diese Zusammenschlüsse wurden die Stimmen der Frauen immer lauter (Kesić 2007, 16). Frauen-NGOs organisierten Tribunale, Seminare und Straßenaktionen. Sie verteilten die von der kroatischen Regierung unterschriebenen und ratifizierten internationalen Menschenrechtsdokumente.

Das Frauennetzwerk Kroatiens agiert seitdem als eine feministische Plattform zur Erreichung von gemeinsamen Zielen. Es vereint Frauenorganisationen, die die soziale, ökonomische und politische Diskriminierung von Frauen anerkannt haben. Das Netzwerk kritisiert patriarchale Strukturen und wendet sich gegen alle Formen der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts (Women's Network Croatia 2013a). Die Frauenorganisationen treffen sich ein- bis zweimal jährlich, um gemeinsame

Aktionen und Kampagnen zu planen und über die aktuellen Themen zu diskutieren.¹⁵ Demzufolge bildeten sie 1997 wieder die *Ženska ad hoc koalicija* im Vorfeld der Kommunalwahlen und 1999 im Vorfeld der Parlamentswahlen (Women's Network Croatia 2013b). Mit kroatischen Frauen-NGOs tauschten sich Ende der 1990er Jahre vor allem Frauen aus damals oppositionellen liberalen und sozialdemokratischen Parteien aus und planten gemeinsame Aktionen. Der Einfluss der hauptsächlich durch die Frauen-NGOs sozialisierten internationalen Gemeinschaft wurde immer stärker und die politischen Parteien, zuerst die sozial-liberalen und etwas später auch die konservativen, erkannten die Gleichstellungsfrage als Priorität für ihre Arbeit an. Frauenorganisationen organisierten Workshops und Seminare für Frauen aus politischen Parteien (Kesić 2007, 91; Dubljević 2003). Mit der Frauenwahlplattform (*Ženska izborna platforma*) der *Ženska ad hoc koalicija* beriefen sich die Akteurinnen erneut auf die Frauenkonvention und die Verpflichtungen, die Kroatien mit der Ratifizierung eingegangen war: nämlich auf lokaler Ebene Frauenrechtsnormen zu verabschieden, die die Gleichstellung der Geschlechter garantieren. Diese Rechtsnormen sollten nun auch in die Praxis umgesetzt werden (*Ženska ad hoc koalicija* 1999, 1).

Das Jahr 1999 kann als Höhepunkt der Lobbyarbeit von kroatischen Frauenorganisationen und -bewegungen bezeichnet werden. Im Sinne von Finnemore und Sikkink (1998) wurde der *tipping point* erreicht. Für die Entstehung von internationalen Normen gilt dieser als erreicht, wenn jeweils ein Drittel der Staaten die neue Norm annimmt (ebd., 899). Wenn man dieses Modell auf die lokale Ebene überträgt, haben Ende der 1990er Jahre kroatische Frauenorganisationen mit Hilfe einer gemeinsamen Plattform und internationaler Verbündeter, welche die Kampagnen der Frauenorganisationen finanziell unterstützten, die oppositionellen Parteien erreicht. Nachdem die Frauenorganisationen erfolgreich den *tipping point* erreichten, setzte eine neue Normdynamik ein. Auch andere AkteurInnen wurden davon überzeugt, die Forderungen der Frauenorganisationen zu akzeptieren und sich mit der Gleichstellungsthematik auseinanderzusetzen.

Die NGO-Wahlkampagne wurde das ganze Jahr 1999 geführt. Und am Ende waren alle bereit, mit uns über unsere Forderungen zu sprechen. Auch Frauen aus HDZ¹⁶ waren sich darüber einig, dass 7% Frauen im Parlament zu wenig ist, um eine angemessene Gleichstellungspolitik durchzusetzen (Interview, Bojana Genov 2013).

Frauenorganisationen waren Motor der Gleichstellungspolitik in den 1990er Jahren. Sie waren sehr laut, kritisch und fordernd.

Sie (Frauenorganisationen) waren die mutigsten Kritiker von schlechten Aspekten damaliger Regierungspolitik. Sie haben sich nicht nur für die Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft eingesetzt, sondern auch viel umfassender. Sie standen für demokratische Ideale im Allgemeinen (Interview, Goran Selanec 2013).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die kroatischen Frauenorganisationen eine Doppelstrategie verfolgten. Sie sensibilisierten die internationalen Akteure über die Nichteinhaltung von internationalen Normen und Regeln und durch diese internationalen Normen und Regeln legitimieren sie ihre politische Arbeit gegenüber dem Staat und der Gesellschaft.

Die Agenda-Implementierungs-Etappe

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Umsetzung und Durchsetzung von frauenspezifischen Normen ist der Grad des Aktivismus¹⁷ der NGOs, das zeigen die Aktivitäten der *Ženska ad hoc koalicija* 1999. Eine der Strategien dieser Plattform der Normadvokaten war es, die WählerInnenschaft zu motivieren, um eine demokratische Veränderung herbeizuführen. Ein Jahr lang arbeiteten Aktivistinnen mit sehr großem Engagement und mobilisierten die WählerInnenschaft im ganzen Land.¹⁸ Die Wahl im Jahr 2000 hatte eine Erhöhung des Anteils von Parlamentarierinnen von ursprünglich 7,1% auf 21,9% zur Folge (Croatian Bureau of Statistics 2012, 55; Irvine 2007). Dieser Erfolg ist vor allem auf die Arbeit der kroatischen Frauenorganisationen zurückzuführen. Allerdings wäre dieser gleichstellungspolitische Wandel ohne die Unterstützung durch internationale Verbündete und einige kroatische Politikerinnen¹⁹ nicht möglich gewesen (Interview, Rada Borić 2013; Interview, Sanja Cesar 2013; Interview, Bojana Genov 2013).

Das Jahr 2000 ist das Jahr des politischen Wandels in Kroatien, das schließlich zum demokratischen Durchbruch in Bezug auf die Institutionalisierung der Frauenmenschenrechte im Allgemeinen führte. Die konservativ regierende Partei HDZ verlor nach zehn Jahren Alleinherrschaft die Wahlen und wurde von einer sozialliberalen Koalition²⁰ abgelöst. Gender Mainstreaming als Norm gewann immer mehr an Bedeutung, da die Gleichstellung von Mann und Frau instrumentell Eingang in die Gesamtpolitik fand. Diese ging auf die Frauen-NGOs zurück. Nach den Parlamentswahlen 2000 wurde der Parlamentsausschuss für Gleichstellung der Geschlechter gegründet und der Name der Kommission für Gleichstellungsfragen wurde in „Kommission für die Gleichstellung der Geschlechter“ geändert. Diese war eine ausdrückliche Empfehlung des CEDAW-Komitees²¹ (Kesić 2007, 19). Das weist darauf hin, wie internationale Normen Einfluss auf lokale Politiken und Akteure nehmen können. Es hat auch gezeigt, dass das, was Frauenorganisationen in den 1990er Jahren gefordert hatten, auch nach den Wahlen ernst genommen und von der Regierung umgesetzt wurde. Des Weiteren zeigt es, dass internationale Normen Prozesse sind, die neue Normen und Strategien auf nationaler Ebene anregen.²² Beispielsweise haben sich lokale Frauen-NGOs in Kroatien auf die Frauenkonvention und die Pekinger Aktionsplattform als eine gleichstellungsspezifische internationale Norm berufen, um das Geschlechtergleichstellungsgesetz und andere Gleichstellungsinstrumente durchzusetzen (Women’s Network Croatia 2013c). Im September 2003 wurde in Kroatien das erste Geschlechtergleichstellungsgesetz verabschiedet, das zur Errichtung weiterer Gleichstellungsmechanismen führte.

Im Oktober 2003 wurde das Büro der Ombudsperson für Gleichstellung der Geschlechter gegründet, und im Jahr 2004 das Regierungsbüro für Gleichstellung der Geschlechter. Eine Interviewpartnerin schildert, wie mächtig das kroatische Frauennetzwerk inzwischen geworden war. Die Frauen-NGOs haben nicht nur die Implementierung institutioneller Gleichstellung vorangetrieben, sondern auch die Personalpolitik. Die führenden Positionen in neuen Gleichstellungsgremien wurden mit Frauen besetzt, die die kroatische Frauenszene der Regierung und dem Parlament vorschlug (Interview, Rada Borić 2013).

Die kroatische Regierung hat eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter ergriffen und ist den Verpflichtungen aus der Pekinger Aktionsplattform und der Frauenkonvention nachgegangen. Dennoch, auch zehn Jahre nach der Verabschiedung des ersten Geschlechtergleichstellungsgesetzes und anderer staatlicher Instrumente, bemängeln sowohl zivilgesellschaftliche Akteure als auch für die Gleichstellung sensibilisierte politische Akteure, dass die Institutionalisierung der Gleichstellungspolitik nicht zu den erwarteten Resultaten geführt hat. Sowohl die Rechtsnormen als auch diverse institutionelle Mechanismen wurden etabliert. Es mangelt offensichtlich an politischem Willen, diese Instrumente praktisch umzusetzen (Interviews: Jadranka Kosor 2013; Bojana Genov 2013; Goran Selanec 2013; Sanja Cesar 2013).

Fazit

In diesem Beitrag wurde der Frage nachgegangen, wie die kroatischen Frauenorganisationen zum gleichstellungspolitischen Wandel in Kroatien beigetragen haben und mit welchen Mitteln sie arbeiteten, um eine Veränderung zu bewirken. Zusammenfassend lassen sich aus dieser Studie mehrere Schlussfolgerungen ziehen: *Erstens* haben sich die Frauenorganisationen auf die bestehenden internationalen Gleichstellungsnormen berufen und forderten laut deren Umsetzung. Damit legitimierten sie ihre eigenen Handlungen sowohl gegenüber den politischen EntscheidungsträgerInnen als auch gegenüber der patriarchalen Gesellschaft. Schließlich hat Kroatien alle internationalen Frauenmensenrechtsnormen in Form der internationalen Konventionen ratifiziert. *Zweitens* ergriffen kroatische Aktivistinnen die Initiative, um mit internationalen Verbündeten eine Kooperationspartnerschaft einzugehen mit dem Ziel, materielle und ideelle Unterstützung für die Arbeit der Frauenorganisationen zu gewinnen. *Drittens* agierten die Frauenorganisationen als ein starkes nationales Netzwerk, das mächtig genug war, um zum einen politischen Druck auf die lokalen und nationalen EntscheidungsträgerInnen auszuüben und zum anderen die internationalen Akteure über die Nichteinhaltung der Frauenmensenrechtsnormen zu sensibilisieren. *Viertens* erhielten Frauenorganisationen für ihre Arbeit Unterstützung aus den Reihen einiger Politikerinnen. Dieser Beitrag hat gezeigt, welche Mittel die Frauenorganisationen bei der Formulierung, Initiierung und Verabschiedung innovativer Gleichstellungspolitik auf staatlicher Ebene in Kroatien genutzt haben.

Als Normadvokaten haben die kroatischen Frauen-NGOs eine Doppelstrategie verfolgt, um auf die Nichteinhaltung von internationalen gleichstellungsspezifischen Normen auf der nationalen und internationalen Ebene aufmerksam zu machen und eine Veränderung zu bewirken. Im Gegensatz zum Klassiker der Normumsetzungsforschung des innenpolitischen Menschenrechtswandels hat dieser Beitrag gezeigt, dass der Sozialisationsprozess zur Implementierung von gleichstellungsspezifischen Normen nicht nur von oben nach unten verläuft. Das liegt daran, dass nicht nur handelnde nationale Akteure sozialisiert werden müssen, um geschlechtergerecht zu agieren, sondern auch die internationale politische Elite. Damit können mit dieser Doppelstrategie die Erfolge oder Misserfolge bei der Implementierung von gleichstellungsspezifischen Normen besser erklärt werden.

Eine Analyse der Umsetzung dieser Gleichstellungspolitik steht jedoch noch aus. Darüber hinaus fehlt es an Untersuchungen über die Interaktion zwischen verschiedenen Akteuren während des gesamten Normumsetzungsprozesses. Auch wenn die Frauenorganisationen als nationales Netzwerk agierten, handelt es sich doch um heterogene Akteure.

Anmerkungen

- 1 Insgesamt wurden sieben Leitfadenterviews von der Autorin des Beitrags geführt. Vesna Kesić antwortete per E-Mail, siehe Liste der InterviewpartnerInnen. Direkte Interviewzitate wurden von der Autorin für diesen Beitrag übersetzt.
- 2 Die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) wurde 1979 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet und trat 1981 in Kraft.
- 3 Gemeint ist die konstruktivistische Normenforschung aus der Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB). Die feministische Forschung erreichte diese Disziplin relativ spät (Locher 2000, 332). Das gilt besonders für den deutschsprachigen Raum. In der Zeitschrift für Internationale Beziehungen sind bis 2009 drei Artikel erschienen, die sich der feministischen Forschung in den IB widmen.
- 4 Dokumente und Protokolle der Frauenorganisationen; Statistische Daten; Konferenzberichte usw.
- 5 Der von Finnemore und Sikkink benutzte Begriff „norm entrepreneurs“ wurde mit „Normunternehmer“ übersetzt. Damit gemeint sind die AkteurInnen, die sich für die Entstehung und Umsetzung von internationalen Normen einsetzen (vgl. auch Brühl 2002, 162). Brabandt (2011) benutzt den Begriff „Normadvokaten“ für die AkteurInnen, die sich für die Umsetzung internationaler Normen einsetzen. In diesem Text verwende ich ebenso wie Brabandt den Begriff „Normadvokaten“.
- 6 „Internationale Sozialisation ist der Prozess, durch den internationale Akteure (die Sozialisanden) dazu gebracht werden sollen, die Ideen und die Identität einer internationalen Gemeinschaft zu übernehmen und zu reproduzieren“ (Schimmelfennig 2010, 173).
- 7 Jelena Lovrić, Rada Iveković, Slavenka Drakulić, Vesna Kesić und Dubravka Ugrešić
- 8 P.E.N., Abkürzung für Poets, Essayists, Novelists, ist eine internationale Schriftstellervereinigung.
- 9 1978 organisierten Frauen aus Belgrad, Zagreb und Sarajevo die erste internationale feministische Konferenz „Drugarica žena“, die in Belgrad stattfand. An der Konferenz nahmen sowohl Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen aus Jugoslawien (Dunja Blažević, Žarana Papić, Bojana Pejić, Sonja Drljević,

- Jasmina Tešanović, Lina Vušković, Sofija Trivunac, Lepa Mladenović, Vanda Krajinović aus Beograda, Rada Iveković, Slavenka Drakulić, Lidia Sklevicky, Vesna Kesić, Ruža First - Dilić, Ljiljana Gaković, Đurđa Milanović, Gordana Cerjan Letic, Nadežda Čačinović Puhovski aus Zagreba, Nada Ler Sofronić aus Sarajeva u.a.) als auch ð aus England, Frankreich, Polen, Ungarn, Italien und Deutschland teil.
- 10 Vesna Kesić ist zum Beispiel Mitgründerin des Zentrums für Frauenkriegsopfer und der Frauenmensenrechtsorganisation B.a.B.e in Zagreb; Lepa Mladenović aus Belgrad initiierte das SOS-Telefon und Frauen in Schwarz in Belgrad; Nada Ler Sofronić gründete Centar Žena i društvo in Sarajevo.
 - 11 In Zagreb: „Centar za žene žrtve rata“, „Zagrebački ženski lobi“, „Ženska infoteka“, „B.a.B.e.“, „Centar za ženske studije“; in Split: „Ženska grupa Split“, in Poreč: „Centru za građanske inicijative Poreč“, in Mali Lošinj: „Ženska grupa Lošinj“, in Pakrac: „Ženska grupa Pakrac“ und viele andere (Centar za žene ROSA 2013a).
 - 12 Internationale Organisationen und Stiftungen, die die Arbeit von Frauen-NGOs ideell und materiell unterstützen. Hier vor allem: Kvinna till Kvinna, Open society Institute, United, United Nations Development Fund for Women (UNIFEM), Global Fund for Women usw. (Interview, Bojana Genov 2013).
 - 13 CESI, B.a.B.e., SOS-Telefone, Zentrum für Frauenkriegsopfer, Ženska grupa Lošinj, Zentrum für Frauenstudien, Frauen-Infothek, Autonomes Frauenhaus u.a.
 - 14 Frauenmensenrechte, Gewalt an Frauen, institutionelle Mechanismen für die Forderung der Gleichstellung, Frauen in Entscheidungsprozessen und -positionen, Frauen und Konflikt.
 - 15 Vesna Kesić ist der Meinung, dass man ab Mitte der 1990er Jahre von einer Frauenbewegung in Kroatien sprechen kann (Interview, Kesić 2014).
 - 16 HDZ war bis 2000 die regierende Partei in Kroatien.
 - 17 Unter dem Begriff Grad des Aktivismus sind die Stärke des NGO-Netzwerks und dessen Aktivitäten gemeint. Je aktiver und lauter in seinen Forderungen sowie flächendeckender ein NGO-Netzwerk ist, desto erfolgreicher wird es sein, die Forderungen durchzusetzen und die Mehrheit der Gesellschaft zu erreichen.
 - 18 Als Regionalkoordinatorin der Ženska ad hoc koalicija 1999 koordinierte ich unter anderem einen „Circusbuss“, der durch Kroatien reiste und Wählerschaft mobilisierte, Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen, die Fraueninteressen vertraten.
 - 19 Ende der 1990er Jahre organisierten Frauenorganisationen Workshops und Seminare zu verschiedenen gleichstellungspolitischen Themen für Politikerinnen aus damals oppositionellen liberalen und sozialdemokratischen Parteien (Kesić 2007, 91; Dubljević 2003).
 - 20 Eine Koalition aus sechs Parteien: Socijaldemokratska partija Hrvatske (SDP), Hrvatska seljačka stranka (HSS), Liberalna stranka (LS), Istarski demokratski sabor (IDS), Hrvatska narodna stranka (HNS) und Hrvatska socijalno-liberalna stranka (HSLs).
 - 21 Die Vertragsstaaten (die Staaten, die die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, CEDAW, ratifiziert haben) haben dem CEDAW-Komitee mindestens alle vier Jahre Bericht über die Umsetzung der Konvention zu erstatten.
 - 22 Die Frauenkonvention fordert die Vertragsstaaten auf, gesetzgeberische und sonstige Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau zu ergreifen (Art. 2). Damit ist die Frauenkonvention eine internationale Norm, die die Entstehung gleichstellungsspezifischer Normen auf der lokalen Ebene bewirkt.

Literatur

- Brabandt**, Heike, 2011: Internationale Normen und das Rechtssystem. Der Umgang mit geschlechtsspezifisch Verfolgten in Großbritannien und Deutschland. Baden-Baden.
- Brühl**, Tanja, 2002: Nichtregierungsorganisationen als Akteure internationaler Umweltverhandlungen. Frankfurt/M.
- Bunch**, Charlotte/**Reilly**, Niamh, 1994: Demanding Accountability. The Global Campaign and Vienna Tribunal for Women's Human Rights. New Brunswick, NJ, New York.
- Centar za žene ROSA/Centar za žene žrtve rata**, 2013a: Počeci ženskog organiziranja u Hrvatskoj. Internet: <http://www.women-war-memory.org/index.php/hr/povijest/raskol-zenske-scene/63-poceci-zenskog-organiziranja-u-hrvatskoj> (10.1.2014).
- Centar za žene ROSA/Centar za žene žrtve rata**, 2013b: Vještice iz Ria. Internet: <http://www.women-war-memory.org/index.php/hr/povijest/vjestice-iz-ria> (10.1.2014).
- Croatian Bureau of Statistics**, 2012: Women and Men in Croatia 2012. Internet: http://www.dzs.hr/Hrv_Eng/menandwomen/men_and_women_2012.pdf (10.1.2014).
- Dedić**, Jasminka, 2007: Issue Histories Croatia: Series of Timelines of Policy Debates. Institute for Human Sciences (IMW). QUING Project. Vienna. Internet: http://www.quing.eu/files/results/ih_croatia.pdf (10.1.2014).
- Dubljević**, Maja, 2003: Ženska politika za vrijeme i nakon Tuđmana. Ili kako se tvrdokornost patrijarhata očituje u hrvatskom društvu. In: Kruh i Ruže. (17), 31-40.
- Finnemore**, Martha/**Sikkink**, Kathryn, 1998: International Norm Dynamics and Political Change. In: International Organization. 52 (4), 887-917.
- Grašak**, Marijana, 2007: Frauenbewegung in Kriegs- und Krisengebieten: Kroatien, Bosnien und Herzegowina. In: Grašak, Marijana/Reimann, Ulrike/Franke, Kathrin (Hg.): Frauen und Frauenorganisationen im Widerstand in Kroatien, Bosnien und Serbien. Frankfurt/M., 115-127.
- Irvine**, Jill A., 2007: From Civil Society to Civil Servants: Women's Organizations and Critical Elections in Croatia. In: Politics and Gender. 3 (1), 7-32.
- Ivoš-Nikšić**, Erma, 2000: Frauen in Kroatien der neunziger Jahre. In: Knežević, Đurđa/Dilić, Koraljka/Dabb, Anne (Hg.): Seminar „Žene i politika: feminizmi na istočni način“. Zagreb, 227-236.
- Jenichen**, Anne, 2012: Politische Innovation in internationalisierten Nachkriegskontexten. Bosnische Frauenrechtspolitik in vergleichender Perspektive. Wiesbaden.
- Keck**, Margaret E./**Sikkink**, Kathryn, 1998: Activists beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics. Ithaca, NY.
- Kesić**, Vesna, 2002: Gender and Ethnic Identities in Transition. In: Iveković, Rada/Mostov, Julie (Hg.): From Gender to Nation. Ravenna, 63-80.
- Kesić**, Vesna, 2007: Feminizam i država. Zagreb.
- Krook**, Mona Lena/**True**, Jacqui, 2010: Rethinking the Life Cycles of International Norms. The United Nations and the Global Promotion of Gender Equality. In: European Journal of International Relations. 18 (1), 103-127.
- Krstulović**, Zvonimir, 2010: Divljaci u Saboru. Naše psovke od konja do alpskog četnika. In: Jutarnji List, 28.8.2010. Internet: <http://www.jutarnji.hr/nase-psovke-od-konja-do-alpskog-cetnika-/881363/> (10.1.2014).
- Locher**, Birgit, 2000: Internationale Beziehungen aus der Geschlechterperspektive. In: Braun, Kathrin/Fuchs, Gesine/Lemke, Christiane/Töns, Katrin (Hg.): Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft. München, 332-413.
- Risse**, Thomas/**Jetschke**, Anja/**Schmitz**, Hans Peter, 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens. Baden-Baden.

Risse, Thomas/Ropp, Stephen C./Sikkink, Kathryn (Hg.), 1999: The Power of Human Rights. In: International Norms and Domestic Change. Cambridge Studies in International Relations. 66. Cambridge.

Roth, Roland, 2001: NGO und transnationale soziale Bewegungen: Akteure einer „Weltzivilgesellschaft“? In: Brand, Ulrich/Demirovic, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster, 43-63.

Schimmelfenning, Frank, 2010: Internationale Politik. Paderborn.

Špehar, Andrea, 2007: How Women's Movements Matter. Women's Movements' Strategies and Influence on Gender Policy Formation in Post-Communist Croatia and Slovenia. Göteborg: Dept. of Political Science, Göteborg University. Göteborg Studies in Politics, 106. Internet: http://www.pol.gu.se/digitalAssets/1312/1312989_dissertation.pdf (11.2.2014).

Wiener, Antje, 2009: Enacting Meaning-in-Use. Qualitative Research on Norms and International Relations. In: Review of International Studies. 35 (1), 175-193.

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., 1993: Wiener Erklärung und Aktionsprogramm. Internet: http://www.wienplus20.de/data/user/img/weitere_Bilder/2.1_Wiener_Erklärung_und_Aktionsprogramm_web.pdf (10.1.2014).

Wölte, Sonja, 2008: International – national – lokal. FrauenMenschenrechte und Frauenbewegung in Kenia. Königstein/Taunus.

Women's Network Croatia, 2013a: Code of Women's Network Croatia. Internet: http://www.zenska-mreza.hr/kodeks_eng.htm (10.1.2014).

Women's Network Croatia, 2013b: SASTANCI ŽENSKE MREŽE HRVATSKE 1996-2003. Internet: <http://www.zenska-mreza.hr/mrezapovijest.htm> (10.1.2014).

Women's Network Croatia, 2013c: Political Platform of Women's Network Croatia. Internet: http://www.zenska-mreza.hr/platform_eng.htm (10.1.2014).

Ženska ad hoc koalicija, 1999: Frauenwahlplattform (Ženska izborna platforma). Ženska grupa Lošinj (Archiv).

Interviews

Interview, Bojana Genov, ehemalige Koordinatorin des Frauennetzwerks Kroatien und von Ženska ad hoc koalicija 1999, März und August 2013, Mali Lošinj, Kroatien.

Interview, Goran Selanec, Stellvertretender der Ombudsperson für die Gleichstellung der Geschlechter, August 2013, Zagreb, Kroatien.

Interview, Rada Borić, Centrum für Frauenstudie Zagreb, August 2013, Zagreb, Kroatien.

Interview, Sanja Cesar, CESI-Centar za Edukaciju, Savjetovanje i Istraživanje, August 2013, Zagreb, Kroatien.

Interview, Jadranka Kosor, Abgeordnete im kroatischen Parlament und ehemalige Premierministerin, August 2013, Zagreb, Kroatien.

E-Mail-Korrespondenz, Vesna Kesić, Gründerin der Frauen-NGO B.a.B.e., Dezember 2013 und Januar 2014.

Feminismen in translokalen Frauennetzwerken

SIGRID KANNENGIESSER

Frauenorganisationen vernetzen sich zunehmend über nationale und kulturelle Grenzen hinweg. In (überwiegend) patriarchalen Gesellschaften lebend, sind sie mit ähnlichen Problemen konfrontiert und solidarisieren sich, um für Geschlechtergerechtigkeit an ihren Orten und weltweit zu kämpfen. Trotz vieler Gemeinsamkeiten im Hinblick auf ihre Probleme, Strategien und Zielvorstellungen divergieren die soziokulturellen Gegebenheiten sowie Werte und Normen der Frauenorganisationen je nach nationalen und kulturellen Kontexten und werden durch unterschiedliche nationale Gesetzgebungen geregelt. Folglich unterscheiden sich auch die Ziele und Strategien der nationalen Frauenorganisationen je nach Kontext. Translokale Netzwerke von Frauenorganisationen stehen vor der Herausforderung, mit den nationalen und kulturellen Unterschieden der jeweiligen Mitglieder umzugehen. Denn die Relevanz der Orte, an denen sich die Beteiligten befinden, nimmt für die Frauen nicht ab, auch wenn sie international vernetzt sind. Dies gilt insbesondere für die verschiedenen feministischen Normen der Netzwerkmitglieder, denn auch Feminismen unterscheiden sich je nach soziokulturellem Kontext. Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten sind im Hinblick auf feministische Normen und Strategien in translokalen Netzwerken von Frauenorganisationen zu finden? Wie gehen die beteiligten Akteurinnen mit diesen Unterschieden um? Und wie werden unterschiedliche feministische Normen diskutiert und ausgehandelt? Diese Fragen untersuche ich am Fallbeispiel eines translokalen Netzwerks von Frauen und Frauenorganisationen: dem Association for Progressive Communications Women's Networking Support Programme (APC Women).

APC Women ist ein Netzwerk von über 175 Frauen und Frauenorganisationen, die in 35 Ländern (überwiegend mit geringem Einkommen und Schwellenländern) verortet sind und das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit verfolgen. Um dieses zu erreichen, arbeiten die Netzwerkmitglieder mit den zehn fest angestellten Mitarbeiterinnen zusammen, die ebenfalls in verschiedenen Ländern sitzen. Sie sind auf verschiedenen Ebenen tätig: Auf lokaler Ebene führen die Mitgliedsorganisationen Projekte zur Frauenförderung durch, auf nationaler und internationaler Ebene betreibt das Netzwerk Lobbyarbeit für (marginalisierte) Frauen bei Regierungen und den Vereinten Nationen.

Um die feministischen Normen und Strategien des APC Women analysieren zu können, werden in einem ersten Abschnitt dieses Beitrags verschiedene feministische Theorien herangezogen. In der Vielzahl der Ansätze zeigt sich, dass und wie die soziokulturellen Kontexte die feministische Theorie und Praxis beeinflussen. Um die Sicht der am Netzwerk beteiligten Frauen auf die von ihnen identifizierten Gemeinsamkeiten und Unterschiede rekonstruieren zu können und die Bedeutung der Feminismen für die Akteure zu verstehen, wurde eine qualitative Studie durchgeführt; die

qualitativen Methoden werden nach der Skizzierung des theoretischen Rahmens in einem weiteren Abschnitt des Beitrags erläutert. Neben einer Analyse der Struktur des Netzwerks, aus der der translokale Charakter hervorgeht, liegt ein Schwerpunkt der Untersuchung auf den feministischen Normen des Netzwerks: Aufgrund seines translokalen Charakters sind verschiedene Vorstellungen von Geschlecht und unterschiedliche feministische Ziele im Netzwerk vorzufinden, mit denen die beteiligten Frauen umgehen müssen.

Vielfalt feministischer Theorien und Normen in Frauenbewegungen

Durch die fortschreitende Globalisierung, also eine zunehmende Vernetzung und Entgrenzung gesellschaftlicher Prozesse (Tetzlaff 2000, 24), ist die Anzahl und die Qualität translokaler Frauennetzwerke gestiegen. Netzwerke von Frauen und Frauenorganisationen sowie im Allgemeinen Netzwerke zivilgesellschaftlicher Akteure, die sich über kulturelle und nationale Grenzen hinweg konstituieren, bezeichne ich als *translokal* und nicht als international (Ruppert 1998) oder transnational (Pettman 2004), um zu betonen, dass die Orte, an denen sich die Akteure befinden, relevant bleiben. Denn der Begriff der Translokalität unterstreicht, dass lokale Bezüge durch Globalisierungsprozesse nicht verschwinden, gleichzeitig weist das Präfix *trans-* darauf hin, dass die verschiedenen Lokalitäten durch Globalisierung miteinander in Verbindung stehen und verwoben sind (vgl. Hepp 2004, 163).

Von translokalen Frauennetzwerken spreche ich hier, wenn ich institutionalisierte Entitäten meine, in denen sich Frauen und Frauenorganisationen über kulturelle und nationale Grenzen hinweg zusammenfinden. Solche Netzwerke werden oftmals durch eine offizielle Mitgliedschaft institutionalisiert und die Beteiligten agieren professionalisiert. Diese translokalen Netzwerke sind Teil der translokalen Frauenbewegung.

„Frauenbewegung“ bezeichnet – wie andere soziale Bewegungen – bestimmte Formen gemeinsamen sozialen Handelns, die darauf gerichtet sind, sozialen Wandel herbeizuführen und – im Falle der Frauenbewegung – insbesondere im Geschlechterverhältnis Bevormundung, Ungerechtigkeit und soziale Ungleichheiten zu beseitigen (Gerhard 2009, 6).¹

Der Fokus zahlreicher wissenschaftlicher Analysen lag bisher auf nationalen oder lokalen Frauenbewegungen (für Fallstudien siehe z.B. Lenz/Mae/Klose 2000). Diese Bewegungen verfolgen Ziele, die auf die Situationen der Frauen in den jeweiligen soziokulturellen Kontexten zugeschnitten sind.

Die seit den 1970er Jahren stattfindenden Weltfrauenkonferenzen der Vereinten Nationen haben maßgeblich dazu beigetragen, dass translokale Frauenbewegungen entstanden (Finke 2005, 89f. und 111). Frauen, Frauenorganisationen und -netzwerke schließen sich zu translokalen Frauenbewegungen zusammen, um ihr Wissen und ihre Erfahrungen, Strategien und Meinungen zu teilen (Youngs 1999, 64f.) sowie

ihre Sichtbarkeit auf internationaler Politikebene zu erhöhen. Waren die translokalen Frauenbewegungen zunächst von europäischen und US-amerikanischen Frauen(-organisationen) dominiert, so erhielten durch die Weltfrauenkonferenzen Frauen(-organisationen) aus den Ländern mit geringem Einkommen vermehrt Einfluss auf globaler Ebene (Finke 2005, 91ff.; Pettman 2004, 50). Trotz des gemeinsamen Anliegens der Geschlechtergerechtigkeit finden in den translokalen Frauenbewegungen kontroverse Debatten statt. Eine solche entfachten z.B. afroamerikanische Feministinnen, die sich nicht von „weißen“ Feministinnen repräsentiert fühlten und forderten, die Kategorie der „Rasse“ in die feministische Politik zu integrieren und damit die spezifischen Erfahrungen und Anliegen afroamerikanischer Frauen zu berücksichtigen (Knapp 2000, 103ff.). Auch Feministinnen aus Afrika, die für die spätere Analyse besonders relevant sein werden (s.u.), kritisieren eine „westliche“ Dominanz und fordern die Berücksichtigung besonderer Lebensumstände afrikanischer Frauen, die aus den historischen und kulturellen Gegebenheiten entstehen, z.B. durch Kulturimperialismus, Kriege sowie Krankheiten wie HIV und Malaria (vgl. Adeleye-Fayemi 2004, 107).

Chandra Talpade Mohanty (1988) kritisiert in ihrem Text „Under Western Eyes“ „westliche“ feministische Texte der 1980er Jahre. Diese konstruierten ein singuläres, monolithisches Subjekt der „Dritte-Welt-Frauen“, die Opfer männlicher Gewalt, der Kolonialisierung, der patriarchalen Familienstruktur und religiöser Ideologien seien (vgl. ebd., 65ff.). Später greift Mohanty diese Thesen vor dem Hintergrund zunehmender Globalisierungsprozesse erneut auf und reformuliert sie: „People of and from the Third World live not only *under* Western eyes but also *within* them” (Mohanty 2002, 515, Hervorhebung S.K.). Das Konzept der Postkolonialität weist auf solche andauernden Auswirkungen der Kolonialisierung hin, die sich von der Achse zwischen den Kolonialherren und den Kolonisierten weg in die dekolonisierten Gesellschaften hinein verlagern (vgl. Hall 2002, 228).

Zugleich betonen Feministinnen aus Afrika jedoch, dass der afrikanische Kontext und damit auch afrikanische Feminismen sehr heterogen seien. Von einigen afrikanischen AktivistInnen wird der Ausdruck Feminismus sogar abgelehnt² und alternative Begriffe formuliert. Dabei fällt auf, dass für viele afrikanische Feminismen das Konzept der Mutterschaft zentral ist (für einen Überblick afrikanischer Ansätze siehe Arndt 2000 und für eine Debatte über Feminismen in Afrika die Schwerpunktheft der südafrikanischen Zeitschrift *Agenda* 2001, 2002, 2003). Die Ablehnung des Begriffs Feminismus wird in der afrikanischen Frauenbewegung selbst kritisch debattiert (siehe z.B. Amina Mama im Interview mit Salo 2001, 61). Gemeinsam ist den diversen Spielarten des Feminismus auch in Afrika, dass sie zumeist von Frauen der Mittelklasse formuliert werden (Arndt 2000, 26; Mohanty 1988, 62).

Die Ausführungen machen deutlich, dass Feminismus keine statische und homogene Konstruktion ist, sondern sich ständig und sehr heterogen entwickelt, wodurch dem feministischen Projekt eine Prozesshaftigkeit innewohnt (Hark 2008, 218).³ Durch die (Selbst-)Kritik feministischer Ansätze, die nicht zuletzt in translokalen Netzwer-

ken von Frauenorganisationen stattfindet, entwickeln sich Feminismen dialektisch: Feminismen grenzen sich voneinander ab und kritisieren sich gegenseitig, machen aber auch Gemeinsamkeiten aus und unterstützen sich.

Gemein ist den Feminismen das normative „Ziel (...) (der) Aufdeckung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten und die Gleichberechtigung von Frauen“ (Finke 2003, 482). Was das genau bedeutet und wie dieses Ziel zu erreichen ist, unterscheidet sich je nach soziokulturellem und nationalem Kontext. Während die hier kurz angerissene Debatte zwischen und über feministische Ansätze seit langem geführt wird, fehlt es an empirischen Studien, die den Umgang von Frauenorganisationen der translokalen Frauenbewegung mit den unterschiedlichen feministischen Ansätzen analysieren. Ergebnisse einer empirischen Studie, die Feminismen in einem translokalen Frauennetzwerk untersucht, sollen im Folgenden präsentiert werden.

Methoden

Anhand des Fallbeispiels APC Women wird in diesem Beitrag der Frage nachgegangen, wie Feminismen in Netzwerken, in denen Frauen verschiedener nationaler und kultureller Kontexte aktiv sind, konstruiert und ausgehandelt werden. Um die Sicht der Beteiligten auf die von ihnen identifizierten Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Feminismen rekonstruieren zu können und die Bedeutung der Feminismen für die Akteure zu verstehen, wurde eine qualitative Studie durchgeführt, in der die Methoden der qualitativen Interviews sowie Dokumenten- und Webseitenanalyse kombiniert wurden (s.u.). Die Erhebung der Daten wurde nach dem Vorgehen der Grounded Theory (Strauss/Corbin 1996) vorgenommen. Um die feministischen Ziele und Normen von APC Women, seinen Mitarbeiterinnen und Mitgliedern betrachten zu können, wurden im Februar und März sowie im Oktober und November 2010 sechs qualitative Leitfadeninterviews mit Mitarbeiterinnen und Mitgliedern von APC Women geführt. Das Sampling erfolgte hinsichtlich der unterschiedlichen Funktionen der Akteurinnen im Netzwerk, so dass neben der Programmkoordinatorin auch Projekt- und Regionalkoordinatorinnen von APC Women berücksichtigt wurden. Ich befragte die Koordinatorin des afrikanischen Teilnetzwerks, da dies das Größte innerhalb des translokalen Netzwerks APC Women ist. Außerdem ist das aktivste Mitglied im Netzwerk die südafrikanische Nichtregierungsorganisation Women's Net, so dass ich mit zwei ihrer Mitarbeiterinnen Interviews führte. Um historische Aspekte des Netzwerks zu erfassen, befragte ich ein Gründungsmitglied von APC Women. Des Weiteren führte ich vierzehn Interviews mit Teilnehmenden lokaler Projekte, die in diesem Beitrag aufgrund seiner Fragestellung aber vernachlässigt werden.⁴ Zusätzlich zu den Interviews führte ich eine Inhaltsanalyse der Webseiten sowie von sozialen Netzwerkseiten und Dokumenten, wie z.B. den Jahresberichten des APC Women, durch. Das Datenmaterial (die Interviewtranskripte, Dokumente, archivierte Webseiten) wurde nach dem dreistufigen Kodierprozess der Grounded Theory ausgewertet: Durch die Schritte des offenen, axialen und selektiven Kodierens (vgl.

Strauss/Corbin 1996, 44ff.) war es möglich, induktive Kategorien zu bilden, anhand derer das Material miteinander verglichen wurde. Durch die Abstraktion der Kategorien konnten zentrale Bedeutungen und Motive herausgebildet werden. Um die Kategorien und Aussagen weiterführend interpretieren zu können, wurden die Ergebnisse der empirischen Analyse mit zentralen Konzepten und Thesen der (oben skizzierten) feministischen Theorie verknüpft. Einige zentrale Ergebnisse sollen im Folgenden vorgestellt werden, die für die Frage nach feministischen Zielen und Normen sowie Aushandlungsprozessen innerhalb des Netzwerks APC Women relevant sind.

Translokale Netzwerkstruktur

Um die Differenzen und Gemeinsamkeiten feministischer Normen innerhalb des Netzwerks APC Women analysieren zu können, muss zunächst die Struktur des Netzwerks betrachtet werden. Bereits im Gründungsmoment des APC Women lässt sich eine translokale Struktur beobachten. So gründeten fünf Mitglieder der Association for Progressive Communications (APC, „Mutterorganisation“ von APC Women) aus Ecuador, den USA, Norwegen und Südafrika das APC Women. Anlass der Gründung war ein Ereignis auf internationaler Politikebene: die Weltfrauenkonferenz in Peking 1995, auf der APC Women seine Mitglieder zusammenbrachte, ihnen die Teilnahme durch Fundraising ermöglichte und Lobbyarbeit für marginalisierte Frauen aus Ländern mit geringem Einkommen betrieb.

Auch heute sind die Mitarbeiterinnen des Netzwerks translokal verortet: Die Südafrikanerin Jennifer Radloff geht ihrer Arbeit als Koordinatorin des Afrika-Netzwerks in Kapstadt nach, die Südafrikanerin Janine Moolman als Koordinatorin des Take Back the Tech!-Projekts⁵ organisiert dieses von Johannesburg aus, Dafne Sabanes Plou als Lateinamerika-Koordinatorin lebt in der Nähe von Buenos Aires, die Managerin des APC Women Chat Garcia Ramilo ist Philippinin und arbeitet in Manila. Trotz der translokalen Struktur bleiben die Orte, an denen die Mitarbeiterinnen lokalisiert sind, relevant: „It (APC Women) works locally. It’s not this (...) kind of top-down-approach to development or to women’s empowerment or to equality but rather it works locally. It feeds local innovations, supports local innovation and from that works from the local to the global“, erklärt die Projektkoordinatorin Janine Moolman. In diesem Zitat wird bereits die Relevanz der Netzwerkmitglieder deutlich, die in Asien, Afrika und Lateinamerika die lokale Projektarbeit durchführen. Die Regionalkoordinatorin Jennifer Radloff betont die Rolle der Mitglieder für APC Women: „Our members are organisations in countries around the world in developing context who are on the ground, they know what’s happening. So that’s invaluable to us.“

Die lokalen Erfahrungen der Mitglieder sind ihrer Meinung nach unersetzbar für das translokale Netzwerk, denn nur durch das lokale Wissen können die lokalen Projekte erfolgreich umgesetzt werden.

Die Mitgliedsorganisationen, die in 35 verschiedenen Ländern verortet sind, führen an ihren Orten Workshops mit marginalisierten Frauen durch,⁶ betreiben Lobbyarbeit

auf der nationalen Ebene und Forschung zum Themenfeld Geschlecht und Informations- und Kommunikationstechnologien.⁷ Bei diesen Vorhaben helfen sich die Mitglieder von APC Women gegenseitig und werden auch durch die Mitarbeiterinnen von APC Women unterstützt. Diese Unterstützung erfolgt zum einen inhaltlich, z.B. durch das Teilen von Expertisen und Erfahrungen, zum anderen finanziell. Denn die Mitarbeiterinnen von APC Women beantragen finanzielle Mittel bei Geberinstitutionen der Entwicklungspolitik für die Umsetzung lokaler Projekte. Die in den lokalen Projekten gesammelten Erfahrungen wollen die APC Women-Mitglieder und -Mitarbeiterinnen auf der internationalen Politikebene repräsentieren und hier politische Entscheidungsprozesse beeinflussen, wie die Südafrikanerin Sally Shackleton erklärt: „So we’re able to influence and make sure that our lessons are heard (...) in global platforms.“ Einfluss versuchen sie auf internationalen Konferenzen (z.B. beim World Summit on the Information Society) durch Vorträge, Diskussionsbeiträge, Panel-Teilnahmen und organisierte Workshops zu nehmen.

Die Mitglieder des Netzwerks und ihre soziokulturellen Kontexte divergieren stark; was diese Unterschiede für die feministischen Normen und Strategien bedeuten und wie innerhalb des Netzwerks mit diesen Differenzen umgegangen wird, soll im Folgenden beleuchtet werden.

Lokale Differenzen und gemeinsame Ziele

Sein Ziel definiert APC Women auf seiner Webseite wie folgt: „The Mission of the Women’s Networking Support Programme is to promote gender equity in the design, development, implementation, and use of information and communication technologies“ (APC Women 2007, o.S.).

Die Koordinatorin des Afrika-Netzwerks Jennifer Radloff betont, dass sich trotz des gemeinsamen Ziels, dem alle Mitglieder zustimmen müssen, die Mitglieder und ihre Strategien voneinander unterscheiden: „There are differences (...) within membership, not everyone has the same politics, but (...) how they achieve it, the process and the objectives (...) are similar.“ Eine Differenz innerhalb der Mitgliedschaft lässt sich im Hinblick auf Feminismus ausmachen – so hebt die Projektkoordinatorin Janine Moolman hervor, dass nicht alle Mitglieder des Netzwerks als feministisch zu bezeichnen seien; sie beschreibt aber alle Mitarbeiterinnen des APC Women als feministisch.

Die Programmmanagerin Chat Garcia Ramilo verknüpft die Feminismen des APC Women mit den lokalen Frauenbewegungen: „Our feminism is very grounded (...) in terms of the relation to our work within the women’s movement (...) and I say that because (...) the members and the organisation would have different positions.“ Ramilo betont hier die Relevanz des Lokalen und die Berücksichtigung lokaler Feminismen, d.h. feministischer Ansätze, die durch die jeweiligen soziokulturellen Kontexte und Wertvorstellungen geprägt sind. Die lokalen Feminismen erhalten durch die verschiedenen Mitglieder in das Netzwerk APC Women Einzug. Ramilo

beschreibt diese: „Many (members) are feminists. We all are feminists, (...) in one way or the other.“ Diese Einschätzung rekurriert auf das Verständnis, dass es nicht den einen Feminismus gibt, sondern Feminismus im Plural gedacht werden muss. So betont die Koordinatorin des Afrika-Netzwerks Radloff die regionale Differenz der Feminismen, die sie in den unterschiedlichen Lebensrealitäten begründet sieht: „If you talk about an African feminism it’s gonna look and feel very different to an Asian feminism or Latin American feminism, ‘cause the realities are different.“ Für Radloff ist wichtig, dass diese Unterschiede durch die Mitarbeiterinnen des APC Women berücksichtigt werden: „So it’s about the cultural context and how we as feminists (...) respect that and take that into account.“

Die Projektkoordinatorin Janine Moolman empfindet die von ihr ausgemachten Differenzen innerhalb des Netzwerks als wertvoll: „We don’t agree about everything and I think that that’s okay. I think that makes for a richer network, it makes for richer conversations and understandings and debates and we encourage that difference.“

Das Netzwerk APC Women wird zu einem diskursiven Raum, in dem die Mitglieder über ihre verschiedenen Positionen, Normen und Werte debattieren. Einen solchen Raum anzubieten und Diskussionen anzuregen, ist aufgrund der Diversität der Mitglieder nicht nur eine Notwendigkeit des APC Women, sondern gleichzeitig auch ein Ziel des Programms. APC Women-Mitglied Sally Shackleton sagt dazu: „We’re looking for debates, we try to make sure that everybody is able to speak and contribute towards the debate. To come up with solutions that really empower women and offer real choices for them.“

Die verschiedenen Ansätze sollen nach Meinung Moolmans gleichzeitig respektiert und herausgefordert werden: „I think you can respect the position but it doesn’t mean that you don’t have to challenge it and so we do challenge it and respect.“

Herausfordern und verändern wollen die Mitarbeiterinnen von APC Women u.a. Geschlechterrollen und -vorstellungen, die Missbrauch und Diskriminierung von Frauen begünstigen. Diesem Anliegen liegt die These eines soziokulturell konstruierten Geschlechts zugrunde, das verändert werden kann. So erklärt das APC Women Mitglied Sally Shackleton: „Our agenda is always to transform relationships (...) and challenge stereotypes. (...) We have an eye all the time (...) on transforming relationships between men and women.“

Interessant ist, anhand welcher Normen die lokalen Geschlechterrollen transformiert werden sollen. Auf die Frage, welche Geschlechternorm das APC Women verfolgt, gaben die Mitarbeiterinnen in den Interviews keine eindeutige Antwort. Sie antworteten entweder ausweichend (Chat Garcia Ramilo) oder sehr allgemein, wie z.B. die Projektkoordinatorin Janine Moolman: „I think (...) if this is the kind of work that you do, you do subscribe to a particular set of values.“

Jennifer Radloff versucht die feministischen Normen zu konkretisieren:

It’s a feminism (APC Women’s feminism) which is (...) non-negotiable in relation to: women should have access to whatever men have access to, that the world is intrinsically

unbalanced in favour of men, that women face abuse all the time and (...) that as activists we (...) have to work to change that but (...) it's about being sensitive to cultural, religious differences (...) saying that if that difference is abusive (...) we'll try and change it.

Doch bleiben die feministischen Werte weiterhin diffus.

Janine Moolman beschreibt die Strategien, durch die das APC Women Geschlechterrollen und -normen verändern möchte:

I guess we try to shift and change those norms a) by producing knowledge and content, b) by ensuring that the voices and ideas and perspectives of different kinds of people in different positions, marginalized groups, are heard and shared in the public space, and we also do that by ensuring that, we share information with people who are in our network.

Sind die feministischen Mitarbeiterinnen an der Durchführung lokaler Projekte beteiligt, so vollführen sie im Hinblick auf ihre feministischen Anliegen einen Spagat zwischen Respekt und Herausforderung:

Talking about feminisms, I think, it's important to also realise that depending on what context you're working in, that your approach has to be sensitive to that context but it doesn't change your own politics. So the example I gave of going into the Tele Center in a rural place in Uganda, I'm not gonna go in there with a big F on my forehead (...) saying I'm feminist. It's about the values and the principles that I stand for are this but I'm not going to impose them on your reality.

Radloff versucht, ihre feministischen Normen vorzuleben, um Wandel anzuregen; sie will ihre Werte nicht offensichtlich aufdrängen. Sie will so eine Vorbildfunktion einnehmen und durch ihre Position Einfluss auf die lokalen Geschlechterrollen nehmen. Die Betonung der Akzeptanz lokaler Kontexte bedeutet daher nicht, dass das APC Women kulturelle Normen unangetastet lässt, vielmehr ist diese Berücksichtigung ein strategisches Vorgehen, um die feministischen Werte des APC Women auch in lokalen Räumen repräsentieren zu können, in denen der Begriff des Feminismus nicht akzeptiert ist. In einem Kontext, von dem die Mitarbeiterinnen des APC Women wissen, dass Feminismus ablehnend gegenübergetreten wird, vertritt das APC Women feministische Normen verdeckt.

Radloff beschreibt ihre Erfahrungen mit der Verbreitung feministischer Ideen im afrikanischen Kontext: „Talking about feminism in Africa can be quiet difficult. (...) You (will) not gonna go into a rural community and say: ‚Let's all become feminist.‘ That's not the way it's gonna work.“

Hier wird die Differenz erkennbar zwischen der feministischen, in Kapstadt lebenden und arbeitenden Mitarbeiterin des APC Women und den Teilnehmerinnen lokaler Projekte, in deren Alltag Feminismus nicht im Zentrum steht, wie Radloff an anderer Stelle hervorhebt: „It's not part of the daily reality (...) when you're living in

a community and your daily life (...) just involves trying to survive (...). It's basically women trying to survive. (...) I mean feminism (...), it's a middle class construct." Feminismus hat für sie mit den alltäglichen Überlebensrealitäten der Frauen im afrikanischen Kontext wenig zu tun, vielmehr sei es eine Konstruktion der Mittelklasse. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass das APC Women eine Organisation der Mittelklasse ist und damit in den Ländern mit geringem Einkommen zu einem Elite- bzw. Mittelklasseprogramm wird, da die Realitäten zwischen den Mitarbeiterinnen und den Projektteilnehmerinnen stark divergieren. Tatsächlich sind alle Mitarbeiterinnen von APC Women ausgebildete Frauen der Mittelklasse, für das Afrika-Netzwerk fällt weiterhin auf, dass Jennifer Radloff eine „weiße“ Südafrikanerin ist, die als Regionalkoordinatorin Afrikas die Projekte für eine „schwarze“ Zielgruppe koordiniert.

Die ebenfalls „weiße“ Südafrikanerin Sally Shackleton (Mitglied bei APC Women) betont, dass Feminismus ein afrikanisches und kein ausschließlich „westliches“ Konzept sei:

I have heard that feminism is a Western idea but I think that that's ridiculous to imply and it's insulting to Africans to imply that something that is pro-freedom that empowers women, that addresses inequalities and that challenges patriarchy can only be a Western concept. That implies that African people are not able to see inequality and address it when they see it and (...) that also is a lie about our history. (...) South Africans (...) have always been the kind of people that address inequality. Our (...) Anti-Apartheid-movement is an example of that. (...) Feminism is not a foreign concept to us, it's about freedom and it's about liberation inequality.

Für Shackleton steht Feminismus für Freiheit und Gleichheit; Ziele, die sie auch mit der Anti-Apartheidbewegung verbindet. Sie empfindet „Westernisierungsvorwürfe“ in Bezug auf ihr Anliegen der Verbreitung feministischer Konzepte als patronisierend. Die Südafrikanerin Lebogang Marishane, die für eine APC Women-Mitgliedsorganisation in Kapstadt arbeitet, betont, ihr feministisches Ziel sei es, die reproduktive Rolle der Frauen zu überwinden: „Women are still seen as care givers who stay at home and for that reason you find that they don't get equal opportunities as men. So we're trying to correct that imbalance through our work.“

Die Relevanz der Mutterrolle, die – wie bereits angesprochen – in vielen afrikanischen feministischen Theorien hervorgehoben wird, scheint sie nicht aufzunehmen, sondern eher ablehnen zu wollen.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt setzt das APC Women auf das Beenden von Gewalt gegen Frauen. Hier sehen die Mitarbeiterinnen des APC Women eine Gemeinsamkeit von Frauen weltweit. So erklärt Janine Moolman:

The roots of the problems are exactly the same, it's about women not being valued in societies, it's about a violent masculinity in some countries, so (...) the roots of violence against

women are all the same, it might manifest differently but the experiences are shared from Pakistan to South Africa to Uganda to Zimbabwe. (...) So the context might be different but the experiences are most often the same.

Karen Banks bezeichnet die weltweite Gewalterfahrung von Frauen als universelle Wahrheit und Realität („universal truth and reality“). Die Mitarbeiterinnen des APC Women reproduzieren hier den von Mohanty (1988) kritisierten Diskurs eines „westlichen“ Feminismus, der eine homogene Gruppe der „Dritte-Welt-Frauen“ konstruiert, die befreit werden müsse (s.o.), jedoch ist er kein „westlicher“ mehr, da die Mitarbeiterinnen selbst aus den Ländern mit geringem Einkommen und Schwellenländern stammen und dort agieren. Die Machtstrukturen wirken nicht mehr zwischen den „westlichen“ und „nichtwestlichen“ Ländern, sondern innerhalb dieser Länder (Mohanty 2002, 515). Doch distanzieren sich die Mitarbeiterinnen selbst von den Gewalterfahrungen, die sie bei Frauen weltweit wahrnehmen. Sie sprechen nicht von ihren eigenen Erfahrungen als Frauen, vielmehr sind sie diejenigen, die die marginalisierten Frauen ermächtigen möchten. Die Konstruktion einer weiblichen Geschlechtergruppe, die Opfer von Gewalt ist und deren Diskriminierung es zu überwinden gilt, legitimiert die Arbeit des APC Women in den Ländern mit geringem Einkommen. Es geht in diesem Diskurs also weniger um das Gefälle zwischen Frauen in einkommensarmen Ländern und Industrie-/Postindustriationen, als um ein Gefälle in diesen Ländern selbst, das an der Hautfarbe (Jennifer Radloff als „weiße“ Frau, die die Projekte in Afrika koordiniert) und an der sozialen Kategorie der Klasse (erwerbstätig, Universitätsabschluss) festgemacht werden kann.

Schlussbetrachtung: Differenzen feministischer Normen in translokalen Frauennetzwerken

Die herausgearbeiteten Motive und Werte der Mitarbeiterinnen und Mitglieder des APC Women zeigen, dass das Netzwerk zwar ein feministisches Ziel – Geschlechtergerechtigkeit – formuliert, das für alle Mitglieder gilt, die lokalen Situationen und unterschiedlichen Strategien der Mitglieder jedoch anerkannt werden. Auch wenn die Mitarbeiterinnen keine klaren feministischen Normen formulieren, nach denen sie vorgehen, so wird dennoch deutlich, dass sie ein bestimmtes Handeln, nämlich Gewalt gegen Frauen, nicht tolerieren und die entsprechenden Geschlechterrollen verändern wollen. Das translokale Netzwerk sehen sie als diskursiven Raum an, in dem verschiedene feministische Ansätze diskutiert werden können. So ist APC Women ein Raum, in den durch die Mitglieder, die in 35 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas lokalisiert sind, verschiedene Geschlechternormen und feministische Ansätze hereingetragen werden. Durch diese Differenzen ist zwar die Formulierung eines allgemeinen gemeinsamen Ziels, nämlich das der Geschlechtergerechtigkeit, möglich; welche Normen und Werte jedoch im Hinblick auf die Geschlechterrollen verfolgt oder umgesetzt werden sollen, bleibt eher vage. In soziokulturellen Kontext-

ten, in denen Feminismus als Konzept nicht akzeptiert wird, versuchen die Mitarbeiterinnen feministische Werte zu verkörpern und somit verdeckt zu vertreten.

Translokale Netzwerke von Frauenorganisationen können also einen Ort bieten, an dem Feminismen diskutiert werden, sich gegenseitig herausfordern und weiterentwickeln. Zugleich werden die feministischen Ansätze durch die Betonung der Differenzen jedoch wenig inhaltlich ausgefüllt. Auch lassen sich in dem translokalen Netzwerk Ungleichheiten finden, die den feministischen Diskurs beeinflussen, denn die Mitglieder solcher Netzwerke sind gut ausgebildete Frauen der Mittelklasse, die über die entsprechenden Ressourcen verfügen, sich translokal zu vernetzen. Damit ist die Frage nach feministischen Normen in translokalen Frauennetzwerken nicht nur eine Frage der kulturellen Kontexte, sondern auch eine Frage der Klasse. Hier wird die Verlagerung der postkolonialen Machtverhältnisse in die entkolonialisierten Länder hinein deutlich. In translokalen Netzwerken von Frauen und Frauenorganisationen werden inhaltliche Differenzen verschiedener Feminismen wahrnehmbar. Da APC Women den lokalen Frauenbewegungen nahestehen will, werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der lokalen Bewegungen exemplarisch in dem Netzwerk greifbar. Gleichzeitig werden aber auch Ungleichheiten und Machtverhältnisse wahrnehmbar, die nicht nur in dem untersuchten translokalen Netzwerk, sondern auch in der translokalen Frauenbewegung wirken.

Anmerkungen

- 1 Zur Geschichte der Frauenbewegung siehe z.B. Gerhard 2009; Frey Steffen 2006; Walters 2005; Wischermann 2003.
- 2 Auch in Deutschland wurde nicht immer der Begriff Feminismus benutzt: Erst mit der zweiten Frauenbewegung der 1970er Jahre kam der Begriff hier auf, zuvor, im 19. und frühen 20. Jahrhundert, wurde der Begriff der „Emancipation“ benutzt (vgl. Degele 2008, 33). In England bezeichnete sich die feministische Bewegung der 1960/70er Jahre als „Women’s Liberation“ (Walters 2005, 3).
- 3 In Deutschland und England wird seit einigen Jahren ein vermeintlich „neuer“ Feminismus beobachtet, der jedoch als neoliberal kritisiert wird: Der „neue“ Feminismus konstituierte sich in Abgrenzung zur zweiten feministischen Welle und ignorierte die lange differenzfeministische Tradition, indem er behauptete, jede Frau könne sich die Lebensform auswählen, die ihr beliebt (vgl. Klaus 2008; McRobbie 2010).
- 4 Für eine umfassende Analyse von APC Women, in der auch die lokale Projektarbeit betrachtet wird, vgl. Kannengießer 2014.
- 5 Take Back the Tech! ist eine Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen und für die Aneignung von Technologien durch Frauen. Für weitere Informationen siehe <http://www.takebackthetech.net/>, (14.8.2013).
- 6 Die derzeit am meisten nachgefragten Projekte bei APC Women sind Workshops für digitales Geschichtenerzählen. Women’Net führte z.B. ein solches Seminar mit Sexarbeiterinnen in Johannesburg durch (für eine Analyse dieses Seminars vgl. Kannengießer 2012).
- 7 Ein translokales Forschungsprojekt ist z.B. EroTICs, siehe: <http://www.apcwomen.org/en/projects/erotics>, (15.9.2013).

Literatur

Adeleye-Fayemi, Bisi, 2004: Creating and Sustaining Feminist Space in Africa: Local and Global Challenges in the Twenty-First Century. In: Ricciutelli, Luciana/Miles, Angela/McFadden, Margaret H. (Hg.): *Feminist Politics, Activism & Vision. Local and Global Challenges*. London, New York, 100-121.

Agenda, Empowering Women for Gender Equity, 2001: *African Feminism One*. 16 (50). Durban.

Agenda, Empowering Women for Gender Equity, 2002: *African Feminism Two*. 17 (54). Durban.

Agenda, Empowering Women for Gender Equity, 2003: *African Feminism Three*. 17 (58). Durban.

Arndt, Susan, 2000: *Feminismus im Widerstreit. Afrikanischer Feminismus in Gesellschaft und Literatur*. Münster.

APC Women, 2007: About the APC Women's Networking Support Programme. Internet: http://www.apcwomen.org/en/about_wnsp (24.11.2011).

Degele, Nina, 2008: *Gender/Queer Studies*. Paderborn.

Finke, Barbara, 2005: Legitimation globaler Politik durch NGOs: Frauenrechte, Deliberation und Öffentlichkeit in der UNO. Wiesbaden.

Finke, Barbara, 2003: Feministische Ansätze. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*. Opladen, 477-504.

Frey Steffen, Therese, 2006: *Gender. Grundwissen Philosophie*. Leipzig.

Gerhard, Ute, 2009: *Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789*. München.

Hall, Stuart, 2002: Wann gab es das Postkoloniale? Denken an den Grenzen. In: Conrad,

Sebastian/Randeria, Shalini (Hg.): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*. Frankfurt/M., 219-246.

Hark, Sabine, 2008: Zwischen Aktivismus und Akademie. Die Zeiten feministischen Wissens. In: Casale, Rita/Rendtorff, Barbara (Hg.): *Was kommt nach der Genderforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung*. Bielefeld, 215-231.

Hepp, Andreas, 2004: *Netzwerke der Medien. Medienkulturen und Globalisierung*. Wiesbaden.

Kannengießer, Sigrid, 2012: Digital Storytelling to Empower Sex Workers: Warning, Relieving and Liberating. In: Zobel, Elke/Drücke, Ricarda (Hg.): *Feminist Media. Participatory Spaces, Networks and Cultural Citizenship*. Bielefeld, 238-249.

Kannengießer, Sigrid, 2014: *Translokale Ermächtigungskommunikation. Medien, Globalisierung, Frauenorganisationen*. Wiesbaden.

Klaus, Elisabeth, 2008: Antifeminismus und Elitefeminismus – eine Intervention. In: *Feministische Studien*. 26 (2), 176-186.

Knapp, Gudrun-Axeli, 2000: Achsen der Differenz – Strukturen der Ungleichheit. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli: *Feministische Theorien. Zur Einführung*. Hamburg, 103-123.

Lenz, Ilse/Mae, Michiko/**Klose**, Karin (Hg.), 2000: *Frauenbewegungen weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen*. Opladen.

McRobbie, Angela, 2010: *Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes*. Hrsg. von Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene. Wiesbaden.

Mohanty, Chandra Talpade, 1988: Under Western Eyes: Feminist Scholarship and Colonial Discourses. In: *Feminist Review*. 12/13 (30), 61-88.

Mohanty, Chandra Talpade, 2002: 'Under Western Eyes' Revisited: Feminist Solidarity through Anticapitalist Struggles. In: *Journal of Women in Culture and Society*. 28 (2), 499-535.

Pettman, Jan Jindy, 2004: Global Politics and Transnational Feminism. In: Ricciutelli, Luciana/Miles, Angela/McFadden, Margret H. (Hg.): *Feminist Politics, Activism and Action. Local and Global Challenges*. Toronto, London, New York, 49-63.

Ruppert, Uta, 1998: Lokal bewegen – global verhandeln. *Internationale Politik und Geschlecht*. Frankfurt/M.

Salo, Elaine, 2001: Elain Salo speaks to Amina Mama. Talking About Feminism in Africa. In: *Agenda – Empowering Women for Gender Equity: African Feminism One*. 16 (50), 58-63.

Strauss, Anselm L./**Corbin**, Juliet M., 1996: *Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Weinheim.

Tetzlaff, Rainer, 2000: Globalisierung – „Dritte Welt“-Kulturen zwischen Zukunftsängsten und Aufholhoffnungen. In: Tetzlaff, Rainer (Hg.): *Weltkulturen unter Globalisierungsdruck. Erfahrungen und Antworten aus den Kontinenten*. Bonn, 18-65.

Walters, Margaret, 2005: *Feminism. A Very Short Introduction*. Oxford.

Wischermann, Ulla, 2003: *Frauenbewegungen und Öffentlichkeiten um 1900. Netzwerke, Gegenöffentlichkeiten, Protestinszenierungen*. Königstein/Taunus.

Youngs, Gillian, 1999: *Virtual Voices: Real Lives*. In: Harcourt, Wendy (Hg.): *Women@Internet. Creating New Cultures in Cyberspace*. London, New York, 55-68.

Interviews der Autorin

Banks, Karen, Gründerin von APC Women, 12.11.2010 via Skype

Marishane, Lebogang, Informations- und Kommunikationsmanagerin Women'sNet, 10.2.2010 und 19.2.2010 in Johannesburg, Südafrika

Moolman, Janine, Koordinatorin des Take Back the Tech!-Projekts, 12.11.2010 via Skype

Radloff, Jennifer, Regionalkoordinatorin des Afrika-Netzwerks von APC Women, 1.3.2010 und 3.3.2010 in Kapstadt, Südafrika

Ramilo, Chat Garcia, Programmmanagerin APC Women, 2.10.2010 via Skype

Shackleton, Sally, Mitglied des Netzwerks APC Women, ehemalige Geschäftsführerin Women'sNet (ausgeschieden aus dieser Funktion im April 2010), 10.2.2010 und 27.2.2010 in Johannesburg, Südafrika

Idle No More – Indigene Aktivistinnen und Feminismen

SONJA JOHN

Wie ein Präriefeuer verbreitete sich die Grassroots-Bewegung Idle No More.¹ Die vier Frauen Sheelah McLean, Sylvia McAdam Saysewahum, Nina Wilson und Jessica Gordon aus der kanadischen Provinz Saskatchewan initiierten diese Ende Oktober 2012 als Antwort auf ein Gesetzespaket der kanadischen Bundesregierung, dessen Umsetzung indigene Vertrags- und Landrechte sowie Umweltschutzbestimmungen außer Kraft setzt. Die Idle No More-Bewegung beschreibt sich selbst im

Rahmen einer indigenen Renaissance, Dekolonialität und indigenem Aktivismus. Diese von Frauen gegründete und größtenteils von Frauen getragene Bewegung definiert sich weder als Frauenbewegung noch als indigene Bewegung. Sie versteht sich als eine „von indigenen Frauen geführte Bewegung“ (Sylvia McAdam Saysewahum, 14.6.2013). Doch auch im Kreis von Idle No More wurde laut darüber nachgedacht, wie feministische Theorie und Praxis die Bewegung beeinflusst habe.² Tatsächlich wendet die Bewegung Strategien an, die seit Jahrzehnten im indigenen Feminismus theoretisiert werden. Dieser Beitrag wird am Beispiel von Idle No More mögliche Verschränkungen und Unterschiede zwischen feministischen und indigen-dekolonialen Anliegen aufzeigen. Unter welchen Bedingungen Ressourcenkampf und Dekolonialität den indigenen Feminismus ergänzen können, wird anhand des emanzipativen Charakters von Idle No More aufgezeigt. Dazu werde ich im Folgenden die Aktionen und Ziele der Bewegung im Rahmen von indigenem und post-kolonialen Feminismus betrachten.

Komplizierte Subjektpositionen

Indigene Frauen, auch die von Idle No More, sprechen aus komplizierten Subjektpositionen, da sie einerseits als Individuen in postindustriellen Nationalstaaten ihren Anspruch auf Bürgerrechte verhandeln, andererseits als Mitglieder einer indigenen Gemeinschaft ihre kollektiven Souveränitätsrechte über indigene Territorien einfordern. Weiter verkompliziert und geschwächt wird die Stellung indigener Frauen durch von außen konstruierte Konflikte innerhalb indigener Gemeinschaften. Auch das Verhältnis von indigenen Frauen zum Feminismus ist wechselhaft: Einerseits sehen sie sich von Feministinnen, die nicht bereit sind, indigene Frauen in ihren vollen historischen und zeitgenössischen Kontexten zu begreifen, nicht vertreten, andererseits werden feministische Positionen als stichhaltig gesehen, um Kritik an den sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnissen zu artikulieren (Green 2007, 20f.). Zudem trifft Feministinnen, wie weiter unten noch ausgeführt wird, in indigenen Gemeinschaften der Kolonialismusvorwurf. Im Kontext konkurrierender Positionen gegenüber Feminismen folgt Idle No More indirekt dem Aufruf Chandra Talpade Mohantys (2003): die Hegemonie des westlichen Feminismus zu dezentralisieren und autonome, geographisch, historisch und kulturell fundierte Feminismen zu bilden.³ Es sei nicht die Erfahrung, eine Frau zu sein, die Frauen in der *Dritten Welt* vereine, sondern die Erfahrung struktureller Dominanz und Unterdrückung. Die „potentielle Gemeinsamkeit“ liege in widerständigen politischen Reaktionen auf sexistische, rassistische und imperialistische Strukturen (Mohanty/Russo/Torres 1991, 7). Auch Idle No More fordert alle Menschen auf, sich an der Formung emanzipativer Gemeinschaften zu beteiligen.

Bei der Frage nach den Charakteristika von Idle No More beziehe ich mich auf die Selbstaussagen aus der Bewegung. Diese interpretiere ich vor dem Hintergrund von Epistemologien indigener Feministinnen. Ohne sich explizit auf feministische Kritik

und Analysen dieser Strukturen zu beziehen, folgt Idle No More der Empfehlung von Verna St. Denis (2007, 43), diesen intersektionalen Zugang zu wählen, um nicht nur die Verhältnisse zu verstehen, sondern auch die Praktiken und Rechtfertigungen derer, die für die Verhältnisse verantwortlich sind. Obwohl indigene Frauen nicht eine einzelne, gemeinsame Kultur teilen, ähneln sich doch die Kolonisierungserfahrungen, die indigene Gesellschaften verändert haben.

Das spezifische Verhältnis zwischen Indigenen⁴ bzw. First Nations und dem kanadischen Staat gründet auf internationalen Verträgen mit der britischen Krone und findet seine Bestätigung in Bundesgesetzen. Die Anerkennung ihrer Rechte und die Aufrechterhaltung dieses besonderen nation-to-nation-Verhältnisses gehören seither zu den Forderungen von Indigenen und prägen die Kernforderung von Idle No More. Sie wehren sich gegen ein Gesetzespaket, das in seiner Konsequenz in einem kolonialen Akt das nation-to-nation-Verhältnis untergräbt, um sich indigene Ressourcen anzueignen.

Da sich Idle No More gegen die aktuelle Politik der kanadischen Regierung wehrt, richtet sich die Kontextanalyse auf das heutige Kanada. Unter der konservativen Regierung, seit 2006 von Stephen Harper als Premierminister geführt, hat sich die Lage der First Nations so weit verschlechtert, dass Attawapiskat Chief Theresa Spence im Oktober 2011 den Ausnahmezustand für das Reservat erklärte und im Dezember 2012, inspiriert durch die Aktionen von Idle No More, in einen sechswöchigen Hungerstreik trat (Van Dusen/Tomas 2013). Die Analyse ließe sich auf andere Siedlerstaaten ausweiten, da sich die Kolonisationspraktiken in Anwendung und Resultaten ähneln.

Die vorliegende Analyse basiert im Wesentlichen auf den Vorträgen der Idle No More-Gründerinnen Sylvia McAdam Saysewahum und Sheela McLean sowie der Organisatorinnen Alexandria Wilson und Erica Lee beim Native American and Indigenous Studies Annual Meeting am 15.6.2013. Die Frauen sprachen über den Gründungsmoment, ihre Motivationen, Erlebnisse und die Erwartungen, die sie mit Idle No More verknüpfen. Des Weiteren beziehe ich mich auf ein semi-strukturiertes Interview mit Sylvia McAdam Saysewahum (14.6.2013). Als Analyseraster nutze ich indigene und postkoloniale feministische Theorie sowie das Konzept der Machtmatrix von Quijano (2000).

Idle No More: Die Formierung einer sozialen Bewegung

Idle No More formte sich als Protestbewegung gegen den Gesetzesentwurf C-45 Ende 2012. Sie möchte eine Entwicklung stoppen, die mit diesem Gesetzesvorhaben eine neue Qualität erreicht. Bill C-45, eingereicht am 18. Oktober 2012, ermöglicht Unternehmen Zugang zu bisher nicht erschlossenen Energiequellen, indem Bestimmungen in jenen zwei Bereichen aufgehoben werden, die einer ungehinderten Rohstofferschließung entgegenstehen: Umweltschutzbestimmungen sowie Land- und Selbstbestimmungsrechte der First Nations. Ein beachtlicher Anteil der begehrten

Bodenschätze, vor allem Ölvorkommen, befindet sich auf indigenen Gebieten. Die Idle No More-Frauen lenkten die öffentliche Aufmerksamkeit auf Kernpunkte dieses Gesetzes, insbesondere auf die Änderungen des Indian Act und des Navigable Waters Protection Act, da diese sich substantiell auf die Souveränitätsrechte der First Nations und den Umweltschutz auswirken. Die drei indigenen Frauen Sylvia McAdam Saysewahum (Nehiyaw, auf Englisch Cree), Nina Wilson (Nakota und Nehiyaw) und Jessica Gordon (Pasqua) tauschten sich zunächst in einem Internet-Chatraum über das Gesetzesvorhaben aus. Als sie beschlossen, mit konkreten Aktionen Aufmerksamkeit auf dieses Vorhaben zu lenken, holten sie die nicht-Indigene Sheelah McLean mit ins Boot, die in Saskatoon als politische Aktivistin für Belange der First Nations bekannt ist. Die Frauen machten auf die Verletzungen der Landrechte und die Missachtung und Aushebelung des Zustimmungsprinzips mit den First Nations aufmerksam. Dieses Prinzip, das das einseitige Eingreifen des Siedlerstaates in indigene Angelegenheiten ohne „die freiwillige und in Kenntnis der Sachlage erteilte vorherige Zustimmung der indigenen Völker in deren Land oder Gebieten“ (UN 2007, o.S.) verunmöglichen sollte, gründet in der Royal Proclamation aus dem Jahr 1763, war bisher in kanadischen Gesetzen festgeschrieben und bildet ein Kernprinzip der UN-Erklärung der Rechte indigener Völker von 2007. Aus dem Twitter-Hashtag IdleNoMore entwickelte sich in Windeseile eine Bewegung, der es gelang, Ende 2012 in Dutzenden Großstädten in Kanada und den USA den Protest auf die Straße zu tragen. Zum zweiten National Day of Action im Januar 2013 nahm der Protest mit Solidaritätsbekundungen vor Dutzenden kanadischen Botschaften weltweites Ausmaß an. Das Ziel der Bewegung ist es, „den Stimmen unserer Leute ein Forum zu bieten“, um auf die fortwährende Beschneidung fundamentaler Rechte aufmerksam zu machen und durch gemeinsame Aktionen die kanadische Regierung dazu zu bringen, geltende Rechte und Verträge zu respektieren sowie Naturschutzbestimmungen beizubehalten (Idle No More 2012). „Idle No More verteidigt Verträge, indigene Souveränität und Wasser, so einfach ist das“ erklärt Sylvia McAdam Saysewahum am 14.6.2013.

So einfach ist das natürlich nicht, schließlich ist Idle No More auf mehreren Ebenen mit ungleichen und für die Bewegung ungünstigen Machtverhältnissen konfrontiert. Obwohl das Gesetz mittlerweile verabschiedet ist, leistet Idle No More weiterhin Aufklärungsarbeit. Die Bewegung kritisiert nicht nur den konkreten Gesetzestext, sondern auch den gesellschaftlichen und politischen Kontext, in dem diese Änderungen Fuß fassen.

Die Debatten, die Idle No More dabei aufgreift, betrachte ich im Folgenden mit Hilfe des Konzepts der Kolonialität von Anibal Quijano (2000):⁵ Demnach basiert die Errichtung der kolonialen Machtmatrix auf vier Dimensionen: 1. der Kontrolle über Autorität; 2. der Aneignung von Land; 3. der Kontrolle über Gender und Sexualität; und 4. der Kontrolle über Subjektivität und Wissen. Ferner erläutert Quijano die Wechselbeziehung dieser Sphären beim Zugang zu Wissen und Kapital sowie zu rassistischer Diskriminierung. Entlang der von Quijano definierten vier Sphären stelle ich im Folgenden die Ziele von Idle No More dar.

Kontrolle über Autorität

Der Indian Act, jene kanadische Verordnung von 1876, steht als Synonym für das Ende der bilateralen Vertragsabkommen zwischen der britischen Krone mit den indigenen Nationen. In dieser Verordnung regelt der kanadische Staat, wer den Status *Indian* erhält, wie indigene Gemeinschaften politisch strukturiert werden und wie die kanadische Regierung deren Land und Ressourcen verwaltet. Infolge wurden die traditionellen Ältestenräte entmachtet und durch *Chiefs* ersetzt. Diese *Indian Act Chiefs* nehmen die Rolle der Verwalter für den Siedlerstaat ein. Kanada etablierte männlich dominierte Verwaltungsstrukturen innerhalb der – ehemals größtenteils matrilinearen und matriarchalen – indigenen Gemeinschaften. Frauen waren von dem Regierungssystem lange ausgeschlossen und durften keine Ämter antreten. 2007 waren nur fünf Prozent Frauen in der Assembly of First Nations (AFN), dem Dachverband der *Indian Act Chiefs*, vertreten (Glenn/Greene 2007, 230). Idle No More kritisiert die Repräsentation der Chiefs und plädiert für eine basisdemokratische Organisation indigener Gemeinschaften. In ihrer eigenen Arbeit setzen sie auf Unabhängigkeit und Distanz zur AFN, ihnen sei auch nicht daran gelegen, hierarchische Strukturen zu kopieren. Zudem beanstandet Idle No More, dass der kanadische Staat bei dieser Gesetzesänderung die AFN-Vertretung nicht konsultierte und damit das notwendige Zustimmungsprinzip verletze. Noch entsetzter waren die Idle No More-Frauen darüber, dass einige Chiefs in der AFN ihre Einwilligung zur Bill C-45 gegeben hatten, ohne diese in den indigenen Gemeinschaften, die sie repräsentieren, zu kommunizieren (Sylvia McAdam Saysewahum, 14.6.2013). Dies wird als Beweis dafür gesehen, dass die Chiefs mehr dem Staat verpflichtet seien als ihren Gemeinden: „Die meisten First Nations haben keine Rechenschaftspflicht ihren Mitgliedern gegenüber, nur der kanadischen Regierung“ (Sylvia McAdam Saysewahum, 15.6.2013).

Die Bemühungen Idle No Mores, die Machtzugänge zu pluralisieren und die Gesetzesvorhaben als Fortsetzung der Kolonialisierung zu entlarven, bleiben von Seiten des Siedlerstaats nicht unbeobachtet. Die Aktivitäten der Bewegung werden als Gefahr für die nationale Sicherheit inszeniert. Im August 2013 erklärte der Canadian Security Intelligence Service, dass Idle No More unter Beobachtung stehe. Berichte über diese Observierungen seien an die AFN weitergegeben worden. Ironischerweise erfahren die Chiefs nun nicht durch interne Kommunikationswege von den Bedürfnissen und den Forderungen der Basis, sondern durch den kanadischen Nachrichtendienst (CBC 12.8.2013)

Doch auch die AFN kann nicht im Schwarz-Weiß-Schema betrachtet werden. Einige Chiefs verabschiedeten gemeinsam mit den Oppositionsparteien in Ottawa eine Erklärung, die eine grundlegende Erneuerung des Verhältnisses zwischen der britischen Krone und den First Nations einfordert. In den Zeiten vor Idle No More wäre dies undenkbar gewesen (Christoff 2013).

Angesichts der asymmetrischen Machtverhältnisse wendet sich Idle No More an die internationale Gemeinschaft. Neben digitaler und analoger Netzwerkarbeit sprach

die Bewegung auch die Vereinten Nationen (UN) an. Seit Kanada im Jahr 2010 nachträglich die Erklärung der UN über die Rechte indigener Völker unterzeichnete⁶, haben die First Nations im Land die Möglichkeit, James Anaya, den UN-Sonderbeobachter für die Rechte indigener Völker, zu konsultieren. Als Vertreterin von Idle No More sprach Sylvia McAdam Saysewahum im Mai 2013 vor dem UN Permanent Forum on Indigenous Issues. James Anaya kündigte daraufhin an, die Situation der First Nations in Kanada zu beobachten. Am 14. Oktober 2013 fand eine offizielle Anhörung mit James Anaya statt, zu der Idle No More ihre Delegierten schickte. Die Äußerungen werden in den offiziellen Bericht eingehen. Als erste Stellungnahme sagte Anaya: „As a general rule, resource extraction should not occur on lands subject to Aboriginal claims without adequate consultations and a free, prior and informed consent of the Aboriginal peoples concerned“ (Anaya 2013, o.S.). Mit der Konsultation der UN wird deutlich, dass Idle No More bemüht ist, indigene Anliegen nicht nur auf der nationalen, sondern auch auf der transnationalen Ebene zu diskutieren. Damit wird deutlich, wie Idle No More auf die Veränderungen des Indian Act und die Etablierung des androzentristischen Herrschaftssystems in indigenen Gemeinschaften verweist, um politische Problemlagen zu erklären. Mit der Fremdkontrolle über Autorität wird die fortgeführte Enteignung erst ermöglicht.

Aneignung von Land

Idle No More argumentiert, dass mit der Bill C-45 die kolonialen Eroberungsfeldzüge des Siedlerstaates fortgesetzt werden. Mit dem Indian Act hat sich die kanadische Regierung selbst zur Statthalterin indigener Ressourcen ernannt, der es obliegt, diese zu veräußern – bisher allerdings nur unter der Voraussetzung der ausdrücklichen Zustimmung der betreffenden First Nations. Mit der Änderungen des Indian Act (Paragraphen 37, 39 und 40) wird die Landveräußerung wesentlich vereinfacht (Parliament of Canada 2012a). Diese Gesetzesänderungen können in einer historischen Kontinuität gesehen werden, denn die Gründung und der Aufstieg von Siedlerstaaten wie den USA und Kanada gründen auf indigener Enteignung und Vertreibung. Die Bill C-45 schließt sich an eine Eliminierungspolitik (von Krieg bis Assimilierung) an, die darauf abzielte, die indigene Bevölkerung Amerikas von ihrem Land zu trennen. In diese konkreten Ressourcenkriege interveniert Idle No More mit ihrer Ablehnung der ihnen zugrunde liegenden kapitalistischen Verwertungslogik sowie der weiß-suprematischen Attitüde der *manifest destiny*.

Wir haben unser Land, unser Wasser und unsere Ressourcen nie aufgegeben, sie wurden uns gestohlen. (...) Dekolonisierung bedeutet die Rückgabe an First Nations, was rechtmäßig ihnen gehört. Gerechtigkeit heißt Rückgabe. Gerechtigkeit heißt, dass meine Leute nicht nur überleben, sondern in der Lage sind, zu erblühen (*flourish*) (Sylvia McAdam Saysewahum, 14.6.2013).

In Native American Studies wird der Begriff *surviance* verwendet, um das widerständige Moment indigener Gemeinschaften im Überleben angesichts der Rahmenbedingungen auszudrücken (Vizenor 2008, 19). Der Muscogee-Creek Historiker Donald Fixico (2013) sieht Native Americans als schwer unterschätzte *underdog champions*: „The rest of society should look towards Indian Country and acknowledge the resilience of Native people and the rebuilding of their nations” (ebd., 226). An diesem selbstbestimmten Wiederaufbau nehmen Idle No More nun Anteil.

Auch auf die Auswirkungen der Änderungen im Navigable Waters Protection Act in der Bill C-45 machen die Idle No More-Frauen explizit aufmerksam. Punkt 316 sieht die Umbenennung des Navigable Waters Protection Act in den Navigation Protection Act vor, der in Zukunft nicht mehr alle Wasserwege, sondern nur noch die auf einer Liste genannten drei Ozeane, 97 Seen und Teile von 62 Flüssen unter Bundesaufsicht stellt (Parliament of Canada 2012b). Diese Gesetzesänderung soll die wirtschaftliche Entwicklung fördern, da für Aktivitäten in den restlichen Gewässern, die 99,7% der kanadischen Wasserfläche ausmachen, die Umweltfolgeabschätzungen entfallen (Ecojustice 2012). Umweltschutzorganisationen, insbesondere die Protestbewegungen gegen Tar Sands Oil, Fracking und die Keystone XL Pipeline, waren deshalb unter den ersten, die sich mit Idle No More solidarisierten (Sheela McLean, 15.6.2013).

Das Konzept von Land ist der fundamentalste Aspekt von Indigenität. Land ist ein Barometer intakter Gemeinschaften, ein Markenzeichen indigener Identität, verstärkt durch ortsgebundene Entstehungsgeschichten und sakrale Praktiken, sowie eine Ressource für kulturelle und sozioökonomische Stabilisierung. Als Sylvia McAdam Saysewahum sich in den Wald aufmachte, um auf dem vertraglich reservierten Land eine Jagdhütte zu errichten und andere Indigene dazu aufrief, gleiches zu tun, stellte sie auch die Legitimität des Indian Act, die Grundlage der Verwaltung indigenen Lands, indigener Ressourcen und indigener Selbstverwaltung, in Frage. Idle No More kritisiert den Siedlerkolonialismus und den Ressourcenabbau, aber nicht, indem es gegen die SiedlerInnen agitiert, sondern gegen den fortgeführten Kolonialismus und den entfesselten Kapitalismus. Die Bewegung wendet sich den SiedlerInnen zu, denn auch sie seien von sauberem Wasser abhängig, und nur gemeinsam seien Veränderungen möglich.

Kontrolle über Gender und Sexualität

Die Idle No More-Frauen beziehen sich auf die doppelte Form der Diskriminierung aufgrund von Rasse und Geschlecht. Sie argumentieren, dass erst durch die Zurückdrängung der Frauen aus der Politik die Einführung des Gesetzes C-45 möglich wurde. Der Begriff *femicide* wird im Kontext indigener Frauen zum einen für die *missing women* (Troian 2013) verwendet, zum anderen als Bezeichnung für die systematische Entfernung indigener Frauen aus der Führungsrolle. Andrea Smith (2005) hat ausgeführt, wie durch geschlechtsbasierte Gewalt und das Aufzwingen

europäischer Geschlechterverhältnisse Europäer in der Lage waren, indigene Nationen zu kolonisieren. Indigene Feministinnen weisen darauf hin, dass die mit der Kolonialisierung einhergehende geschlechtsbasierte Diskriminierung von indigenen Kulturen internalisiert worden sei und sich nun unterdrückend auf Frauen auswirke (St. Denis 2007, 45). Laut Smith sei mit der Beibehaltung des durch den Siedlerstaat eingeführten patriarchalen Geschlechtersystems Dekolonisierung und Souveränität schwer zu erlangen (2007, 100). Devon Abbott Mihesuah (2003) sieht das ähnlich: „Misogynie, colorism, Ethnozentrismus und physische Misshandlung sind traurige Realitäten unter Indigenen. Und wenn Indigene selbst sich nicht um diese Probleme kümmern, wird es niemand tun“ (ebd., xiii f.).

Ein Beispiel für die doppelte Diskriminierung entlang der Kategorien Geschlecht und Ethnie stellt der Fall Jeanette Corbiere dar. Bereits 1970 rief Jeanette Corbiere Lavall die Gerichte an, da sie sich durch den Paragraph 12 (1) (b) diskriminiert sah, der vorsah, dass sie ihren Status als indigene Frau, ihre Stammeszugehörigkeit und die einhergehenden (Land-)Rechte auf Lebzeiten verlieren würde, wenn sie ihren nicht-indigenen Partner ehelichen sollte. Sie verlor den Prozess. In einer Abhandlung zum Lavell-Urteil formuliert die Autorin Kathleen Jamieson:

Eines ist klar – heute arm, indianisch und weiblich geboren zu werden, heißt, Mitglied der am meisten benachteiligten Minderheit in Kanada zu sein, ein citizen minus. Es heißt, diskriminiert zu werden, absolut machtlos und per Regierungsdekret vom ordentlichen Rechtsweg ausgeschlossen zu sein (Jamieson 1980, 92).

Daher greift Idle No More die unter indigenen Feministinnen lebhaft geführte Debatte um die schädigenden Auswirkungen des kolonialen Indian Act auf die Stammes- (USA) bzw. Bandmitgliedschaft (Kanada) und die Stellung indigener Frauen auf. Ohne den Indian status besteht laut Indian Act kein Recht auf band membership und somit kein Recht, in einem Reservat zu leben. Bis 1985 wurden durch diese Bestimmungen zwei Drittel aller Indigenen in Kanada status- und landlos (Lawrence 2003, 6). 1985 änderte die Regierung die Mitgliedschaftskriterien im Indian Act und *gestattete* den First Nations, ihre eigenen Regelungen aufzustellen. Viele indigene Gemeinschaften behalten jedoch diese diskriminierenden Regelungen bei.⁷

Die marginale Subjektposition indigener Frauen reicht bis in die Bewegungen. In der Red Power-Bewegung der 1960er und 1970er Jahre waren Frauen als Initiatorinnen und Beteiligte aktiv, ordneten sich aber den Männern unter. Die Fish-In-Bewegung von 1964 im US-Bundesstaat Washington war von indigenen Frauen initiiert worden (Hightower Langston 2003, 117). Die Besetzung von Alcatraz Island im Jahre 1969 wurde von indigenen Frauen getragen, ebenso die Besetzung der Büroräume der Indianerbehörde in Washington, DC, 1972 und die Besetzung von Wounded Knee 1973 durch das American Indian Movement (AIM). Doch hielten sich zu jener Zeit viele Frauen im AIM bewusst im Hintergrund und artikulierten nicht den *gender cleavage*. Lorelei DeCora Means erklärt: „Wir sind amerikanische indianische Frauen, in

dieser Reihenfolge. Wir werden unterdrückt, zuerst und vor allem, als amerikanische Indianer, als Völker kolonisiert von den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht als Frauen“ (Lorelei DeCora Means, zit. nach Jaimes/Halsey 1992, 314).

Wie viele *women of color* sind indigene Frauen mit der Erwartung konfrontiert, dass ihre erste Loyalität den eigenen Leuten zu gelten habe, nicht dem Geschlecht. Wenn sie Unterdrückung innerhalb der Gemeinschaft kritisieren, wird ihnen Verrat und Kolonialismus vorgeworfen. Fan Blaney vom Aboriginal Women's Action Network of Canada sagt: „Das Patriarchat ist in unseren Gemeinschaften so tief verwurzelt, dass es mittlerweile als ‚traditionelle Eigenschaft‘ angesehen wird“ (Blaney 2003, 158).

Daher besteht für Blaney eine Aufgabe des indigenen Feminismus darin, diese internalisierte Unterdrückung gegen Frauen innerhalb ihrer Gemeinschaften zu thematisieren, da sie als Teil des kolonialen Erbes in eine weitere politische Schwächung münde. Bonita Lawrence und Kim Anderson (2005, 3) erklären, dass diese Debatte von der Stammesführung weder auf Frauenthemen noch auf einen Angriff auf indigene Selbstbestimmung reduziert werden darf. Für sie stellen gerade die Attacken auf den Status von Frauen zugleich Attacken auf indigene Souveränität dar, bilden die Frauen doch das Rückgrat der Gesellschaft. Marie Anna Jaimes Guerrero argumentiert, dass jeder Feminismus, der nicht die Frage nach Landrechten, Souveränität und einer Regierungspolitik stellt, die die systematische Zerstörung kultureller Praktiken indigener Nationen zum Ziel hat, oder die Beteiligung von indigenen Frauen in diesen Kämpfen als nicht-feministisch definiert, „limited in vision and exclusionary in practice“ sei (Guerrero 2012 (1997), 101). Dieser kurze Einblick in indigenen Feminismus zeigt: „Native women's engagement with feminist politics is much more complex than generally depicted“ (Smith 2007, 97).

Idle No More sieht Frauen nicht als eigenständige, separate Gruppe, die sich gegen Männer durchsetzen muss, sondern als Teil eines Kollektivs, das bessere Bedingungen für alle erreichen will. Sie kämpfen nicht nur für Frauenrechte, sondern für Gruppenrechte „mit und für alle solidarischen Menschen in und außerhalb Kanadas“ (Sylvia McAdam Saysewahum, 14.6.2013). Damit bedient Idle No More eine intersektionale Vorstellung von Unterdrückungsverhältnissen, die miteinander verbunden sind und nicht einzeln gelöst werden können.

Als Grund für die starke Präsenz von Frauen in der Bewegung vermutet Sylvia McAdam Saysewahum, dass der Aufruf *die Kinder zu verteidigen* mehr zu Frauen als zu Männern gesprochen habe. In einer Konsultation mit dem Rat der Älteren – der traditionellen Führung, die parallel zu den Indian Act Chiefs fortbesteht – zu den Konsequenzen der umstrittenen Bill C-45 hätten diese das traditionelle Nehiyaw-Gesetz *Notawamissouin* ausgerufen, das die Verteidigung der Kinder im weitergefassten Sinne versteht. Gemeint seien nicht nur die Kinder dieser Generation, sondern auch der kommenden sowie der nachhaltige Schutz der Umwelt.

Kontrolle über Subjektivität und Wissen

Die Bewegung hat den Fokus darauf gerichtet, die Öffentlichkeit über die ökologischen Folgen der Bill C-45 aufzuklären sowie über die negativen Auswirkungen auf die indigene Selbstbestimmung. Die Grundlage für die politische Mobilisierung bildet Öffentlichkeitsarbeit, die durch die Bundesregierung oder Stammesführung hätte geleistet werden müssen. Idle No More unterrichtet auf lokaler Ebene durch Teach-Ins und auf internationaler Ebene durch digitale Netzwerke, den Besuch von Konferenzen und Vorsprache bei den Vereinten Nationen.

Die Bewegung beteiligt sich auch an der Thematisierung der Ungleichheitsverhältnisse in Kanada, bspw. durch die Organisation des Seminars „Idle Know More“ im Sommer 2013, das die Konstruktionen des *Anderen* in der Mehrheitsgesellschaft über die Markierungen *Rasse*, Klasse, Geschlecht und Sexualität behandelte und der Frage nachging, wie diese Praktiken der Ungleichheit und der kolonialen Unterdrückung gerechtfertigt werden (SAFE 2013). Idle No More möchte nicht nur Opposition sein, sondern als Teil eines Kollektivs an einer Gesellschaftsordnung mitwirken, die nicht auf Unterdrückungsstrukturen basiert. Die eigene Offenheit drückt sich bei Sheelah McLean aus: „Ihr fragt uns: ‚Was könnt ihr machen?‘ Wir fragen Euch: ‚Was denkt ihr, sollte gemacht werden?‘“ (Sheelah McLean, 15.6.2013).

Aufgrund des Grassroots-Prinzips habe jede Stimme den gleichen Wert. Es gehe darum, nicht mehr darauf zu warten, bis etwas für einen getan werde, sondern gemeinsam Lösungen zu finden. Mit dem Selbstvertretungsanspruch, den Idle No More postuliert, würden sie „undoing a form of patriarchy“ (ebd.).

Indirekt folgen die Idle No More-Frauen mit ihrer Reaktion auf die rassistische Gesetzgebung Audre Lordes Aufruf, Wut konstruktiv für Veränderung zu kanalisieren. Wut und Unzufriedenheit sind in vielen indigenen Entstehungsgeschichten der Motor für Veränderung. Auch die Art und Weise, wie die Idle No More-Frauen das Persönliche mit dem Politischen verbinden und zeitgleich in juristischen Kämpfen versuchen, das Haus des Herrn mit seinen eigenen Waffen zu demontieren, um nochmals Audre Lorde (1984, 110) zu bemühen, lässt sich feministisch lesen. Die Juristin Sylvia McAdam Saysewahum berichtete von persönlicher Betroffenheit, da das Land ihres Vaters eigentlich durch Verträge geschützt sei und trotzdem dem *Raubbau* in Treaty 6 Territory zum Opfer falle. Gleichzeitig nutzt sie das juristische Rüstzeug, um Widerstand gegen die verfassungswidrige Gesetzgebung zu artikulieren und dieses Wissen weiterzugeben. Wie auch in großen Teilen der postkolonialen Welt verursacht das vorhandene Bildungssystem in indigenen Gemeinschaften „Klassenapartheit“ (Spivak 2008, 32). Idle No More will Wissenszugang demokratisieren und dabei indigenes Wissen priorisieren.

Schlussbetrachtung: aufklären statt anklagen

Idle No More hat sich gegründet, um sich der Bill C-45 entgegenzustellen, da sie dieses Gesetz, wie oben dargelegt, als einen eindeutigen Schritt in Richtung Beendigung des Vertragsverhältnisses zwischen Kanada und indigenen Nationen wertet sowie als eine große Gefahr für die Süßwasserreserven des Kontinents. Der Protest indigener Gruppen gegen Gesetze, die grundlegend in ihr Leben eingreifen, ist nicht neu. Neu sind das Ausmaß und der Ansatz dieser Massenbewegung. Während sich die Red Power-Bewegung über Konflikt definierte und über indigene Identität nach außen abgrenzte, betont Idle No More Gemeinsamkeiten und lädt jede_n ein, sich anzuschließen.

Idle No More zeigt, dass indigener Feminismus – als politische Strategie und politisches Projekt – durch Allianzen gestärkt werden kann, die durch Engagement, Beteiligung und Unterstützung von indigenen Männern und nicht-Indigenen entstehen. Der emanzipative Charakter von Idle No More zeigt auf, dass sich feministische Ziele und indigene Dekolonisierungsbemühungen nicht widersprechen müssen. Idle No More entknüpft feministische Rhetorik von dem so häufig im indigenen Kontext auf sie folgenden Kolonialismusvorwurf, indem sie zwar die indigen-feministische Analyse zu den sexistischen und patriarchalen Machtverhältnissen teilt, sich als Bewegung aber nicht als feministisch definiert. Idle No More thematisiert die Verschiebung der Machtverhältnisse in indigenen Gemeinschaften ohne anzuklagen, sondern um aufzuklären. Mit dieser Herangehensweise kann der emanzipative Charakter von Idle No More im Feld von Ressourcenkampf und Dekolonialität den indigenen Feminismus ergänzen. Indem der anti-koloniale Kampf zentral gesetzt wird, stellen die Idle No More-Frauen die (patriarchalen) Nationalstaaten infrage. Solch ein politisches Projekt imaginiert für kolonisierte Gesellschaften und darüber hinaus eine erstrebenswertere, denn gerechtere und nachhaltig ausgerichtete Welt jenseits von Nationalstaaten.

Anmerkungen

- 1 Idle No More bedeutet übersetzt „Nicht länger untätig sein“.
- 2 Die Idle No More-Organisatorinnen Alexandria Wilson und Erica Lee veranstalteten am 5.3.2013 an der University of Saskatchewan die Konferenz „How do feminist thought and actions contribute to and/or shape the Idle No More movement?“.
- 3 Allerdings distanziert sich Idle No More nicht vom „Dritte-Welt-Frauen“-Begriff, dem Mohanty vorwirft, als monolithische Kategorie die Perspektive indigener Frauen auszuradieren; damit würden die Belange indigener Frauen in ihren spezifischen Kontexten für jene unsichtbar bleiben, die in den anderen drei Welten die Agenda bestimmen (Mohanty 2003, 17).
- 4 Sofern möglich benutze ich die Eigenbezeichnungen der jeweiligen Nationen. Wenn es sich um übergreifende, alle indigenen Nationen betreffende Zusammenhänge handelt, wie hier der Fall, greife ich auf die Begriffe Indigene und First Nations zurück, um die spezielle Qualität dieser Bevölkerungsgrup-

pen als erste BewohnerInnen auszudrücken. Wenn von rechtlichen Klassifizierungen die Rede ist und es um offizielle Benennungen geht, lässt sich die Verwendung des Begriffs *Stamm* für die politische Einheit *Tribe* (USA) bzw. *Band* (Kanada) kaum vermeiden, da es sich um juristische Spezialbegriffe und Eigenbezeichnungen handelt. Im deutschen Sprachgebrauch schlägt Adibeli Nduka-Agwu den Begriff Erstbewohner_innen der Amerikas vor (2010, 140-145), der zwar die Abkehr vom problematischen Begriff Indianer_in leistet, jedoch m.E. unzureichend den politischen Anspruch auf inhärente Selbstbestimmungsrechte transportiert, wie er im Begriff Indigene in der Fortsetzung dieser Debatte jenseits der bisher dominierenden Fragen von prior occupancy versus first occupancy impliziert werden kann. Die Bezeichnung indigener Gemeinwesen in Nordamerika als Nationen ist sowohl in den USA als auch in Kanada Standard.

- 5 In den indigenen Wissenschaften wird die Situation der Fremdkontrolle indigener Nationen in der Regel als colonial oder coloniality und nicht als postcolonial beschrieben, während die postkoloniale Theorie zur Artikulation der Konflikte wertgeschätzt wird (Wilson 2004, 69f.).
- 6 Bei der Verabschiedung der Erklärung im Jahr 2007 stimmten nur vier Länder dagegen: Kanada, USA, Neuseeland und Australien.
- 7 Die Mi'kmaq-Juristin Pamela D. Palmater (2011) argumentiert für die Einführung einschließender statt ausschließender Bandmitgliedschaftsregeln, die sich nicht mehr primär rassistisch nach Blutquantum richten sollten, sondern vielmehr nach kulturellen Determinanten.

Literatur

- Anaya**, James, 2013: Statement upon Conclusion of the Visit to Canada. Video. Internet: www.unsr.jamesanaya.org/videos/video-statement-upon-conclusion-of-the-visit-to-canada [8.11.2013].
- Blaney**, Fay, 2003: Aboriginal Women's Action Network. In: Anderson, Kim/Lawrence, Bonita (Hg.): Strong Women Stories. Native Vision and Community Survival. Toronto, 156-171.
- CBC**, 2013: Thoughts on CSIS and Idle No More. Internet (Audiodatei vom 12.8.2013): www.cbc.ca/bluesky/episodes/2013/08/12/thoughts-on-csis-and-idle-no-more [23.9.2013]
- Christoff**, Stefan, 2013: Idle No More and Colonial Canada. In: Aljazeera, 30.1.2013. Internet: www.aljazeera.com/indepth/opinion/2013/01/20131289123344980.html [14.12.2013].
- Ecojustice**, 2012: Bill C-45 and the Navigable Waters Protection Act (RSC 1985, C N-22). Internet: www.ecojustice.ca/files/nwpa_legal_background_2012 [4.11.2013].
- Fixico**, Donald L., 2013: Indian Resilience and Rebuilding. Indigenous Nations in the Modern American West. Phoenix, AZ.
- Glenn**, Colleen/**Green**, Joyce, 2007: Colleen Glenn. A Métis Feminist in Indian Rights for Indian Women, 1973-1979. In: Green, Joyce (Hg.): Making Space for Indigenous Feminism. Winnipeg (MB), 233-240.
- Green**, Joyce, 2007: Taking Account of Aboriginal Feminism. In: Green, Joyce (Hg.): Making Space for Indigenous Feminism. Winnipeg (MB), 20-32.
- Guerrero**, Marie Anna Jaimes, 2012 (1997): Civil Rights versus Sovereignty. Native American Women in Life and Land Struggles. In: Alexander, M. Jacqui/Mohanty, Chandra Talpade (Hg.): Feminist Genealogies, Colonial Legacies, Democratic Features. New York, 101-124.
- Hightower Langston**, Donna, 2003: American Indian Women's Activism in the 1960s and 1970s. In: Hypatia. 18 (2), 114-132.

- Idle No More**, 2012: History of Idle No More Grassroots Movement (10.12.2013). Internet: www.idlenomore1.blogspot.ca/p/background-on-idle-no-more.html (15.4.2013).
- Jaimes, M. Annette/Halsey, Theresa**, 1992: American Indian Women. At the Center of Indigenous Resistance in North America. In: Jaimes, M. Annette (Hg.): State of Native America. Strong Women Stories. Native Vision and Community Survival. Boston, 311-344.
- Jamieson, Kathleen**, 1980: Indian Women and the Law in Canada. Citizen Minus. Ottawa, ON.
- Lawrence, Bonita**, 2003. Gender, Race, and the Regulation of Native Identity in Canada and the United States. An Overview. In: Hypatia. 18 (2), 3-31.
- Lawrence, Bonita/Anderson, Kim**, 2005: Indigenous Women. The State of our Nations. In: Atlantis. 29 (2). Internet: <http://forms.msvu.ca/atlantis/vol/292pdf/292intro.PDF> (25.9.2013).
- Lorde, Audre**, 1984: The Master's Tool Will Never Dismantle the Master's House. In: Lorde, Audre: Sister Outsider. Essays and Speeches. Berkeley, 110-113.
- Mihesuah, Devon Abbot**, 2003: Indigenous American Women. Decolonization, Empowerment, Activism. Lincoln, NE.
- Mohanty, Chandra Talpade**, 2003: Feminism Without Borders. Decolonizing Theory, Practicing Solidarity. Durham, NC.
- Mohanty, Chandra Talpade/Russo, Ann/Torres, Lourdes** (Hg.), 1991: Third World Women and the Politics of Feminism. Bloomington, IN.
- Nduka-Agwu, Adibeli**, 2010: „Indianer_in“. In: Nduka-Agwu, Adibeli/Hornscheidt, Antje Leann (Hg.): Rassismus auf gut Deutsch. Ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen. Frankfurt/M., 40-45.
- Palmater, Pamela D.**, 2011: Beyond Blood. Rethinking Indigenous Identity. Saskatoon, SK.
- Parliament of Canada**, 2012a: Jobs and Growth Act. (Änderungen des Indian Act in der Bill C-45) Internet: www.parl.gc.ca/HousePublications/Publication.aspx?Language=E&Mode=1&DocId=5942521&File=194#6 (4.11.2013).
- Parliament of Canada**, 2012b: Jobs and Growth Act. (Änderungen des Navigable Waters Protection Act in der Bill C-45) Internet: www.parl.gc.ca/HousePublications/Publication.aspx?Language=E&Mode=1&DocId=5942521&File=344#25 (4.11.2013).
- Quijano, Anibal**, 2000: Coloniality of Power, Eurocentrism, and Latin America. In: Views from the South. 1 (3), 533-580.
- SAFE**, 2013: Internet: www.safe-2011.blogspot.ca (23.9.2013).
- Smith, Andrea**, 2005: Conquest: Sexual Violence and American Indian Genocide. Cambridge, MA.
- Smith, Andrea**, 2007: Native Feminism, Sovereignty and Social Change. In: Green, Joyce (Hg.): Making Space for Indigenous Feminism. Winnipeg (MB), 93-107.
- Snow, David A./Byrd, Scott C.**, 2007: Ideology, Framing Processes, and Islamic Terrorist Movements. In: Mobilization. An International Quarterly Review. 12 (1), 119-136.
- Spivak, Gayatri Chakravorty**, 2008: Other Asias. Malden.
- St. Denis, Verna**, 2007: Feminism is for Everybody. Aboriginal Women, Feminism and Diversity. In: Green, Joyce, (Hg.): Making Space for Indigenous Feminism. Winnipeg (MB), 33-52.
- Troian, Martha**, 2013: Taking Control. Indigenous in Canada Compile Own Database on Missing and Murdered Women, 25.9.2013. Internet: www.indiancountrytodaymedianetwork.com/2013/09/25/taking-control-canadas-aboriginals-compile-own-database-missing-and-murdered-women-151417 (18.11.2013).
- UN**, 2007: United Nations Declaration of the Rights of Indigenous Peoples. UN document A/RES/61/295. Internet: http://www.un.org/esa/socdev/unpfii/documents/DRIPS_en.pdf (18.3.2014).

Van Dusen, Julie/Thomas, Megan, 2013: Chief Theresa Spence to End Hunger Strike. In: CBC News, 23.1.2013. Internet: www.cbc.ca/news/politics/chief-theresa-spence-to-end-hunger-strike-today-1.1341571 (3.11.2013).

Vizenor, Gerald (Hg.), 2008: *Survivance. Narratives of Native Presence*. Lincoln, NE.

Wilson, Angela Cavender, 2004: Reclaiming Our Humanity. Decolonizing and the Recovery of Indigenous Knowledge. In: Mihesuah, Devon Abbott/Wilson, Angela Cavender (Hg.): *Indigenizing the Academy. Transforming Scholarship and Empowering Communities*. Lincoln, 69-88.

Landesgleichstellungsgesetze auf Innovationskurs?

ELKE WIECHMANN

Einleitung

Aktuell steht die Mehrzahl der 16 Landesgleichstellungsgesetze, die für die gleichstellungspolitische Regulierung in Landesbehörden und Kommunen zuständig sind, in der Novellierung. Mit welchem Erneuerungsbedarf und mit welchen Erneuerungschancen zu rechnen ist, soll am Beispiel der Kommunen diskutiert werden. Seit 2006 ist Deutschland im internationalen Gender-Ranking um neun Plätze zurückgefallen (World Economic Forum 2013, 8f.). Bemerkenswert ist dabei der kontinuierliche Abstieg. In vielen vergleichbaren europäischen Ländern wie Island, Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark oder den Niederlanden gelingt die Gleichstellung von Männern und Frauen deutlich besser. Deutschland hat im internationalen Vergleich moderner westlicher Demokratien demnach erheblichen Nachholbedarf (Stiegler/Wiechmann 2013, 18).

Institutionell ist die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern im 21. Jahrhundert in Deutschland in vielen Gesetzen verankert und wird darüber hinaus von der Europäischen Union gesetzlich gestützt und für die Mitgliedsstaaten gefordert. Neben dem Grundgesetz (GG) sind das Bundesgleichstellungsgesetz (BGleiG) und Ländergleichstellungsgesetze (LGG) in allen 16 Bundesländern beschlossen worden. Bundesgleichberechtigungsgesetz und Ländergleichberechtigungsgesetze beziehen sich ausschließlich auf den öffentlichen Dienst. Für die Privatwirtschaft ist eine Gesetzesinitiative politisch gescheitert. Stattdessen wurde 2001 eine freiwillige Vereinbarung zwischen Politik und Privatwirtschaft¹ getroffen, die mittlerweile seit zwölf Jahren in einer Bewährungsprobe steht. Darüber hinaus trat das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) im August 2006 in Kraft. Schließlich ist Gleichberechtigung auch im Betriebsverfassungsgesetz sowie den Personalvertretungsgesetzen der einzelnen Bundesländer verankert und damit Aufgabe von Betriebs- und Personalräten in privaten Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen. Damit ist der öffentliche Sektor gleichstellungspolitisch deutlich stärker reguliert als die Privatwirtschaft, wo „gegenwärtig das Betriebsverfassungsgesetz in Verbindung mit dem AGG die größte handlungsleitende Verbindlichkeit“ (Maschke/Wiechmann 2010, 540) darstellt. Zumindest für den öffentlichen Dienst ist also anzunehmen, dass die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Deutschland verankert ist.

Vor einer genaueren Betrachtung des kommunalen gleichstellungspolitischen Handlungs- und Erneuerungsbedarfs soll zuvor die Gleichstellungspolitik in einen theoretischen Diskursrahmen gestellt werden, um ein Licht auf die immer wieder geforderte engere Kopplung zwischen Theorie und Praxis zu werfen sowie die wechselseitige Bezugnahme zu klären (Knapp 2011; Wiechmann 2006; Rudolph/Schirmer 2004; Riegraf 1996). Schließlich wird unter Rückgriff auf den theoretischen Rahmen aufgezeigt, um welchen gleichstellungspolitischen Erneuerungsbedarf es geht und wie Landesgleichstellungsgesetze dazu beitragen können.

Geschlechtertheorien für die Gleichstellungspraxis

Während der zweiten Frauenbewegung in den 1970er Jahren etablierten sich insbesondere zwei praxisorientierte Hauptströmungen: zum einen die *Institutionenfrauen*, die innerhalb ihrer Organisationen – Parteien, Gewerkschaften und Verbände – für mehr Teilhabe kämpften, gleichzeitig aber einer starken männlich geprägten Institutionenkultur gegenüberstanden. Zum anderen die *autonomen Frauen* mit einem völlig neuen Selbstverständnis und eigenen Visionen außerhalb von Institutionen und mit scharfer Kritik am gesellschaftspolitischen System. Deshalb standen sie einer Institutionalisierung der Frauen- und Gleichstellungspolitik in Form von Gleichstellungsbüros ab Mitte der 1980er Jahre mehr als skeptisch gegenüber. Parallel entwickelte sich die *Frauenforschung*, allerdings eher jenseits dieser Strömungen, beschäftigte sie sich doch zunächst mit dem konstant männlichen Wissenschaftssystem. Eine gewisse Distanz zwischen Geschlechterforschung und Gleichstellungspraxis ist bis heute geblieben. Am deutlichsten finden sich heute in der Praxis die beiden theoretischen Konzepte von Gleichheit und Differenz.² Beide Theorieansätze erleben gegenwärtig eine Renaissance, was wohl auch damit zusammenhängt, dass sie ein ausreichendes Operationalisierungspotenzial³ für praxisnahe Maßnahmen in Organisationen und Institutionen bieten, wie sich im Folgenden noch zeigen wird. Darüber hinaus werden aktuell vor allem zwei weitere Ansätze diskutiert, die für die gleichstellungspolitische Praxis interessante Anknüpfungspunkte bieten können: Dekonstruktion und Intersektionalität (vgl. Knapp 2011; im Folgenden auch Wiechmann 2014; Stiegler/Wiechmann 2013).

Gleichheitstheoretischer Ansatz

Vereinfacht formuliert geht der gleichheitstheoretische Ansatz von einer grundsätzlichen Gleichheit von Frauen und Männern aus. Danach sind alle Frauen und Männer in ihren Fähigkeiten, Fertigkeiten und Eigenschaften gleich. Das biologische Geschlecht (Sex) spielt in diesem Ansatz keine Rolle zur Erklärung von Ungleichheiten, Ausgangspunkt ist vielmehr das soziale und kulturelle Geschlecht (Gender). Die real existierende Geschlechterhierarchie drückt sich vor allem darin aus, dass die den Männern zugeschriebenen Verhaltensweisen und Eigenschaften bis heute

die gesellschaftliche Norm bilden. Ursächlich hierfür sind gesellschaftliche und politische Einflussfaktoren und Machtstrukturen. Diese werden immer wieder neu produziert und reproduziert, was maßgeblich durch die Sozialisation und Verteilungsmechanismen (von Macht, Arbeit und Geld) geschieht.

Gleichheitstheoretischen Ansätzen geht es um die „konsequente Verfolgung einer Politik der Antidiskriminierung in allen Bereichen, egalitäre Verteilung der Familienarbeit und Quotierung politischer und beruflicher Positionen“ (Knapp 2011, 74). Im Zentrum steht die Umverteilung von Macht, Arbeit und Geld. So begründen Gleichheitstheoretikerinnen die Forderung nach mehr Frauen in Führungspositionen (in der Regel 50%) mit den gleichen Teilhabechancen für beide Geschlechter vor dem Hintergrund demokratischer Legitimation (Geschlechterdemokratie). Der gleichheitstheoretische Ansatz ist die Grundlage für die heutige institutionalisierte Gleichstellungspolitik. Konkrete Maßnahmen lassen sich mit diesem Ansatz am ehesten für die Praxis operationalisieren.

Als Kritik an der Gleichheitstheorie wird formuliert, dass sie für die Assimilierung bzw. Anpassung der Frau an den Mann als Norm plädiere. Damit allerdings wird das für die Ungleichheit verantwortliche Macht- und Gesellschaftssystem nicht grundlegend angetastet, sondern vielmehr zementiert.

Differenztheoretischer Ansatz

Im Gegensatz zu den gleichheitstheoretischen Ansätzen postulieren und unterstreichen Differenztheorien die natürliche Differenz zwischen Frauen und Männern. Die Unterschiedlichkeit von Frauen und Männern wird biologisch begründet und herausgestellt, etwa über die Tatsache, dass Frauen Kinder bekommen können. Unter anderem daraus abgeleitet seien die weiblichen Fähigkeiten als bewahrend, sozial verantwortlich und erhaltend höher zu bewerten als männliche Verhaltensweisen. Insofern sei das Weibliche die eigentliche (bessere) Norm und die Gesellschaft müsse somit feminisiert werden.

Eine Gleichstellungspolitik, die dem differenztheoretischen Ansatz folgt, hebt die besonderen Eigenschaften und Verhaltensweisen von Frauen gegenüber Männern hervor. Hier wird etwa ein typisch weiblicher Führungsstil als Positivkriterium für das Management betrachtet, um mehr Frauen in Führungspositionen argumentativ zu stützen (Knapp 2011, 73).

Die maßgebliche Kritik an der Differenztheorie besteht darin, dass sie lediglich eine Umkehrung der Bewertungs-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse fordert, indem die weiblichen Verhaltensformen und Eigenschaften als die besseren Normen aufgestellt werden. Darüber hinaus wird kritisiert, dass dieser Ansatz mit der Betonung auf die weiblich-mütterlichen Eigenschaften die gegenwärtige Ungleichheit eher zementiere als ihr entgegenzuwirken und die Gefahr berge, dass Frauen eher in ein traditionelles Rollenmuster zurückfallen (könnten).

Dekonstruktionstheoretischer Ansatz

Der dekonstruktionstheoretische Ansatz wurde ab den 1990er Jahren von der feministischen Wissenschaft aufgegriffen. Aus der Sicht dieses postmodernen Theorieansatzes muss auch die konstruierte Zweigeschlechtlichkeit in eine biologische und eine kulturelle (Sex und Gender) Geschlechterzugehörigkeit kritisch hinterfragt werden. Die Zuordnung von Menschen in „Mädchen/Frauen“ und „Jungen/Männer“ sei bereits eine kulturelle Setzung, mit der zugleich Rollenerwartungen und Verhaltenszuschreibungen verbunden sind, die aber lediglich sozial und gesellschaftlich konstruiert seien. Mit diesem Geschlechterdualismus – Frau und Mann – als gesellschaftliches Ordnungsprinzip unterschläge man aber die vielfältigen Unterschiede unter Frauen und unter Männern. Gleichberechtigung kann demnach nur erreicht werden, wenn diese Dualität der Geschlechterordnung zugunsten von Vielfalt dekonstruiert wird.

Für die Gleichstellungspraxis in Organisationen und Institutionen bietet dieser Ansatz allerdings (noch) unzureichende Anknüpfungspunkte und kaum Anstöße für politische Handlungsmöglichkeiten, was zugleich eine Kritik am dekonstruktionstheoretischen Ansatz darstellt. Die behandelten Perspektiven seien derart individualistisch, dass sie für politische Handlungsprogramme nahezu untauglich sind (Villa 2008, 155ff.). Meuser (2004, 333) hegt v.a. Zweifel an einer praxistauglichen Umsetzung.

Intersektionalitätsansatz

Die US-amerikanische Wissenschaftlerin Kimberlé Crenshaw (1991) prägte den Begriff Intersektionalität im Kontext der Antidiskriminierungsgesetzgebung in den USA. Damit wollte sie die Auswirkungen mehrfacher Ungleichheiten problematisieren. Ihr Anknüpfungspunkt ist der einseitig geführte feministische Diskurs. Schwarze Frauen in den USA machen jedoch andere Diskriminierungserfahrungen als schwarze Männer oder weiße Frauen. Es wird darauf verwiesen, dass mehrere Diskriminierungsmerkmale (etwa Ethnie/Herkunft, Klasse/Schicht, Geschlecht) auch mehrfach diskriminierend wirken. Auf diese Weise wird deutlich, dass Frauen keineswegs eine homogene Gruppe mit gleichen Interessen darstellen und sich somit auch „die Frauenfrage“ als zentrale Frage nicht stellen kann. Dieser Ansatz hebt darauf ab, dass es nicht nur Diskriminierungsunterschiede zwischen den Geschlechtern – also Männern und Frauen – gibt, sondern auch unter Frauen und der Grad von Diskriminierungspotentialen und ihre realen Auswirkungen unterschiedlich sein können (vgl. Wiechmann 2006). Zudem gilt dieser Ansatz mittlerweile als „nahezu unabdingbare(n) Voraussetzung für eine angemessene Analyse aller Fälle von Ungleichheit“ (Acker 2010, 86), wobei insbesondere die US-amerikanischen Forschungen das Kriterium „Klasse“ ausdrücklich einbeziehen.

Anders in Deutschland: Eine besondere Kritik an der EU-Antidiskriminierungsgesetzgebung, die sich als Folge in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten wie auch im

deutschen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz niederschlägt, ist die Unterschlagung des Diskriminierungsmerkmals „Klasse“ bzw. „soziale Herkunft“, das aber zugleich als eine die Gesellschaft strukturierende Kategorie gilt (Sauer 2012, 10). Dementsprechend handelt es sich – wie Sauer schlussfolgert – durchaus um eine Schlüsselfrage, ob und wie der Staat (bzw. staatliche Normen und Institutionen) an der Produktion und Reproduktion von Ungleichheiten beteiligt ist.

Die drei ersten skizzierten theoretischen Ansätze – Gleichheit, Differenz und De-konstruktion – nennt Knapp (2012, 250ff.) auch die „drei Räume des Feminismus“. Sie müssen – folgt man ihrer Argumentation – künftig stärker zusammengedacht werden, da sie sich gegenseitig bedingen und ergänzen. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse können „ein wichtiges Korrektiv für die Praxis der Gleichstellung sein“ (Knapp 2011, 72). Mit anderen Worten, keiner der theoretischen Ansätze ist kritikfrei, aber dort wo der eine Ansatz keine ausreichenden gleichstellungspolitischen Ableitungen und Erklärungen zulässt, kann möglicherweise der andere Anknüpfungspunkte und Weiterentwicklungen aufzeigen.

Der Intersektionalitätsansatz gilt als eine „paradigmatische Neuorientierung“ in der Geschlechterforschung (Knapp 2012, 403; ähnlich Gerhardt 2013, 62). Mit den wichtigsten Strukturkategorien Race, Class und Gender nimmt die wissenschaftliche Analyse das Zusammenwirken unterschiedlicher Diskriminierungen bzw. Herrschaftsformen in den Fokus. Die Herausforderung für Theorie, Forschung und Praxis besteht in einer Doppelstrategie (Gerhardt 2008, 212). Das heißt, es muss eine Politik der Autonomie gekoppelt werden mit einer Politik der Einflussnahme. Folgt man Nancy Fraser (2009), so kommt es auf Umverteilung, Anerkennung und Repräsentation an, zu der auch Organisationen als zentraler Ort der Allokation von Erwerbchancen (u.a. Einkommen, Aufstieg, Prestige) einen wichtigen Beitrag leisten (vgl. Funder 2011, 171ff.).

Institutioneller Rahmen der Gleichstellungspolitik: Gesetzliche Grundlagen

Stellt man nun die gleichstellungstheoretischen Grundlagen in den Kontext institutioneller Rahmensetzungen, was einem Soll-Ist-Vergleich nahe kommt, dann klafft doch eine erhebliche Lücke, die im Folgenden näher ausgeführt wird. Hier stehen die Kommunen als unterste politische Ebene beispielhaft im Fokus, da die gesetzlichen Landesgleichstellungsnormen für sie teilweise nur eingeschränkt gelten (etwa Baden-Württemberg, Brandenburg, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen).

Den institutionellen Rahmen kommunaler Gleichstellungspolitik und -praxis bilden die Landesgleichstellungsgesetze und Kommunalordnungen. Diese gesetzliche Verankerung bestimmt maßgeblich, mit welcher Stärke und schließlich Durchschlagskraft die Frauen- und Gleichstellungspolitik ausgestattet ist, welche Instrumente ihr zur Verfügung stehen und welche Institutionen auf kommunaler Ebene wirken sollen. Die Regelungsdichte, Reichweite und gleichstellungspolitische Konkretisierung der Gesetze ist dabei sehr heterogen. So beziehen sich die Regelungsbereiche

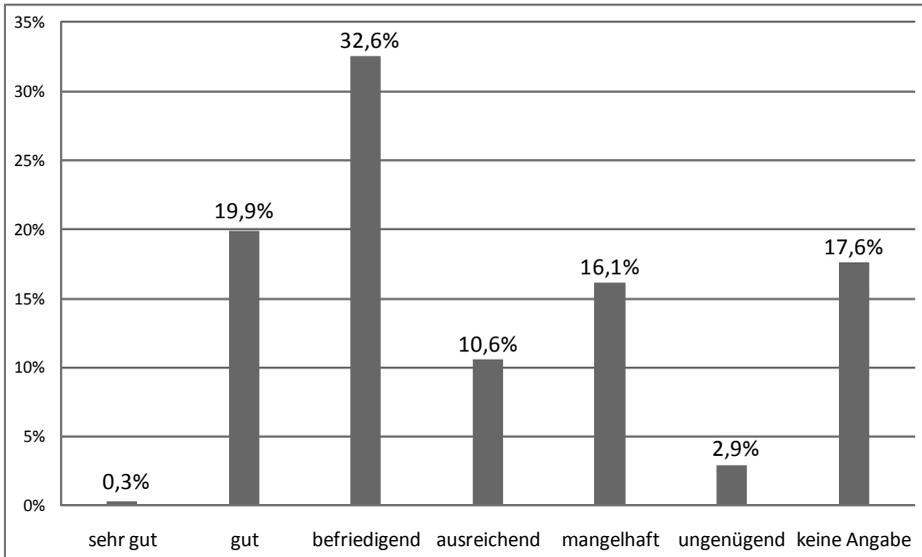
etwa auf die Erstellung von Gleichstellungsplänen, Personalauswahl, Gremienbeteiligung oder auf die Bestellung und Aufgaben von Gleichstellungsbeauftragten. Was allerdings alle Gleichstellungsgesetze eint, ist ihre mangelnde Ausstattung mit Sanktionsmöglichkeiten bzw. mit wirksamen Anreizmechanismen, weshalb sie auch als „soft laws“ bezeichnet werden (Stiegler/Wiechmann 2013; Wiechmann 2006). Zu wichtigen Wegweisern zählt etwa die Klärung zur Gremienarbeit (formale Partizipation), womit nun die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten etwa in Nordrhein-Westfalen einen rechtlich abgesicherten Rahmen für den Zugang zum Verwaltungsvorstand (dem höchsten verwaltungsinternen Entscheidungsgremium in Kommunen) haben. Ein weiterer wichtiger Klärungsbedarf betrifft die Umsetzung von Gleichstellungsmaßnahmen. Dass hierfür nicht die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten zuständig sein können, ergibt sich aus dem Verständnis von Verwaltungshandeln im Rahmen der Linienorganisation, also entlang der Hierarchie: Gleichstellungsbeauftragte wie -büros sind in der Regel außerhalb der Linie organisiert. Die Landesgesetze in ihrer Mehrheit stellen klar, dass es Aufgabe der Dienststellenleitungen und Führungskräfte ist, Gleichstellungsmaßnahmen in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen umzusetzen. Allerdings mangelt es in den Landesgleichstellungsgesetzen an konkreten Auflagen und wirksamen Kontrollmechanismen, die dafür sorgen, dass die Dienststellenleiter/innen dieser Aufgabe gerecht werden. Gesetzesinhalte sind den Entscheidern oft nicht bekannt, Führungskräfte und Personalverantwortliche nehmen ihre Verantwortung noch nicht ausreichend wahr. „Oft wird das Thema noch an die Gleichstellungsbeauftragte delegiert, die eine äußerst anspruchsvolle Rolle ausfüllen muss“ (Schimeta 2012, 52).

Bewertung des institutionellen Rahmens

Gleichstellungsbüros wie -beauftragte haben sich in den letzten 30 Jahren zunehmend professionalisiert (Wiechmann 2006, 118). Sie sind stärker als in ihren Anfängen Initiativkraft, Beratungseinrichtung und Controllingstelle im gleichstellungspolitischen Feld.

Eine aktuelle bundesweite Befragung von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zeigt ihre Zufriedenheit mit den Gleichstellungsgesetzen (BAG 2013, 4, 18).⁴ Lediglich 20 Prozent der Befragten gaben den Gesetzen die Note „(sehr) gut“. Ein Drittel vergibt die Note „befriedigend“ und ein knappes Drittel arbeitet nach eigener Einschätzung mit Gesetzen im Bereich zwischen „ausreichend“ und „ungenügend“. Hier lässt sich also Handlungsbedarf seitens der Gesetzgeber konstatieren.

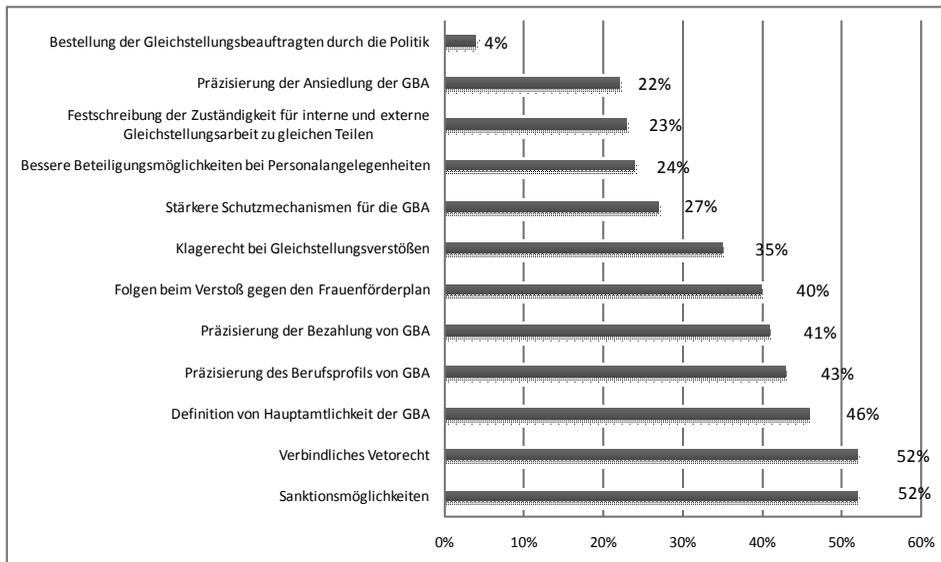
Abb. 1



Frage: Das Landesgleichstellungsgesetz ist ein wichtiger rechtlicher Rahmen für die GB und ihre Arbeit. Wie schätzen Sie das Gesetz (nach Schulnoten) ein?

Die von den befragten Gleichstellungsbeauftragten vorgeschlagenen Verbesserungsansätze⁵ für die Landesgleichstellungsgesetze (Abb. 2) zielen in erster Linie auf mehr Verbindlichkeit (Sanktionsmöglichkeiten, verbindliches Vetorecht) und in zweiter Linie auf klare professionelle gleichstellungspolitische Standards (Definition von Hauptamtlichkeit, Berufsprofil, Bezahlung) (BAG 2013, 18).

Abb. 2



Darüber hinaus sind die Arbeitsbedingungen und Ausstattungen von Gleichstellungsbüros erhoben worden (vgl. Wiechmann 2012, 87f.). Danach ist der Anteil der in Teilzeit beschäftigten hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten mit 40% als hoch einzustufen, selbst Großstädte erreichen noch einen Teilzeitanteil von zehn Prozent. Auch die Entlohnungsstrukturen von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten weisen mit einem Anteil von lediglich 16 Prozent im höheren Dienst⁶ (Kreise 7%, Großstädte 63%, Städte kleiner als 100.000 Einwohner/innen 4%) auf unzureichend definierte Standards hin. Für beide Kategorien – Arbeitszeit und Tarif – führt das in den Kommunen offenbar zu willkürlichen, individuellen politischen Entscheidungen.

Der politische Aushandlungsprozess

Grundsätzlich gilt, dass die Landesgleichstellungsgesetze nicht ohne die Kommunalverfassungen (bzw. Gemeinde- oder Kreisordnungen) zu lesen sind. Erst daraus ergibt sich ein annähernd reales Bild der Möglichkeiten kommunaler Gleichstellungspolitik. So wird beispielsweise im Landesgleichstellungsgesetz von Brandenburg für die kommunale Gleichstellung auf die Kommunalverfassung verwiesen, in der die Institution der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zu regeln sei. In der Praxis bedeutet dies: Die Kommunalverfassung hat Vorrang vor dem Landesgleichstellungsgesetz. Ganz anders verfährt Schleswig-Holstein: Hier ist bereits im Landesgleichstellungsgesetz erfasst, dass die Kommunalverfassung bestimmte Standards erfüllen muss.

Wenn weder im Landesgleichstellungsgesetz noch in der Kommunalverfassung ausreichende Definitionen für das kommunale Gleichstellungsfeld formuliert sind, erhalten die Hauptsatzungen⁷ (als lokales Regelwerk) der Kommunen eine besondere Bedeutung. Dann nämlich definiert jede Kommune für sich das Politikfeld Gleichstellung und auch die Position/Situation der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten nach ganz eigenen Standards. Insofern müssen die Landesgleichstellungsgesetze mit den Kommunalordnungen kompatibel sein, und den starken gleichstellungspolitischen Willen des Gesetzgebers widerspiegeln, schließlich werden sie vom selben Parlament verabschiedet.

Die aktuellen Novellierungen in den einzelnen Bundesländern zeichnen sich hingegen durch einen langwierigen, oft über Jahre dauernden Diskussionsprozess zwischen den beteiligten Akteurinnen und Akteuren aus. Hier stehen insbesondere die Gleichstellungsakteure ((Frauen-) Verbände und gleichstellungsaffine Institutionen) auf der einen Seite sowie die Kommunen und kommunalen Spitzenverbände auf der anderen Seite nahezu unversöhnlich gegenüber. Stehen erstere für mehr Verbindlichkeit in den Landesgleichstellungsgesetzen mit dem Hinweis auf Art. 3 Abs. 2 GG (Umsetzung der Gleichstellung als Verfassungsauftrag), lehnen die anderen diese mit Bezug auf den Art. 28 Abs. 2 GG (Recht auf kommunale Selbstverwaltung) ab. In einigen Bundesländern gab es bereits erfolgreich geführte Landesverfassungsklagen gegen Landesgleichstellungsgesetze (VerfGH NRW, Urt. v. 15.1.2002 - VerfGH 40/00 oder Nds. StGH, Urt. v. 13.3.1996), woraufhin einige Paragraphen aus dem Landesgleichstellungsgesetz für die Kommunen keine Geltung mehr haben. Ein wichtiger Punkt der Auseinandersetzung betrifft die Institution der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten. Mit diesem kurzen Rekurs soll der problematische politische Aushandlungsprozess zwischen den Akteuren nur angedeutet werden, in dem durchaus auch noch andere Faktoren eine Rolle spielen, wie etwa die vielfach desolaten Haushalte der Kommunen.

Die Gleichstellungsbeauftragte als Institution

In der Architektur moderner Gleichstellungspolitik nimmt die Gleichstellungsbeauftragte heute einen wichtigen Platz ein. Sie hat die allgemeine Aufgabe, die Kommune und ihre Führungskräfte dabei zu unterstützen, dass sie ihrer Aufgabe, die Gleichstellung der Geschlechter herzustellen, gerecht werden. Ihr Aufgabenbereich bezieht sich in der Regel sowohl auf die Verwaltung und ihre Beschäftigten wie auch auf die Belange der Bürger/innen und ist damit entsprechend umfassend. Gemäß Gesetzgebung ist sie aber zugleich auch die einzige Instanz innerhalb einer Organisation, die aufgrund ihres Profils die Qualitätskontrolle leisten soll – allerdings mit unzureichendem Instrumentarium (Stiegler/Wiechmann 2013). Heute arbeiten ca. 1.400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte in der Bundesrepublik.

Ihre Kompetenzen und Rechte reichen je nach Landesgleichstellungsgesetz vom bloßen Recht auf Information über eine beschränkte Beteiligung etwa bei der Personalauswahl bis hin zur Position eines mitentscheidenden Mitglieds eines Gremiums oder einer Auswahlkommission. Je nach Partizipationsgrad bemisst sich ihr Einflusspotential. In manchen Bundesländern gibt es ein Widerspruchsrecht, aber lediglich mit aufschiebender Wirkung einer Entscheidung. Kommunale Gleichstellungsbeauftragte gehören formal zur Arbeitgeberseite, womit ihre Unabhängigkeit entsprechend begrenzt ist. In der Regel werden sie von den Dienststellen- und Betriebsleitungen „bestellt“ bzw. gesetzt.

Darüber hinaus sind Gleichstellungsbeauftragte bis heute in der paradoxen Situation, einerseits als „Wächterinnen“ für die Einhaltung des Gesellschafts- und Verfassungsauftrages zu wirken und damit andererseits als unbequeme Institution bestehende Strukturen und Verfahrensweisen kritisch zu hinterfragen (Rudolph/Schirmer 2004, 27). Das ist ihr Auftrag, macht sie allerdings für die kommunalen Akteure auch zum Störfaktor liebgewonnener Routinen und Abläufe.

Fazit: Die institutionelle Stärkung der Gleichstellungspolitik

Auch heute noch bilden Geschlechtertheorien und -praxis keine aufeinander Bezug nehmende Einheit, befinden sich allerdings durchaus auf Annäherungskurs. Knapps „Plädoyer für eine theoretisch reflektierte Gleichstellungspolitik“ (Knapp 2011, 72) geht in diese Richtung (vgl. auch Riegraf 1996; Wiechmann 2006) und argumentiert, dass theoretische Konzepte und ihre gleichstellungspolitischen Orientierungen „ein wichtiges Korrektiv für die Praxis der Gleichstellung sein können“ (Knapp 2011, 72). Annäherung lässt sich erkennen, wenn man die Arbeitsthemen von Gleichstellungsbeauftragten in den Blick nimmt: etwa gleiche Teilhabe an Führungspositionen (gleichheitstheoretisch); Schaffung autonomer Frauen- und Mädchenräume (Differenztheoretisch); als noch jüngeres Aufgabenfeld Integrationspolitik aus der Perspektive von Mehrfachdiskriminierung (Intersektionalität). Nach wie vor schwierig gestaltet sich für die Praxis die theoretische Anknüpfung an den Dekonstruktionsansatz im engeren Sinne als Auflösung der Zweigeschlechtlichkeit. Meuser (2004, 333) verweist darauf, dass die Gleichstellungspraxis zunächst wohl noch mit den gleichstellungspolitischen Umsetzungsrealitäten konfrontiert ist, die sich nach wie vor an der bipolaren Geschlechterordnung als gesellschaftliches Grundmuster orientieren. Alle empirischen Ergebnisse scheinen Meusers Skepsis bis heute zu bestätigen, wenn sie darauf hinweisen, dass die kommunale Gleichstellungspolitik sowie die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten institutionell und strukturell deutlich gestärkt werden müssen, um den gleichstellungspolitischen Auftrag effektiv umsetzen zu können (Deutscher Bundestag 2011, 34f.; Stiegler/Wiechmann 2013; Schimeta 2012, 57f.). Dazu gehört auch, dass die Landes- und Kommunalpolitik mit den Novellierungen ihrer entsprechenden Gesetzgebungen die Chancen für eine innovative und moderne Gleichstellungspolitik frei macht.

„Den gewandelten Aufgaben entsprechend sind die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten nicht mehr überall angemessen“ (Schildmann/Stiegler/Wiechmann 2012, 3).⁸ Die gesetzlichen Grundlagen sind die jeweiligen Landesgleichstellungsgesetze und Kommunalverfassungen. Gegenwärtig zeichnen sich diese Grundlagen eher durch sehr heterogene, minimalistische oder keine Standards aus. Wirksame und vor allem nachhaltige Kontroll- und Sanktionsmechanismen sind nirgendwo zu finden. Daher sind die folgenden zwei Säulen für die Stärkung, Modernisierung und Wirksamkeit der Gleichstellungspolitik bedeutsam (Stiegler/Wiechmann 2013, 51ff.):

Erste Säule: Institution der Gleichstellungsbeauftragten

- ▶ Definition und Verankerung der Hauptamtlichkeit⁹ mit einer vollen Stelle;
- ▶ Ansiedlung der Gleichstellungsbeauftragten in der Weise, dass sie ihre Querschnitts-, Controlling- und Initiativfunktion erfüllen kann;
- ▶ Klare Definition der Informations-, Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte;
- ▶ Schaffung einer Regelung, mit der Gesetzesbrüche wirksam geahndet werden können;
- ▶ Klage-, Veto- oder Widerspruchsrechte, die Gleichstellungsbeauftragte nicht als „individuelle“ Klägerinnen auftreten lassen, da sie im Gleichstellungskontext nicht für ihre individuellen Interessen eintreten;
- ▶ Eingruppierung der Gleichstellungsbeauftragten auf der Ebene der Amtsleitung. Dazu ist ein Berufsbild zu entwickeln, das mit seiner Qualifikationsbeschreibung auch den Standard für die Besetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten setzt;
- ▶ Budgetverantwortung für Veranstaltungen, Projektförderung und Institutionen für Geschäfts- und Personalaufgaben.

Zweite Säule: Anwendung moderner geschlechterpolitischer Strategien

- ▶ Verankerung der Zuständigkeit für die Umsetzung des Gleichstellungsauftrages bei der politischen Ebene und bei der Verwaltungsspitze;
- ▶ Einführung eines gleichstellungspolitischen Rahmenplanes als verbindlicher Masterplan, der die kommunalen Aufgaben betrifft;
- ▶ Verpflichtung zur Implementierung moderner gleichstellungspolitischer Strategien wie Gender Mainstreaming/Budgeting/Gender Assessments.¹⁰

Moderne Gleichstellungspolitik braucht ein rechtliches Fundament, einen politischen Willen und einen angemessenen strukturellen Rahmen. Dazu gehören Ressourcen, Verfahrensbefugnisse, Entscheidungskompetenzen, die Wissensinfrastruktur und das fachlich qualifizierte Personal (vgl. Vernetzungsstelle 2013). Wenn die Bundesrepublik Deutschland als moderne Demokratie ihren Nachholbedarf in der

Gleichstellung realisieren und ihre internationale Position verbessern will, dann müssen die anstehenden Novellierungen von Gleichstellungsgesetzen eine Kombination aus einer starken Institution der Gleichstellungsbeauftragten und einer verbindlichen Nutzung moderner gleichstellungspolitischer Strategien beinhalten. Eine so gestärkte Gleichstellungspraxis könnte dann möglicherweise mehr als bislang von den wissenschaftlichen Erkenntnissen und theoretischen Konzepten profitieren.

Anmerkungen

- 1 Genaue Bezeichnung: „Freiwillige Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“.
- 2 Das gilt insbesondere für die öffentlichen Verwaltungen. Die Gleichstellungspraxis der Hochschulen und Universitäten setzt sich dagegen deutlich stärker mit geschlechtertheoretischen Konzepten insgesamt auseinander.
- 3 Strukturelle Verbesserungen etwa hinsichtlich der Vereinbarkeitsfrage, mehr Frauen in Führung etc.
- 4 Die Befragung „Gleichstellungsbeauftragte in Deutschland“ (2012) wurde von Elke Wiechmann und Lars Holtkamp im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros (BAG) durchgeführt.
- 5 Frage: „Wenn Sie Verbesserungsvorschläge für die Ausgestaltung des Landesgleichstellungsgesetzes machen könnten, was würden Sie vorschlagen?“ (Mehrfachnennungen waren möglich).
- 6 Der höhere Dienst ist die höchste Laufbahnstufe im öffentlichen Dienst. Ein Kriterium ist ein Hochschulabschluss. Gleichstellungsbeauftragte haben, je nach Bundesland, zwischen 50 (etwa Sachsen-Anhalt) und 100% (Baden-Württemberg) einen Hochschulabschluss (Rudolph/Schirmer 2004, 34f.).
- 7 Die Hauptsatzung einer Kommune regelt im Verständnis der Kommunalen Selbstverwaltung etwa das Stadtwappen, Stadtteile/-bezirke, Rats- und Ausschussangelegenheiten und auch die kommunale Gleichstellung. Zum Teil wird sie komplett aus den Kommunalordnungen übernommen. Wenn dort keinerlei Vorgaben verankert sind, dann kann die Hauptsatzung einer Kommune frei gestaltet werden.
- 8 Die folgenden Forderungen zur Situation der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten wurden überwiegend von Schildmann, Stiegler und Wiechmann im Oktober 2012 bei einem gemeinsamen Workshop mit Vertreterinnen der BAG in der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitet.
- 9 So gibt es beispielsweise in NRW Kommunen, die hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte mit 3, 5 oder 8 Std./Wo. beschäftigen.
- 10 Erwähnenswert ist dies u.a. deshalb, weil Deutschland gemäß des Amsterdamer Vertrags 1999 Gender Mainstreaming als politische Strategie im Regierungsvertrag verankert hat, bis heute allerdings die Umsetzung mangels konkreter Vorgaben zurückfällt.

Literatur

Acker, Joan, 2010: Geschlecht, Rasse und Klasse in Organisationen – die Untersuchung von Ungleichheiten aus der Perspektive der Intersektionalität. In: *Feministische Studien*. 27 (1), 86-98.

BAG (Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und GB), 2013: Zur Situation der kommunalen Gleichstellungsstellen und Frauenbüros. Eine Diskussionsgrundlage. Berlin.

Crenshaw, Kimberlé, 1991: Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence against Women of Color. In: Stanford Law Review. 43 (6), 1241-1299.

Deutscher Bundestag, 2011: Erster Gleichstellungsbericht. 17. Wahlperiode/Drucksache 17/6240. Berlin.

Fraser, Nancy, 2009: Lageverzeichnis der feministischen Imagination: Von Umverteilung über Anerkennung zu Repräsentation. In: Grisard, Dominique/Häberlein, Jana/Kaiser, Anelis/Saxer, Sibylle (Hg.): Gender in Motion. Die Konstruktion von Geschlecht in Raum und Erzählung. Frankfurt/M., New York, 259-280.

Funder, Maria, 2011: Soziologie der Wirtschaft. Eine Einführung. München.

Gerhardt, Ute, 2008: Frauenbewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Frankfurt/M., New York, 187-217.

Gerhardt, Ute, 2013: In den Brüchen der Zeit. 30 Jahre feministische Studien. In: Feministische Studien. 30 (1), 58-64.

Knapp, Gudrun-Axeli, 2011: Gleichheit, Differenz, Dekonstruktion und Intersektionalität. Vom Nutzen theoretischer Ansätze der Frauen- und Geschlechterforschung für die gleichstellungspolitische Praxis. In: Krell, Gertraude/Ortlieb, Renate/Sieben, Barbara (Hg.): Chancengleichheit durch Personalpolitik. Wiesbaden, 71-82.

Knapp, Gudrun-Axeli, 2012: Im Widerstreit. Feministische Theorie in Bewegung. Wiesbaden.

Maschke, Manuela/**Wiechmann**, Elke, 2010: Instrumente und Akteure betrieblicher Gleichstellungsförderung. In: Projektgruppe GiB (Hg.): Geschlechterungleichheiten im Betrieb. Berlin, 485-550.

Meuser, Michael, 2004: Gender Mainstreaming: Festschreibung oder Auflösung der Geschlechterdifferenz? Zum Verhältnis von Geschlechterforschung und Geschlechterpolitik. In: Meuser, Michael/Neusüß, Claudia (Hg.): Gender Mainstreaming. Bonn, 322-336.

Riegraf, Birgit, 1996: Geschlecht und Mikropolitik. Das Beispiel betrieblicher Gleichstellung. Op-laden.

Rudolph, Clarissa/**Schirmer**, Uta, 2004: Gestalten oder Verwalten? Kommunale Frauenpolitik zwischen Verrechtlichung, Modernisierung und Frauenbewegung. Wiesbaden.

Sauer, Birgit, 2012: Intersektionalität und Staat. Ein staats- und hegemonialtheoretischer Zugang zu Intersektionalität. Internet: www.portal-intersektionalitaet.de (24.5.2013).

Schildmann, Christina/**Stiegler**, Barbara/**Wiechmann**, Elke, 2012: 5 Botschaften zur Situation der kommunalen Frauen- und GB. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin, unveröffentlichtes Manuskript.

Schimeta, Julia, 2012: Einsam an der Spitze. Frauen in Führungspositionen des öffentlichen Sektors. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin. Internet: www.fes.de/forumug/inhalt/documents/Expertise_Internet_.pdf (4.5.2013).

Stiegler, Barbara/**Wiechmann**, Elke, 2013: Gleichstellung braucht starke Standards. Mindestanforderungen an Landesgleichstellungsgesetze für eine moderne kommunale Gleichstellungspolitik. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.

Vernetzungsstelle für Gleichberechtigung, Frauen- & Gleichstellungsbeauftragte, 2013: Landesgleichstellungsgesetze – Stand und Perspektiven. Hannover. Internet: www.vernetzungsstelle.de/doc/doc_download.cfm?uuid=6B835A26BD4829B5367AC24F40BE81E1&&IRACER_AUTOLINK&& (10.12.2013).

Villa, Paula-Irene, 2008: (De)Konstruktion und Diskurs-Genealogie: Zur Position und Rezeption von Judith Butler. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Wiesbaden, 146-158.

Wiechmann, Elke, 2006: Gleichstellungspolitik als Machtspiel. Eine mikropolitische Analyse der Gleichstellungspolitik in kommunalen Reorganisationsprozessen. Freiburg.

Wiechmann, Elke, 2012: Expertise zur Situation der kommunalen GB. In: BAG (Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und GB); Frauen und Männer: Gleiche Chancen! Dokumentation der 21. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und GB vom 22. bis 24. April 2012 in Düsseldorf, 87-88.

Wiechmann, Elke, 2014: Organisation und Geschlechterdemokratie: Optimistische und kritische Ausblicke. In: Funder, Maria (Hg.): Gender Cage – Revisited. Handbuch zur Organisations- und Geschlechterforschung. Baden-Baden (i.E.).

World Economic Forum, 2013: Global Gender Gap Report. Cologne/Geneva.

„Über diese Feminismus-Sache hinaus“: Eine Diskursanalyse des Post-Gender-Begriffs in der Piratenpartei Österreich (PPÖ)

LEONIE MARIA TANCZER

Die Position der Piratenpartei gegenüber Frauen- und Geschlechterthemen gerät wiederholt in Kritik. Ihr wird u.a. Maskulismus (Debus 2012), Unterrepräsentation von Frauen (Borchardt 2011) und Sexismus vorgeworfen (Kulick 2013). Diese Kritik baut auf bisherigen Studien von maskulistischen, antifeministischen Diskursen auf. Maskulismus ist die Selbstbezeichnung des modernen Antifeminismus und steht in Verbindung mit der antifeministischen Väter- und Männerrechtsbewegung (Kemper 2012). Der vorliegende Beitrag zieht den Antifeminismusbegriff (Blais/Dupuis-Déri 2012) heran, um den Post-Gender-Begriff der Piratenpartei zu untersuchen. Dieser Term ist zentral für die bestehenden Vorwürfe und entstammt den Arbeiten Haraways (1994).

In der Piratenpartei steht Post-Gender für die Annahme, dass eine geschlechtsneutralen Gesellschaftsordnung sowie der Überwindung von Heteronormativität bereits gegeben sei (Kulick 2013; Lang 2006). Daraus ergebe sich die Irrelevanz von Gender, weshalb Post-Gender auch von Feminismus abgegrenzt wird. Feminismus wird von der Piratenpartei als gesellschaftlich nicht zielführend erachtet, da Feminismus Geschlechtskategorien durch z.B. Quoten aufrechterhalte (PPÖ 2013). Demgegenüber ermögliche Post-Gender, Geschlecht als soziale Kategorie auszublenden, Diskriminierung nach Geschlecht und sexueller Orientierung zu überwinden und Gleichberechtigung zu leben. Diese Haltung, verbunden mit den genannten Vorwürfen, hat in der Piratenpartei Deutschland für Kritik und die Etablierung einer partei-internen informellen, antisexistischen Gruppe gesorgt (Kulick 2013). In der Piratenpartei Österreich (PPÖ) ist solch eine Bewegung bislang inexistent und Post-Gender wird weiterhin als frauen- und genderpolitische Ausrichtung in Diskussionsforen und Arbeitsgruppen diskutiert (PPÖ 2013).

Daneben verzeichnet die Piratenpartei seit ihrer Gründung 2006 einen Frauenmangel (Neumann 2011). Nachdem das Geschlecht der PPÖ-Mitglieder seit einem Beschluss 2012 nicht länger erhoben wird, ist dieser jedoch nicht messbar. Das Ungleichgewicht ist deshalb vor allem durch die Unterrepräsentation von Frauen in politischen Leitungsfunktionen sichtbar.

Aufgrund der genannten Vorwürfe hat der Beitrag zum Ziel, die Verwendung und Bedeutung von Post-Gender während des Erhebungszeitraums 2012 qualitativ zu analysieren. Da sich ähnliche Untersuchungen bislang ausschließlich mit der deutschen Piratenpartei befassten (Borchardt 2011; Debus 2012; Kulick 2013), ermöglicht diese Forschung erstmalig Einblick in die PPÖ. Die Studie stellt eine Diskursanalyse der PPÖ dar und möchte folgende Fragestellung beantworten: Wie wird der Post-Gender-Begriff diskursiv in der Piratenpartei Österreich konstruiert? Darauf aufbauend wird die Verwendung von Post-Gender zur Rechtfertigung und Negierung von Geschlechterdiskriminierungen sowie Ablehnung von Feminismus und frauenfördernden Maßnahmen erforscht. Es wird gezeigt, dass ein antifeministischer Diskurs in den durchgeführten Interviews präsent ist.

Methode

Dem Beitrag liegt eine sozialkonstruktivistische Epistemologie zugrunde (Burr 1995), die annimmt, dass die Wirklichkeit geschichtlich, kulturell und sprachlich konstruiert wird (Raskin 2002). Daraus folgt das Verständnis, dass keine singuläre Wahrheit, sondern vielmehr multiple Wahrheiten existieren (Berger/Luckmann 1966). Die Studie strebt deshalb keine Repräsentativität für die PPÖ an.

Dreizehn ($N = 13$; $n_F = 4$, $n_M = 9$) zum Erhebungszeitpunkt ehemalige ($n = 7$; $n_F = 1$, $n_M = 6$) und aktive ($n = 6$; $n_F = 2$, $n_M = 4$) Parteimitglieder aus dem Raum Wien wurden von April bis Juni 2012 interviewt.¹ Die Rekrutierung der TeilnehmerInnen erfolgte teils durch den damaligen Bundesvorstand, teils durch ein darauf folgendes Schneeballverfahren.

Die Erhebung fand im Rahmen einer Bachelorarbeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien statt. Die durchgeführten qualitativen, halb-strukturierten Interviews umfassten Fragen zur Person, Parteigeschichte, -struktur und -inhalten. Post-Gender wurde bis zum Ende des Interviews nicht direkt angesprochen, um die Qualität der Ergebnisse zu sichern. Die Interviews dauerten ca. 90 Minuten. Sie wurden aufgenommen und anschließend transkribiert.

Die Interviews wurden anhand der Methode der Diskursiven Psychologie (DP) analysiert. Dabei werden psychologische Phänomene nicht als kognitive, inhärente, sondern als diskursive Phänomene erforscht (Deppermann 2010). Diskurs wird dabei als soziale Praxis und Hauptmedium sozialer Interaktion verstanden (Potter 2001). DP untersucht sprachliche Konstruktionen von Handlungsorientierung in Diskursen (z.B. Rationalisierungen, Rechtfertigungen) sowie darin ablaufende Prozesse von Realitätskonstruktion (ebd.). Die Diskursive Psychologie ist

als Methode für die Analyse von Alltagsgesprächen konzipiert (Hepburn/Wiggins 2005). Aufgrund ethischer und praktischer Probleme wird sie hier auf Interviews angewandt.

Das Analyseverfahren folgt den Richtlinien von Willig (2008).² Die Interviews wurden mehrfach gelesen, dem Forschungsschwerpunkt entsprechend kodiert und auf ihre rhetorischen Funktionen analysiert. Die Analyse verwendet Interviewauszüge, wobei TeilnehmerInnen mit Referenz zu ihrem Geschlecht (F; M) und Identifikationsnummer anonymisiert wurden.³

Analyse

Alle Interviews sowohl der aktiven als auch ehemaligen Parteimitglieder beinhalten Referenzen zur Gleichheit aller Menschen, unabhängig ihres Geschlechts. Die Häufigkeit dieser Argumentation ermöglicht die Identifikation eines dominanten Diskurses, der Post-Gender als Egalitarismuskurs mit Rechtfertigungsfunktion konstruiert.

Diskursinhalte

Der Egalitarismuskurs wird genutzt, um die PPÖ als egalitär und fair zu konstruieren. Die TeilnehmerInnen berufen sich auf die Gleichheit aller, weshalb Geschlecht vermeintlich nicht als Kategorie bedacht wird. Dies zeigt sich durch diskursive Konstruktionen wie „für uns hat das keinen Unterschied“ (M9), „bei uns gibt es parteiintern keine Diskriminierungen“ (M2), „Frauen geht es (...) nicht anders als den Männern“ (M5), oder man „schaut in erster Linie nicht darauf ob das nun ein Mann oder Frau ist“ (F12). Die PPÖ gehe „davon aus, dass Frauen und Männer schon gleichberechtigt sind“ (F12). Diese Realitätskonstruktion der Gleichheit wird häufig auch durch Gleichgültigkeit „ob jetzt irgendwo ein Mann oder eine Frau eine Position hat“ (M9) untermauert. Es wird von „es ist uns eigentlich vollkommen Banane“ (M10), oder „egal“ (M2, M3, F12) gesprochen (Auszug 1, Auszug 2).

M1: Denen ist das eigentlich größtenteils wurscht [.]. Die meiste Aufregung gibt es über das Binnen-I.

I OK [.]

M1: Also es wird dort keiner Frauen bewusst benachteiligen. Die herrschende Meinung ist: Das interessiert uns überhaupt nicht, weil die Frauen haben die gleiche Teilhabe ohne Ansehen des Geschlechts. (Auszug 1)

M10: (...) aus unserem Selbstverständnis, dass wir sagen: Der, den wir [..], oder die wir als Besten geeigneten halten, soll eben Positionen einnehmen. Das widerspricht halt diametral dem Quotenprinzip, das viele Parteien haben. (Auszug 2)

In diesen Auszügen wird argumentiert, dass Feminismus: (a) weibliche Privilegien erzeuge und dies unfair wäre. Dieses Argumentationsmuster kann so als antifeministisch gedeutet werden; (b) existierende Männerdiskriminierung ausblende. Diese Argumentation kann als Maskulismus ausgelegt werden und legitimiert gleichzeitig die Ablehnung von Feminismus. Die Gleichheit in Verbindung mit der Gleichgültigkeit steht deshalb im Kontrast zum „Zwang“ (F11, M9), der vom Feminismus ausginge. Dabei werden Referenzen zu „Gewaltaktionen“ (M10) wie der Quotenregelung (Auszug 3) oder geschlechtergerechter Sprache (M1, F4), gemacht. Der Egalitarismuskurs ermöglicht deshalb eine Rechtfertigung zur Negierung von Feminismus und frauenfördernden Maßnahmen. Strukturelle Geschlechterungleichheiten werden ausgeblendet.

F11: Ich würde sagen, dass diese Feminismus-Schiene, die auch die Grünen gerade fahren, veraltet ist. Weil es sollte nicht nur so sein, dass irgendwelche Quoten angeschafft werden und Frauen irgendwelche Sonderrechte genießen, damit das ausgeglichen ist gegenüber den Männern. Ich würde sagen, dass wir [...], das sagt ja Österreich auch über sich selber [...], ein Post-Gender-Land sind und wir über diese Feminismus-Sache hinaus sind. (Auszug 3)

Die PPÖ sei „keine Quotenpartei“ (F12, M10), und man möchte diese „Sezessionsansätze“ (M3) nicht (Auszug 4). Maskulistische Argumente, wie z.B. die Verbindung von Männerdiskriminierung mit Familienpolitik, werden herangezogen, denn „da ist der Mann benachteiligt“ (M2) und es wird vom „zwanghaften misch[en]“ durch frauenfördernde Maßnahmen gesprochen. Dabei kommt es zur Redefinition und diskursiven Gleichsetzung von Gender und Feminismus.

F12: Post-Gender heißt sozusagen nach der Gender-Bewegung [...]. Gender ist quasi immer nur mit Frauen. Post-Gender ist mehr. Das beinhaltet viel mehr. Das beinhaltet Frauenpolitik, Männerpolitik, aber auch dass man sich mit Intersexuellen beschäftigt, weil Post-Gender ist nichts anderes wie die Auflösung der Geschlechterkategorien. Wenn man hergeht und sagt, dass man die Geschlechterkategorien auflöst und ich sage nicht mehr Mann-Frau, sondern er ist ein Mensch für mich. Damit heben sich sozusagen auch die Probleme damit auf [...]. Das heißt, wir wollen deshalb nicht nur für Frauenrechte eintreten, sondern auch für Männer und Väterrechte eintreten. (Auszug 4)

In den Interviews finden sich deshalb Rechtfertigungsmechanismen, um die Ausblendung von Geschlechterdiskriminierungen sowie die Ablehnung von Feminismus und frauenfördernden Maßnahmen zu begründen. Dabei wird darauf verwiesen, dass die PPÖ (a) eine Ein-Themenpartei sei (M5, M10, F13), weshalb „so was wie Feminismus oder so einfach mal von Anfang an ausgeblendet worden“ (M5) ist und (b) ihre „Wurzeln in der IT“ (M10) und Technik hat (M2, M6, M9, M10), weshalb „die Themen eben hauptsächlich Informatiker interessieren und schon dort mal weniger Frauen sind“ (F13). Des Weiteren werden (c) Beispiele aus anderen Kontexten

angeführt, um die gesellschaftliche Irrelevanz einer Auseinandersetzung mit Feminismus und Geschlechterdiskriminierung zu belegen. Diese sprachlichen Konstruktionen zeigen sich durch Passagen wie „Ich bin ja auch ganz anders aufgewachsen. Ich bin auch in einer Familie aufgewachsen, in der die Frauen dominieren [.]. Sie haben immer das Sagen gehabt“ (M2) oder „Ich kenne halt dieses Post-Gender (...). Bei uns ist es halt oft so, wenn ich zu Hause bin, dass meine Mutter und ich uns eine Fernsehserie anschauen und mein Vater wäscht ab“ (F12). Diese Referenzen geben den Mitgliedern Kompetenz über Post-Gender zu urteilen und bauen eine rhetorische Distanz zu möglichen Vorwürfen gegen Post-Gender auf.

Diskursive Strategien

DP ermöglicht außerdem die Untersuchung der diskursiven Strategien des Egalitarismuskurses, die diese Rechtfertigungsmechanismen stützen. Diese diskursiven Strategien umfassen u.a. (a) *extreme case formulations* (Pomerantz 1986), die Gegenargumente durch z.B. „überhaupt nicht“ (F11, M1) oder „es ist halt so“ (F11) untergraben; (b) *disclaimer* (Hewitt/Stokes 1975), die eventuell aufkommende Vorwürfe gegen diesen Diskurs durch ein Dementi wie etwa „aber“ (F11) abhalten; (c) *script designs* (Abell/Stokoe 1999), die durch die Verwendung von „wir“ (F12) und Verweis auf Alltagspraxen Legitimation ermöglichen; (d) *Metaphern*, wie etwa „einschleusen“ (F11) oder „Gewaltaktionen“ (M10) in Bezug auf die Quote, und (e) *fact construction* (Edwards/Potter 1992) sowie *subject position* (Willig 2008), die Redeanspruch durch Beispiele aus anderen Kontexten wie etwa „aus eigener Erfahrung“ (F11) als Frau einfordern.

F11: Es gibt zwar viel weniger Frauen [.], was eben sofort auffällt. Es ist halt so, weil die Piraten aus der technischen Richtung erstmal kommen, wo es halt weniger Frauen gibt. Das kann ich aus eigener Erfahrung auch bestätigen. Bei uns an der Uni ist das auch so – aber genauso wie auch bei uns auf der Uni wird auch bei den Piraten kein Unterschied gemacht, ob jemand eine Frau oder ein Mann ist. Ich habe kein Problem nur mit Männern in der Runde zu sitzen und ich werde gleich respektiert wie die anderen Männer. Ich fühle mich da nicht unterlegen; das muss ich ehrlich sagen. Und so sehen es auch die anderen Frauen. (...) Überhaupt ist es so, dass in politischen Dingen oft mehr Männer aktiv sind als Frauen. Das ist ja auch bei den anderen Parteien so. (Auszug 5)

Die zuvor erwähnten Diskursinhalte werden durch diese diskursiven Strategien aufrechterhalten. Im Sinne der DP zeigt sich, wie Sprache hier funktional und konstruktiv eingesetzt wird, um durch Rationalisierungen den Egalitarismuskurs und damit Post-Gender zu belegen. Damit erlaubt Post-Gender der PPÖ ein flexibles Konzept, um ihre Parteilhaltung z.B. zum Feminismus zu begründen.

Diskussion

Die Analyse zeigt, dass Post-Gender zur Realitätskonstruktion einer Gleichheit Aller, zur Rechtfertigung und Negierung von Geschlechterdiskriminierungen sowie Ablehnung von Feminismus und frauenfördernden Maßnahmen genutzt wird. Die verwendeten diskursiven Strategien legitimieren die Parteiloyalität der Existenz einer Gleichheitsgesellschaft ohne Geschlechterdifferenzen. Die Partei fokussiert sich auf die Gleichheit, Feminismus dagegen auf Differenzen von Menschen. Feminismus wird so auf eine Auseinandersetzung zwischen den Geschlechtern reduziert und erscheint demzufolge für die PPÖ als unfair und antiegalitär.

Der Egalitarismuskurs und der Post-Gender-Begriff der Partei stehen damit im Widerspruch zum Post-Gender-Begriff Haraways (1994). Post-Gender stellt für Haraway keine Beschreibung einer Welt ohne Gender dar. Vielmehr versucht sie mit dem Begriff Konstruktionen der westlichen Welt, wie etwa Zweigeschlechtlichkeit narrativ und aus einer feministischen Grundhaltung heraus zu unterlaufen (Harrasser 2006). Die Analyse zeigt, dass Post-Gender im Kontext der PPÖ jedoch zum Synonym für einen Post-Feminismus wird. *Post* wird dabei als ein *Nach* oder *Anti* und demzufolge als ein *Nach-dem-Feminismus* bzw. *Antifeminismus* verstanden (Auszug 3, Auszug 4). Feminismus habe die Frauenemanzipation und somit Geschlechtergleichheit erreicht. Frauenförderung und Feminismus würden nun Differenzen errichten und werden deshalb abgelehnt.

Post-Gender der PPÖ kann aber seinem Gleichheitsanspruch nicht gerecht werden, da reale Ungleichheitsverhältnisse ausgeklammert werden (Rommelspacher 2005). Gleichförmigkeit ist Voraussetzung für die in der Partei diskutierte Gleichberechtigung. Diese ist jedoch nicht gegeben, da die PPÖ z.B. gesellschaftspolitische Aufstiegshürden von Frauen (Hofbauer 2006), den Gender Pay Gap (Arulampalam/Booth/Bryan 2007) oder die Zusatzbelastungen von Frauen durch Reproduktionsarbeit (Becker-Schmidt 2010) ausblendet. Männerdominierte Machtzentren in Politik und Wirtschaft haben sich trotz erreichter Errungenschaften kaum verändert (Metz-Göckel 2003). Post-Gender lässt somit Maskulismus und Antifeminismus zu und ermöglicht die Ausblendung von männlichen Strukturen, die auf Basis des Egalitarismuskurses nicht hinterfragt und verändert werden müssen.

Fazit

Die diskursive Konstruktion des Post-Gender-Ideals präsentiert sich als antifeministisch und blendet gesellschaftliche Machtverhältnisse aus. Die PPÖ sollte diesbezüglich dem deutschen Vorbild folgen und kritisch an parteiinternen antifeministischen Tendenzen arbeiten. Post-Gender geht nicht über Feminismus hinaus. Seine Ansprüche bleiben aufrecht, vor allem weil sich weibliche Freiheit nicht dadurch erreichen lässt, dass die Kategorie Frau aufgelöst und ein Egalitarismuskurs erzeugt wird (Schrupp 2010).

Die gesellschaftspolitische Relevanz dieser Untersuchung ergibt sich durch die Übertragung der Einsichten auf andere Bereiche. Maskulistische Bewegungen (Blais/Dupuis-Déri 2012; Kemper 2012) und Antifeminismus (Ablinger/Schwentner/Weiss 2013) sind im Aufwind, Diskriminierungen und Unterrepräsentation von Frauen sind weiterhin gegeben (Stahlberg/Dickenberger/Szillis 2009) und Geschlechterthematiken sowie Feminismen werden gegenwärtig immer stärker delegitimiert (Klaus 2008).

Post-Gender in der PPÖ ist damit nur eine Facette eines größeren, gegenwärtig vorherrschenden Diskurses. Die Verwendung antifeministischer Rhetorik sowohl in der Parteienlandschaft als auch im Populärdiskurs (Möller 1999) wirft deshalb die Frage auf, inwieweit diese Ansichten gegenwärtig schon Platz im gesellschaftlichen Zentrum gefunden haben. Es ist deshalb eine viel breitere Auseinandersetzung mit antifeministischen Tendenzen vonnöten, um gegen dieses Klima vorzugehen.

Anmerkungen

- 1 Die Autorin ist sich bewusst, dass männlich und weiblich keine gegensätzlichen Kategorien darstellen (Magnusson 2011). In diesem Beitrag wird jedoch auf diese binären Kategorien zurückgegriffen, um damit der Selbstdefinition der TeilnehmerInnen zu entsprechen.
- 2 Diese umfassen die Analyse von diskursiven Strategien wie Script, Disposition, Entitlement, Stake Inoculation, Extreme Case Formulation und Metaphern, welche funktionale und konstruktive Diskursinhalte generieren.
- 3 Weitere Symbole: Interviewerin (I), Pause [,], ausgelassene Passage [...].

Literatur

Abell, Jackie/Stokoe, Elizabeth, 1999: 'I Take Full Responsibility, I Take Some Responsibility, I'll Take Half of it But No More Than That': Princess Diana and the Negotiation of Blame in the Panorama Interview. In: *Discourse Studies*. 1 (3), 297-319.

Ablinger, Sonja/Schwentner, Judith/Weiss, Alexandra, 2013: *Feminismus unter Druck. Der emanzipatorische Gesellschaftsentwurf zwischen Fortschritt, Rückschritt und neoliberaler Anpassung*. Momentum 13. Hallstatt.

Arulampalam, Wiji/Booth, Alison/Bryan, Mark, 2007: Is there a Glass Ceiling over Europe? Exploring the Gender Pay Gap across the Wage Distribution. In: *Industrial and Labor Relations Review*. 60 (2), 163-186.

Becker-Schmidt, Regina, 2010: Doppelte Vergesellschaftung von Frauen: Theorie, Methoden, Empirie. In: Becker-Schmidt, Regina/Kortendiek, Beate (Hg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*. Wiesbaden, 65-74.

Berger, Peter/Luckmann, Thomas, 1966: *The Social Construction of Reality*. New York.

Blais, Mélissa/Dupuis-Déri, Francis, 2012: Masculinism and the Antifeminist Countermovement. In: *Social Movement Studies*. 11 (1), 21-39.

Borchardt, Alexandra, 2011: Her mit den Piratinnen! Nach dem Erfolg einer Männerpartei: Verschlafen die Frauen gerade die Digitale Revolution? In: Schilbach, Friederike (Hg.): *Die Piraten Partei. Alles klar zum Entern?* Berlin, 149-157.

Burr, Vivien, 1995: *An Introduction to Social Constructivism*. London.

- Debus, Gudrun**, 2012: Maskulismus in der Piratenpartei. In: Kemper, Andreas (Hg.): Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum. Münster, 171-182.
- Deppermann, Arnulf**, 2010: Konversationsanalyse und Diskursive Psychologie. In: Mey, Günter/Mruck, Katja (Hg.): Handbuch qualitative Forschung in der Psychologie. Wiesbaden, 643-661.
- Edwards, Derek/Potter, Jonathan**, 1992: Discursive Psychology. London.
- Haraway, Donna**, 1994: Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Primaten. Frankfurt/M.
- Harrasser, Karin**, 2006: Erzählpolitik jenseits des Bildersturms, diesseits einer Post-Gender Welt. In: Hülk, Walburga/Schuhen, Gregor/Schwan, Tanja (Hg.): Post-Gender. Choreographien/Schnitte. Bielefeld, 15-31.
- Hepburn, Alexa/Wiggins, Sally**, 2005: Developments in Discursive Psychology. In: Discourse & Society. 16 (5), 595-601.
- Hewitt, John/Stokes, Randall**, 1975: Disclaimers. In: American Sociological Review. 40 (1), 1-11.
- Hofbauer, Johanna**, 2006: Konkurrentinnen außer Konkurrenz? In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie. 31 (4), 23-44.
- Kemper, Andreas**, 2012: Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum. Münster.
- Klaus, Elisabeth**, 2008: Antifeminismus und Elitefeminismus – Eine Intervention. In: Feministische Studien. 26 (2), 176-186.
- Kulick, Manuela**, 2013: Die Piratenpartei und die Genderproblematik. In: Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Piratenpartei. Wiesbaden, 149-174.
- Lang, Claudia**, 2006: Intersexualität. Menschen zwischen den Geschlechtern. Frankfurt/M.
- Magnusson, Eva**, 2011: Women, Men, and All the Other Categories: Psychologies for Theorizing Human Diversity. In: Nordic Psychology. 63 (2), 88-114.
- Metz-Göckel, Sigrid**, 2003: Feminismus II. In: Haug, Frigga (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus. Hamburg.
- Möller, Simon**, 1999: Sexual Correctness. Die Modernisierung antifeministischer Debatten in den Medien. Wiesbaden.
- Neumann, Tobias**, 2011: Die Piratenpartei Deutschland. Entwicklung und Selbstverständnis. Berlin.
- Pomerantz, Anita**, 1986: Extreme Case Formulations: A Way of Legitimizing Claims. In: Human Studies. 9 (2-3), 219-229.
- Potter, Jonathan**, 2001: Diskursive Psychologie und Diskursanalyse. In: Keller, Reiner/Hirseland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Wiesbaden.
- PPÖ**, 2013: Taskforce (TF) Postgender. Internet: wiki.piratenpartei.at/wiki/TF:Postgender (4.1.2014).
- Raskin, Jonathan**, 2002: Constructivism in Psychology: Personal Construct Psychology, Radical Constructivism, and Social Constructionism. In: American Communication Journal. 5 (3), 1-25.
- Rommelspacher, Birgit**, 2005: Geschlecht im kulturellen Widerstreit. Egalitarismus in Dominanzkulturen. Berlin.
- Schrupp, Antje**, 2010: Fünfzehn Thesen zu Feminismus und Post-Gender. Internet: antjeschrupp.com/2010/05/25/funfzehn-thesen-zu-feminismus-und-post-gender/(4.1.2014).
- Stahlberg, Dagmar/Dickenberger, Dorothee/Szillis, Ursula**, 2009: Geschlechterdiskriminierung. In: Beelmann, Andreas/Jonas, Kai (Hg.): Diskriminierung und Toleranz. Wiesbaden, 193-213.
- Willig, Carla**, 2008: Introducing Qualitative Research in Psychology: Adventures in Theory and Method. Maidenhead.

Die Energiewende aus der Geschlechterperspektive

CORNELIA FRAUNE

Gibt es überhaupt einen Zusammenhang zwischen Gender und Energiewende? Die rechtsstaatlich garantierte Nichtdiskriminierung der BürgerInnen sowie die prinzipielle Chancengleichheit innerhalb von Marktgesellschaften lassen Energiepolitik als gender-neutral erscheinen (Clancy/Röhr 2003). Die Sachlage stellt sich indes anders dar.

Energiewende und Wirtschaft und Beschäftigung

Die Effekte der Energiewende auf Wirtschaft und Beschäftigung sind bislang kaum messbar, weil im Zuge der Energiewende nicht einfach ein neuer Produktionssektor entsteht. Die neuen Branchen bzw. Produktionszweige integrieren sich größtenteils in die bestehende Sektorenstruktur (Busch/Gauler/Harsche 2012; Röhr 2002). Auch wenn die Effekte bislang kaum zu quantifizieren sind, so lassen sich theoretisch unterschiedliche Auswirkungen der Energiewende auf die verschiedenen Branchen ableiten. Zu den „Gewinnern“ werden tendenziell solche gehören, die an der Produktion und Zulieferung erneuerbarer Energien-Anlagen beteiligt sind: Maschinen- und Anlagenbau sowie Herstellung von elektrischen Ausrüstungen. Es wird erwartet, dass energie- und emissionsintensive Branchen eher „verlieren“ werden: Bergbau, Herstellung von Metallerzeugnissen, Mineralölverarbeitung, Metallerzeugung und -verarbeitung, Papierproduktion, Glas, Keramik und die chemische Industrie. Für den Dienstleistungsbereich werden hingegen überwiegend positive Effekte bilanziert, insbesondere für Architekten und Bauingenieure; Forschung und Entwicklung sowie für den Finanzdienstleistungsbereich (Busch/Gauler/Harsche 2012).¹

Aus einer genderspezifischen Perspektive stellt sich die Frage, wie sich diese Effekte vor dem Hintergrund des geschlechtsspezifisch segregierten Arbeitsmarktes darstellen. Am Stichtag 30.06.2011 waren im Bereich der freiberuflichen technischen und wissenschaftlichen Dienstleistungen insgesamt 1.646.294 Personen beschäftigt, von denen 52,6% weiblich waren (Destatis 2011). Ähnlich stellt sich das Verhältnis für den Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen dar, in diesem Bereich waren 56,1% der insgesamt 1.000.595 Beschäftigten weiblich (ebd.).

Im produzierenden Gewerbe stehen zwei „Gewinnerbranchen“ sieben „Verliererbranchen“ gegenüber. Am Stichtag 30.09.2011 waren in den ersteren 1.369.393

Personen beschäftigt, in den letzteren 1.602.256. Leider gibt es für die Branchen des produzierenden Gewerbes keine geschlechtsspezifischen Daten. Insgesamt waren im verarbeitenden Gewerbe plus Bergbau am genannten Stichtag 6.434.217 Personen beschäftigt, von denen 1.614.531 weiblich waren, was einem Anteil von 25,1% entspricht (Regionaldatenbank 2011a). Dementsprechend sind Männer sowohl in den Gewinner- als auch in den Verliererbranchen des produzierenden Gewerbes überproportional vertreten, während die Anzahl der weiblichen Beschäftigten leicht höher in den „Gewinnerbranchen“ des Dienstleistungsbereichs ist.

Energiewende und Energiekonsum

Verschiedene Studien zeigen, dass steigende Energiepreise² einkommensschwache Haushalte in besonderem Maße treffen. Der Grund hierfür liegt in der grundsätzlich regressiven Wirkung von Strompreissteigerungen, der Anteil der Ausgaben für Strom an den gesamten Ausgaben sinkt mit steigendem Einkommen (Neuhoff u.a. 2012).

Im Jahresdurchschnitt 2012 haben insgesamt 6.142.987 Personen in Bedarfsgemeinschaften³ gelebt, davon waren 50,8% weiblich. Von den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten waren 51,5% weiblich, unter den alleinerziehenden LeistungsempfängerInnen betrug der Frauenanteil 94,2%. Betrachtet man die erwerbstätigen BezieherInnen von Arbeitslosengeld II (ALG II) aus der Geschlechterperspektive, so kann festgehalten werden, dass der Frauenanteil für alle Indikatoren über 50% liegt (Bundesagentur für Arbeit 2013). Bei der Grundsicherung im Alter stellt sich das Verhältnis noch unausgewogener dar: Am Stichtag 31.12.2011 haben insgesamt 436.210 Personen über 65 Jahre diese Leistung bezogen, davon waren 63,8% weiblich (Regionaldatenbank 2011b). Leistungen nach SGB II (ALG II) bemessen sich nach den sogenannten Regelleistungen, die laufende Kosten und einmaligen Bedarf pauschal umfassen sollen (Dünnhoff/Stieß/Hoppenbrock 2006).

Die steigenden Energiepreise fließen zwar in deren Festlegung ein, Studien gehen aber davon aus, dass die Stromkosten nicht in vollem Umfang abgebildet werden, da bedeutende Komponenten des Strompreises nicht mit einberechnet werden (Neuhoff u.a. 2012; Dünnhoff 2006). Einkommensschwache Haushalte sind somit von Strompreissteigerungen in doppelter Hinsicht betroffen. Zum einen steigt der Anteil des Einkommens, der für den Konsum von Strom verausgabt werden muss. Zum anderen sind einkommensschwache Haushalte nicht in gleichem Maße wie einkommensstärkere Haushalte in der Lage, in energieeffizientere Endgeräte zu investieren (Bergs/Glasmacher/Thöne 2007). Frauen sind von diesen Entwicklungen im Vergleich zu Männern überproportional betroffen.

Energiewende und Beteiligung

Die Beteiligung von Frauen und Männern an erneuerbaren Energien-Anlagen ist von einem Widerspruch gekennzeichnet. Einerseits zeigen Studien, dass Frauen tendenziell ein höheres Umweltbewusstsein als Männer aufweisen (Rückert-John/Bormann/John 2013). Andererseits dokumentieren die wenigen Studien über Mitwirkung von Frauen und Männern im Bereich der erneuerbaren Energien einen deutlichen Gender Gap. Frauen sind sowohl in Firmen und Verbänden der erneuerbaren Energien-Wirtschaft als auch im Hinblick auf unterschiedliche Beteiligungsmodelle an erneuerbaren Energien-Anlagen deutlich unterrepräsentiert (Thielmann 2005; Buchholz-Will 2005; Lehr/O’Sullivan 2009).

Die geringe Beteiligung von Frauen in der erneuerbaren Energien-Wirtschaft wird ähnlich wie in der konventionellen Energiewirtschaft auf die geschlechtsspezifische Berufswahl zurückgeführt. Eher technisch orientierte Branchen weisen nach wie vor einen höheren Männeranteil auf (Thielmann 2005, 12; Lehr/O’Sullivan 2009, 9). Im Hinblick auf die Beteiligung an erneuerbaren Energien-Anlagen ist die geschlechtsspezifische Einkommens- und Vermögensverteilung von Interesse. Im Verhältnis zu Männern sind Frauen deutlich weniger vollzeitbeschäftigt. Am 30.06.2011 waren 36,7% der Vollzeitbeschäftigten weiblich, bei den Teilzeitbeschäftigten betrug deren Anteil hingegen 82,5% (Regionaldatenbank 2011b). Auch die Verfügbarkeit über Vermögen ist stark geschlechtsspezifisch strukturiert. 2002 verfügten Frauen mit durchschnittlich 67.000 Euro über fast ein Drittel weniger an Vermögen als Männer (96.000 Euro) (Grabka/Frick 2007). Auch in Paarhaushalten besitzen Frauen meist weniger Vermögen als Männer (Krause/Schäfer 2005, 206). Die Ausgestaltung des Steuersystems wirkt vor dem Hintergrund der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen verstärkend auf den Gender Gap (Buchholz-Will 2005).

Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwiefern Frauen als politische Entscheidungsträgerinnen in die Energiewende involviert sind, deren Implementierung vor allem im Rahmen der regionalen und lokalen Planung erfolgt. Der zweite Gleichstellungsatlas des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend weist für das Jahr 2011 in den Länderparlamenten einen durchschnittlichen Frauenanteil von 32,3% aus, für kommunale Vertretungen wie Kreistage und Gemeinderäte von 26,1% (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2013).

Die Energiewende ist also kein gender-neutraler Prozess. Gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse prägen diesen Transformationsprozess, der wiederum zur Verfestigung dieser Verhältnisse beiträgt.

Anmerkungen

- 1 Die bei Busch/Gauler/Harsche 2012 verwendete Brancheneinteilung stimmt nicht ganz mit der Klassifikation der Wirtschaftszweige überein, weswegen hier Anpassungen vorgenommen wurden.

- 2 Der Anteil der Ausgaben für Heizkosten (Brennstoffe) an den gesamten Konsumausgaben privater Haushalte übersteigt den der Stromkosten (Neuhoff u.a. 2012). Strompreisentwicklungen sind aber unmittelbarer mit der Energiewende verbunden, deswegen werden an dieser Stelle allein diese betrachtet.
- 3 Der Begriff der Bedarfsgemeinschaft regelt die Zusammensetzung einer wirtschaftlichen Einheit, d.h. welche Einkommen auf den Anspruch auf Sozialleistungen angerechnet werden. Nach dem SGB II sind Zusammenlebende einstandspflichtig: Paare unabhängig von ihrem rechtlichen Verhältnis, Eltern bzw. Stiefeltern und Kinder (Berghahn 2008).

Literatur

Berghahn, Sabine, 2008: Die „Bedarfsgemeinschaft“ gemäß SGB II: Überwindung oder Verfestigung des männlichen Ernährermodells? In: Klute, Jürgen/Klotenga, Sandra (Hg.): Sozial- und Arbeitsmarktpolitik nach Hartz. Göttingen, 143-168.

Bergs, Christian/Glasmacher, Gregor/Thöne, Michael, 2007: Auswirkungen stark steigender Preise für Öl und Gas auf Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW. Köln.

Buchholz-Will, Wiebke, 2005: Beteiligungsmodelle erneuerbare Energien/Windkraftanlagen – nur für männliche Besserverdiener? Berlin.

Bundesagentur für Arbeit, 2013: Arbeitsmarkt in Zahlen 2012. Nürnberg.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2013: 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Berlin.

Busch, Uwe van den/Gauler, Anja/Harsche, Johannes, 2012: Auswirkungen der Energiewende auf die hessische Wirtschaft. Report Nr. 828. Wiesbaden.

Clancy, Joy/Röhr, Ulrike, 2003: Gender and Energy: Is There a Northern Perspective? In: Energy for Sustainable Development. 7 (3), 16-22.

Destatis, 2011: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort: Deutschland, Stichtag, Geschlecht, Wirtschaftszweige. Internet: https://www-genesis.destatis.de/genesis/online.jsessionid=4A2E9E59184587D5548DDAD800056D53.tomcat_GO_1_2?operation=previous&levelindex=3&levelid=1390994830402&step=3 [29.1.2014].

Dünhoff, Elke/Stieß, Immanuel/Hoppenbrock, Cord, 2006: Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz. Heidelberg, Frankfurt/M.

Grabka, Markus/Frick, Joachim, 2007: Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen. In: DIW-Wochenbericht 45/2007, 665-672.

Krause, Peter/Schäfer, Andrea, 2005: Verteilung von Vermögen und Einkommen in Deutschland: Große Unterschiede nach Geschlecht und Alter. In: DIW-Wochenbericht 11/2005, 199-207.

Lehr, Ulrike/O’Sullivan, Marlene, 2009: Beschäftigungsstruktur im Bereich Erneuerbarer Energien. Osnabrück.

Neuhoff, Karsten/Bache, Stefan/Diekmann, Jochen/Beznoska, Martin/El-Laboudy, Tarik, 2012: Steigende EEG-Umlage: Unerwünschte Verteilungseffekte können vermindert werden. In: DIW-Wochenbericht 41/2012, 3-12.

Regionaldatenbank, 2011a: Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau u. Gewinnung von Steinen und Erden: Betriebe u. Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen. Internet: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data.jsessionid=A913F021034CD3C929C7FD2909C28929?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1390996105642&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&select ionname=001-51-4&auswahltext=%23Z-30.09.2011&werteabruf=Werteabruf> [29.1.2014].

Regionaldatenbank, 2011b: Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Internet: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=F2AD156AF17D9929E083C6E11BAD73A?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1391003680963&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=333-31-4&auswahltext=%23SHRKRLB-DG%23Z-31.12.2011&werteabruf=Werteabruf> [29.1.2014].

Röhr, Ulrike, 2002: Geschlechterverhältnisse bei den erneuerbaren Energien – Der Blick aus dem Norden. Internationale Konferenz für erneuerbare Energien (Renewables2004). http://www.genanet.de/fileadmin/downloads/gm_rn04_de/Gender_RE_Industrielaender.pdf [18.4.2013].

Rückert-John, Jana/**Bormann**, Inka/**John**, René, 2013: Repräsentativumfrage zu Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2012. Berlin.

Thielmann, Gabriele, 2005: Frauen im Bereich der „Erneuerbaren Energien-Wirtschaft“. Ergebnisse einer Umfrage bei Initiativen, Verbänden und Unternehmen. Frankfurt/M.

Bangladeschs Textilindustrie nach der Katastrophe von Savar – Business as usual oder nachhaltige Veränderungen?

ELISABETH FINK

Der Fabrikeinsturz von Savar im April 2013 forderte über 1.200 Tote und ist somit nicht nur das verheerendste Fabrikunglück Bangladeschs, sondern ebenso die weltweit tödlichste Tragödie in der Geschichte der Textilindustrie. Obgleich das Ausmaß dieser Katastrophe, bei dem zudem über 2.500 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden, folglich seinesgleichen sucht, reiht sich Savar in eine Vielzahl von Fabrikeinstürzen und -bränden in der bangladeschischen Textilindustrie ein. Nur fünf Monate zuvor starben 112 ArbeiterInnen in einem Fabrikbrand in Ashulia – einem Vorort Dhakas unweit von Savar. Ferner wird auf Basis konservativer Schätzungen davon ausgegangen, dass allein bei Fabrikbränden seit 1990 mehr als 1.000 ArbeiterInnen in 275 Vorfällen ums Leben kamen und ca. 3.000 ArbeiterInnen verletzt wurden (Claeson 2012). Gravierende Mängel in der Gebäudesicherheit und im Brandschutz stellen in der Textilindustrie Bangladeschs somit alles andere als eine Seltenheit dar und sind seit langem weithin bekannt. Daher sind die effektive Umsetzung von diesbezüglichen Arbeitsschutzmaßnahmen neben der Erhöhung des Mindestlohns¹ sowie der Gewährung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen die gegenwärtig drängendsten Forderungen der ArbeitnehmerInnenvertretung. Dieser Beitrag beleuchtet den Unglückshergang von Savar und befasst sich mit den Konsequenzen, die hieraus bisher gezogen wurden. Er basiert unter anderem auf Interviews, die zwischen 2010 und 2012 in Dhaka mit VertreterInnen von Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisa-

tionen, Entwicklungsagenturen, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und WissenschaftlerInnen geführt wurden.

Der Einsturz des Rana Plazas

Als die Beschäftigten der Textilfabriken, die im Gebäudekomplex Rana Plaza ansässig waren, am 23. April 2013 große Risse im Gebäude bemerkten, waren sie alarmiert und folgten der polizeilichen Anordnung, das Gebäude zu verlassen. Als sie am darauffolgenden Morgen zum Rana Plaza zurückkehrten, erfuhren sie, dass die Beschäftigten der anderen dort ansässigen Betriebe das Gebäude nicht wieder betreten hatten. Den ArbeiterInnen der Textilfabriken wurde hingegen fälschlicherweise durch Vorgesetzte versichert, dass das Gebäude untersucht und als sicher erachtet wurde. Als die ArbeiterInnen hierauf ihre Bedenken vorbrachten, drohte man ihnen mit der Verweigerung eines Monatslohns bei Nichtantritt der Arbeit. Folglich kehrten die ArbeiterInnen in das Gebäude zurück, das sich wenig später als Todesfalle erweisen sollte. Nicht zuletzt durch diesen Hergang ist abermals auf äußerst dramatische Weise die dringende Notwendigkeit einer ArbeitnehmerInnenvertretung in den Fabriken verdeutlicht worden, die in der entsprechenden Situation auf das fundamentale Recht auf einen sicheren Arbeitsplatz hätte pochen und somit die ArbeiterInnen vor Tod oder zum Teil schwerer Verletzung bewahren können. De facto war jedoch in keiner der fünf im Rana Plaza vertretenen Fabriken eine solche Vertretung existent – ein Zustand, der in der Textilbranche Bangladeschs die Regel darstellt. Im Jahre 2009 wurde geschätzt, dass lediglich 5% der ArbeiterInnen organisiert sind (Faruque 2009). Die Gründe für den geringen Organisationsgrad im Sektor sind vielfältig.² Eine besondere Hürde stellt jedoch das Arbeitsrecht dar, das erstens einen Organisationsgrad von 30% der Belegschaft voraussetzt, um eine betriebliche Gewerkschaftsgruppe gründen zu können; zweitens sieht es vor, dass während des Registrierungsprozesses der Gewerkschaftsgruppe die Liste der teilnehmenden ArbeiterInnen an das Fabrikmanagement weitergeleitet wird – ein Vorgang, der regelmäßig zu entsprechenden Kündigungen führte –, und drittens untersagt es die Vereinigungsfreiheit in Exportproduktionszonen (EPZ) grundsätzlich (vgl. Fink 2014). Welche Konsequenzen wurden nun vor dem Hintergrund von Savar sowohl hinsichtlich des Arbeitsrechts, des Arbeitsschutzes und des Mindestlohns gezogen?

Savar als Weckruf? – Bilanz der bisherigen Maßnahmen

Das Arbeitsrecht wurde unter Androhung des Verlusts von Handelsprivilegien mit den USA sowie der Europäischen Union hinsichtlich eines der oben beschriebenen Missstände revidiert: So ist der Passus gestrichen worden, der im Registrierungsprozess einer Gewerkschaftsgruppe vorsieht, eine Liste der beteiligten Beschäftigten an das jeweilige Fabrikmanagement zu senden. Zudem ist eine neue Vorschrift er-

lassen worden, die weitere Genehmigungen für die bauliche Erweiterung von Fabrikgebäuden erfordert und somit die Gebäudesicherheit erhöhen soll. Nach wie vor bestehen jedoch die 30%-Hürde hinsichtlich der Gründung einer Gewerkschaftsgruppe sowie das Verbot von Gewerkschaften in EPZ. Letzteres Verbot wurde gar auf weitere Sektoren, wie etwa Krankenhäuser, ausgeweitet (vgl. ILO 2013). Zudem erlaubt das novellierte Arbeitsrecht der Regierung, einen Streik zu unterbinden, falls er „gravierende Nachteile für die betroffene Gemeinschaft“ mit sich bringe oder „dem nationalen Interesse entgegensteht“ (Greenhouse 2013, o.S.).³ Weiterhin darf in Fabriken, die in ausländischem Besitz sind oder in Kooperation mit Ausländern etabliert wurden, innerhalb der ersten drei Jahre nach Gründung nicht gestreikt werden. Gleichzeitig benötigen Gewerkschaften, die Unterstützungsleistungen aus dem Ausland erhalten möchten, nun hierzu eine Genehmigung des Arbeitsministeriums. Kurzum: Bangladeschische Gewerkschaften sowie internationale Menschenrechtsorganisationen bilanzieren, dass das novellierte Arbeitsrecht die Organisierung von ArbeiterInnen eher zusätzlich erschwert denn erleichtert (ebd.).

Hinsichtlich der Gebäudesicherheit hat die Regierung weiterhin angekündigt, 240 zusätzliche InspektorInnen einzustellen. Bisher waren 40 (sic!) Inspektoren für die Überprüfung von einer Million Gebäuden in Dhaka zuständig. Auch die erhöhte Anzahl an InspektorInnen wird jedoch nicht für flächendeckende Überprüfungen ausreichen (Yardley 2013).

Viel Aufmerksamkeit hat das „Bangladeschische Abkommen zu Brandschutz und Gebäudesicherheit“ erfahren, das von zwei globalen Gewerkschaften initiiert und mittlerweile von mehr als 100 Unternehmen unterzeichnet wurde. Dieses Abkommen, das unter anderem durch ein unabhängiges Inspektionsprogramm die Sicherheit in den beteiligten Fabriken gewährleisten soll, ist rechtlich verbindlich und sieht eine Rolle für Gewerkschaften vor, um deren Position in den Fabriken zu stärken. Damit unterscheidet es sich deutlich von größtenteils unwirksamen Corporate-Social-Responsibility-Maßnahmen.⁴ Dennoch ist das Abkommen aber auf die freiwillige Mitwirkung der Unternehmen angewiesen. Nicht unterzeichnet wurde das Abkommen beispielsweise von US-amerikanischen und kanadischen Bekleidungsfirmen. Somit stellt es keine industrieweite Vereinbarung dar und ändert zudem, über den Brandschutz und die Gebäudesicherheit hinaus, nichts an weiteren Missständen im Sektor.

Der monatliche Mindestlohn wurde vor dem Hintergrund von Savar und massenhaften Protesten im Dezember 2013 auf ca. 64 Euro angehoben. Laut Berechnungen des Center for Policy Dialogue (CPD) – einem bangladeschischen Think Tank – läge ein angemessener Mindestlohn, der für die Bestreitung der Lebenshaltungskosten ausreicht, jedoch gegenwärtig bei ca. 77 Euro (Sohel 2013).

Diese Bilanz zeigt, dass die bisherigen Maßnahmen alles andere als befriedigend sind. Der anhaltende Widerstand globaler Konzerne, Verantwortung entlang ihrer Lieferketten zu übernehmen, sowie die nach wie vor vorhandene Blockadehaltung der Regierung gegenüber Gewerkschaften muss hierbei besonders hervorgehoben

werden. Letzteres insbesondere aus dem Grund, da die Katastrophe von Savar durch die Existenz einer starken Gewerkschaft höchstwahrscheinlich hätte verhindert werden können.

Anmerkungen

- 1 Im April 2013 betrug der monatliche Mindestlohn in der Textilindustrie ca. 30 Euro und stellt somit den geringsten Mindestlohn weltweit dar. Im Jahre 2010 erreichten die ArbeiterInnen nach monatelangen Protesten zuletzt eine entsprechende Anhebung des Mindestlohns von damals ca. 17 Euro. Obgleich diese Lohnerhöhung zunächst eindrucksvoll erscheinen mag, muss an dieser Stelle jedoch erwähnt werden, dass sie dem rapiden Anstieg der Lebenshaltungskosten in Bangladesch nicht entspricht.
- 2 Hierzu zählen die starke Repression durch das jeweilige Fabrikmanagement, die kürzere Geschichte der Erwerbsbeteiligung von Frauen (80% der Beschäftigten im Sektor sind Frauen), die fehlenden finanziellen Möglichkeiten der ArbeiterInnen, das insgesamt schlechte Image der Gewerkschaften, das unter anderem auf die Kolonialgeschichte zurückzuführen ist (vgl. Rahman/Langford 2012), die männerbündische Strukturierung der Gewerkschaften sowie die fehlende Berücksichtigung der Interessen der Arbeiterinnen. Obgleich die Gewerkschaften aufgrund all dieser Gründe in der Vergangenheit wenig attraktiv für die weiblichen Beschäftigten waren, hat sich die Gewerkschaftsszene in den letzten Jahren gewandelt. Dies drückt sich unter anderem in einer stärkeren Präsenz von Frauen auf Leitungsebenen und einer größeren Berücksichtigung der Interessen der weiblichen Beschäftigten aus.
- 3 Dieser Passus ruft insbesondere daher großen Unmut hervor, da der Arbeitskampf im Betrieb oder auf der Straße das bisher einzig wirksame Mittel zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse darstellte. Obgleich hierauf mit starker Repression reagiert wird, hindert dies die ArbeiterInnen nicht daran, weiter auf die Straße zu gehen. Im Anschluss an Savar fanden zahlreiche Proteste statt. Zuletzt demonstrierten ca. 50.000 ArbeiterInnen im September 2013 für die Erhöhung des Mindestlohns.
- 4 Die Tragödie des Rana Plazas ist ein weiterer Beweis für die Unzulänglichkeit von Corporate-Social-Responsibility-Initiativen: Zwei der dort ansässigen Textilfabriken wurden durch die Business Social Compliance Initiative überprüft und als gut befunden und eine weitere Fabrik hat auf ihrer Website angegeben, eine Inspektion durch die Service Organization for Compliance Audit Management mit positivem Ergebnis durchlaufen zu haben. Die Gebäudesicherheit gehörte trotz der bekannten Mängel im Sektor nicht zu den hierbei berücksichtigten Qualitätskriterien (vgl. Manik/Yardley/Greenhouse 2013).

Literatur

Claeson, Björn, 2012: *Deadly Secrets. What Companies Know about Dangerous Workplaces and Why Exposing the Truth Can Save Workers' Lives in Bangladesh and Beyond. A Report by International Labor Rights Forum*. Washington D.C. Internet: <http://laborrights.org/sites/default/files/publications-and-resources/DeadlySecrets.pdf> [12.6.2013].

Faruque, Abdullah Al, 2009: *Current Status and Evaluation of Industrial Relation System in Bangladesh*. ILO. Internet: www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@asia/@ro-bangkok/@sro-new_delhi/documents/publication/wcms_123336.pdf [15.3.2013].

Fink, Elisabeth, 2014: *Trade Unions, NGOs and Transnationalisation: Experiences from the Ready-made Garment Sector in Bangladesh*. In: ASIEN. (130), 1-16.

Greenhouse, Steven, 2013: Under Pressure, Bangladesh Adopts New Labour Law. The New York Times, 16.7.2013. Internet: <http://www.nytimes.com/2013/07/17/world/asia/under-pressure-bangladesh-adopts-new-labor-law.html> (17.7.2013).

ILO, 2013: ILO Statement on Reform of Bangladesh Labour Law [22.07]. Internet: http://www.ilo.org/global/about-the-ilo/media-centre/statements-and-speeches/WCMS_218067/lang--en/index.htm (22.7.2013).

Manik, Julfikar Ali/**Yardley** Jim/**Greenhouse**, Steven, 2013: Bangladeshis Burn Factories to Protest Unsafe Conditions. The New York Times, 26.4.2013. Internet: http://www.nytimes.com/2013/04/27/world/asia/bangladesh-building-collapse.html?_r=1& (1.6.2013).

Rahman, Zia/**Langford**, Tom, 2012: Why Labour Unions Have Failed Bangladesh's Garment Workers. In: Mosetsa, Sarah/Williams, Michelle (Hg.): Labour in the Global South. Challenges and Alternatives for Workers. International Labour Office. Genf, 87-106.

Sohel, Kyes, 2013: CPD proposes Tk6.560 Minimum Wage for First Year. Dhaka Tribune, 25.9.2013. Internet: <https://www.dhakatribune.com/bangladesh/2013/sep/25/cpd-proposes-tk6560-minimum-wage-first-year> (11.11.2013).

Yardley, Jim, 2013: After Disaster, Bangladesh Lags in Policing Its Maze of Factories. The New York Times, 2.7.2013. Internet: <http://www.nytimes.com/2013/07/03/world/asia/bangladeshi-inspectors-struggle-to-avert-a-new-factory-disaster.html?pagewanted=2&pagewanted=print>, [5.8.2013].

Frauen in Afghanistan ringen um ihre Rechte

JEANNETTE BÖHME

Es galt als Meilenstein im Kampf für Frauenrechte in Afghanistan: das Gesetz zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (EVAW Law). Seit August 2009 stehen zum ersten Mal in Afghanistan Vergewaltigung, Gewalt in der Familie sowie Zwangsheirat unter Strafe. Frauenrechtlerinnen setzten große Hoffnung in das von Präsident Hamid Karzai als Dekret erlassene Gesetz. Endlich existierte eine rechtliche Grundlage zur Ahndung von Gewaltverbrechen gegen Frauen und Mädchen. Umso besorgniserregender ist, dass diese Errungenschaft seit einigen Monaten in Frage gestellt oder untergraben wird.

Im Jahr 2013 dokumentierte die Afghanische Unabhängige Menschenrechtskommission (AIHRC) einen Anstieg der Gewalt gegen Frauen und Mädchen um fast 25%. Während für die erste Jahreshälfte 2012 insgesamt 3.331 Fälle von Gewalt an Frauen und Mädchen registriert wurden, betrug die Zahl der erfassten Fälle im gleichen Zeitraum des Folgejahres bereits 4.154 (Afghan Independent Human Rights Commission 2013). Die Dunkelziffer liegt laut AIHRC deutlich höher. Ob Gewalt gegen Frauen und Mädchen tatsächlich zugenommen hat oder aufgrund von erhöhtem Bewusstsein innerhalb der Bevölkerung mehr Fälle zur Anzeige gebracht wurden, bleibt unklar.

Anti-Gewalt-Gesetz wird kaum umgesetzt

Fakt ist: Strafrechtliche Konsequenzen haben die TäterInnen in der Regel nicht zu erwarten. Zwischen Oktober 2012 und September 2013 kam es laut einer Untersuchung der Vereinten Nationen in lediglich 108 Fällen zu einer Verurteilung der TäterInnen auf Grundlage des EVAW Laws (die Untersuchung wurde in 18 der 34 afghanischen Provinzen durchgeführt) (United Nations Assistance Mission in Afghanistan 2013). Eine ernüchternde Bilanz. Das Leben vieler Afghaninnen könnte so viel besser sein oder gar gerettet werden, würde das Anti-Gewalt-Gesetz nur konsequent umgesetzt. Noch immer existieren grundsätzliche Widerstände gegen die neue Rechtsnorm, die radikal mit der bisherigen gesellschaftlichen Akzeptanz frauenfeindlicher Gewalt bricht. Ein weiteres Problem liegt darin, dass das Gesetz bei PolizistInnen, RichterInnen, StaatsanwältInnen und StrafverteidigerInnen nicht ausreichend bekannt ist. Auch fehlt es an qualifiziertem weiblichem Personal innerhalb der Strafverfolgungsbehörden (Oxfam 2013). Gerade für Frauen und Mädchen, die Gewalterfahrungen gemacht haben, ist es oftmals leichter, sich einer Polizistin oder Anwältin anzuvertrauen.

Konsequente Aufklärung und Sensibilisierung führen hier zum Erfolg. Das zeigt die Arbeit der Mitarbeiterinnen von Medica Afghanistan, die von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen psychosozial beraten und rechtlich betreuen. Die Frauenrechtsorganisation medica mondiale gründete 2002 Medica Afghanistan mit Büros in Kabul, Herat und Mazar-i-Sharif. Seit 2010 führen die afghanischen Kolleginnen ihre Arbeit für die Rechte von Frauen und Mädchen als eigenständige Organisation fort. Sie führen regelmäßig Trainings mit VertreterInnen aus dem Justiz-, Sicherheits- und Gesundheitssektor durch und setzen sich auf politischer Ebene ein für die Durchsetzung von Frauenrechten. Besonders erfolgreich sind die Mitarbeiterinnen bei innerfamiliären Mediationen (Medica Afghanistan/medica mondiale 2013). Dies veranschaulicht das Beispiel von Najiba (Name geändert): Als Najiba zum ersten Mal in das Beratungszentrum von Medica Afghanistan kommt, ist sie verzweifelt. Die junge Frau wird fast täglich von Ehemann und Schwiegermutter geschlagen, da sie noch immer kein Kind geboren hat. Als sie Zuflucht bei ihrer Mutter sucht, schickt diese sie zurück. Dann wendet sich Najiba an eine Anwältin von Medica Afghanistan. Diese erklärt zunächst Najiba, dann ihrem Ehemann und weiteren Familienmitgliedern, was gemäß nationalem Recht und Scharia ihre Rechte und Pflichten sind. Nach 14 Mediationssitzungen kommt es zu einer Versöhnung zwischen dem Ehepaar, und eine Vereinbarung wird getroffen. Kein Familienmitglied wird Najiba mehr schlagen oder sie zwingen, eine Burka zu tragen. Najiba ist zufrieden: „Die Anwältin hat ein Wunder für mich bewirkt.“ Ihr Ehemann sei nun freundlich zu ihr. Najibas Mutter ergänzt: „Ich kannte unsere Rechte nicht. Jetzt erzählen wir jedem davon.“

Frauenrechtlerinnen werden angefeindet und bedroht

In den vergangenen Monaten sind afghanische Frauenrechtsverteidigerinnen zunehmend unter Druck geraten. Anfeindungen und Einschüchterungsversuche stellen keine Einzelfälle dar. Um Frauen zum Schweigen zu bringen, schrecken radikale Kräfte auch vor Mord nicht zurück. Die gezielten Tötungen der Polizistin Islam Bibi sowie der Schriftstellerin Sushmita Banerjee sind nur zwei von vielen Beispielen (Behn 2013). Auch Mitarbeiterinnen von Medica Afghanistan wurden während einer Fernsehdebatte zum ERAW Law von Hardlinern mit Waffengewalt bedroht. Als Konsequenz hieraus halten sie sich nun in der Öffentlichkeit bedeckt. Das ist ohne Zweifel ein Rückschlag für die Frauenrechtsorganisation. Trotzdem geben die Mitarbeiterinnen von Medica Afghanistan nicht auf und setzen ihre Arbeit fort.

Aktuell erarbeiten sie eine neue Sicherheitsstrategie – mit dem Ziel ihren Arbeitsalltag so zu gestalten, dass Medica Afghanistan auch in Zukunft erfolgreich für die Durchsetzung von Frauenrechten eintreten kann. Herkömmliche Maßnahmen wie Alarmanlagen oder Wachpersonal sind nicht länger ausreichend, um den Schutz der Mitarbeiterinnen und damit die nachhaltige Funktionsfähigkeit der Organisation zu gewährleisten. Vielmehr bedarf es eines ganzheitlichen Sicherheitsansatzes, der unter anderem folgende Fragen beantwortet: Wie kann Medica Afghanistan öffentlich über die Rechte von Frauen informieren, wenn sie hierfür gewaltsam attackiert werden? Wie können Klientinnen verlässlich mit den Anwältinnen und Psychologinnen in Kontakt treten, wenn diese aufgrund anonymer Drohungen immer wieder ihre Telefonnummern ändern müssen? Wie kann für die psychosoziale Gesundheit der stark belasteten Mitarbeiterinnen Sorge getragen werden?

Afghanische ParlamentarierInnen beziehen Stellung für den Schutz von Frauen

Immerhin hatte die anhaltende Berichterstattung über Gewalttaten an Frauen und Mädchen zur Folge, dass sich im Dezember 2013 hierzu auch das afghanische Parlament zu Wort meldete. Der Vorsitzende des Repräsentantenhauses, Abdul Rauf Ibrahim, verurteilte Gewalt an Frauen als unislamisch und rief die zuständigen Strafverfolgungsbehörden auf, sich stärker für den Schutz von Frauen einzusetzen (Sadat 2013). Diese klaren Worte sind keine Selbstverständlichkeit. Erst im Mai 2013 kam es bei diesem Thema zum Eklat. Damals scheiterte der Versuch, das ERAW Law im Parlament zur Abstimmung zu bringen (Roehrs 2013). Wie viele andere Gesetze, die hingegen nicht zur Diskussion stehen, wurde das ERAW Law bis dato nicht vom afghanischen Parlament ratifiziert. Die Abgeordneten sind völlig uneins. Während Medica Afghanistan und eine Gruppe von ParlamentarierInnen die gesetzliche Bestimmung bereits für rechtskräftig erachten und ihre sofortige Anwendung fordern, lehnt eine andere Gruppe das Gesetz per se ab, mit der Begründung, dass es gegen den Islam verstoße. Eine dritte Fraktion fordert Änderungen am Gesetzestext

(USAID/Afghanistan Parliamentary Assistance Program 2013). Eine Abstimmung im Parlament könnte zur Folge haben, dass der Gesetzestext aufgeweicht oder gar abgelehnt würde. Nach hitziger Debatte wurde die Vorlage damals ans parlamentarische Unterhaus zur weiteren Prüfung zurückverwiesen. Die Zukunft des Gesetzes bleibt ungewiss.

Frauenrechte sind auch eine afghanische Errungenschaft

Frauenrechte in Afghanistan sind kein westlicher Werteimport der internationalen Gemeinschaft nach dem Sturz der Taliban. Bereits 1980 zeichnete die afghanische Regierung die Frauenrechtskonvention der Vereinten Nationen (Convention on the Elimination of Discrimination against Women). Laut Samira Hamidi, Menschenrechtsaktivistin und frühere Direktorin des Afghan Women's Network, sind „rechtliche Errungenschaften – wie das EAW Law – die Leistung von AfghanInnen innerhalb der Regierung und Zivilgesellschaft“ (Ingber 2013).

Das derzeitige Ringen um Frauenrechte muss auch mit Blick auf den bevorstehenden Truppenabzug der NATO sowie die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2014 betrachtet werden. Hier werden Macht und Ressourcen neu verteilt. Einerseits birgt dies die Gefahr, dass die Interessen und Rechte von Frauen marginalisiert werden. Andererseits erhält das Engagement der internationalen Gemeinschaft einen deutlich stärkeren zivilen Charakter. Darin steckt auch eine Chance für die Zukunft.

Bereits am 8. Juli 2012 haben afghanische Regierung und internationale Gemeinschaft im Sinne fester gegenseitiger Verpflichtungen eine Rahmenvereinbarung – das sogenannte „Tokyo Mutual Accountability Framework“ – beschlossen (Tokyo Mutual Accountability Framework 2012). Anhand von 16 überprüfbaren Indikatoren verpflichtet sich die afghanische Regierung zu konkreten Fortschritten bei Wiederaufbau und Entwicklung. Dies umfasst ebenfalls die Umsetzung des EAW Laws. Die internationale Gemeinschaft hat ihre zukünftige Unterstützung für Afghanistan an die Erfüllung dieser Verpflichtungen geknüpft. Das erste Überprüfungstreffen am 3. Juli 2013 wies mit Blick auf das EAW Law eine negative Bilanz auf (Tokyo Mutual Accountability Framework 2013). Spürbare Konsequenzen wurden hieraus nicht gezogen. Für die Sicherung frauenrechtlicher Errungenschaften in Afghanistan ist es aber unabdingbar, dass die internationale Gemeinschaft politische Handlungsspielräume nutzt und proaktiv Frauenrechte fördert.

In jedem Fall sind die kommenden Monate entscheidend für den Status von Frauenrechten in Afghanistan. Die Mitarbeiterinnen von Medica Afghanistan werden sich auch in Zukunft engagiert für Frauen und Mädchen einsetzen. Wir sollten sie dabei unterstützen und solidarisch sein – jetzt erst recht!

Medica Afghanistan – Gleiche Rechte für Frauen in Afghanistan

Im Jahr 2002 begann die Frauenrechtsorganisation medica mondiale ihr Engagement in Kabul, Herat, Kandahar und Mazar-i-Sharif. Mit psychosozialen, medizinischen und juristischen Beratungsprogrammen und Menschenrechtsarbeit wurden seitdem mehr als 7.000 von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen unterstützt. Viele von ihnen saßen nach einer Vergewaltigung aufgrund sogenannter moralischer Verbrechen im Gefängnis. Der Vorwurf lautete: Ehebruch.

Seit Dezember 2010 ist Medica Afghanistan eigenständig. medica mondiale steht den afghanischen Kolleginnen weiterhin finanziell und beratend zur Seite.

Nach dem Fall der Taliban im Jahr 2001 begann in Afghanistan eine Phase des Wiederaufbaus, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft weckte. Heute, nach mehr als zehn Jahren internationalem Militäreinsatz, zeigt sich ein ernüchterndes Bild: Noch immer werden Frauen in der Gesellschaft brutal unterdrückt. Viele erleben tagtäglich Gewalt, sexuelle Ausbeutung, Rechtlosigkeit und Erniedrigung – in der Ehe, der Familie oder durch Behörden wie die Polizei. Obwohl es Gesetze zum Schutz und zur Gleichbehandlung von Frauen gibt, finden diese im Alltag der patriarchalen Kultur nur selten Anwendung. Zwangsverheiratung, Vergewaltigung, Gewalt in der Familie oder sogenannte „Ehrenmorde“ sind schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, denen Mädchen und Frauen in Afghanistan tagtäglich ausgesetzt sind.

Informationen unter www.medicamondiale.org und www.medicafghanistan.org.

Zahlen und Fakten zu Afghanistan

Beim Index für menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen steht Afghanistan an 175. Stelle von insgesamt 186 Ländern (DGVN 2013). Die Lebenserwartung beträgt 49,1 Jahre, die Lebenserwartung der ärmsten Länder der Welt liegt durchschnittlich bei 59 Jahren (ebd.).

60 Prozent der AfghanInnen haben Zugang zu Trinkwasser, 27 Prozent zu angemessener Sanitätsversorgung (WHO 2013). 85 Prozent der afghanischen Frauen sind Analphabetinnen (medica mondiale 2006-2007). Die durchschnittliche Schulbesuchsdauer liegt bei 3,1 Jahren (DGVN 2013). Es gibt durchschnittlich 6,2 Schwangerschaften pro Frau (WHO 2013). 87 Prozent aller Frauen werden regelmäßig geschlagen (UNIFEM 2010). Die Hälfte der afghanischen Frauen heiratet vor dem gesetzlichen Mindestalter von 16 Jahren (ebd.). 70 bis 80 Prozent der Frauen werden zur Heirat gezwungen (WHO 2013). Mädchen werden zudem häufig nach Streitfällen zwischen Familien als Wiedergutmachung zur Heirat gezwungen (ebd.).

Literatur

Afghan Independent Human Rights Commission, 2013: Violence against Women in Afghanistan. The First Six Months of the Year 1392. Internet: <http://www.aihrc.org.af/media/files/Research%20Reports/Voilence%20Against%20Women-%20first%20half-%20year%201392-%20English.pdf> (7.1.2014).

Behn, Sharon, 2013: Afghan Women Silenced by Fear. Internet: <http://www.voanews.com/content/afghan-women-silenced-by-fear/1752355.html> (7.1.2014).

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), 2013: Bericht über die menschliche Entwicklung 2013. Der Aufstieg des Südens: Menschlicher Fortschritt in einer ungleichen Welt. Berlin. Internet: <http://hdr.undp.org/en/content/bericht-%C3%BCber-die-menschliche-entwicklung-2013> (13.2.2014).

Ingber, Hanna, 2013: Afghans Share Their Views on the West's Influence. Internet: http://www.nytimes.com/2013/08/23/world/asia/afghans-share-their-views-on-the-west-s-influence.html?_r=0 (7.1.2014).

Medica Afghanistan/medica mondiale, 2013: Analysis Report. The EAW Law in Medica Afghanistan's Legal Aid Practice. An Analysis of the Use of EAW Law in Medica Afghanistan's Legal Aid Cases between January 1st 2011 and July 31st 2012. Internet: http://www.medicamondiale.org/fileadmin/content/07_Infothek/Publikationen/EAW-LAW-Analysis_2011-2012_Medica-Afghanistan.pdf (7.1.2014).

medica mondiale, 2006-2007: „Dying to be heard“. Self-Immolation of Women in Afghanistan. Findings of a Research Project by medica mondiale 2006-2007. Internet: http://www.medicamondiale.org/fileadmin/content/07_Infothek/Afghanistan/Afghanistan_Dying_to_be_heard_self_immolation_medica_mondiale_2007.pdf (13.2.2014).

Oxfam, 2013: Women and the Afghan Police. Why a Law Enforcement Agency that Respects and Protects Females is Crucial for Progress. Internet: <http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/bp-173-afghanistan-women-police-100913-en-embargo.pdf> (7.1.2014).

Roehrs, Christine, 2013: Damage Avoided, for Now? The Very Short Debate about the EAW Law. Internet: <http://www.afghanistan-analysts.org/damage-avoided-for-now-the-very-short-debate-about-the-evaw-law> (7.1.2014).

Sadat, Saleha, 2013: Parliament Reacts to Violence against Women. Internet: <http://www.tolnews.com/en/afghanistan/13081-parliament-reacts-to-violence-against-women> (7.1.2014).

Tokyo Mutual Accountability Framework (TMAF), 2012: Internet: http://www.mofa.go.jp/region/middle_e/afghanistan/tokyo_conference_2012/tokyo_declaration_en2.html (7.1.2014).

Tokyo Mutual Accountability Framework (TMAF), 2013: Co-Chair's Statement, Senior Officials Meeting Kabul, 3 July 2013. Internet: <http://mfa.gov.af/en/news/co-chairs-statement-tokyo-mutual-accountability-framework-tmaf-senior-officials-meeting-kabul-afghanistan-3-july-2013> (7.1.2014).

United Nations Assistance Mission in Afghanistan/United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights, 2013: A Way to Go. An Update on Implementation of the Law on Elimination of Violence against Women in Afghanistan. Internet: http://unama.unmissions.org/Portals/UNAMA/Documents/UNAMA%20REPORT%20on%20EAW%20LAW_8%20December%202013.pdf (7.1.2014).

United Nations Development Fund for Women (UNIFEM), 2010: UNIFEM Afghanistan Fact Sheet 2010. Internet: http://webarchives.cdlib.org/wayback.public/UCBL_ag_3/20100426185921/http://afghanistan.unifem.org/index.php (13.2.2014).

USAID/Afghanistan Parliamentary Assistance Program, 2013: Legislative Newsletter. 8 (14), Kabul.

World Health Organisation (WHO), 2013: Afghanistan Health Profile. Internet: <http://www.who.int/gho/countries/afg.pdf> (13.2.2014).

Das Ende der M23-Rebellion im Ostkongo aus geschlechterpolitischer Perspektive

SILKE OLDENBURG

Die Rebellengruppe der Bewegung des 23. März (M23) wurde im November 2013 nach 19-monatigem bewaffnetem Kampf von der kongolesischen Regierungsarmee Forces Armées de la République du Congo (FARDC) im Ostkongo entlang der ruandischen und ugandischen Grenze militärisch geschlagen. Doch mit dem (vorläufigen) Ende der M23 lösen sich nicht die strukturellen Probleme der Region. Unter diesen sind strategische Vergewaltigungen besonders weit verbreitet und verleihen der Demokratischen Republik Kongo den Ruf „rape capital of the world“ und „worst place on earth to be a woman“ zu sein (Human Rights Watch 2009, 14).

Die internationale Aufmerksamkeit, die sich in einer Vielzahl an Berichten, Dokumentationen und Besuchen von Hollywood-Stars niederschlägt, konzentriert sich auf Formen sexueller Gewalt im Ostkongo. Dieser Blickwinkel vereinfacht einerseits das komplexe Konfliktgeschehen, ermöglicht aber andererseits konkrete Aktionen zu identifizieren, die internationale Organisationen umsetzen können. Bedingt durch schwache staatliche Institutionen, übernehmen internationale Organisationen deren Funktionen. So wird beispielsweise die Gesundheitsversorgung vornehmlich aus Gebermitteln finanziert. Dies hat zu einigen infrastrukturellen Verbesserungen geführt. Im Ostkongo öffneten zwei große Krankenhäuser, die auf die Behandlung von Vergewaltigungsopfern spezialisiert sind. Dieses Engagement wurde im September 2013 geehrt und Dr. Mukwege vom Panzi-Krankenhaus in Bukavu mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet.

Gleichzeitig blendet der exklusive Fokus komplexe Konfliktstrukturen aus und führt zu einer Hierarchisierung von Opferkategorien. Zudem werden negative Dynamiken verstärkt, die eigentlich gelöst werden sollten: Eine provokante These sieht in der Prominenz von Vergewaltigungen ein attraktives Mittel für bewaffnete Gruppen, sich selbst und die eigenen Forderungen über sexuelle Gewalt zu kommunizieren (Baaz/Stern 2010).

Die Rebellion der M23 verstärkte die Instabilität in der seit Jahrzehnten durch Kriege geprägten Kivuregion, wobei auch die sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt anstieg. Aus der Perspektive der lokalen Bevölkerung werden Vergewaltigungen als „unkongolesisch“ und als „importiert“ betrachtet (Oldenburg 2014, i.E.). Dies addiert Fragen von Zugehörigkeit zum Konfliktgefüge, die entscheidend für die Wahrnehmung der verschiedenen Milizen durch die lokale Bevölkerung ist. So wurden die Rebellen der M23 wie ihre Vorgängermilizen als ruandische Marionetten wahrgenommen.

Die M23 – eine recycelte Rebellenarmee

Die M23 galt als straff organisierte politisch-militärische Bewegung, die im Gegensatz zu vielen anderen Milizen im Ostkongo als effektiv und diszipliniert auftrat. Auch internationale BeobachterInnen verbanden mit ihrer disziplinierten Erscheinung und ihren politischen Ansprüchen Hoffnung und verstanden sie als Gegenpol zur unkoordinierten, korrupten Regierungsarmee. Die M23 wird lokal als eine „recycelte“ Rebellenarmee verstanden, da viele ihre FührerInnen bereits in Vorgängermilizen wie der Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo (AFDL) und der Rassemblement Congolais pour la Démocratie (RCD) (beide Gruppen waren während des Ersten und Zweiten Kongo-Krieges zentrale Akteure) sowie dem Congrès National pour la Défense du Peuple (CNDP) unter Laurent Nkunda kämpften. Gemeinsam ist ihnen, dass sie hauptsächlich (aber nicht ausschließlich) der ethnischen Gruppe der Tutsi angehören. Die emische Sicht des „Recyclings“ geht auf die Eingliederung von antagonistischen bewaffneten Gruppen in die Regierungsarmee (FARDC) zurück. Diese „Vermischung“ (französisch *brassage*) galt lange als Allheilmittel im Prozess der Demobilisierung besiegter Rebellenarmeen. In diesem Sinne ist die FARDC, die schwerster Menschenrechtsverbrechen beschuldigt wird, eine Gruppe sich vorher bekämpfender Truppen, die heute maßgeblich zum Klima von Unsicherheit und Straflosigkeit beiträgt. Die institutionelle Schwäche der FARDC beruht auf intransparenten Kommandostrukturen, ineffizienter Logistik und unregelmäßigem Sold, fehlenden Vorräten sowie nicht zuletzt fehlender öffentlicher Anerkennung, die SoldatenInnen davon abhält, ihre Leben an der Front zu riskieren (Baaz/Verweijen 2013).

Die letzte *brassage* fand nach der Verhaftung des CNDP-Führers Laurent Nkunda 2009 statt. Anfang 2012 verkündete der kongolesische Präsident Kabila Militärreformen sowie die Auslieferung Bosco Ntangadas, der wegen Einsatz von Kindersoldaten und massiver Vergewaltigungen vom internationalen Strafgerichtshof gesucht wurde. Dies, sowie die schlechten Lebensbedingungen in der kongolesischen Armee, führte dazu, dass viele ehemalige Mitglieder der CNDP im April 2012 aus der Armee desertierten. Bezug nehmend auf den Friedensvertrag zwischen CNDP und Regierung vom 23. März 2009, den sie als gebrochen ansahen, nannten sie sich Bewegung 23. März (Stearns 2012). Innerhalb weniger Monate und mit substantieller Unterstützung Ruandas, nahm die den FARDC militärisch überlegene M23 einen wesentlichen Teil Nordkivus ein.¹ Im November 2012 gelang ihr, was noch der Vorgängermiliz verwehrt blieb: Sie besetzten vor den Augen der weltweit größten UN-Mission die wichtige Grenzstadt Goma und zwangen hierdurch die kongolesische Regierung an den Verhandlungstisch. Die Empörung über die Nicht-Intervention der Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo (MONUSCO) in internationalen Medien und in Goma selbst führte zu einer Erweiterung ihrer Mission. Mit der UN-Resolution 2098 vom 28. März 2013 wurde eine mit offensivem Mandat versehene Truppe unter afrikanischer Führung

zur Unterstützung der Regierungsarmee entsandt. Dieses robuste Mandat soll die sogenannten Interventionsbrigaden befähigen, alle bewaffneten Gruppen Ostkongos zu „neutralisieren“. Ironisch scheint die Tatsache, dass die Interventionsbrigade mit eben jenen Truppen kooperiert, die beim Vorrücken der M23 auf Goma unkoordiniert flohen und dabei massive Vergewaltigungen und Plünderungen vollzogen. Die UN dokumentierte 126 Vergewaltigungen in wenigen Tagen (MONUSCO 2013).

Das Dilemma sexualisierter Gewalt im Ostkongo

Autesserre weist auf ein Missverhältnis in der UN-Strategie für sexuelle Gewalt hin: 72% der Gelder werden in die Behandlungen von Vergewaltigungsopfern investiert, wohingegen nur 27 Prozent in präventive Maßnahmen und nur 0,4 Prozent in die Datenerhebung gesteckt werden (Autesserre 2012). Auch wenn Behandlungen und psychosoziale Versorgung von Opfern sexueller Gewalt zwingend erforderlich sind, wird der Grundsatz, dass Vorsorge besser ist als Nachsorge, erstaunlich wenig berücksichtigt. Die ausschließliche Fokussierung auf Vergewaltigungen als systematischer Kriegswaffe ist riskant, da sie Kriegsursachen, aber auch andere Konsequenzen von Gewalt vernachlässigt. Ferner hat die enge Zuweisung von Geldern in diesem Bereich zu einem Aneignungsprozess geführt, der Frauen behaupten lässt, vergewaltigt worden zu sein, um einen Anspruch auf Gesundheitsleistungen geltend machen zu können. Die Inszenierung als Opfer ist oft die letzte Ressource, die den Frauen und Männern bleibt, um sich Zugang zu Geldern und Maßnahmen zu öffnen. Diese Form der Handlungsfähigkeit ist eine unbeabsichtigte Konsequenz, die mit der Allgegenwart von sexueller Gewalt einhergeht. Neben den Konsequenzen von sexueller Gewalt gehen Kriegsursachen wie Landkonflikt, soziale Ungleichheit und wirtschaftliche Unsicherheit, schwache staatliche Strukturen und patriarchale Geschlechterverhältnisse auf Geberagenden unter, sind aber im Alltag sehr präsent. Dies wirkt sich auf Geschlechterbilder aus, die durch humanitäre Interventionen gestärkt werden. Zum Beispiel werden mit Soldaten Workshops organisiert, in denen diese sensibilisiert und militarisierte Männlichkeitsbilder rekonstruiert werden sollen. Als Ideal gilt der männliche Soldat, der die Zivilbevölkerung, hier vor allem Frauen und Kinder, beschützt. Dieses Bild reproduziert Geschlechterstereotype und ungleiche Machtbeziehungen, in denen Frauen mit Kindern in ihrer Schutzbedürftigkeit gleichgesetzt und als vom Mann abhängig erscheinen.

Geschlechterfragen bieten auch eine Nische für Aktivismus. Menschenrechtsgruppen betreiben Lobbyarbeit, die zur Verhaftung und Bestrafung von Tätern führen soll. Auch sozioökonomische Integrationsprogramme sind zentral. Sie sollen Frauen zum Erwerb eines eigenen Einkommens und zu mehr Unabhängigkeit verhelfen. Feministische Ansätze fördern die Ermächtigung von Frauen, um die Kontrolle über ihren Körper zurückzugewinnen. In internationalen Kampagnen wie „Stop Raping our Greatest Resource“ (V-Day/Unicef) bezeichnet die Aktivistin und Autorin der „Vagina-Monologe“, Eve Ensler, die Vergewaltigungen an kongolesischen Frauen

als „Femizid“, als bewusstes Auslöschen des weiblichen Geschlechts (Viner 2011). Frauen gelten hier als Opfer einer dysfunktionalen männlich dominierten Kultur. Im hiermit verbundenen Projekt „City of Joy“ in Bukavu werden vergewaltigte Frauen in einem Zeitraum von sechs Monaten über ihre Rechte aufgeklärt und sensibilisiert, um sich in ihren Gemeinden für einen positiven Wandel einzusetzen.

Oft scheint es jedoch, dass westliche Vorstellungen von Ermächtigung mit den Wünschen und Bedürfnissen der Frauen kollidieren: Viele Frauen wollen einfach nur nach Hause. Sie wollen weder als Opfer erkannt werden, noch legen sie Wert darauf, als Opfer anerkannt zu sein. Mit dem „Opfer“-Label geht eine gesellschaftliche Stigmatisierung einher. Es ist nicht selten, dass Frauen von ihren Männern, Töchter von ihren Eltern verjagt werden. So wirkt sich sexuelle Gewalt nachhaltig auf das soziale Gefüge aus, denn nicht nur die Betroffenen selbst, auch ihre Familien und sozialen Zusammenhänge sind getroffen. Ängste äußern sich in Diskursen um Scham, Reinheit und Hexerei oder in sozioökonomischer Form, zum Beispiel im Verlust vom Brautpreis, da Töchter kaum mehr in eine respektierte Ehe gegeben werden können. Ferner führt diese eindimensionale Unterstützung von Frauen zum Paradox, dass sie erst durch eine Vergewaltigung privilegiert werden, was im Umkehrschluss weitreichende Stigmatisierungen nach sich ziehen kann.

Das Ende der M23 löst nicht die strukturellen Probleme der Region

Nach zähen Friedensgesprächen und der militärischen Niederlage der M23 kam es Anfang Dezember 2013 zur Unterzeichnung von Nairobi. Anfang Januar 2014 äußerte die UN-Mission Bedenken über eine mögliche Reorganisation der M23. Sie warnte Ruanda und Uganda, dass Rebellen, die sich in ihr Territorium geflüchtet haben, dort keinesfalls trainieren dürfen, sondern dass ihre Demobilisierung, Entwaffnung und Reintegration vorangetrieben werden soll. Gleichzeitig wird auf eine Reform von Armee und Polizei gedrängt. Das vorläufige Ende der M23 wurde in Goma von vielen gefeiert. Zahlreiche Herausforderungen bleiben bestehen: Neben der Vielzahl an bewaffneten Gruppen, die in den Kivuprovinzen operieren, ist die Regierungsarmee für massive Menschenrechtsverbrechen verantwortlich. Das Hauptproblem der militärischen Integration liegt in ihren Anreizstrukturen (Baaz/Verweijen 2013). Rebellion wird belohnt statt bestraft. Nach Friedensschluss und Integration in die nationale Armee ergeben sich finanzielle Vorteile, hohe Ränge, gute Posten, Straflosigkeit und lukrative Arbeitsbedingungen.

Die verheerende sexuelle Gewalt im Osten der Demokratischen Republik Kongo wird seit einigen Jahren international sehr stark wahrgenommen. Dies hat abschließend ambivalente Auswirkungen. Die Präsenz humanitärer Akteure verändert nicht nur ökonomische Gegebenheiten an sich, sondern produziert auch idealtypische Bilder und Erwartungen an Geschlecht und Geschlechterbeziehungen. Die Förderung von Frauen, vor allem die Spezialisierung auf weibliche Opfer sexualisierter Gewalt resultiert in weniger Maßnahmen für andere Bereiche, schürt geschlechterspe-

zifische Rivalitäten, blendet die Vielfalt an (Geschlechter-)Identitäten aus, lindert eine von vielen Auswirkungen des Kriegs anstatt Ursachen zu suchen und effektiv zu bekämpfen.

Anmerkung

- 1 Berichte der UN-Expertengruppe und Human Rights Watch (2013) wiesen die Unterstützung der M23 durch Ruanda nach. Auch wenn Ruanda diese Anschuldigungen vehement abstrikt, stellten viele Länder zeitweilig ihre finanziellen, militärischen und technischen Hilfeleistungen ein.

Literatur

Autesserre, Séverine, 2012: Dangerous Tales: Dominant Narratives on the Congo and their Unintended Consequences. In: African Affairs. 111 (442), 1-21.

Baaz, Maria/**Stern**, Maria, 2010: The Complexity of Violence: A Critical Analysis of Sexual Violence in the Democratic Republic of Congo, DRC. Working Paper on Gender Based Violence. Nordic Africa Institute.

Baaz, Maria/**Verweijen**, Judith, 2013: Between Integration and Disintegration: The Erratic Trajectory of the Congolese Army. SSRC: Conflict Prevention and Peace Forum.

Human Rights Watch, 2009: Soldiers Who Rape, Commanders Who Condone. Sexual Violence and Military Reform in the Democratic Republic of Congo. New York.

Human Rights Watch, 2013: DR Congo: M23 Rebels Kill, Rape Civilians. New Evidence of Rwandan Support for M23, 11.7.2013. Internet: <http://www.hrw.org/news/2013/07/22/dr-congo-m23-rebels-kill-rape-civilians> (15.1.2014).

MONUSCO, 2013: Report of the United Nations Joint Human Rights Office on Human Rights Violations Perpetrated by Soldiers of the Congolese Armed Forces and Combatants of the M23 in Goma and Sake, North Kivu. Mai 2013. Internet: http://www.ohchr.org/Documents/Countries/ZR/UNJHROMay2013_en.pdf (15.1.2014).

Oldenburg, Silke, 2014: A Goma On Sait Jamais: Jugend, Krieg und Alltag im Osten der Demokratischen Republik Kongo. Berlin (i.E.).

Stearns, Jason, 2012: From CNDP to M23. The Evolution of an Armed Movement in Eastern Congo. London.

Viner, Katharine, 2011: City of Joy. New Hope for Congo's Brutalized Women. Internet: <http://www.theguardian.com/world/2011/apr/09/city-of-joy-congo-women-rape> (9.4.2011).

NEUES AUS LEHRE UND FORSCHUNG

Feministische Netzwerke: Spezialisierung, Profilierung, Abgrenzung?

BRIGITTE BARGETZ, MAGDALENA FREUDENSCHUSS

Was sind die aktuellen Grenzen, mit denen sich feministische Netzwerke im akademischen Kontext auseinandersetzen müssen? Worin zeigen sich die Potenziale und worin die Ambivalenzen feministischen Netzwerkes? Diese Fragen stellten wir 18 Menschen, die in feministischen oder geschlechterpolitischen Netzwerken bzw. Vernetzungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz aktiv sind. Im Blick hatten wir dabei feministische Formen der Kooperation, der kollektiven Wissensproduktion und -vermittlung ebenso wie vernetzte feministische Allianzen mit politischen, auch institutionsstrategischen, Zielen.

Allianzen und Kollektive sind seit jeher entscheidend für feministische Aktivismen und Wissensproduktion. In den vergangenen Jahren zeigt sich im deutschsprachigen akademischen Kontext eine verstärkte Institutionalisierung feministischer Netzwerke. Die unterschiedlichen, alten und neuen, feministischen Vernetzungen agieren allerdings vor dem Hintergrund aktueller wissenspolitischer Transformationen in den Hochschulen ebenso wie in der Forschungsförderung: Profilbildung, Spezialisierung, Rentabilitätsanforderungen und Verwertungslogiken geben ebenso wie ein auf seinen Privilegien insistierender Malestream die Rahmenbedingungen für feministisches Arbeiten, Denken und Handeln vor. Die Überlegungen, Problem Diagnosen und Stoßrichtungen, die sich daraus ergeben, sind, so zeigen die Antworten auf unsere Fragen, vielfältig – und dennoch treffen sie sich in einigen zentralen Punkten. So zeigt sich insgesamt das Verhältnis zwischen feministischer Theorie und Praxis in den Statements als eines grundlegender Verwobenheit: Feministische Netzwerke und kollektive Wissensproduktion artikulieren durch ihre Praxis die Übersetzung ihrer eigenen theoretischen Positionierung. Insofern zeigen sich in den Praxen des Netzwerkes und der Kooperation unterschiedliche Verständnisse von Feminismus, die in Gleichstellungspolitiken, in Politiken der Sichtbarkeit an den Hochschulen, in intersektionalen Reflexionen und Forderungen oder in breiten gesellschaftspolitischen queer-feministischen Strategien zum Ausdruck kommen. Nie geht es um rein strategische Bündnisse; feministische Netze sind immer auch politische Netze der Solidarität und Kritik, deren Ansprüche über Interessenpolitik hinausweisen. Ob es um fundamentale Fragen der Bildungspolitik – wie den (unterschiedlich stratifizierten) Zugang zu Hochschulen und universitärer Wissensvermittlung –, um

die akademische Etablierung und Absicherung marginalisierter Positionen – wie postkoloniale Theorie – oder um kollektive queer-feministische Praxen – wie Politiken jenseits von Identitätspolitik – geht: Individuelle Positionierung ist gekoppelt an wissen(schaft)spolitische Intervention. Interveniert wird in unterschiedliche und vielfältige Normalitäts-, Privilegien- und Wissensregime, die sich angesichts neoliberaler Transformationen weiter verschärfen.

Beinahe als roter Faden zieht sich die Intention der Nachwuchsförderung durch die verschiedenen Zusammenschlüsse: Informelle Coaching-Gruppe, Arbeitskreis innerhalb einer nationalen politikwissenschaftlichen Vereinigung oder Einrichtung von Stellen mit den Mitteln eines nationalen Gendernetzwerkes – die Nachwuchsfrage beschäftigt viele.

Als übergreifend benannte Leerstelle erweist sich die Frage der Anerkennung feministischer bzw. gender-politischer Forschung. Auffallend ist, dass nicht nur die materielle Anerkennung von Gender Studies umkämpft ist, sondern dass selbst bei erfolgreichen Kämpfen um die Verteilung von Ressourcen die symbolische Anerkennung fragil bleibt, wie sich nicht zuletzt in der Disziplinenfrage zeigt. In dieser Feststellung spiegelt sich eine Grundtendenz: Begrenzungen werden wahrgenommen, erfahren – und immer wieder herausgefordert. Feministische Netzwerk-, Bündnis- und Kooperationsarbeit gestaltet sich ambivalent und zeichnet sich durch eine Praxis der Selbstreflexion gerade auch angesichts dieser Ambivalenzen aus. Und schlussendlich sieht sie sich auch immer wieder mit der Gefahr ungewollter Komplizinnenschaft mit herrschenden Strukturen, der Gefahr der Anpassung und Funktionalisierung konfrontiert.

Die im Folgenden versammelten vierzehn Statements skizzieren einige der zahlreichen Vernetzungen, die die feministische Landschaft im deutschsprachigen Raum seit Beginn der 1990er Jahre bis heute gestalten. Im Groben nach der Form ihres Zusammenschlusses geordnet – von jener Vielfalt an Vernetzungen, die sich quer zu etablierten Strukturen organisieren, über (trans-)universitäre Zusammenschlüsse und interdisziplinäre Vereinigungen bis hin zu den institutionalisierten Netzen in den nationalen Vereinigungen der Politikwissenschaft – geben diese einen Einblick in die Herausforderungen, Zielsetzungen und Begrenzungen, denen sich feministische kooperative Strukturen gegenübersehen.

Queer-feministisch informierte affektive Widerstandspraxen jenseits von Institutionen

EVELINE VV NAY

Sündikat, Zürich, seit 2004

Als Teil der Plattform Sündikat und als queer-feministische_r Wissenschaftler_in beschreibe ich im Folgenden die affektiven Widerstandspraxen dieses Kollektivs. Sündikat ist keine Einheit, sondern ein lose organisiertes Kollektiv, das sich keine Struktur geben will. Es besteht aus Feminist_innen, Lesben, Trans*, Genderqueers, Cis-Männern, Cis-Frauen, Transen, Perversen und Freaks im Raum Zürich mit Ausläufern nach Genf, Basel, Freiburg i.B., St. Gallen und Konstanz. Viele sind Weiß, einige Of Color, Akademiker_innen, aus Arbeiter_innen-Verhältnissen und/oder mit einem Migrationshintergrund, einige sind von medizinischen Institutionen als psychisch krank beurteilt, leben von einer (Teil-)Invaliden-Rente oder der Sozialhilfe und wiederum andere wohnen in besetzten Häusern, entziehen sich dem Erwerbsleben und gestalten politische Aktionen und alternative Räume. Der Name Sündikat spielt auf die Begriffe Syndikat und Sünde an. Einerseits verweist er auf gewerkschaftliche Solidarität von abhängigen (Arbeits-)Subjekten in einem kapitalistischen System. Andererseits artikuliert diese Bezeichnung eine Ansammlung von normativ Abwegigen in einer konservativ-dogmatisch, religiös informierten Gesellschaft.

Unter dem Namen Sündikat kritisiert seit 2004 eine sich in Anzahl und Zusammensetzung wandelnde Gruppe von Menschen sexistische, heteronormative, kapitalistische, rassistische Machtverhältnisse in Form von Demonstrationen, Workshops, Festivals, Filmproduktionen und -visionierungen oder Partys in einem links-autonomen Umfeld von Squats (s. auch (www.suendikat.ch)). Nicht programmatische Konzepte und Zielsetzungen stehen im Zentrum von Sündikat; vielmehr sind es emotionale Intensitäten, die Aktionen, Räume und Bezüge formen: Als wütende Reaktion auf die kommerzialisierte Pride anlässlich des Christopher Street Day in der Schweiz wird die Off_Pride veranstaltet. Aus Sehnsucht nach einer Kultur jenseits privatisierter, monogamer Sexualität entstehen sporadisch aufflackernde, sex-positive Räume jenseits kommerzieller Angebote für Heterosexuelle oder Schwule. Aus dem Leiden an der heteronormativen Zweigeschlechtlichkeit im Alltag werden geschützte Räume für Lesben, Frauen, Trans*, Genderqueers, Perverse und Freaks geschaffen.

Dieser neugierige, affektive queer-feministische Aktivismus ohne genaue Ziele nährt die Hoffnung, dass alles auch anders sein könnte. Was in und durch die Plattform Sündikat passiert, lässt sich mit Sara Ahmed als Haltung beschreiben, der Welt im Bewusstsein zu begegnen, etwas anzutreffen, das nicht erkannt werden könnte, und mit Menschen in widerständige Praxen involviert zu sein, ohne sich gegenseitig in einer vermeintlichen Ganzheit anerkennen zu können (Ahmed 2004, 189).

Gleichzeitig wird diese verfehlte (An-)Erkennung im Sinne Judith/Jack Halberstams (2011) nicht als ein Scheitern des politischen Aktivismus, sondern als ein „privilege to imagine more“ (www.suendikat.ch) gefasst.

Literatur

Ahmed, Sara, 2004: *The Cultural Politics of Emotion*. Edinburgh.

Halberstam, Judith, 2011: *The Queer Art of Failure*. Durham, London.

Ein Knotenpunkt akademischer, aktivistischer und kultureller Praxen

ANTKE ENGEL. JULE JAKOB GOVRIN

Institut für Queer Theory, Berlin, seit 2006

Bevor die Neoliberalisierung der Hochschulen und der universitären Wissensproduktion einsetzte, fanden Institutionenkritik, gegen-hegemoniale Wissensproduktion und autonome Bewegungspolitik durchaus auch an Universitäten statt. Doch da viele derjenigen, die zur Analyse und Kritik gesellschaftlicher Prozesse beitragen, ihren Weg nicht an die Unis finden, galt und gilt es, sich an andere Orte zu bewegen und neue Räume zu schaffen, wo sich kritisches Denken, sozialer Austausch und politische Praxis verflechten lassen. In diesem Sinne ist 2006 das Institut für Queer Theory gegründet worden, mit dem Ziel, „über den Fokus auf Geschlecht und Sexualität hinaus (...) nicht-hierarchische Formen sozialer Differenz zu stärken“ (<http://www.queer-institut.de>). Das mittlerweile in Berlin ansässige, aber orts- und kontextübergreifend arbeitende Institut geht auf die persönliche Initiative von Antke Engel zurück. Ihr Anliegen war es, ein Alternativszenario zur universitären Forschungslandschaft sowie zu deren Vermittlungspraxis zu schaffen und sich zugleich in wissenschaftliche Debatten einzumischen und Kooperationen zu suchen. In enger Zusammenarbeit mit Einzelnen, namentlich Jess Dorrance und Jule Jakob Govrin, sowie definierten Gruppen und offenen Netzwerken, werden Projekte initiiert und Prozesse gestaltet, in denen Theorie als Ergebnis sozialer Praxis und kollektiver Verständigung erscheint. Wesentlich ist es dabei, aufmerksam gegenüber der eigenen Verwicklung in Machtverhältnisse und Privilegiensysteme zu sein und sich notwendigerweise mit den entsprechenden Konflikten auseinanderzusetzen. Darin begründet sich das Bestreben, Veranstaltungsformate zu entwickeln und auszuprobieren, die hierarchische Verhältnisse von Lehren und Lernen, von Zuhören und Sprechen unterwandern. Wie lassen sich Formen des Denkens, des Austauschs

und der Politik entwickeln, die ohne die Identitätsideologie eines phantasmatischen Wir auskommen, Normalitätsregime anfechten und Hierarchien abbauen? Jenseits von Marktlogik und Effizienzdenken gestaltet sich die Arbeit projektbezogen und in wechselnden Konstellationen entlang der Interessen der Beteiligten und politischer Herausforderungen. Seit 2011 arbeitet das Institut in Trägerschaft durch den gemeinnützigen Verein Gender/Queer e.V.; es finanziert sich weiterhin nahezu ausschließlich über Projektmittel und gezielte Kooperationen mit Allianzpartner_innen. Einen Eindruck von den bisherigen Aktivitäten des Instituts für Queer Theory, den diversen Veranstaltungsformaten und den Beteiligten vermittelt die Website www.queer-institut.de.

Ist Mentoring feministisch?

LEVKE HARDERS

Selbstorganisierte Vernetzung von Wissenschaftlerinnen

„We cannot fuck our way to freedom. (...) We cannot shop our way to freedom. (...) And we cannot fight the system on our own,“ stellt die Bloggerin Laurie Penny (2010, 64) für die feministische Bewegung des 21. Jahrhunderts fest. Ein feministisches Netzwerk ist daher in einem hierarchischen, Ungleichheit re/produzierenden Wissenschaftssystem ein richtiger Schritt: individuell wie strukturell. Ich verstehe Netzwerk in diesem Kontext als Interaktionsgeflecht zwischen Personen (und Institutionen), das im konkreten Fall Anfang 2012 von einem universitären Mentoringprogramm initiiert wurde, aber informell organisiert ist und aus vier promovierten Wissenschaftlerinnen verschiedener Fachrichtungen besteht.

Ist dieses Netzwerk von Frauen in der Arbeitswelt der Wissenschaft per se feministisch? Nein, wenn wir Wissenschaft als ein marktorientiertes System verstehen, das bestehende Machtverhältnisse stabilisiert, und wenn Mentoring diesen Strukturen dient, ohne sie zu verändern.

Als Wissenschaftshistorikerin beschäftige ich mich u.a. mit der geschlechterungleichen Ordnung der Wissenschaft: Bis heute verfügen Frauen – und andere ‚Gruppen‘ an Hochschulen – über weniger finanzielle und ideelle Ressourcen als ihre Kommilitonen und Kollegen, über geringere Sichtbarkeit (Rossiter 2003) und sie haben schlechtere Aufstiegschancen. Deshalb kann eine Gruppe von Frauen, die sich im prekären wissenschaftlichen Feld gegenseitig unterstützt, doch feministisch sein. Insbesondere dann, wenn sie Konventionen, Normen, Legitimationsstrategien der Wissenschaft erkundet, also danach fragt, wie Wissen institutionell produziert wird und welche Menschen und Gruppen an Hochschulen Benachteiligungen erle-

ben (und welche die *alma mater* gar nicht erst betreten dürfen oder nach dem Abschluss schnell wieder verlassen müssen). Zu diesem Reflexionsprozess gehört für mich auch das Nachdenken über die Bedingungen unseres Tuns, d.h. unserer wissenschaftlichen Arbeit, und damit meiner eigenen privilegierten Position als weißer, deutscher, promovierter, ... wissenschaftlicher Mitarbeiterin im (wenngleich befristeten) Angestelltenverhältnis. Das interdisziplinäre feministische Netzwerk ermöglicht diesen Reflexionsprozess – ebenso wie Handlungsoptionen. Denn neben Fragen der Forschung(-sorganisation) und Strategieentwicklung stehen vor allem Lehre und gute Betreuung der Studierenden sowie der universitäre Arbeitsalltag im Zentrum der monatlichen Treffen. In diesem Sinne setzen wir mit dem Netzwerk zweifach Gleichstellungspolitik für den wissenschaftlichen Nachwuchs um: gegenseitige Unterstützung in der Postdoc-Phase und Förderung von Studierenden wie Promovierenden.

Für diesen Ermöglichungsraum bin ich sehr dankbar.

Literatur

Penny, Laurie, 2010: *Meat Market. Female Flesh under Capitalism*. Winchester.

Rossiter, Margaret W., 2003: Der ~~Matthäus~~ Matilda-Effekt in der Wissenschaft. In: Wobbe, Theresa (Hg.): *Zwischen Vorderbühne und Hinterbühne. Beiträge zum Wandel der Geschlechterbeziehungen in der Wissenschaft vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Bielefeld, 191-210.

Prekäre Freiheiten? Freie(re) (Nicht-)Prekarität?

CHRISTINE M. KLAPEER

Verband feministischer Wissenschaftlerinnen (VfW). Verein zur Förderung freier feministischer Wissenschaftlerinnen und feministischer Wissenschaften in Österreich, seit 2000; Vorstandsmitglied

Ziel der Gründung des (ehrenamtlich organisierten) Verbands feministischer Wissenschaftlerinnen (VfW) (www.vfw.or.at/) im Jahre 2000 war vor allem die Stärkung und Vernetzung *freier* feministischer Wissenschaftler*innen, die (auch politisch motiviert) nicht (ausschließlich) innerhalb der akademischen Institutionen forschen und arbeiten wollten/konnten, sich mittels Forschungsprojekten und Lehraufträgen gleichsam prekarisiert an den Rändern universitärer Institutionen und Zwänge beweg(t)en oder sich nicht als Berufswissenschaftlerinnen verstehen wollten/konnten, sich jedoch einem breiteren Verständnis feministischer Wissenschaft verbunden fühl(t)en. Der Verband steht bis heute für eine Sichtbarmachung von Positionen

‚freier‘ und/oder (partiell) freiberuflicher Wissenschaftler*innen und derart auch für eine Politisierung der unterschiedlichen Möglichkeiten und (insbesondere auch monetären) Anerkennung ‚institutionalisierter (feministischer?) Berufswissenschaft‘ im Vergleich zu aktivistischen und/oder künstlerischen Formen feministischer Wissensproduktion.

Mit standpunkttheoretischen Anleihen geht es im VfW immer noch und immer wieder darum, die institutionellen *Bedingungen* und strukturellen *Möglichkeiten* feministischer Wissensproduktion zu befragen und eben nicht nur die Inhalte von Wissenschaft(en) einer kritischen Revision zu unterziehen. Inwieweit konstituieren sich Grenzen und Ungleichheiten *zwischen* (feministischen) Wissenschaftler*innen durch die jeweilige Möglichkeit/Fähigkeit zur Nicht-/Einpassung in akademische Logiken (z.B. aufgrund eines entsprechenden Karriereverlaufs, der entsprechenden Staatsbürger*innenschaft)? Wie viel (strategische oder ökonomisch notwendige) ‚Komplizenhaftigkeit‘ verträgt ein feministisches Wissenschaftsverständnis? Wie viel (feministischer) Widerstand ist innerhalb der engen akademischen Strukturen (noch immer oder immer mehr) möglich? Wer hat überhaupt die zeitlichen und/oder materiellen Ressourcen für diesen Widerstand? Und letztlich: Wie viel Feminismus (oder auch feministischer Aktivismus) erscheint innerhalb des aktuellen Wissenschaftsbetriebs – auch in den Gender Studies – noch erwünscht und ‚förderlich‘ für Karrieren und Forschungsanträge?

Der VfW versteht sich daher als „Denk-, Sprech-, Schreib- und Handlungsraum“ (Brunner 2013, 265), in dem ausgehend von den eigenen Erfahrungen – u.a. als Prekarierte oder eben auch als partiell Institutionalisierte oder temporär Privilegierte – diese ‚alten‘, jedoch nach wie vor aktuellen feministischen Dilemmata zum feministischen Kampfplatz werden.

Literatur

Brunner, Claudia, 2013: Aller guten Dinge sind dreizehn. Der Verband feministischer Wissenschaftlerinnen, in: Fink, Dagmar/Krondorfer, Birge/Prokop, Sabine/Brunner, Claudia (Hg.): Prekarität und Freiheit? Feministische Wissenschaft, Kulturkritik und Selbstorganisation. Münster, 265-275.

Doing Discipline?

SABINE HARK

Fachgesellschaft Geschlechterstudien/Gender Studies Association (Gender e.V.), seit 2010; 1. Sprecherin

Die ersten Professuren mit einer Denomination „Frauenforschung“ sind in den 1970er und 1980er Jahren hart erkämpft worden. Heute gibt es rund 190 Professuren mit einer Voll- oder Teildenomination für Frauen- und Geschlechterforschung bzw. Gender Studies und rund ein Dutzend Haupt- und Nebenfachstudiengänge der Geschlechterforschung. Die Fragen der Institutionalisierung und Verankerung von Geschlechterforschung haben allerdings nicht an Sprengkraft und Bedeutung verloren. Soll sie als eigenes Fach institutionalisiert oder als Bindestrichdisziplin in die bereits existierenden akademischen Fächer integriert werden? Schließt sich das aus? Wäre es nicht überhaupt sinnvoller, Intersektionalitätsstudien einzurichten statt separater Gender Studies? Wie auch immer diese Fragen beantwortet werden, die Sichtbarkeit, die Gender Studies verdienen, haben sie oft nicht – und dafür setzt sich die Fachgesellschaft Geschlechterstudien ein.

2010 gegründet, hat sie heute fast 400 Mitglieder. Die interdisziplinäre Vernetzung der Forschenden und Lehrenden im Feld der Gender Studies international voranzutreiben, ist eines ihrer vorrangigen Ziele. Die Fachgesellschaft fördert dafür die systematisch-kritische Diskussion zu Geschlecht, Geschlechterverhältnissen und Geschlechterordnungen, zu Gender als Wissenskategorie und als politischer Kategorie sowie zu verschiedenen Ungleichheitsdimensionen, mit denen Geschlecht verschränkt ist.

Aufgabe der Fachgesellschaft ist in erster Linie die Kooperation mit und die Unterstützung von Sektionen, Arbeitskreisen und Netzwerken der Geschlechterforschung – und zwar in allen wissenschaftlichen Disziplinen, also auch mit allen entsprechend engagierten wissenschaftlichen Fachgesellschaften. Das bedeutet auch: Die Fachgesellschaft ist keiner speziellen Methodologie, Theorie oder Disziplin verpflichtet. Sie versteht sich als ein multiperspektivisches und dynamisches wissenschaftliches Netzwerk.

Die Lehr- und Forschungslandschaft befindet sich in tiefgreifendem Wandel – Bologna und Ökonomisierung, Sparzwang und Legitimationsdruck – da stehen alle Disziplinen und Fächer vor neuen Herausforderungen – und manchmal auch vor Zumutungen. Das gilt auch für die Geschlechterforschung. Sie bewegt sich zudem in einem Spannungsfeld von Interdisziplinarität und Spezialisierung. Und gerade die Sozial- und Kulturwissenschaften sind derzeit einem hohen und stetig wachsenden Rechtfertigungsdruck ausgesetzt. Die Fachgesellschaft ist eine Antwort auf diese Herausforderungen, die sie indes nur im Verbund mit anderen feministischen akademischen und nicht-akademischen Netzwerken wird gestalten können.

Be- und Entgrenzungen feministischer Netzwerke im akademischen Kontext

HEIKE RAAB

**Österreichische Gesellschaft für Geschlechterforschung (ÖGGF), seit 2012;
Vorstandsmitglied**

Die Österreichische Gesellschaft für Geschlechterforschung (ÖGGF) besteht seit November 2012. Die wichtigsten Ziele sind die Weiterentwicklung und Förderung von Geschlechterforschung im universitären und außeruniversitären Bereich, insbesondere auch Nachwuchsförderung. Insgesamt geht es um die nachhaltige Verankerung von Gender Studies in Forschung und Lehre an den österreichischen Universitäten und die Vernetzung aller in diesen Bereichen tätigen Personen. Mit der Gründung der ÖGGF bestätigt sich einerseits der Trend zu einer verstärkten Institutionalisierung des akademischen Feminismus und der Gender Studies, andererseits zeigen sich auch Grenzen. Denn nach wie vor ist die institutionelle Organisation des wissenschaftlichen Wissens um Geschlecht und Geschlechterverhältnisse fachdisziplinär ausgerichtet. Als neue „Fachdisziplin“ müssen die Gender Studies in diesem Sinne um Anerkennung im wissenschaftlichen Feld kämpfen (zur Übersicht über die aktuellen Gender Studies Studienprogramme in Österreich <http://www.oeggf.at/cms/index.php/forschung-lehre.html>, 17.1.2013). Zugleich ergeben sich über die neuen Strukturen der ÖGGF maßgebliche Artikulationsräume für feministische Wissenschaftler_innen unterschiedlicher Disziplinen, über die sich auch die Geschlechterforschung weiterentwickelt.

Produktiv sind geschlechterpolitische Grenzziehungen grundsätzlich, weil eine Auseinandersetzung mit diesen politische, akademische und wissenschaftliche Benachteiligungen bzw. Ausblendungen benennbar und Wissensbestände hinterfragbar macht. Auf strukturelle Benachteiligungen von Frauen kann eingewirkt, ferner können androzentrische, heteronormative Wissenschaftsansätze kritisiert werden. In diesem Sinne markieren geschlechterpolitische Grenzziehungen keine genuin fachliche, personale oder räumliche Grenze, sondern ein ubiquitäres Terrain im wissenschaftlichen Feld.

Begrenzend bleiben feministische Netzwerke, mithin auch die ÖGGF, wenn die eigenen Praxen und folglich mitunter Ein- und Ausschlüsse unreflektiert bleiben. Paradoxerweise ist damit zugleich eine potentielle Entgrenzung benannt, die immer dann eintreten kann, wenn feministische Netzwerke durch Anpassungsleistungen unsichtbar oder austauschbar werden. Die Gefahr besteht etwa, wenn feministische Netzwerke zu Lobby-Vereinigungen mutieren, oder wenn sich Geschlechterforschung nicht (mehr) auf die eigene Tradition der Herrschafts- und Wissenschaftskritik bezieht.

Meines Erachtens ist die gegenwärtig wichtigste Herausforderung für die ÖGGF, wie für Gender Studies allgemein, sich (wieder) als zentrales bildungspolitisches

Projekt zu verstehen und dem potentiellen Bildungsausschluss in der aktuellen Hochschullandschaft zu begegnen. Eine zentrale Rolle spielen hierbei Fragen nach dem Zusammenhang von Geschlecht und anderen Achsen von Differenz bzw. Ungleichheit.

Zwischen Bundesförderung und wissenschaftlicher Anerkennung

ANDREA MAIHOFER

Netzwerk Gender Studies Schweiz, seit 2002

Das Netzwerk Gender Studies CH wurde vor über zehn Jahren von Vertreter_innen verschiedener Lehr- und Forschungsinstitutionen im Bereich der Geschlechterforschung in der Schweiz gegründet. Beteiligt sind die Universitäten Basel (Leading House), Bern, Fribourg, Genf, Lausanne, Neuchâtel, St. Gallen und Zürich sowie das Graduate Institute (IHEID) in Genf. Anliegen war, die Geschlechterforschung an den Universitäten in Lehre und Forschung nachhaltig zu etablieren sowie die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu sichern. Dazu wurde zum einen – ausgehend von unterschiedlichen universitären Bedingungen – ein inhaltliches Konzept entwickelt, das in einem Antrag für ein Kooperationsprojekt bei der schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) mündete. Zum anderen arbeiteten Vertreter_innen der Universitäten, der nationalen Gleichstellungspolitik, des Parlaments sowie wissenschaftsadministrativer Institutionen parallel an einem wissenschaftspolitischen Konzept mit dem Ziel, die Institutionalisierung der Chancengleichheit und der Geschlechterforschung in der „Wissenschaftsbotschaft“ festzuschreiben, die alle vier Jahre vom Parlament verabschiedet wird. Beides gelang wiederholt und so wird das Netzwerk seit 2004 vom Bund durch Beiträge der SUK unterstützt. Die aktuelle dritte Laufzeit endet 2016. Bis dahin soll, so das ausdrückliche Mandat, die Geschlechterforschung an den Schweizer Hochschulen anderen wissenschaftlichen Disziplinen gleichgestellt sein.

Das Projekt wurde wiederholt erfolgreich evaluiert und gilt in der Hochschullandschaft der Schweiz als Pioniermodell. Dieser Erfolg war nur durch eine enge Kooperation des Netzwerks mit Vertreter_innen aus Politik, Wissenschaftsadministration, Forschungsförderung sowie aus den Chancengleichheitsressorts an den Hochschulen möglich. Im Zuge des Projekts wurden an den beteiligten Universitäten Studienprogramme auf BA-, MA- und Graduiertenstufe aufgebaut, Graduiertenkollegien etabliert und eine Reihe struktureller Stellen geschaffen. Zudem wurden ein gesamtschweizerisches Vorlesungsverzeichnis sowie die gemeinsame Internetplattform Gender Campus ein-

gerichtet. Auch werden regelmäßig Summer Schools durchgeführt und gemeinsame Gastprofessuren berufen. Der Erfolg des Netzwerks ist nicht zuletzt in diesen Kooperationsstrukturen und einer gemeinsam entwickelten Kommunikations- und Entscheidungskultur begründet, die ich für etwas sehr wertvolles halte.

Doch trotz der Etablierung dieses Netzwerks, der umfangreichen Förderung durch den Bund, der (teilweisen) Unterstützung durch die Universitäten sowie den erfolgreichen Evaluationen ist die Lage der Geschlechterforschung nach wie vor prekär. Eine langfristige wissenschaftliche Anerkennung konnte bislang nicht erreicht werden. Deshalb stellen die mit Bologna einhergehenden laufenden Umstrukturierungen das Erreichte immer wieder in Frage. Das macht nicht nur ständig erneute Anstrengungen nötig, sondern auch eine verstärkte Diskussion über die spezifische Prekariät der Geschlechterforschung im gegenwärtigen wissenschaftspolitischen Kontext.

Eine Multitude der Exzellenz?

BIRGIT SAUER

Forschungsverbund Geschlecht und Handlungsmacht/Gender and Agency, Universität Wien, seit 2014; Sprecherin

Am 1. Januar 2014 startete der interfakultäre Forschungsverbund „Geschlecht und Handlungsmacht“ an der Universität Wien, der zunächst für drei Jahre eingerichtet wurde. Ein Forschungsverbund hat laut Organisationsplan der Universität die Aufgabe, das interdisziplinäre Profil zu fördern. Dafür steht eine kleine Summe zur Verfügung, seed money, das die interdisziplinäre Vernetzung und vor allem die Akquise von Drittmittelprojekten ermöglichen soll, sodass in drei Jahren eine Forschungsplattform an der Universität beantragt werden kann, die einem internationalen peer review-Verfahren standhält.

Der Forschungsverbund ist die erste universitätsweite Institutionalisierung von Geschlechterforschung an der Universität Wien. Obgleich es in allen geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlichen Fächern eine große Zahl an Wissenschaftler_innen im Genderbereich auf allen Qualifikationsstufen gibt, konnten bislang kaum Kooperationen realisiert werden – die Geschlechterforschung bildet eher eine prekär etablierte Vielfalt. In den vergangenen Jahren gab es allerdings immer wieder Versuche, die Forscher_innen in postgradualen Ausbildungsprogrammen zu vernetzen, zunächst im sogenannten Gender Kolleg, dann in einem Initiativkolleg, einem 3-jährigen Doktoratsprogramm zu „Gender, Violence and Agency in the Era of Globalization“. Ein 12-jähriges Doktorand_innen-Programm zu diesem Thema scheiterte vorläufig an den Exzellenzkriterien des österreichischen Forschungsförderungsfonds.

Der Verbund ist von der Idee der Multitude getragen, also einer weder disziplinären, noch theoretischen oder methodischen Spezialisierung, sondern einer möglichst großen Offenheit. Er ist zudem eine ‚niederschwellige‘ Form der Vernetzung und Kooperation, eine lockere Organisation der genderforscherischen universitären Multitude, zu der Studierende ebenso gehören wie der akademische Mittelbau und die Professor_innen. Das Angebot zur Vernetzung besitzt unterschiedliche Intensitätsgrade – eine Mailingliste, in die mittlerweile 300 Leute eingetragen sind, eine Homepage (<http://genderandagency.univie.ac.at/>) sowie Workshops und Tagungen, die Mitglieder des Verbunds organisieren. Aus dieser Vielfalt sollen sich im Laufe der Zeit Profilierungen entwickeln.

Auch der Titel des Verbunds soll es ermöglichen, offen für die Breite der Geschlechterforschung zu sein und zugleich auf die Dimension von Handlungsmöglichkeiten bzw. deren strukturelle Verhinderung zu fokussieren. Zudem gibt es bereits Spezialisierungen aus früheren Kooperationen in drei Themengruppen – geschlechtsbasierte Gewalt, Körperdiskurse und sozialer Wandel. Diese drei zu ergänzenden Themengruppen sind der erste Schritt, um kooperative, transdisziplinäre Forschungsprojekte zu entwickeln.

Insgesamt ist der Forschungsverbund ein Hybrid: einerseits die Vernetzung als Bottom-Up-Initiative, andererseits der Anspruch, ein Nukleus der Exzellenz an der Universität Wien zu werden. Ob dieser Drahtseilakt funktioniert, wird sich in drei Jahren erweisen.

Feministische Postkoloniale Theorie im deutschsprachigen Wissenschaftsdiskurs

NIKITA DHAWAN

Exzellenzcluster Die Herausbildung normativer Ordnungen (Goethe-Universität Frankfurt), seit 2007; Principal Investigator und Sprecherin des Frauennetzwerkes

Frankfurt Research Center for Postcolonial Studies (FRCPS), seit 2009; Initiatorin
Das Frankfurt Research Center for Postcolonial Studies (FRCPS) wurde im Jahr 2009 von Nikita Dhawan im Rahmen der Juniorprofessur für Gender und Postkoloniale Studien innerhalb des Exzellenzclusters Die Herausbildung normativer Ordnungen an der Goethe-Universität Frankfurt gegründet. Es verfolgt das Ziel, postkoloniale Theorie im Allgemeinen und feministisch-postkoloniale Theorie im Besonderen in der deutschsprachigen Wissenschaftslandschaft stärker zu verankern. Das Zentrum ist das erste seiner Art innerhalb der deutschsprachigen Sozialwissenschaften und

bietet somit erstmals einen institutionalisierten Raum des Austausches und der Vernetzung für SozialwissenschaftlerInnen innerhalb der postkolonialen Studien. Der Fokus liegt hierbei insbesondere auf der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Zentral ist in diesem Zusammenhang das FRCPS-Colloquium, zu dem NachwuchswissenschaftlerInnen aus dem gesamten deutschsprachigen Raum anreisen, um ihre Projekte zu diskutieren und sich mit ExpertInnen zu Themen der postkolonial-feministischen Studien auszutauschen. Raum für internationale Vernetzung bot zudem eine vom FRCPS-Colloquium organisierte Graduiertenkonferenz mit dem Titel „Colonial Legacies, Postcolonial Contestations: Decolonising the Humanities and the Social Sciences“, zu der im Juni 2011 über 140 Vortragende aus mehr als 35 Ländern anreisten, um ihre Arbeit in 33 Panels mit zahlreichen BesucherInnen zu diskutieren.

Im Januar 2014 wurde Nikita Dhawan zur Sprecherin des Frauennetzwerkes des Exzellenzclusters gewählt. Sie ist durch die Wahl Mitglied im Direktorium des Clusters. Die clusterinterne Gleichstellungspolitik gehört zu den zentralen Aufgabenfeldern des Frauennetzwerkes, zugleich verfügt das Netzwerk aber auch über Mittel, um Veranstaltungen zu Fragen von Gleichstellung und Repräsentation an Universitäten durchzuführen. In diesem Rahmen wird in Kooperation des FRCPS mit dem Frauennetzwerk eine Veranstaltung zu Intersektionalität und „Diversity“-Diskursen organisiert werden. Ziel der Veranstaltung wird sein, das Missverhältnis zwischen einer zunehmenden Rhetorik der Vielfalt und den nach wie vor äußerst homogen besetzten Universitäten kritisch zu beleuchten. Hier wird die ideologische Funktion von diversity als „legitimising performance indicator“ (Sara Ahmed) in akademischen Institutionen untersucht. Wir nehmen Kimberlé Crenshaws Einsicht ernst, wenn sie provokant fragt: „What difference does difference make?“. Ähnlich argumentiert Angela Davis, wenn sie die Verlinkung von Intersektionalität mit Diversität und Gerechtigkeit beklagt und dies als „Difference that makes no difference“ beschreibt, weil der Fokus auf ‚Rasse‘ oder Geschlecht in keiner Weise die Unterdrückungsmaschinerie verändert.

Zur Ambivalenz des Netzwerkens in Institutionen

SYLVIA PRITSCH

**Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (ZFG),
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, seit 2000**

Als ältestes Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung in Niedersachsen – 2000 gegründet – und eines der ältesten bundesweit (s. auch <http://www.uni-oldenburg>).

de/forschung/wissenschaftliche-zentren/zfg/das-zentrum/), hat das ZFG vielfältige Erfahrungen mit der Dynamik von Netzwerk-Entwicklungen unter wechselhaften institutionellen Bedingungen (Zur Selbstdarstellung des Zentrums s. <http://www.uni-oldenburg.de/forschung/wissenschaftliche-zentren/zfg/das-zentrum>). Während zum einen die Institutionalisierung als zentrale Forschungseinrichtung und damit die Fortführung bestehender Netzwerke sowie die erfolgreichen Aktivitäten in netzwerkfördernden Programmen den Aufbau neuer einflussreicher Netze auf interdisziplinärer, nationaler wie internationaler Ebene beförderten, waren es zum anderen ebenfalls institutionelle Bedingungen, die einschneidende Veränderungen bewirkten: Bedingt durch den Wegfall von Professorinnen-Stellen tragender Mitglieder 2008/2009 wurde eine Neuausrichtung notwendig. Diese brachte die Eingliederung in eine Fakultät und damit eine Neuprofilierung mit sich, zugleich wurde mit dem Wechsel von sozial- und erziehungswissenschaftlichen zu kulturwissenschaftlichen Schwerpunkten auch ein Generationenwechsel in Gang gesetzt. Hier zeigte sich, wie instabil Netzwerke werden können, die sich nicht nur über unterschiedliche Disziplinen, sondern auch über verschiedene Forscher_innen-Generationen erstrecken. Besonders dramatisch zeigte sich das Wegbrechen eines ganzen Bereiches infolge der Nichtverstetigung einer Juniorprofessur, die zu einem Wegfall des gerade aufgebauten Netzwerkes führte, sodass feministische Natur- und Technikwissenschaftskritik heute erneut eine Leerstelle in Oldenburg darstellt.

Mit der Verstetigung 2010 konnte das ZFG sein Fortbestehen sichern, wobei es kontinuierlicher inneruniversitärer Netzwerkarbeit bedarf, um der Gefahr der Funktionalisierung zu begegnen.

Insgesamt ist das Engagement in verschiedenen Netzwerken für das ZFG zentraler Bestandteil seiner Arbeit. Dazu zählen individuell geknüpfte und gepflegte Netzwerke ebenso wie Netzwerke institutioneller Natur (wie die Fachgesellschaft Gender Studies). Insbesondere von Bedeutung für die niedersachsenweite Netzwerkarbeit in der Geschlechterforschung ist die Landesarbeitsgemeinschaft (LAGEN). Wichtig erscheint ein Zusammenschluss außerhalb der eigenen Universität als Unterstützung und Korrektiv, auch wenn hier Konkurrenzen nicht ausbleiben bzw. die Aktivitäten u.U. nicht unabhängig von der Zustimmung der jeweiligen Universitäten unternommen werden können.

Generell lässt sich auf allen, auch hier nicht erwähnten, inner- wie außeruniversitären Ebenen ein hoher Bedarf an Netzwerktätigkeiten feststellen, der jedoch mit den vorhandenen personellen Kapazitäten nicht immer im wünschenswerten Maße gedeckt werden kann. Vernetzungen, so das Fazit, haben weiterhin eine hohe Bedeutung, lassen sich aber nicht gegen die Institution pflegen, durch die sie geprägt und verändert werden.

(Queer-)feministische studentische Netzwerkarbeit

ANNA HAUCKE

Ausschuss für Frauen- und Genderpolitik des fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften), seit 1994

Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften e.V. (fzs) ist ein überparteilich aktiver Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland. Der Verein vertritt die sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Interessen der Studierenden. Die Aufgabe, feministische Politik und ihre Herausforderungen in der Arbeit des fzs mitzudenken, wurde bereits in der zweiten Mitgliederversammlung des fzs 1994 beschlossen. Demnach sollen feministische Positionen in alle Arbeitsbereiche des Verbands eingebracht werden und feministische Forderungen sowohl nach innen als auch nach außen vertreten werden.

Die Arbeit des Ausschusses Frauen- und Genderpolitik innerhalb des fzs befindet sich an einem Knotenpunkt: Es kommen verschiedene Formen feministischer Aktivitäten zusammen – von institutionellen Ansätzen in hochschulinternen Gremien über (queer-)feministische, unabhängig agierende Gruppierungen bis hin zu im akademischen Bereich forschenden und theorieentwickelnden Herangehensweisen. Regional sehr unterschiedliche Diskussionswege werden bundesweit gebündelt und weitergedacht. Grundsätzlich kann die Arbeit des Ausschusses an der Schnittstelle zwischen Wissensproduktion und Wissensvermittlung verortet werden.

Die selbstgesetzte Aufgabe des fzs, geschlechtliche Selbstverwirklichung im Verband selbst, in der Studierendenschaft, in den Hochschulen und nicht zuletzt in der Gesellschaft zu fördern und durchzusetzen, kann dabei nur durch wiederholte Grenzüberschreitungen – disziplinärer, institutioneller und thematischer Art – erfüllt werden. Im Positionspapier des Ausschusses für Gender- und Frauenpolitik ist vermerkt, dass jede Person ihr Geschlecht frei und ohne Konsistenzanspruch sozial, emotional, psychisch und körperlich bestimmen können soll. Verbandsinterne Veröffentlichungen und Diskussionsräume sowie offene Veranstaltungen im Rahmen von fzs-Workshops oder auch die durch die Mitgliedshochschulen ausgerichteten Aktionstage sind damit Räume, in denen jener vielfältige Wandel zu leben versucht wird, der theoretisch gefordert wird. So wird die inhaltliche Öffnung durch die Ausrichtung auf Heterosexismus immer expliziter auch in Richtung von Trans* betrieben, und intersektionale Überlegungen nehmen mehr Raum ein. Verbandsintern wird u.a. nach Wegen gesucht, politische Ziele der Queer Theory mit den Ansprüchen feministischen Empowerments zusammenzudenken, praktisch zum Beispiel über Redelisten. Auf akademisch produziertes (queer-)feministisches Wissen kann der Verband durch die enge Anbindung an Hochschulen zurückgreifen und den Zugang dazu öffnen, indem er versucht, dieses Wissen in die Praxis, z.B. den institutionellen Rahmen, zu übersetzen.

Gerade der grenzüberschreitende Charakter der (queer-)feministischen Arbeit im fzs ist es somit, der hier geschlechterpolitisch produktiv gemacht wird – auch wenn dies durch einen Rückgriff auf Wissensräume geschieht, in denen Grenzziehungen praktiziert werden. Geschlechterpolitische Arbeit muss sich, um gesellschaftlich produktiv zu sein, grenzüberschreitend bewegen können und Wissen weitertragen.

Feministische Vernetzung in der DVPW

GABRIELE ABELS

Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), seit 1951; Vorsitzende (seit 2012)

Frauen Netzwerke haben einen geschlechterpolitischen Wandel in der DVPW vorangetrieben. Die Bildung eines feministischen politikwissenschaftlichen Netzwerks reicht bis in die frühen 1990er Jahre zurück und hat sich in Gestalt des Arbeitskreises (AK) Politik und Geschlecht in der DVPW (siehe den Beitrag des aktuellen Sprecherinnenrats, Anm. d. Red.) institutionalisiert. Allerdings ist die Vernetzung von Politologinnen in der DVPW nicht auf den AK beschränkt. Die Zielsetzung des AK war und ist eine doppelte, wodurch er immer eine gewisse Sonderstellung hatte: nämlich als normale fachliche Untergliederung in der Vereinigung ein Ort für wissenschaftliche Debatten zu sein und zudem Lobbyist in Sachen Frauenförderung. Die Arbeit des AK ist für viele gleichstellungspolitische Fortschritte in der DVPW mitverantwortlich: die Weiterentwicklung des Ethikkodexes, die Gründung des Ständigen Ausschusses für Frauenfragen (StAFF), die Entwicklung einer Agenda zur Frauenförderung in der DVPW oder das Gender-Monitoring. Dieser Prozess ist nicht ohne Konflikte verlaufen, und zwar nicht nur mit und in den Gremien der DVPW. Die Frage nach der Ausbalancierung des doppelten Mandats ist immer wieder auch im AK selbst kontrovers gewesen. Infolge der Institutionalisierung der Frauenförderung konnte in den letzten Jahren der Schwerpunkt stärker auf den wissenschaftlichen Fragen liegen.

Die DVPW ist nicht zuletzt durch die maßgeblich vom AK initiierten Initiativen heute eine andere Vereinigung als noch vor 20 Jahren: weiblicher in Bezug auf die Mitgliedschaft, offener in Bezug auf Frauenförderung und Geschlechterforschung. Gleichwohl gibt es noch viele Herausforderungen: Erstens gilt es, den Dialog zwischen im Fach etablierten feministischen Wissenschaftlerinnen und dem wissenschaftlichen Nachwuchs wieder stärker zu beleben; eine Vernetzung des Nachwuchses untereinander ist wichtig, greift aber zu kurz. Zweitens sollte der AK mit anderen fachlichen Untergliederungen stärker verschränkt werden, um dadurch ei-

nerseits die Geschlechterforschung in vielen Themenfeldern des Fachs besser zu verankern und hierfür Interesse zu wecken, und um eine stärkere Vernetzung über das weitgehend reine, allerdings nicht ausschließliche Frauennetzwerk des AK hinaus zu fördern. Das „Andocken“ an andere (Männer-)Netzwerke ist wichtig. Drittens haben sich die politikwissenschaftlichen Vereinigungen in Europa (und auch international) in den letzten Jahren stärker untereinander vernetzt; dies bietet Ansatzpunkte für einen wissenschaftlichen Austausch sowie einen über Best Practices der Frauenförderung in der Politikwissenschaft.

Feministische Netzwerkbildung – eine (selbst-)kritische Bestandsaufnahme

SPRECHERINNENRAT AK POLITIK UND GESCHLECHT (IMKE LEICHT, CHRISTINE LÖW, NADJA MEISTERHANS, KATHARINA VOLK)

Arbeitskreis Politik und Geschlecht in der DVPW (Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft), seit 1991; 11. Sprecherinnenrat (2012-2014)

Netzwerke sind en vogue. Auch im Bereich der feministischen Forschung versprechen sie erhöhte Chancen, in der Wissenschaftslandschaft wahrgenommen und als förderungswürdig anerkannt zu werden. Zudem erscheinen Netzwerke unerlässlich, um auf die ‚richtigen Leute‘ zu treffen, alle wichtigen Termine zu erfahren und, wichtiger noch, Teil einer Community zu sein. Nicht zuletzt sind Netzwerkbildungen im Bereich der Genderforschung auch Ausdruck des Versuchs, eine Gegenhegemonie zu etablierten Männernetzwerken in der Wissenschaft zu bilden. Angesprochen sind hier die ‚Old Boys Clubs‘, die aufgrund subtiler Machtstrukturen und informeller Regeln ausgesprochen exklusiv sind.

Das feministische Netzwerk als Gegenwehr und antisexistisches Bollwerk? Nicht ganz. Auch feministische Netzwerke laufen Gefahr, sich nur allzu gut in den neoliberalen Zeitgeist einzupassen. Grenzen des Networking resultieren aus den nicht verfügbaren Kapazitäten mit Blick auf die prekären Beschäftigungsverhältnisse insbesondere der Nachwuchswissenschaftler_innen. Für jene, die sich von einem befristeten Arbeitsvertrag zum nächsten hangeln, kann die Netzwerkpflge schnell selbstausbeuterische Züge annehmen, zumal sie in der Regel ehrenamtlich ist. Coaching (etwa in Form von Professor_innenprogrammen) ist dann die Hilfestellung, die scheinbar gebraucht wird, um zu wissen, welchen Netzwerken wir angehören müssen.

Und doch sind Netzwerke wichtig, um Bünde zu schmieden, gemeinsame Projekte anzustoßen, feministische Forschungen übergreifend einzusetzen und sich unterei-

nander solidarisch zu stützen. Aus dieser Motivation heraus ist 1991 der Arbeitskreis Politik und Geschlecht in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) von feministischen Politikwissenschaftler_innen gegründet worden (siehe den Beitrag von Gabriele Abels, Anm. d. Red.). Die Stärkung der Frauen- und Geschlechterforschung sowie der feministischen Wissenschaft und das Sichtbarmachen von Frauen und deren Forschungsarbeiten sind Ziele des AK Politik und Geschlecht. Unter den gegenwärtigen neoliberalen Entwicklungen in der Hochschullandschaft, die auf individuelle Lösungen für die strukturelle Marginalisierung von feministischen Wissenschaftler_innen setzt, sieht sich der AK vor neue Herausforderungen gestellt. Um emanzipativ wirken zu können, sollten feministische Netzwerke sich deshalb wieder stärker auf ihre machtkritischen Ursprünge beziehen und sich nicht von der Logik der ‚Verbetriebswirtschaftlichung‘ leiten lassen. In diesem Sinne ist es an der Zeit, uns die Netzwerke zurückzuerobern, als Räume, die Alternativen zum Bestehenden bieten und gegenhegemoniale Institutionenbildungsprozesse anstoßen.

Networking under the Radar

LEA SGIER

Working Group Gender & Politics of the Swiss Political Science Association, since the early 1990s; Chair

The working group Gender & Politics of the Swiss Political Science Association was founded in the early 1990s by Prof. Thanh-Huyen Ballmer-Cao, one of the pioneers of research on women in politics and gender equality policies in Switzerland. Its main activity consists in holding a workshop at the annual Swiss political science conference. The group also occasionally cooperates with its sister groups of neighbouring political science associations (Germany, Austria, France, Belgium, Luxembourg, and Canada).

Ever since it came into being, the group has faced the same challenges: a small and rather volatile pool of members, and a general difficulty earning visibility and legitimacy.

The first challenge stems from various factors:

- ▶ the quasi-absence of Gender chairs in Swiss political science departments – only the University of Lausanne currently has a (newly established) professorship held by a Gender & Politics specialist; the other Gender chairs are attached to Sociology, History, Gender Studies or International Relations (HEID) departments – and of gender-related courses from political science MA curricula, con-

sequently a very limited number of doctoral students engaging in gender related political science research;

- ▶ the small size and strong fragmentation of the Swiss higher education system (between linguistic regions, and between universities, university institutes and professional universities);
- ▶ the structure of academic careers in Switzerland that forces the vast majority of post-docs either into an often long period of precariousness (time-limited and/or part-time jobs, etc.) and mobility (often abroad), into jobs unrelated to their field of specialisation, or out of the system altogether (often into the public administration).

This configuration results in very small numbers of researchers constituting a ‘natural’ and stable pool for the Gender & Politics group.

The second challenge – the problem of visibility and legitimacy of gender research in Swiss political science – is to my understanding partly due to a lack of awareness of many ‘mainstream’ colleagues of the salience and vitality of gender research at the European level. Many still see gender issues as a ‘niche’ topic, and this impression is difficult to correct by our small community of researchers that is pretty much operating ‘under the radar’ of the Swiss mainstream.

Our group plans to increase the scope of the network by linking it better with other gender/feminist/gender & politics networks in- and outside Switzerland, and to enhance visibility via common publications. However, these plans are slow to materialise, partly because the few more senior members of the network are all currently abroad (myself including) and/or engaged in a variety of other activities and networks too, not all of them gender related.

REZENSIONEN

Eva Sanger, Malaika Rödel (Hg.)

Biopolitik und Geschlecht: Zur Regulierung des Lebendigen

CHRISTINE LOW

Eine feministische Auseinandersetzung mit Biopolitik war in der deutschsprachigen Diskussion längst überfällig. Das Buch „Biopolitik und Geschlecht: Zur Regulierung des Lebendigen“ von *Eva Sänger* und *Malaika Rödel* schließt diese Lücke. Mit dem Sammelband soll untersucht werden, wie sich „Zugriffe auf das ‚Lebendige‘ und die Reproduktion heteronormativer Geschlechterordnung miteinander verschränken“ (7). Zentrales Anliegen der Autorinnen ist es, den kritischen Gehalt des von Michel Foucault entwickelten Begriffes im Hinblick auf Geschlechterverhältnisse zu schärfen. Dazu legen Sänger/Rödel in der Einleitung den theoretischen Rahmen von Foucaults Konzept zur Biopolitik dar. Bei Biopolitik handelt es sich um einen spezifisch *produktiven* Machttypus, der darauf abzielt „leben zu machen und sterben zu lassen“ (Foucault zit.n. Sänger/Rödel, 8) und die Steigerung des Lebens ins Zentrum stellt. Während die hiesige Weiterentwicklung der Arbeiten zur Biopolitik weder Geschlecht noch Sexualität systematisch berücksichtigt, konnten vor allem Gender und Queer Studies durch Rekurs auf Foucaults Sexualitatsdispositiv zeigen, dass beide Kategorien nicht naturgegeben sind. Zudem macht die Verknüpfung von persönlicher Fortpflanzungsfähigkeit „mit der Erhaltung und Reproduktion der Gattung“ (10) auch deutlich, dass Heterosexualität als Ordnungsmacht figuriert, die individuelle Normalitatsanforderungen hervorbringt. Ebenso haben Frauen- und Geschlechterforscher_innen herausgearbeitet, in welchem Maße Wissen und die Entstehung von Lebenswissenschaften (u.a. Biologie, Medizin) mit ihrem Fokus auf einem vergeschlechtlichten Körper Männlichkeit als universale Norm und Weiblichkeit als besonderes ‚Anderes‘ etablierten. Vor dem Hintergrund neuer technowissenschaftlicher Entwicklungen (Molekularisierung, Informatisierung) greift das Buch diese Einsichten auf und untersucht aus einer queeren und feministischen Lesart von Biopolitik, wie sich „lebenswissenschaftliche Wissensproduktion, Naturalisierungsprozesse und vergeschlechtlichte Praktiken der Selbst- und Fremdfuhrung im Kontext von Bevolkerungsregulierung und -verwaltung gestalten“ (13).

Der Sammelband enthält zwölf Beiträge, die sich in folgende drei Felder gruppieren, 1. Wissen vom Leben: Lebenswissenschaften; 2. Regierung der Bevölkerung: Demografie, Statistik und Grenzregime sowie 3. Regierung der Sexualität: Selbstverhältnisse und Zwei-Geschlechter-Ordnung. Thematisch wird im ersten Teil der

unkritische Rekurs auf einen vitalistischen und unmittelbaren Lebensbegriff bei u.a. Agamben, Esposito, Grosz, Braidotti sowie teilweise auch Foucault kritisiert, weil dadurch eine Hinterfragung von gesellschaftlich mitgeprägten Natur- und Geschlechterverhältnissen erschwert wird (*Susanne Lettow*). *Petra Schaper-Rinkel* legt dar, wie durch den Gebrauch von Antidepressiva, Ritalin und Neuroenhancern zur Bekämpfung von Schüchternheit die Gestaltung des guten Lebens in kapitalistischen Gesellschaften mit Hilfe neurowissenschaftlicher Deutungsmuster individualisiert wird – ohne geschlechtshierarchische Arbeitsteilungen und sozialstrukturelle Ursachen zu berücksichtigen.

Der zweite Teil beginnt mit einer Auseinandersetzung mit dem europäischen Grenzregime, indem *Sabine Hess* zeigt, dass durch ein Anti-Trafficking-Dispositiv Frauen v.a. als Opfer von Wanderungsbewegungen gedacht werden und auch frauenrechtliche NGOs eine restriktive Rationalität des Migrationsregimes verstärken. *Linda Supik* beschäftigt sich anhand der Aufnahme eines dritten Geschlechtes in Indien und den Vorarbeiten für die Erfassung sexueller Identitäten in Großbritannien kritisch mit Volkszählung als biopolitische Subjektivierungstechnologie und betont deren ambivalente Auswirkungen bezüglich erzwungener Normalisierung, Sichtbarkeit und Stigmatisierung. *Susanne Schultz* analysiert aus einer intersektionalen und staatstheoretischen Perspektive die Biopolitik des Kinderbekommens am Beispiel der aktuellen deutschen Familienpolitik und stellt dabei fest, dass diese durch klassenpolitische Einschnitte und rassistische Maximen geprägt sei. Gerahmt durch den Demografiediskurs, der die Umverteilung sozialstaatlicher Leistungen mit Verweis auf objektive Gegebenheiten propagiert, wird die „Gouvernementalität ‚reproduktiven Verhaltens‘“ (119) entsprechend differenziert: So seien es insbesondere deutsche Akademikerinnen, die zum Kinderbekommen angereizt werden, hingegen seien Frauen mit geringem Einkommen (z.B. Hartz-IV-Bezieherinnen) sowie Migrantinnen von Kürzungen sozialstaatlicher Leistungen betroffen, die eher antinatalistisch wirken.

Im dritten Kapitel steht schließlich die Frage nach Biomedizin als Wahrheitsregime und die Verbindungen zur heteronormativen Matrix (Butler) sowie zu „neuartigen Repräsentations-, Lebens-, Begehrens- und Sexualitätsformen“ (17) im Mittelpunkt. In diesem Kontext werden Veränderungen der Wissensdiskurse über Hermaphroditen vom 16./17. Jahrhundert bis in die Gegenwart analysiert (*Ulrike Klöppel*) sowie alternative Lebens- und Begehrensformen vorgestellt, die Sexualitätskategorien jenseits essentialisierender Vorstellungen von Homosexualität entwerfen (*Mike Laufenberg*). *Uta Schirmer* zeigt in Auseinandersetzung mit der Neuregelung des als verfassungswidrig beurteilten Transsexuellengesetzes, dass das hegemoniale Verständnis von Zweigeschlechtlichkeit als „somatisch-biologisch fundierter naturalisierter Ordnung“ (18) herausgefordert und zugleich der medizinisch-psychiatrische Expertenstatus verfestigt wird. Mit Bezugnahme auf Praxen aus trans*queeren alternativen Kontexten stellt sie alternative Subjektivierungsweisen vor, für sich und andere vergeschlechtstkörper zu existieren, in „denen Geschlecht (...) (zum Teil)

als veränderbar und abhängig von kontextuellen Strukturierungen und Anerkennungsbeziehungen (erfahren wird); in denen Körper auf unterschiedliche Weisen geschlechtlich erfahren, neu besetzt oder auch verändernd gestaltet werden können – mit Mitteln des Drag oder auch medizinischer Technologien“ (260).

Der Sammelband leistet einen anspruchsvollen und inhaltlich sehr kenntnisreichen Beitrag zur beginnenden Debatte um Biopolitik und Geschlecht. Die Artikel zeichnen sich durch hohe Qualität, kritische Durcharbeitung der Foucault'schen Konzepte und deren produktive Anwendung für aktuelle feministische Fragestellungen in so unterschiedlichen Feldern wie Migrationspolitik, Trans- und Intersexualität, gesunde Lebensweisen, Selbstverhältnisse sowie klassenspezifische und rassifizierende Dimensionen deutscher Frauenpolitik aus. Interessant wäre es gewesen, den überwiegend nationalstaatlichen bzw. europaweiten Blick zu erweitern durch internationale Diskussionen zu Bevölkerungspolitik und reproduktiven Rechten im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit, den transnationalen Bedingungen von Leihmutterchaft und Eizellenspende sowie feministischen Beschäftigungen mit AIDS/HIV-Prävention. Denn angesichts der technologischen, politischen und sozio-ökonomischen Entwicklungen ist die Analyse von Befreiungs- und Unterwerfungsmomenten an den Schnittstellen zwischen Biopolitik und Geschlecht in einem lokalen, nationalen und globalen Raum eine der aktuellen Herausforderungen für kritische feministische Theorien.

Eva Sängler, Malaika Rödel (Hg.), 2012: Biopolitik und Geschlecht: Zur Regulierung des Lebendigen. Münster: Westfälisches Dampfboot, 288 S., ISBN 978-3-89691-235-0.

Magdalena Freudenschuss

Prekär ist wer? Der Prekarisierungsdiskurs als Arena sozialer Kämpfe

SABINE PROKOP

Magdalena Freudenschuss beschäftigt sich in ihrem ausgesprochen dichten Werk mit Prekarisierung, Prekarität, Prekariat, prekärer und prekarisierter Arbeit, allesamt Schlüsselbegriffe des sozialen Wandels. Sie sucht Widersprüchlichkeiten und Brüche, folgt Konflikten und „argumentativen Fluchtlinien“ (21) in der Behandlung sozialer Ungleichheiten. Ihr spezieller Fokus liegt dabei nicht auf den aktivistischen und wissenschaftlichen Spezialdiskursen, sondern auf dem öffentlichen Diskurs über Prekarisierung. Insgesamt ist das Buch trotz und zugleich wegen seiner expliziten Wissenschaftlichkeit interessant und fesselnd, nicht zuletzt weil die Autorin

merklich großen Wert auf Sprachgestaltung legt sowie ihre Subjektpositionierung transparent macht, als „ich“ spricht.

Im Zentrum stehen neben der Systematisierung sozialisierter Wissensbestände zu Prekarisierung/Prekarität Deutungskämpfe über Prekarisierung im öffentlichen Diskurs. Es geht um Kritik und Macht. Prekarisierung wird als „vorwiegend herrschaftskritisches Konzept“ (19) verstanden, das sich auf kapitalistische Strukturen richtet und auch deren „Verwobenheit mit patriarchalen und rassistischen Herrschaftsstrukturen in den Blick nimmt“ (19). Diskutiert werden hinsichtlich eines Konzepts für die politische Praxis auch die Verwobenheit von Geschlecht, Ethnizität, StaatsbürgerInnenschaft und/oder Herkunft unterschiedlicher Subjektentwürfe, eben „Prekär ist wer?“.

Die Verfasserin zielt mit dieser Arbeit „auf eine hegemonie- und herrschaftskritische Untersuchung des Prekarisierungsdiskurses“ (20). Sie sieht „Prekarisierung als Feld sozialer Kämpfe auf symbolischer Ebene“ (29) und will „einen diskurstheoretischen und intersektional reflektierenden Beitrag zur Prekarisierungsforschung“ (20) leisten, was ihr überzeugend gelungen ist. Dabei zentrale Argumentationslinien bezeichnet sie pointiert als „abfedern, banalisieren, legitimieren“ (21) und „problematizieren, skandalisieren und politisieren“ (21) sozialer Ungleichheiten.

Das Verhältnis verschiedener Diskursstränge spezialisierter Wissensproduktion zur Prekarisierung charakterisiert Freudenschuss als „Rezeptionssperre“ (25), die sie zu überwinden sucht. Ihre „Brückenköpfe“ (30) dabei sind feministische Forschung und Strukturperspektiven, die einerseits Prekarisierung als mehrdimensionales, komplexes Phänomen systematisieren, andererseits sowohl auf Subjekt- als auch Struktur- und Repräsentationsebenen diskutieren sowie drittens die herrschaftskritischen Perspektiven beider Diskursstränge kritisch erweitern. Zusammenhänge zwischen Unsicherheit und Prekarisierung/Prekarität und wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungen werden in den Debatten in Europa verfolgt, wobei die Autorin besonderes Augenmerk auf das „Zwischen“ legt: „Zwischen Praxis und Leitbild“ (54) oder „Zwischen Freiheit und Zwang“ (55), und alle relevanten Aspekte (wie atypische Beschäftigungen, Working Poor, Workfare, internationale Arbeitsteilung u. v. m.) umfassend abhandelt.

In den theoretischen Perspektiven sieht Freudenschuss Hegemonie als Prozess, sie beschäftigt sich mit der diskursiven Konstruktion von Wirklichkeiten und den Medien als Diskursorten. In ihrer Darstellung der empirischen Ergebnisse zu Prekarisierung, Prekarität, Prekariat, prekärer und prekarisierter Arbeit spricht sie dann nur mehr von „Prek“ (118ff.) als „Instrument des epistemologischen Bruchs“ (118) zur Distanzierung vom Gegenstand ihrer Untersuchungen.

Methoden, Vorgangsweise und Sampleauswahl sind in dieser 2013 publizierte Dissertation detailliert und perfekt nachvollziehbar dargestellt. Der Untersuchungszeitraum der intersektionalen Analyse printmedialer Verhandlungen („Der Standard“ und „Die Presse“ aus Österreich, „die tageszeitung“ und „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ aus Deutschland) beginnt mit Oktober 2006, wo die Voruntersuchung ei-

nen „eindeutigen, quantitativen Sprung“ (121) in der Thematisierung von Prekarität festgestellt hatte, und endet (aus forschungspragmatischen Gründen) nach 30 Monaten am 30. Juni 2008.

Fazit dieser für die Analyse des Prekarisierungsdiskurses (nicht nur) im deutschsprachigen Raum exemplarischen Arbeit ist, dass die Politisierung sozialer Ungleichheit an Relevanz gewinnt, wobei aber das „herrschaftskritische Potential der Prekarisierungsbegriffe“ (22) im öffentlichen Diskurs über weite Strecken verloren geht. Prekarität als gesellschaftlichen Konflikt zwischen Generationen, Klassen etc. wird in zum Teil nicht miteinander kompatiblen Facetten verhandelt. Dieser öffentliche Diskurs wird als „nationalstaatlich gerahmt, auf die soziale Mitte hin orientiert“ (22) diagnostiziert. Freudenschuss schließt ihr nicht leicht, jedoch sehr schön zu lesendes Werk mit dem Wortspiel, dass „auch die Konstruktionen des Prekären prekäre Konstruktionen“ (315) bleiben.

Magdalena Freudenschuss, 2013: *Prekär ist wer? Der Prekarisierungsdiskurs als Arena sozialer Kämpfe*. Münster: Westfälisches Dampfboot. Reihe: Arbeit – Demokratie – Geschlecht, Band 18, 333 S., ISBN 978-3-89691-930-4.

Sigrid Leitner

Varianten von Familialismus. Eine historisch vergleichende Analyse der Kinderbetreuungs- und Altenpflegepolitiken in kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten

WOLFGANG KECK

„Wie kann der Wandel des Familialismus in konservativen Wohlfahrtsstaaten erklärt werden?“ (14) *Sigrid Leitner* untersucht diese Frage in einer historisch vergleichenden Analyse der Kinderbetreuungs- und Altenpflegepolitiken in vier kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten. Mit der Studie möchte die Autorin die meist auf einen Zeitpunkt bezogenen Typologien zu Wohlfahrtsregimes um eine historische Perspektive erweitern und die unterschiedliche Entwicklung der Familien- und Pflegepolitik in den Ländern erklären.

In modernen Wohlfahrtsstaaten werden die Verantwortungsbereiche der Familie für die Betreuung von Kleinkindern und die Pflege älterer Menschen durch sozialpolitische Maßnahmen bestimmt. Einführend unterscheidet Leitner vier Varianten dieser staatlichen Verantwortungsverteilung von Betreuungs- und Pflegeaufgaben: Familienmitglieder können erstens von ihren Fürsorgepflichtigen durch soziale Dienste

entlastet werden (*Defamilialismus*) oder ihnen obliegt zweitens aufgrund fehlender öffentlich geförderter Alternativen die Verantwortung für die Pflege und Betreuung (*impliziter Familialismus*). Drittens können sozialpolitische Maßnahmen wie Erziehungszeiten oder Pflegegeld die Sorgearbeit durch Familienmitglieder unterstützen (*expliziter Familialismus*). Bestehen Optionen, entweder Betreuungs- und Pflegedienste in Anspruch zu nehmen oder Unterstützung für die Sorgearbeit in der Familie zu erhalten, spricht Leitner viertens von einem *optionalen Familialismus*.

Die Autorin differenziert unter den vorherrschenden Unterschieden zwischen Frauen und Männern in der Erwerbsbeteiligung und den Arbeitseinkommen zwischen geschlechtsspezifisch diskriminierenden und geschlechtsspezifisch egalitären Varianten des Familialismus. Familialisierende Maßnahmen reproduzieren in der Regel die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, weil aus haushaltsökonomischen Gründen Frauen die Fürsorgearbeit in der Familie übernehmen. Nur wenn Maßnahmen einen individuellen Einkommensersatz gewähren und durch sie die berufliche Karriereentwicklung nicht beeinträchtigt wird, können sie als geschlechteregalitär bezeichnet werden. Defamilialisierende Maßnahmen ermöglichen Frauen die Teilnahme am Erwerbsleben und bieten somit die Chance für eine egalitäre Aufteilung der Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Partnern.

Um Politikveränderungen zu erklären, greift Leitner auf vier Ansätze zurück. Aus einer funktionalistischen Perspektive entscheidet der Handlungsdruck z.B. aufgrund sinkender Geburtenraten oder von Arbeitskräftemangel über die Umsetzung von politischen Reformen. Kulturalistische Ansätze betonen, dass Werte und Einstellungen in der Bevölkerung der Auslöser für politische Reformen sind. Akteurzentrierte Ansätze sehen Parteien und Koalitionen aus Interessenvertretern als eine treibende Kraft für die Durchsetzung oder Verhinderung politischer Reformen. Schließlich führt Leitner an, dass die Struktur von Institutionen abträglich oder hilfreich sein kann, um politische Reformen zu initiieren.

In vier Länderkapiteln zu Belgien, Deutschland, Frankreich und Österreich werden jeweils für die Politikfelder Kinderbetreuung und Altenpflege wesentliche sozialpolitische Reformen seit 1900 dargestellt. Leitner zeigt auf, dass Belgien, Deutschland und Frankreich im Bereich der Kinderbetreuung nach einer langen Phase des expliziten Familialismus in den letzten Jahrzehnten zu einem optionalen Familialismus gewechselt sind. In Österreich vollzog sich nur der Schritt vom impliziten zum expliziten Familialismus, der weiterhin geschlechterdiskriminierend wirkt. In der Pflegepolitik gab es in allen Ländern einen Übergang vom impliziten Familialismus zum expliziten Familialismus. Spätestens ab den 1990er Jahren wurden Maßnahmen für pflegende Angehörige wie Pflegegeld und Pflegezeiten eingeführt.

Für Leitner stellt der in Belgien, Deutschland und Frankreich vollzogene Wandel hin zum optionalen Familialismus bei der Kinderbetreuung allerdings keine Angleichung an den aus ihrer Sicht optionalen Familialismus nordischer Wohlfahrtsstaaten dar. Die Autorin sieht darin eine eigenständige konservative Form des optionalen Familialismus, die sich durch eine schichtspezifische Differenzierung aufgrund gerin-

ger Lohnersatzleistungen und zusätzlicher Betreuungskosten auszeichnet und sich damit vom egalitären sozialdemokratischen Modell abhebt.

Für die Betreuungspolitik untersucht Leitner ausführlich, welche Erklärungsansätze für die Reformen zutreffen. Bei der Altenpflegepolitik fällt diese Analyse eher kursorisch aus. Zur Erklärung des Wandels der Wohlfahrtsregime reicht nach Leitner ein theoretischer Ansatz nicht aus. Vielmehr sind für die Reformen je nach Land, Politikfeld und Zeitpunkt Kombinationen von Erklärungsfaktoren ausschlaggebend. So sieht Leitner den Übergang zum optionalen Familialismus in Deutschland entscheidend durch die normative Debatte über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geprägt, die als einzige Option gesehen wurde, um den Geburtenrückgang aufzuhalten. In Belgien und Frankreich hingegen spielten sowohl kulturelle Leitbilder als auch ökonomische Rahmenbedingungen und eine historisch bereits entwickelte Betreuungsinfrastruktur eine zentrale Rolle.

Leitners Studie leistet einen wichtigen Beitrag für die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, die oftmals noch den fixen und generalisierenden Typologien verhaftet ist. Zum einen zeigt sie auf, wie unterschiedlich die Entwicklungspfade vermeintlich ähnlicher Wohlfahrtsregime verlaufen sind. Zum anderen macht die Autorin deutlich, dass sich innerhalb eines Wohlfahrtsregimes in den Politikfeldern Kinderbetreuung und Altenpflege unterschiedliche Varianten des Familialismus entwickelten. Ihre Befunde zeigen, dass die oft unterstellte Kohärenz der Politikansätze innerhalb eines Wohlfahrtsregimes einer detaillierten Analyse nicht standhält.

Sigrid Leitner, 2013: Varianten von Familialismus. Eine historisch vergleichende Analyse der Kinderbetreuungs- und Altenpflegepolitiken in kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten. Berlin: Duncker & Humblot, 233 S., ISBN 978-3-428-14098-5.

Beate Hoecker

Frauen und das institutionelle Europa: Politische Partizipation und Repräsentation im Geschlechtervergleich

GESINE FUCHS

In den letzten Jahren sind eine Reihe von Überblickswerken zur Geschlechterpolitik der Europäischen Union (EU) erschienen (z.B. Abels/Mushaben 2012 und Klein 2013). Während die *Policy*-Seite also vergleichsweise gut abgedeckt ist, sind die *Politics* weniger bearbeitet. Zur politischen Partizipation und Repräsentation in den Europäischen Institutionen aus Geschlechterperspektive fehlte bisher eine umfassende deutschsprachige Darstellung. *Beate Hoecker* hat nun dankenswerterweise

in gewohnt umfassender und sorgfältiger Weise damit begonnen, diese Lücke zu schließen. Im Buch werden Befunde dargestellt, nach Erklärungsansätzen gesucht und schließlich weiterer Forschungsbedarf zusammengefasst. So geht es um Einstellungen von Frauen und Männern zur EU, die Beteiligung an Europawahlen und -referenden, die Repräsentation von Frauen im Europäischen Parlament und schließlich in den weiteren Organen und Institutionen der EU. Dazu werden Erklärungsansätze für den Stand der Unterrepräsentation von Frauen diskutiert; nur so ergebe sich eine Basis, „um die Anforderungen für eine zukünftige Gleichstellungspolitik auf den miteinander verflochtenen Ebene der Nationalstaaten wie der Europäischen Union (zu) diskutieren“ (14).

Bei den *Einstellungen* zur EU sticht der große Vertrauens- und Legitimationsverlust der EU in der Bevölkerung ins Auge. Darüber hinaus zeigen Frauen in Europa ein geringeres politisches Interesse sowie subjektiv und objektiv weniger Wissen zur EU. Die vorhandenen großen nationalstaatlichen Unterschiede im politischen Interesse von Frauen und Männern erfordern nach Hoecker eine konzeptionell fortgeschrittene empirische Überprüfung der sozialisationstheoretischen, situativen und strukturellen Erklärungsansätze. Die länder- und geschlechtsspezifische Heterogenität der politischen Kultur wird als eine zentrale Herausforderung für die Weiterentwicklung der EU identifiziert. – Auch bei der *Wahl- und Stimmbeteiligung* zu Europawahlen und bei Referenden sind nationale Differenzen groß, während innerstaatliche Geschlechterdifferenzen gering sind. In 21 Mitgliedsstaaten sind Referenden möglich. Dabei unterscheidet sich die Stimmbeteiligung nach Geschlecht wenig, doch das Abstimmungsverhalten deutlich in etwa einem Drittel der Fälle. – Die *Repräsentation* von Frauen im Europaparlament liegt bei einem guten Drittel und ist fast durchgängig höher als in den nationalen Parlamenten. Dieser Bereich ist vergleichsweise gut erforscht; dennoch beurteilt die Autorin den Kenntnisstand als zu allgemein und damit unbefriedigend. Sie mahnt Forschungen an, welche die Zusammenhänge zwischen institutionellen, sozialstrukturellen und kulturellen Faktoren genauer untersuchen. – Schließlich wird die *Repräsentation von Frauen in den europäischen Institutionen*, beispielsweise der Europäischen Kommission, dem Gerichtshof der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank oder dem Ausschuss der Regionen unter die Lupe genommen, die sich zwischen null und etwa einem Drittel bewegt. Hoecker identifiziert die unterschiedlichen Rekrutierungsverfahren als zentralen Erklärungsfaktor für eine ausgewogene Repräsentation, wobei demokratische Verfahren gute Chancen eröffnen, hingegen sich die Auswahl durch die Exekutiven der Mitgliedsstaaten für Frauen nachteilig auswirkt. Im letzten bilanzierenden Kapitel werden einige politische Handlungsperspektiven diskutiert – wie gesetzliche Wahlquoten oder Doppelnominierungen für die Kommission. Die Autorin schließt mit einer eindringlichen Mahnung: „Die politischen Eliten wären gut beraten, das europäische Demokratieprojekt vom Kopf auf die Füße zu stellen und zu einem gemeinsamen Projekt von Frauen und Männern zu machen. Ansonsten ist ein Scheitern der europäischen Integration nicht ausgeschlossen“ (188).

Das Buch bietet einen breiten Überblick zur Frage der Geschlechter-Repräsentation in der EU und eignet sich auch zum Nachschlagen. In vieler Hinsicht decken sich die materiellen Erkenntnisse auf europäischer Ebene mit dem vorhandenen geschlechtersensiblen Forschungsstand in den Nationalstaaten. Aus Forschungssicht bedauerlich und etwas überraschend ist es, dass geschlechterbezogene Daten häufig nach wie vor fehlen und darum keine differenzierteren Aussagen gemacht werden können. Auch ist die Erkenntnis, dass es nach wie vor an einer systematischen Geschlechterperspektive in der Einstellungs-, Wahl- und Repräsentationsforschung mangelt, für die feministische Politikwissenschaft ernüchternd. Neben einem Überblick bietet das Buch eine Situationsanalyse unbeantworteter Fragen und Forschungsdesiderate. Bisweilen hätte man sich gewünscht, dass die erfahrene Autorin konkreter ausführt, wie ein kohärentes und relevantes Forschungsprogramm aussehen müsste – und wie sie dies angehen wird.

Genannte Literatur

Abels, Gabriele/Mushaben, Joyce Marie (Hg.), 2012: *Gendering the European Union, New Approaches to Old Democratic Deficits*. Basingstoke.

Klein, Uta, 2013: *Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Eine Einführung*. 2. Auflage. Wiesbaden.

Beate Hoecker, 2013: *Frauen und das institutionelle Europa: Politische Partizipation und Repräsentation im Geschlechtervergleich*. Wiesbaden: Springer VS, 203 S., ISBN: 978-3-531-18429-6 (auch als E-Book und online).

Gisela Notz

„Freiwilligendienste“ für alle. Von der ehrenamtlichen Tätigkeit zur Prekarisierung der „freiwilligen“ Arbeit

HELLA HERTZFELDT

Unbezahlte Arbeit in ihren unterschiedlichen Formen wird mit diversen Bezeichnungen versehen: ehrenamtliche Arbeit, freiwillige Arbeit, bürgerschaftliches Engagement usw. *Gisela Notz* geht in ihrem Buch der Frage nach, wie die einzelnen Typen politisch zu bewerten sind, welche Entwicklung diese Formen unbezahlter Arbeit genommen haben und welche Rolle sie in der Gesellschaft innehaben – insbesondere unter Geschlechteraspekten. Ihr Buch gibt einen Überblick über die Entwicklung der ehrenamtlichen/ freiwilligen Tätigkeit vom 19. Jahrhundert bis heute, wobei sie besonderen Wert auf die gegenwärtige Situation legt und sich intensiv mit deren Formen wie dem Bundesfreiwilligendienst befasst.

Das Buch ist in sechs Abschnitte unterteilt, wobei die Autorin zuerst die Frage behandelt, was unter „freiwilliger Arbeit“ zu verstehen ist. Sie geht dann auf die historische Entwicklung ein und widmet sich anschließend dem Zusammenhang von der Krise des Sozialstaates und neuen Akzenten bei der Sicht auf „Freiwillige“. Mit der Frage, was die „Freiwilligendienste“ charakterisiert und welchen Anspruch Notz an ehrenamtliche Arbeit stellt, beschäftigt sich das Buch im letzten Drittel.

Ausführlich geht Notz darauf ein, wer die Ehrenamtlichen sind und kommt zu der Auffassung, dass sie keine homogene Gruppe darstellen, sondern aus unterschiedlichen Altersgruppen mit verschiedenen sozialen, politischen, religiösen und kulturellen Hintergründen kommen und unterschiedliche Motivationen haben.

Aufbauend darauf zeigt die Verfasserin, dass EhrenAMT und ehrenamtliche ARBEIT zu unterscheiden sind. Ehrenamtliche „ARBEIT im sozialen, kulturellen, umwelt- und naturschützenden Bereich“ wird charakterisiert als „unbezahlte, ‚freiwillige‘ Care-Arbeit ohne Schutz und ohne Sicherung der Arbeitsbedingungen“ (22). Sie unterscheidet sich von „dem politischen EhrenAMT in den Vorständen der Förder- und Trägervereine, der Wohlfahrtsverbände, Umweltschutzverbände, Sportvereine und Familienverbände, in den Aufsichtsräten kultureller, gesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher und kirchlicher Gremien...“ (ebd.). Diese Unterscheidung zeigt sich vor allem darin, dass das EhrenAMT meist neben der bezahlten Berufsarbeit ausgeführt wird und Aufwandsentschädigungen und Freistellungen von der Erwerbsarbeit durchaus üblich sind. Die ehrenamtliche ARBEIT dagegen wird nicht vergütet, so dass viele der dort Arbeitenden von anderen Personen oder von Transferleistungen abhängig bleiben oder sich in prekären Arbeitsverhältnissen bewegen (ebd.). Notz macht damit auf einen Umstand aufmerksam, der sehr häufig anzutreffen ist: „Frauen kommen im EhrenAMT seltener vor; während Männer in der ehrenamtlichen ARBEIT seltener zu finden sind“ (ebd.). Welche Veränderungen haben sich im freiwilligen Engagement bzw. in der freiwilligen Arbeit vollzogen, welche Zusammenhänge gibt es zwischen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, steigender Prekarität und Ehrenamtlichkeit? Auffällig ist die Einführung von „Freiwilligendiensten“, die ihren bisherigen Höhepunkt im Bundesfreiwilligendienst (BFD) gefunden hat. Mit ihm wird der gesetzliche „Rahmen für eine 40-Stundenwoche im Niedrigstlohnbereich (geschaffen), für die sich die ‚Freiwilligen‘ ‚freiwillig‘ verpflichten“ (94). Damit wurde „ein völlig neues Arbeitsverhältnis gesetzlich geregelt, das mit einer ‚freiwilligen‘ Verpflichtung für einen vollen Arbeitstag verbunden ist und eine Entlohnung in Form eines Taschengeldes vorsieht“ (93). Der Staat zieht sich weiter aus bisherigen Aufgaben zurück und schafft mit dem BFD de facto prekäre Arbeitsverhältnisse.

Nichtsdestotrotz gibt es nach Notz sinnvolle ehrenamtliche Arbeit mit emanzipatorischem Anspruch. „Voraussetzung hierfür ist eine Umverteilung und Neubewertung der (jetzt) bezahlt geleisteten und der (jetzt) unbezahlt geleisteten sinnvollen und gesellschaftlich nützlichen Arbeiten und der damit verbundenen Verantwortung auf alle Menschen, damit die Übernahme der unbezahlten Arbeiten nicht auf Kosten

der eigenständigen Existenzsicherung geht und nicht zu weiteren Unterschichtungen und Überforderungen führt“ (107). Für solcherart emanzipatorische ehrenamtliche Arbeit bzw. aktives Handeln bringt die Autorin als Beispiel u.a. die Proteste von Stuttgart 21. Sehr deutlich sind bei diesen Aktionen eine politische Motivation und weniger karitative Absichten sichtbar.

Das Buch stellt einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über Freiwilligenarbeit dar, es gibt einen guten Überblick über deren Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert, d.h. im Zusammenhang mit der Entwicklung des Kapitalismus. Die Autorin arbeitet immer wieder die Verkettungen von (ehrenamtlicher) Arbeit und Geschlechterverhältnissen heraus und zeigt auf, dass der jetzige Zustand nicht unbedingt so bleiben muss. Visionen einer emanzipatorischen, gesellschaftlich anerkannten Ehrenamtlichkeit findet sie schon in der Gegenwart. Interessant wäre es, die hiesigen Entwicklungen mit denen in anderen Ländern zu vergleichen.

Gisela Notz, 2012: „Freiwilligendienste“ für alle. Von der ehrenamtlichen Tätigkeit zur Prekarisierung der „freiwilligen“ Arbeit. Neu Ulm: AG SPAK Bücher-253- Kleine Reihe, 120 S., ISBN Nummer 978-3-940 865-28-1.

Marianne Schmidbaur, Helma Lutz, Ulla Wischermann (Hg.)

Klassikerinnen feministischer Theorie

CLAUDIA BRUNNER

Als „kämpferischen Kanon“ bezeichnet Lea Susemichel die mit dem 2013 im Ulrike Helmer Verlag erschienenen dritten Band komplettierte Trilogie der Klassikerinnen feministischer Theorie zu Recht. Die in diesem Buch versammelten 24 Basistexte von zwölf Autorinnen, deren erstmaliges Erscheinen zwischen 1986 und 2010 liegt, setzen die in Band I (1789-1919) und Band II (1930-1985) begonnene feministische Kanonisierung von in diesem Feld zum Teil bereits bekannten Quellentexten fort. Zu einem Zeitpunkt, da sich Frauen- und Geschlechterforschung im tertiären Bildungssektor als fester Bestandteil von Forschung und Lehre etabliert und auch immer mehr zivilgesellschaftliche und staatliche Einrichtungen Geschlechterfragen systematisch in ihre Arbeit integrieren, finden Leser_innen mit Werken wie diesem heute genau das vor, was Generationen vor ihnen erst mühsam zu rekonstruieren und erneut in die Welt zu bringen hatten: eine Art Handbuch feministischer Positionen, deren Prägnanz zwar über das jeweils Zeitgenössische hinaus verweist, die deshalb jedoch nach wie vor nicht automatisch außerhalb ihrer eigenen Wirkungskreise rezipiert werden. Sie künftig zu übersehen und zu übergehen wird mit der Existenz

solcher Grundlagenwerke bedeutend schwieriger. Kompakt, übersichtlich, lese- und benutzungsfreundlich (sofern man auch gern und gut englischsprachige Texte liest) bietet das Buch wie auch seine beiden Vorläufer also wertvolle Unterstützung bei den feministischen Um- und Unordnungsversuchen, die in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen immer wieder in Angriff zu nehmen sind.

Disziplinär weit gesteckt und inhaltlich bunt ist die Palette an Themen, um die es in den Basistexten geht: nomadische Subjekte und Biomacht, das Unbehagen der Geschlechter und soziale Transformation, Black Power und Wissenschaftskritik, Männlichkeiten in Zeiten von Globalisierung und Imperialismus, Überlegungen zu Öffentlichkeit und Feminismus im Kapitalismus, Menschenrechte bzw. Frauenrechte, Cyborgs und Andersheit, globalisierte Marktwirtschaft, Patriarchat und dessen Transformation zu fraternalistischen Vertragsformen, Queere Theorie und Epistemologie, Subalternität und Widerständigkeit u.v.a.m. Von jeder der zwölf ausgewählten Klassikerinnen werden zwei zentrale Texte vorgestellt, die wiederum mit einer Einleitung kontextualisiert werden. Diese Aufgabe eines biografischen Abrisses sowie der Darstellung zentraler Werke und Thesen der jeweiligen Autorin unter Berücksichtigung von Rezeption und Wirkung wurde von Marianne Schmidbauer (zu Rosi Braidotti und Raewyn Connell), Andreas Kraß (zu Judith Butler), Helma Lutz (zu Patricia Hill Collins), Ulla Wischermann (zu Nancy Fraser und Donna Haraway), Mechthild Rumpf (zu Ute Gerhard), Ursula Apitzsch (zu Arlie Russel Hochschild), Phil Langer (zu Carole Pateman), Petra Pommerke (zu Joan Wallach Scott), Sylvia Mieszkowski (zu Eve Kosofsky Sedgwick) und Christine Löw (zu Gayatri Chakravorty Spivak) übernommen. Sie alle sind oder waren Mitglieder des Cornelia Goethe Centrums für Frauenstudien und die Erforschung der Geschlechterverhältnisse an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Auch die inhaltlich und disziplinär durchaus heterogenen Autorinnen der Quellentexte teilen bestimmte Merkmale: Die meisten sind in den 1940er Jahren geboren und haben die zweite Frauenbewegung aktiv miterlebt, stammen überwiegend aus bildungsbürgerlichen Schichten und konnten mit entsprechend hochqualifizierter Ausbildung ihre Etablierung im wissenschaftlichen Feld feministischer Ausrichtung zum Trotz erfolgreich betreiben. Darauf verweisen die Herausgeberinnen in ihrer Einleitung selbst. Zudem wurden – mit einer Ausnahme: die deutsche Historikerin Ute Gerhard – durchwegs Autorinnen aus dem englischsprachigen Wissenschaftsraum ausgewählt, die auch deshalb bereits über einen hohen Bekanntheitsgrad verfügen. Letzteres mag zwar eine Stärke hinsichtlich der Anschlussfähigkeit deutschsprachiger Frauen- und Geschlechterforschung an die sogenannte internationale Fachdebatte der Gender Studies darstellen; im Hinblick auf gegenwärtige post- und dekoloniale Interventionen in dieses Feld verwundert diese unkommentierte Wiederholung einer anglo-amerikanischen Kanonisierungspraxis allerdings.

Feministische Wissensproduktion beinhaltet immer auch ein gewisses Maß an Reflexion über die Möglichkeitsbedingungen, Verortungen und erwarteten Wirkungen des eigenen Tuns. Diese Ebene jedoch kommt in diesem Band bedauerlicherweise

zu kurz. Am deutlichsten wird dieses Defizit daran sichtbar, wie selbstverständlich 50% der Texte nur im englischen Original abgedruckt sind, obwohl man sich explizit nicht nur an ein wissenschaftliches Fachpublikum wenden will. Während die vorgestellten Texte und Autorinnen sorgfältig und systematisch kontextualisiert werden, ist diese Dimension hinsichtlich der eigenen Wissensproduktion in der mit vier Seiten äußerst knapp geratenen Einleitung beinahe völlig abwesend. Das ist schade, denn ein spannender Teil dieser wichtigen Kanonisierung feministischen Wissens wäre gerade die Reflexion des Auswahlprozesses und der vermutlich durchaus kontroversen Debatte über Kriterien für eine Kontextualisierung des Materials gewesen. Dass gerade diesen Aspekten von Soziologinnen (alle drei Herausgeberinnen kommen aus diesem Bereich) keine Beachtung geschenkt wird, überrascht und enttäuscht gleichermaßen.

Nichtsdestotrotz sollte dieses Buch in keinem feministischen Bücherregal fehlen, erinnert es uns doch immer wieder daran, dass unser eigenes Tun nicht im luftleeren Raum und – bisweilen so wahrgenommener Alltagserfahrung zum Trotz – auch nicht isoliert stattfindet. Die vorliegende Fortsetzung einer Kanonisierung feministischer Theorie ist zwar kein Garant für ein Gelingen all der Visionen, die Feministinnen gegen immer neue Widerstände entwickeln, doch ein wichtiger Baustein, der gut sichtbar festhält, dass eine andere Welt möglich ist.

Inzwischen wird weiter feministisch gedacht, gelebt und geschrieben – und das in allen Regionen und Sprachen der Welt. Mit Spannung kann man Szenarien über die inhaltlichen Schwerpunkte eines eventuellen vierten Bandes entwerfen und sich fragen, welche Ereignisse und Analysen welcher Teile und Aspekte unserer Gegenwart in zwanzig, dreißig Jahren von den nächsten Herausgeber_innen als relevant erachtet werden.

Marianne Schmidbaur, Helma Lutz, Ulla Wischermann (Hg.), 2013: *Klassikerinnen feministischer Theorie. Band III, Grundlagentexte ab 1986*. Sulzbach am Taunus: Ulrike Helmer, 344 S., ISBN 978-3-89741-323-8.

Anmerkung

- 1 Siehe Rezension zum vorliegenden Band im feministischen Magazin *an.schläge* vom September 2013, <http://anschlaege.at/feminismus/2013/08/an-lesen-kampferischer-kanon/> (30.1.2014).

ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS

Call for Papers

Femina Politica – Heft 1/2015: Perspektiven queer-feministischer politischer Theorie (Arbeitstitel)

Vor knapp 25 Jahren erschien Judith Butlers Buch „Gender Trouble“, das in den Folgejahren vor allem für die Gender und Queer Studies zentral werden sollte. Während Butlers Auffassung von Geschlecht als Performativität mittlerweile aus gegenwärtigen feministischen Theorien nicht mehr wegzudenken ist, ist die Auseinandersetzung mit der heterosexuellen Matrix und damit die Frage der Heteronormativität bis heute eher selten Gegenstand feministischer politiktheoretischer Ansätze. Dies erstaunt vor dem Hintergrund, dass die Reformulierung des Begriffs des Politischen als eine der zentralen Errungenschaften feministischer Theorie gilt, in deren Mittelpunkt neben der Kritik an den androzentrischen Grundannahmen westlicher politischer Theorien gerade Fragen nach der Rekonzeptualisierung des Politischen durch Rekurs auf Themen und Bereiche wie Familie, Freundschaft, Liebe, Intimität, Emotionen, Subjekte und Körper stehen.

Das Schwerpunktheft 1/2015 der Femina Politica setzt an dieser Leerstelle an. Das symbolische Datum „25 Jahre nach Gender Trouble“ nehmen wir zum Anlass, um nach den queeren Wissensbeständen innerhalb der politischen Theorie zu fragen, diese auf zentrale Problemstellungen ebenso wie auf Verworfenes und Verlorenes zu durchforsten und an diesen Spuren weiterzudenken. Leitend ist dabei die Frage, wie queer-feministische Konzepte wie Heteronormativität, normative Gewalt, Homonormativität, Homonationalismus, sexuelle Arbeit und VerUneindeutigung die politische Theorie erweitern können. Ziel ist es, queere politische Theorie weiterzuentwickeln, indem die Impulse, die queer-theoretische Ansätze aus der Dekonstruktion von Sexualität, Körpern, Begehren und Emotionen gewinnen, im Sinne einer Reformulierung politische Theorie brauchbar gemacht werden. Auf diese Weise sollen die Analyse von Gesellschaft, Macht- und Herrschaftsverhältnissen, Ein- und Ausschlüssen, Widersprüchen und Paradoxien geschärft und das Nachdenken über das Politische, Kritik und Utopien weiter angeregt werden.

Dafür sollen im Heft „Perspektiven queer-feministischer politischer Theorie“ folgende drei Schwerpunkte fokussiert werden:

Erstens laden wir Beiträge ein, die die Genealogie von Heteronormativitätskritik in der feministischen politischen Theorie reflektieren. Für diese Rück- und Querblicke in die Entwicklung queerer politischer Theorie können folgende Fragen leitend sein:

- ▶ Welche queeren Wissensbestände haben Eingang in die feministische Theoriebildung gefunden – welche wurden ausgeblendet oder marginalisiert? Welche queeren Konzepte und Autor_innen wurden und werden aufgegriffen? Inwiefern sind diese Selektivitäten eingebettet in ein postkoloniales Wissensregime, in dem einige Autor_innen eher rezipiert werden als andere?
- ▶ Inwiefern spielen unterschiedliche Paradigmen und ihre Konjunkturen dabei eine Rolle? Welchen Stellenwert in der Queer Theorie haben kulturwissenschaftliche, und welchen materialistische Ansätze zu Heteronormativitätskritik, und wie könnte das Weiterdenken mit/an diesen dazu beitragen, die Gleichzeitigkeit einer dekonstruktivistischen und materialistischen Perspektive denkbar zu machen?
- ▶ Wie schreiben sich aktuelle Paradigmen wie der affective turn oder der material turn in queere Theorien ein und auf welche Weise kann es dadurch möglich werden, das Politische neu zu denken?
- ▶ Wie reflektiert queere Theorie die postkoloniale Kritik an der Übersetzbarkeit westlicher Konzepten, wie nicht zuletzt die von queer selbst? Was bedeutet vor diesem Hintergrund, queere Theorie zu ‚situieren‘ und was folgt daraus für die Analyse und Kritik von Macht- und Herrschaftsverhältnissen?

Zweitens laden wir Beiträge ein, die der Frage nachgehen, was politische Theorie zu einer queeren politischen Theorie macht. Dieser Fragenkomplex ist von vielen Debattensträngen angeregt, die queere Theoriebildung von Anfang an begleiteten. So wird – erneut – die Frage nach dem Verhältnis von queerer Theorie und anderen Theorien bzw. Ansätzen – feministischer Theorie, Lesbian, Gay, Bisexual, and Transgender Studies, Sexuality Studies ebenso wie Postcolonial Studies und Disability Studies – gestellt, ebenso wie das Konzept der Heteronormativität ins Zentrum rückt. Mögliche Fragen sind:

- ▶ Wie verhalten sich queere politische Theorie und feministische politische Theorie zueinander? Kann/soll feministische Theorie in queerer Theorie aufgehen? Was könnte eine queer-feministische politische Theorie ausmachen?
- ▶ Was kann queere Theorie von transnationalen feministischen Theorien zu traveling concepts lernen?
- ▶ Ist Heteronormativität eine Machtformation oder ein Herrschaftsverhältnis bzw. kann queere Theorie auch Herrschaftskritik sein? Ist Heteronormativität überhaupt ein brauchbares Konzept für queere Theoriebildung, oder gilt es für eine Theorie des Politischen an die Stelle dieses ‚paranoiden‘ Konzepts eine Auseinandersetzung mit queeren Utopien zu setzen?
- ▶ Was ist das erkenntnistheoretische Ziel einer queeren politischen Theorie, die Heteronormativität interdependent versteht? Wie kann es gelingen, die postkolonialen, Queer of Color, Diaspora und Disability Ansprüche umzusetzen, Heteronormativität interdependent zu konzeptualisieren, ohne queer zu einem neuen Universalitätsbegriff zu machen?

- ▶ Ist Sexualität in queerer politischer Theorie der Gegenstand, der Ausgangspunkt, die Grenze? Braucht es überhaupt eine Grenze, ein Außen queerer politischer Theorie?

Drittens laden wir Beiträge ein, die sich damit auseinandersetzen, wie aus einer heteronormativitätskritischen und queeren Perspektive zentrale politische Kategorien wie Staat, Macht, Demokratie, Öffentlichkeit, Arbeit und Handlungsmächtigkeit neu gefasst werden können. Leitend können hier u.a. folgende Fragen sein:

- ▶ Wie können Staat, Nation, Gesellschaft, Demokratie, Kapitalismus, Kolonialismus und Moderne/n analysiert werden, wenn queere Sexualitäten, Begehrensweisen, Existenzweisen, Sorge- und Verwandtschaftsverhältnisse als Ausgangspunkt genommen werden?
- ▶ Wie können queere Praxen des Sexuellen und des Sozialen Anregungen für andere Formen von Demokratie, politisches Handeln, Sozialität und Solidarität anregen, wenn Differenzen entlang von Geschlecht, ‚race‘, Sexualität, Klasse, dis/ability und der globalen postkolonialen Ordnung nicht ignoriert, sondern als Ausgangspunkt herangezogen werden?
- ▶ Wie lassen sich Gewalt, Macht und Herrschaft durch die Kritik der machtvollen Konstruiertheit von Körpern, Begehren, Sexualitäten, Emotionen verstehen?

Mit dem Schwerpunktheft „Perspektiven queer-feministischer politischer Theorie“ möchten wir sowohl zu theoretischen Beiträgen einladen als auch zu Texten, die ausgehend von empirischen Forschungen zu queer-feministischer politischer Theoriebildung beitragen wollen.

Abstracts und Kontakt

Der Schwerpunkt wird inhaltlich von Brigitte Bargetz und Gundula Ludwig betreut. Wir bitten um ein- bis zweiseitige Abstracts bis zum **31. Mai 2014** an brigitte.bargetz@univie.ac.at und gundula.ludwig@univie.ac.at oder redaktion@femina-politica.de. Die Femina Politica versteht sich als feministische Fachzeitschrift und fördert wissenschaftliche Arbeiten von Frauen in und außerhalb der Hochschule. Deshalb werden inhaltlich qualifizierte Abstracts von Frauen bevorzugt.

Abgabetermin der Beiträge

Die Schwerpunktverantwortlichen laden auf der Basis der eingereichten Abstracts bis zum **15. Juni 2014** zur Einreichung von Beiträgen ein. Der Abgabetermin für die fertigen, anonymisierten Beiträge im Umfang von 35.000 bis max. 40.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen, Fußnoten und Literatur) ist der **15. September 2014**. Die Angaben zu den Autor_innen dürfen ausschließlich auf dem Titelblatt erfolgen. Alle Manuskripte unterliegen einem Double Blind Peer Review-Verfahren. Pro Beitrag gibt es ein externes Gutachten (Double Blind) und ein internes Gutachten durch ein Redaktionsmitglied. Ggf. kann ein drittes Gutachten eingeholt werden. Die Rückmeldung der Gutachten erfolgt bis spätestens **15. November 2014**. Die endgültige Entscheidung über die Veröffentlichung des Beitrags wird durch die Redaktion auf Basis der Gutachten getroffen.

Offene Rubrik „Forum“

Neben dem Schwerpunktthema bietet die Rubrik „Forum“ die Gelegenheit zur Publikation von Originalmanuskripten aus dem Bereich geschlechtersensibler Politikwissenschaft (Beiträge im Umfang von max. 20.000 Zeichen), die zentrale Forschungsergebnisse zugänglich machen oder wissenschaftliche Kontroversen anstoßen. Vorschläge in Form von ein- bis zweiseitigen Abstracts erbitten wir an die Redaktionsadresse redaktion@femina-politica.de bis zum **30. September 2014**. Die endgültige Entscheidung wird auf der Basis des Gesamttextes getroffen.

Neuerscheinungen

Bandhauer-Schöffmann, Irene/van Laak, Dirk (Hg.), 2013: Der Linksterrorismus der 1970er-Jahre und die Ordnung der Geschlechter. Trier: Wissenschaftlicher Verlag Trier.

Bereswill, Mechthild/Liebsch, Katharina (Hg.), 2013: Geschlecht (re)konstruieren. Zur methodologischen und methodischen Produktivität der Frauen- und Geschlechterforschung. Forum Frauen- und Geschlechterforschung, Bd. 38. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Binner, Kristina/Kubicek, Bettina/Rozwandowicz, Anja/Weber, Lena (Hg.), 2013: Die unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung. Zwischen Aufbruch und Beharrung. Forum Frauen- und Geschlechterforschung, Bd. 39. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Ernst, Waltraud/Horwath, Ilona (Hg.), 2013: Gender in Science and Technology. Interdisciplinary Approaches, Bielefeld: transcript Verlag.

Fereshteh, Nouraie-Simone (Hg.), 2014: On Shifting Ground, Revised Edition. Muslim Women in the Global Era. New York: Feminist Press.

Fleig, Anne (Hg.), 2014: Die Zukunft von Gender. Begriff und Zeitdiagnose. Reihe Politik der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag.

Guggenheimer, Jacob/Isop, Utta/Leibetseder, Doris/Mertlitsch, Kirstin (Hg.), 2013: „When we were gender...“ – Geschlechter erinnern und vergessen. Analysen von Geschlecht und Gedächtnis in den Gender Studies, Queer-Theorien und feministischen Politiken. Bielefeld: transcript Verlag.

Haidinger, Bettina/Knittler, Käthe, 2013: Feministische Ökonomie. Wien: Mandelbaum Verlag.

Haidinger, Bettina, 2013: „Hausfrau für zwei Länder sein“. Zur Reproduktion des transnationalen Haushalts. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Hauch, Gabriella, 2013: Frauen.Leben.Linz. Eine Frauen- und Geschlechtergeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Linz: Verlag Stadtarchiv Linz.

Hitzel-Cassagnes, Tanja/Martinsen, Franziska (Hg.), 2014: Recht auf Wiedergutmachung. Geschlechtergerechtigkeit und die Bewältigung historischen Unrechts. Politik und Geschlecht, Bd. 25. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Hostettler, Karin/Vögele, Sophie (Hg.), 2013: Diesseits der imperialen Geschlechterordnung. (Post-)koloniale Reflexionen über den Westen. Bielefeld: transcript Verlag.

Jónasdóttir, Anna/Ferguson, Ann (Hg.), 2014: Love: A Question for Feminism in Twenty-First Century. London: Routledge.

Metz-Göckel, Sigrid/Heusgen, Kirsten/Möller, Christina/Schürmann, Ramona/Selent, Petra (Hg.), 2014: Karrierefaktor Kind. Zur generativen Diskriminierung im Hochschulsystem. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Rendtorff, Barbara/Riegraf, Birgit/Mahs, Claudia (Hg.), 2014: 40 Jahre Feministische Debatten. Resümee und Ausblick. Weinheim und Basel: Beltz Juventa Verlag.

Schürmann, Lena, 2013: Schmutz als Beruf. Prekarisierung, Klasse und Geschlecht in der Reinigungsbranche. Arbeit – Demokratie – Geschlecht, Bd. 17. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Terhart, Henrike, 2014: Körper und Migration. Eine Studie zu Körperinszenierungen junger Frauen in Text und Bild. Bielefeld: transcript Verlag.

Wascher, Kristina, 2014: Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Linzer Schriften zu Gender und Recht, Bd. 53. Linz: Universitätsverlag Trauner.

Aus Zeitschriften und Sammelbänden

Abendroth, Anja-Kristin/Maas, Ineke/van der Lippe, Tanja, 2013: Human Capital and the Gender Gap in Authority in European Countries. In: European Sociological Review. 29 (2), 261-273.

Adur, Shweta Majumdar/Purkayastha, Bandana, 2013: On the Edges of Belonging: Indian

American Dalits, Queers, Guest Workers and Questions of Ethnic Belonging. In: *Journal of Intercultural Studies*. 34 (4), 418-430.

Annesley, Claire/Scheele, Alexandra, 2013: Wirtschaftskrise in Großbritannien und Deutschland. Geschlechterpolitische Implikationen. In: *Das Argument* 301, 210-218

Bargetz, Brigitte, 2013: Markt der Gefühle, Macht der Gefühle. Konturen eines emotions-theoretischen Machtverständnisses. In: *ÖZS Österreichische Zeitschrift für Soziologie*. 38 (2), 203-220.

Bhorat, Haroon/Goga, Sumayya, 2013: The Gender Wage Gap in Post-Apartheid South Africa: A Re-examination. In: *Journal of African Economies*. DOI: 10.1093/jae/ejt008

Binder, Beate (Hg.), 2012: *Geschlecht – Sexualität. Erkundungen in Feldern politischer Praxis*. Berliner Blätter Sonderheft 62.

Brana, Sophie, 2013: Microcredit: an answer to the gender problem in funding? In: *Small Business Economics*. 40 (1), 87-100.

Butterwegge, Carolin, 2013: Kitausbau vor dem Kollaps. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. (7), 31-34.

Case, Susan Schick/Richley, Bonnie Ann, 2013: Gendered institutional research cultures in science: the post-doc transition for women scientists. In: *Community, Work & Family*, 16 (3), 1-23.

Cherng, Hua-Yu Sebastian/Hannum, Emily, 2013: Community Poverty, Industrialization, and Educational Gender Gaps in Rural China. In: *Social Forces*. DOI:10.1093/sf/sot084.

Crowley, Martha, 2013: Gender, the Labor Process and Dignity at Work. In: *Social Forces*. 29 (3), 1209-1238.

Ekinsmyth, Carol, 2013: Mothers' business, work/life and the politics of 'mumpreneurship'. In: *Gender, Place & Culture*. DOI:10.1080/0966369X.2013.817975.

Fuchs, Gesine, 2013: Strategic Litigation for Gender Equality in the Workplace and Legal Opportunity Structures in four European Countries. In: *Canadian Journal of Law and Society* 28 (2), 189 - 208.

Gerhard, Ute, 2013: Über Freiheit und Gleichheit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 63 (34-36), 20-23.

Hark, Sabine (Hg.), 2013: Was wollen sie noch? *Feministische Studien*, Heft 1/2013.

Hayes, Bernadette C./McAllister, Ian, 2013: Gender and consociational power-sharing in Northern Ireland. In: *International Political Science Review / Revue internationale de science politique* 34 (2), 123-139.

Jong, Sara de, 2013: Intersectional global citizenship: gendered and racialized renderings. In: *Politics, Groups, and Identities*. 1 (3), 402-416.

Kizenko, Nadieszda, 2013: Feminized Patriarchy? Orthodoxy and Gender in Post-Soviet Russia. In: *Signs*. 38 (3), 595-621.

Korpi, Walter/Ferrarini, Tommy/Englund, Stefan, 2013: Women's Opportunities under Different Family Policy Constellations: Gender, Class, and Inequality Tradeoffs in Western Countries Re-examined. In: *Social Politics*. 20 (1), 1-40.

Korteweg, Anna C./Triadafilopoulos, Triadafilos, 2013: Gender, Religion, and Ethnicity: Intersections and Boundaries in Immigrant Integration Policy Making. In: *Social Politics*. 20 (1), 109-136.

Lorey, Isabell, 2013: Das Regime der Prekarisierung. Europas Politik mit Schuld und Schulden. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. (6), 91-101.

Medie, Peace A., 2013: Fighting gender-based violence: The women's movement and the enforcement of rape law in Liberia. In: *African Affairs*. 112 (448), 377 - 397.

Mügge, Liza/Jong, Sara de, 2013: Intersectionalizing European politics: bridging gender and ethnicity. In: *Politics, Groups, and Identities*, 1 (3), 380-389.

Nay, Eveline Y., 2013: Qu(e)ler zum Recht? Normalisierungsprozesse gleich- und trans*geschlechtlicher Elternschaft durch Recht. In: *Fampra. Die Praxis des Familienrechts*, 366 - 394.

Nousiainen, Kevät/Holli, Anne Maria/Kantola, Johanna/Saari, Milja/Hart, Linda, 2013: Theorizing gender equality: perspectives on power and legitimacy. In: *Social Politics*. 20 (1), 41 - 64.

Olivius, Elisabeth, 2013: (Un)Governable Subjects: The Limits of Refugee Participation in the Promotion of Gender Equality in Human-

tarian Aid. In: *Journal of Refugee Studies*. DOI:10.1093/jrs/fet001

Ors, Evren/Palomino, Frédéric/Peyrache, Eloïc, 2013: Performance Gender Gap: Does Competition Matter? In: *Journal of Labor Economics*, 31 (3), 443-499.

Pemberton, Sarah, 2013: Enforcing Gender: The Constitution of Sex and Gender in Prison Regimes. In: *Signs*. 39 (1), 151-175.

Perez-Vaisvidovsky, Nadav, 2013: Fathers at a Crossroads: The Combined Effect of Organizational and Cultural Factors on the Making of Gender-Related Policy. In: *Social Politics*. DOI:10.1093/sp/jxt012.

Ranasinghe, Prashan, 2013: 'Undoing' Gender and the Production of Insecurity and Fear. In: *British Journal of Criminology*. 53 (5), 824-842.

Schober, Pia Sophia, 2013: Maternal labor market return and domestic work after childbirth in Britain and Germany. In: *Community, Work & Family*. 16 (3), 1-20.

Total, Faedah M., 2013: The Memory Keeper: Gender, Nation, and Remembering in Syria. In:

Journal of Middle East Women's Studies. 9 (1), 1-29.

van der Haar, Marleen/Verloo, Mieke, 2013: Unpacking the Russian doll: gendered and intersectionalized categories in European gender equality policies. In: *Politics, Groups, and Identities*. 1 (3), 417-432.

Villalba, Unai/Jubeto, Yolanda/Guridi, Luis, 2013: Participation and gender in Latin America: perspectives from decentralized cooperation and Local Human Development approaches. In: *Community Development Journal*. DOI: 10.1093/cdj/bst032

Walker, Lee Demetrius/Kehoe, Genevieve, 2013: Regime Transition and Attitude toward Regime: The Latin American Gender Gap in Support for Democracy. In: *Comparative Politics* 45 (2), 187-205

Zuo, Jiping, 2013: Women's Liberation and Gender Obligation Equality in Urban China: Work/Family Experiences of Married Individuals in the 1950s. In: *Science & Society*. 77 (1), 98-125.

AUTORINNEN DIESES HEFTES

Abels, Gabriele, geb. 1964, seit 2007 Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft und Europäische Integration an der Universität Tübingen, seit 1995 Mitherausgeberin der *Femina Politica*, 1996-1998 Sprecherin des AK Politik und Geschlecht, 2003-2009 Mitglied im Beirat der DVPW und Sprecherin des Ständigen Ausschuss für Fragen der Frauenförderung (StAFF), seit 2012 Vorsitzende der DVPW. gabriele.abels@uni-tuebingen.de.

Amlinger, Fabienne, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern. Arbeitsschwerpunkte: Frauen- und Geschlechtergeschichte, Geschlecht und politische Partizipation, Genderforschung. fabienne.amlinger@izfg.unibe.ch.

Bargetz, Brigitte, Dr.in phil., Universitätsassistentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und Mitherausgeberin der *Femina Politica*. Arbeitsschwerpunkte: Affekt-Theorien, queere und feministische Theorien, Theorien des Politischen, Theorien des Alltags. brigitte.bargetz@univie.ac.at.

Böhme, Jeannette, Referentin für Politik und Menschenrechte bei medica mondiale e.V. jboehme@medicamondiale.org.

Brunner, Claudia, Politikwissenschaftlerin, Post-Doc-Universitätsassistentin am Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Arbeitsschwerpunkte: Theorien epistemischer und politischer Gewalt, wissenssoziologische Wissenschaftskritik, Feminist International Relations. claudia.brunner@uni-klu.ac.at.

Daniel, Antje, Doktorandin an der Bayreuth International Graduate School of African Studies. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Entwicklungssoziologie. Arbeitsschwerpunkte: Zivilgesellschaft, politische Soziologie und Geschlechterforschung. antje.daniel@uni-bayreuth.de.

Dhawan, Nikita, Juniorprofessorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Gender/Postkoloniale Studien im Rahmen des Exzellenzclusters „Die Herausbildung normativer Ordnungen“, Goethe-Universität, Frankfurt/M. Arbeitsschwerpunkte: Postkoloniale Studien und Gender, Fragen von Normativität und Kritik.

Engel, Antke, promovierte Philosophin, feministische Queer Theoretikerin, freiberuflich in Wissenschaft und Kulturproduktion tätig; leitet das Institut für Queer Theory in Berlin (www.queer-institut.de). Arbeitsschwerpunkte: poststrukturalistische Philosophien, Theorien des Politischen, Sexualität und Begehren, visuelle Kultur. engel@queer-institut.de.

Fink, Elisabeth, Dipl.-Pol., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft im Arbeitsbereich Gender und Postkoloniale Studien am Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen“, Goethe-Universität, Frankfurt/M. Arbeitsschwerpunkte: Gender Studies, Postkoloniale Theorien, Transnationalisierungsprozesse bangladeschischer Textilgewerkschaften. elisabeth.fink@normativeorders.net.

Fraune, Cornelia, Dr. phil., Postdoc im Forschungskolleg „Zukunft menschlich gestalten“ (FoKoS) der Universität Siegen. Forschungsinteressen: Energiepolitik, Feministische Ökonomie, Politisches System der BRD. <http://www.uni-siegen.de/fokos/>, cornelia.fraune@uni-siegen.de.

Freudenschuss, Magdalena, Dr.in phil., Politologin und Soziologin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Common Media Lab des Centre for Digital Cultures, Leuphana Universität Lüneburg, Mitherausgeberin der *Femina Politica*. Arbeitsschwerpunkte: Prekarisierung, Verletzbarkeiten, feministische Theorie, Diskursforschung. magdalena.freudenschuss@inkubator.leuphana.de.

Fuchs, Gesine, Dr. phil., Politikwissenschaftlerin mit den Arbeitsschwerpunkten Recht und Politik, Gleichstellungspolitik sowie politische Partizipation und Repräsentation, Mitherausgeberin der *Femina Politica*. www.gesine-fuchs.net.

Govrin, Jule Jakob, Studium der Philosophie und der AVL, promoviert an der FU zum Verhältnis von Begehren und Ökonomie und arbeitet beim Institut für Queer Theory mit. Arbeitsschwerpunkte: Theorien der Sprachgewalt, Körperphilosophien, Begehrenstheorien. j.govrin@gmail.com.

Graf, Patricia, BTU Cottbus-Senftenberg/Kellogg Institute for International Studies, Notre Dame University. Arbeitsschwerpunkte: Innovationspolitik, subnationaler Vergleich, Wissen und Geschlecht, Politik und Entwicklung in Lateinamerika. graf@tu-cottbus.de.

Harders, Levke, Dr., Geschichtswissenschaften, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Geschlechtergeschichte an der Universität Bielefeld. Promotion 2011 an der Humboldt-Universität zu Berlin über „American Studies. Disziplingeschichte und Geschlecht“. Arbeitsschwerpunkte: Migrations- und Geschlechtergeschichte, Biografieforschung. levke.harders@uni-bielefeld.de.

Hark, Sabine, Dr. phil. Soziolog_in, Professor_in und Leiter_in des Zentrums für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (ZIFG) an der TU Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterforschung als kritische Ontologie der Gegenwart, geschlechtersensible Wissenschaftssoziologie und Hochschulforschung sowie Queerfeministische Theorie.

Haucke, Anna, Koordination der Aktionstage * gesellschaft macht geschlecht * beim fzs, MA Soziokulturelle Studien in Berlin und Frankfurt/Oder. Arbeitsschwerpunkte: Queer-Feminismus, Stadtsoziologie und Neoliberalismus. anna.haucke@fzs.de.

Hertzfeldt, Hella, Dr. phil., Politikwissenschaftlerin, tätig als stellv. Direktorin des Studienwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin, weitere Interessen und Aktivitäten: historische Frauenforschung, Arbeit und Geschlecht, emanzipatorische Gesellschaftsmodelle.

John, Sonja, Dr., Journalistin und Freie Lehrbeauftragte an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Technischen Universität Dresden (Amerikanistikinstitut). Arbeitsschwerpunkte: Indigene Souveränitätsrechte, Dekolonisierung, Empowerment. sonja.john@berlin.de.

Kannengießner, Sigrid, Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung der Universität Bremen. Forschungsschwerpunkte: Geschlechterforschung, politische Bewegungen, transkulturelle und politische Kommunikation. sigrid.kannengiesner@uni-bremen.de.

Keck, Wolfgang, Dr., Soziologe, Referent für Statistik bei der Deutschen Rentenversicherung Bund in Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Generationenpolitik, vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung und die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. wolfgang.keck@drv-bund.de.

Klapeer, Christine M., Dr.in, geb. 1979, feministische/queere Politikwissenschaftlerin, Universitätsassistentin für den Bereich Körperpolitik, Geschlechterverhältnisse und Sexualitäten am Institut für Internationale Entwicklung an der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: sexuelle Staatsbürger*innenschaft, transnationale LGBTIQ-Bewegungen, queer/ing Development.

Kreile, Renate, Prof. Dr., Professorin für Politikwissenschaft und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. Arbeitsschwerpunkte: Transformationsprozesse im Vorderen Orient und in der Türkei, Gender, politischer Islam, Minderheitenpolitik. kreile@ph-ludwigsburg.de.

Leicht, Imke, M.A., Politikwissenschaft, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik, Institut für Politische Wissenschaft, Friedrich Alexander Universität Erlangen-Nürnberg, Sprecherin des Arbeitskreises Politik und Geschlecht. Arbeitsschwerpunkte: Menschenrechte und Antidiskriminierung, feministische und postkoloniale Theorien, Antisemitismus und Erinnerungskultur.

Löw, Christine, Dr., Politikwissenschaftlerin, derzeit Junior Fellow am DFG-Forschungskolleg Postwachstumsgesellschaften/Friedrich-Schiller-Universität Jena mit einem Forschungsprojekt zu Eigentumsrechten und Gerechtigkeit aus einer postkolonial-feministischen Perspektive, Sprecherin des AK Politik und Geschlecht in der DVPW. Arbeitsschwerpunkte: Feministische

Theorien und Genderforschung, Postcolonial Studies und Entwicklungspolitik, (post-)marxistische Theorien/Internationale Politische Ökonomie. Loew@em.uni-frankfurt.de.

Maihofer, Andrea, Professorin für Geschlechterforschung und Leiterin des Zentrums Gender Studies an der Universität Basel sowie Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Geschlechterforschung (SGGF). Derzeitige Arbeitsschwerpunkte: Entwicklungen in den Geschlechterverhältnissen im Zuge der gegenwärtigen gesellschaftlichen Transformationsprozesse, Geschlechtertheorie und Männlichkeitsforschung.

Meisterhans, Nadja, Dr., geb. 1974, Wissenschaftliche Referentin bei Medico International, Frankfurt/M., Sprecherin des Arbeitskreises Politik und Geschlecht, Wissenschaftliche Referentin beim Institut für Solidarische Moderne, Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Kritische Theorie, Feministische Psychoanalyse sowie Theorie der Menschenrechte und Demokratie.

Nay, Eveline Yv, lic.phil./M.A., Soziolog_in und Geschlechterforscher_in, wissenschaftliche Assistenz am Zentrum Gender Studies der Universität Basel. Arbeitsschwerpunkte: Queer-feministische Theorien, Affect Theory, Transgender Studies. yv.nay@unibas.ch.

Oldenburg, Silke, Dr. des., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ethnologischen Seminar der Universität Basel. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Politische Ethnologie, Jugend, Gender und Zugehörigkeit sowie Medien und Journalismus. Regionale Schwerpunkte: Afrikas Große Seen, Anden.

Pritsch, Sylvia, Dr., Literatur- und Kulturwissenschaften, Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Forschung und Lehre am ZFG/Oldenburg. Arbeitsschwerpunkte: Kulturwissenschaftliche Gender-Studien, Repräsentationsverhältnisse in Text und digitalen Medien, Gemeinschaftstheorien. sylvia-pritsch@uni-oldenburg.de.

Prokop, Sabine, Dr.in phil. Mag.a Art, geb. 1957, Cultural Studies, Visual Studies, Gender Studies; Universitätslektorin an wechselnden österreichischen Universitäten, Wissenschaftscoach. Mitbegründerin und derzeit Obfrau des Verbands feministischer Wissenschaftlerinnen in Österreich. Arbeitsschwerpunkte: Vernetzung, Prekarität, Vergnügen in der Textproduktion. sabine.prokop@gmx.at.

Raab, Heike, Dr., Erziehungs- und Politikwissenschaftlerin/Social Sciences, Universitätsassistentin an der Universität Innsbruck und Lehrbeauftragte an verschiedenen Universitäten im Bereich der Disability-, Gender- und Queer Studies. Arbeitsschwerpunkte: Feministische Theoriebildung, queer-feministische Disability Studies, Staat und Politiktheorie(n). Heike.Raab@uibk.ac.at.

Rošul-Gajić, Jagoda, geb. 1975 in Kroatien, Politikwissenschaftlerin, Doktorandin an der Universität der Bundeswehr München. Von 1996 bis 2000 war sie in der kroatischen Frauenbewegung aktiv, Mitgründerin von zwei NGOs (Ženska Grupa Lošinj und PostPesimisti-nova inicijativa). Arbeitsschwerpunkte: Gender und feministische Analyse internationaler Beziehungen, Transformationsprozesse aus der Geschlechterperspektive. jagoda.rosul-gajic@unibw.de.

Sauer, Birgit, Univ.-Prof., Dr., Politikwissenschaft, Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Governance und Geschlecht, Politik und Emotionen, feministische Staatstheorie.

Sgier, Lea, Political Scientist, Chair of the Gender & Politics Working Group of the Swiss Political Science Association, Assistant Professor at the Department of Political Science of Central European University (CEU), Budapest, and Lecturer at the University of Geneva. Research Interests: gender and politics (women in politics, LGBT activism, citizenship), interpretive methods, dementia policy. sgier@ceu.hu or Lea.Sgier@unige.ch.

Tanczer, Leonie Maria, geb. 1989, B.A. Politikwissenschaft & MSc. Political Psychology; Doktorandin an der School of Politics, International Studies and Philosophy (Queen's University Belfast). Arbeitsschwerpunkte: Gender Studies, Internet Governance/Cyberspace und Online Collective Action.

Trogisch, Corinna Eleonore, geb. 1974, freie Forscherin und Übersetzerin in Istanbul, Doktorandin an der Leibniz Universität Hannover. Forschungsschwerpunkte: Soziale Bewegungen in historisch und regional vergleichender Sicht, Schwerpunkt Frauenbewegungen, feministische Theorie und Methodologie, Transformation Studies. coel.trogisch@gmail.com.

Volk, Katharina, M.A., Politikwissenschaft, Doktorandin der JLU Gießen und Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Sprecherin des Arbeitskreises Politik und Geschlecht. Arbeitsschwerpunkte: Feministische Theorie, feministischer Materialismus sowie Kritische Gesellschaftstheorien. Katharina.Volk@sowi.uni-giessen.de.

Wiechmann, Elke, geb. 1957, Dr. phil., akademische Rätin am Institut für Politikwissenschaft an der Fernuniversität in Hagen. Arbeitsschwerpunkte: Wandel des öffentlichen Sektors, Partizipationsforschung, lokale Politikforschung, Geschlechterforschung.